

Universitätsbibliothek der HU Berlin

00001100190083

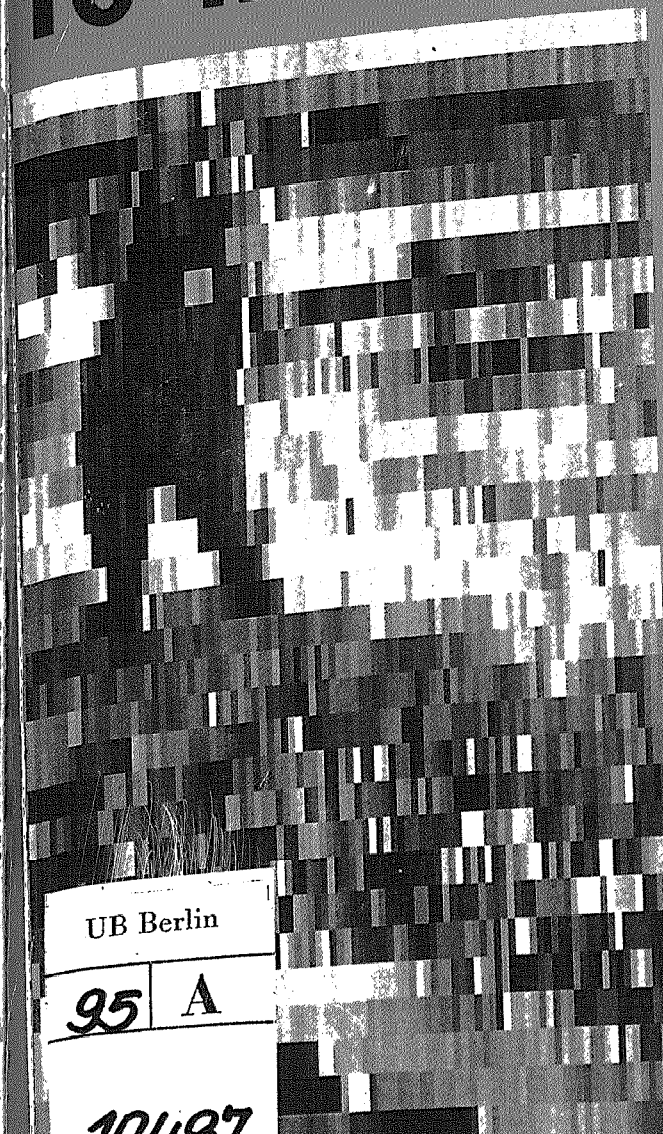


Er  
auch in der hiesigen Linken begonnen. Angestoßen wurde  
sie nicht zuletzt durch die Selbstorganisation schwarzer  
Gruppen in der BRD.  
Die Geschichte des antirassistischen Kampfes der  
Schwarzen (als politischer Begriff) in Britain ist älter und  
fortgeschrittener.  
"From resistance to rebellion" beschreibt diese Geschichte in  
ihren verschiedenen Stadien.  
Die anderen Texte geben ein Bild der Debatten um einen  
radikalen Antirassismusbegriff, einen feministischen Anti-  
Rassismus und beziehen sich auf eine militante Praxis.

ISBN 3-924737-16-9

DM 18,-

# FROM RESISTANCE TO REBELLION



UB Berlin

95 A

10487

TEXTE  
ZUR  
RASSISMUS-  
DISKUSSION

ROTE STRASSE

JENNY BOURNE/A. SIVANANDAN/LIZ FEKETE

## **From Resistance to Rebellion**

TEXTE ZUR RASSISMUS-DISKUSSION

SCHWARZE RISSE/BERLIN \* ROTE STRASSE/GÖTTINGEN

95 A 10487



NS 3530

## From Resistance to Rebellion

TEXTE ZUR RASSISMUS-DISKUSSION

aus dem Englischen von

**Britta Grell**  
**Andrea Stäritz**

(c) Schwarze Risse Verlag, Berlin, 1992  
ISBN 3-924737-16-9

Titel: **R.Marco**

Auslieferung:  
**Schwarze Risse Verlag**  
Gneisenaustr. 2a  
1000 Berlin 61  
Tel./Fax 030/692 87 79

Schweiz: **Pinkus Genossenschaft, Zürich**

95/15240

---

## **Inhalt**

A. Sivanadan <b>From Resistance to Rebellion</b>	11
Jenny Bourne <b>Für einen anti-rassistischen Feminismus</b>	77
Jenny Bourne <b>Homelands of the mind</b>	109
A. Sivanandan <b>Rassismus 1992</b>	147
Liz Fekete <b>Die antifaschistische Bewegung</b>	155



## Vorwort

Der deutschsprachige Rassismus-Diskurs ist relativ jung. Seine Aktualität schien mit dem Ende des Nationalsozialismus erledigt und trat nur noch zwischen den Zeilen der Faschismus-Debatte in Erscheinung. Erst seit Mitte der 80er Jahre tauchte er verstärkt in der linken Debatte auf. Aufsehenerregend war zunächst die Kritik schwarzer Frauen an der Hegemonie der weißen Frauenbewegung. Bis dahin wurde das Phänomen "ethnischer und rassistischer Formen von Dominanz"<sup>1</sup> je nach politischem Standort mit "Ausländerfeindlichkeit", "Diskriminierung" oder der "multinationalen Klassenzusammensetzung" beschrieben. Die fundamentale Bedeutung einer rassistischen Ausbeutungs- und sozialen Hierarchisierungsstruktur für die Entstehungsgeschichte und Aufrechterhaltung von weißer Arbeiterklasse, Kleinfamilie und metropolitanem Wohlstandsstaat erfaßten solche Begriffe nicht. Rassismus ist ein sehr viel militanterer Begriff, der eine Systematik von Ausbeutung und Unterdrückung beschreibt und sie in einen globalen, imperialistischen Kontext setzt.

Um die hiesigen Anfänge anzureichern, greifen wir auf die naheliegendste, die britische Literatur zurück. Wir beziehen uns zunächst vor allem auf Texte verschiedener MitarbeiterInnen des Londoner 'Institute of Race Relations'. Von Bedeutung sind auch die Texte des 'Center for Contemporary Cultural Studies' (CCCS) in Birmingham. Beide stellen im Gegensatz zur Strömung des 'new marxism' nicht die Ideologien-geschichte in den Vordergrund, versuchen sich nicht in unergiebigsten Begriffsdefinitionen, sondern stellen Rassismus als eine sozialgeschichtliche Dialektik von Kämpfen dar. "Es ist nicht hilfreich, Rassismus als einen 'natürlichen' und permanenten Wesenszug zu definieren, als eine Art universelle menschliche Natur. Er hat kein natürliches oder universelles Entwicklungsgesetz. Er nimmt nicht immer dieselbe Gestalt an. Es hat viel merklich unterschiedliche Rassismen gegeben, jeder historisch spezifisch, die den gegenwärtigen, nicht vergangenen Bedingungen entspringen."<sup>2</sup> Folglich müssen jene Versuche, Rassismus aus seinen historischen und sozialen Zusammenhängen herauszudestillieren, um ihn zu einem Ordnungsbegriff zu ab-

---

1 "The Empire strikes back", CCCS, London 1982

2 "Racism and Reaction", S.Hall in: "Committee for Racial Equality Report", 1978

strahieren, scheitern. Solches widerfuhr beispielsweise R.Miles aus der Glasgower Schule. Er nahm die scheinbaren Widersprüchlichkeiten der Rassismen unterschiedlicher historischer Phasen zum Anlaß, ihn nahezu gegen Null zu definieren, übrig blieb nur ein "ideologischer Prozeß", eine "Idee", die er dem marxistischen Basis-Überbau-Schema zuordnete, wohl von Anbeginn sein eigentliches Anliegen. Das konstituive Moment als Teil der polit-ökonomischen Grundstruktur und sozialen Determinante verschwand.<sup>3</sup>

Wir folgen da eher S.Hall, versuchen die aktuelle Ausprägung von Rassismus zu ergründen. Sivanandan geht darüber hinaus und beschreibt das Terrain des Rassismus als ein Terrain des sozialen Krieges, einer weitgehend aller sozialtechnischen Integrationsmechanismen entledigten sozialen Konfrontation. Sie könnte Paradigma für Prozesse am Scheitelpunkt metropolitaner Deregulierungsprojekte sein. Bewußt setzen wir seinen Aufsatz an den Anfang des Buches. Wir fragen vor allem nach dem sozialen Gehalt, dem Sprengstoff, dem Antagonismus der Rassismus genannten Konfrontation. Dies ist vor allem ein Blick von unten, ein Blick auf die Kämpfe.

Die vorliegenden Texte sind grob in drei thematische Komplexe gegliedert.

Der erste ist als Einstieg in die schwarze Geschichte, in diesem Fall England, gedacht. Er spiegelt jene sozialen Kämpfe wider, die die antirassistische Debatte erst hervorgebracht haben, ohne die jede daraus folgende Theoretisierung folgenlos bliebe. Sie ist ein Baustein und Beispiel für die Aufarbeitung und das Verständnis von Kämpfen im Rahmen der Europa-Diskussion.

Der zweite zielt unter Beziehung auf den feministischen Diskurs nicht nur auf diesen ab, sondern ist für die gesamte Debatte um das Verhältnis von "Rasse, Klasse und Geschlecht" sowie das daraus abzuleitende Politikverständnis von Belang. Darüberhinaus stellt er Querbezüge zur besonders in der BRD notwendigen Anknüpfung an die Antisemitismusdebatte her.

Der im Anhang aufgenommene Text, beabsichtigt einen Bezug zu dem Verhältnis von (schwarzer) antirassistischer und (weißer) antifaschistischer Bewegung, er kann beide Strömungen gleichermaßen anreichern.

---

<sup>3</sup> "Rassismus", R.Miles, Hamburg 1991

A. SIVANANDAN

## From Resistance to Rebellion

VOM WIDERSTAND ZUR REBELLION

Am 25. Juni 1940 wurde Udham Singh gehängt. Bei einem Treffen der Königlichen Asiatischen Gesellschaft und dem Ost-Indien-Verein in der Caxton Hall in London hatte Singh Sir Michael O'Dwyer erschossen, der 1919 als Gouverneur des Punjab das Massaker an unbewaffneten Bauern und Arbeitern in Jallianwala Bagh, Amritsar, angeführt hatte. Udham Singh war ein ausgebildeter Elektriker, ein aktiver Gewerkschaftler und Delegierter des lokalen Gewerkschaftsrats gewesen und hatte 1938 den Aufbau der ersten Indischen Arbeitervereinigung in Coventry initiiert.

Im Oktober 1945 brach der Fünfte Pan-Afrikanische Kongreß mit seinem früheren Reformismus und verpflichtete sich, für die "absolute und vollständige Unabhängigkeit" der Kolonien zu kämpfen und den Imperialismus zu beenden, falls notwendig, mit Ghandis Methoden des passiven Widerstands. Unter den Delegierten, die damals in Britain lebten, waren Kwame Nkrumah, Jomo Kenyatta, George Padmore, Wallace-Johnson, C.L.R. James and Ras Makonnen. W.E.B. DuBois, der 1917 den Pan-Afrikanischen Kongreß in Amerika gegründet hatte, leitete die Versammlung.

Im September 1975 überfielen drei junge West-Indier ein Restaurant in Knightsbridge, um Geld zu rauben. Mit der Beute wollten sie beim Aufbau vernünftiger Schulen für die schwarze Community helfen, schwarze politische Gruppen und den Befreiungskampf in Afrika unterstützen. Aus solchen Fäden wurden schwarze Kämpfe in Britain gesponnen. Die Muster jedoch wurden auf dem Webstuhl des britischen Rassismus gewoben.

In der frühen Periode des Wiederaufbaus nach dem Krieg, als in Britain wie in allen anderen europäischen Ländern Arbeitskräftemangel herrschte, funktionierte Rassismus auf den Grundlagen des freien Marktes - Selbstregulation nach den Gesetzen von Angebot und Nachfrage. Auf dem Arbeitsmarkt, wo es zu viele Jobs für zu wenige Arbeiter gab - wie die Regierung im "Nationality Act" von 1948 selbst zugab - schloß Rassismus schwarze Menschen nicht per se aus. Stattdessen bewirkte er, daß Schwarze unqualifiziert blieben, ihre Löhne niedriggehalten wurden und sie in schmutzige, schlechtbezahlte Jobs, die weiße Arbeiter nicht haben wollten, abgedrängt wurden. Dies geschah nicht auf der Basis eines erklärten Rassismus sondern im Rahmen der üblichen Ausbeutung. Auf dem Wohnungsmarkt, wo zu viele Menschen die wenigen Wohnungen begehrten, funktionierte der Rassismus direkter, indem Schwarze aus dem Wohnungsmarkt herausgehalten und als Inhaber von Schlafplätzen in den inneren, heruntergekommenen Stadtbezirken zusammengepfercht wurden. Hier zeigte sich der Rassismus offen und mit Zustimmung der Gesellschaft.

"Die Auswahl der Mieter", schrieb Ruth Glass in einem bissigen Kommentar, "wird als persönlicher Ermessensspielraum des Wohnungs- und Hausbesitzers angesehen. Es wird selbstverständlich akzeptiert, daß es sein Privileg ist, Neger, Sikhs, Juden, Ausländer im weitesten Sinne, Cockneys, Sozialisten, Hunde und andere Spezies, die er fernhalten möchte, auszuschließen. Die Anwerbung von Arbeitern in staatlichen als auch in privaten Unternehmen jedoch ist eine Frage der öffentlichen Politik - implizit oder explizit festgelegt durch Vereinbarungen zwischen Gewerkschaften, Unternehmensvereinigungen und der Regierung. Als Vermieter kann Mr. Smith offen diskriminieren, als Unternehmer muß er die Diskriminierung zumindest verschleiern. Auf dem Wohnungsmarkt ist Toleranz eine Frage privater

Initiative, auf dem Arbeitsmarkt ist sie in gewisser Hinsicht 'staatlich geregelt'."<sup>1</sup>

Der gleiche Rassismus trat unter der Bezeichnung "Begrenzung von Farbigen" in Kneipen, Cafes, Ballhäusern und Tanzstätten auf, um Schwarze auszugrenzen. In den Schulen gab es zu dieser Zeit noch zu wenige schwarze Kinder, um das als "Problem" ausmachen zu können. Die ImmigrantInnen, fast ausschließlich männlich und alleinstehend, waren nicht gekommen, um auf Dauer zu bleiben. Die Botschaft, die im allgemeinen zu den Kindern des Mutterlandes durchsickerte, lautete, daß ihre Arbeitskraft und nicht ihre Anwesenheit erwünscht war. Der Rassismus, so schien es, würde diesen Widerspruch schon von selbst, ohne staatliche Interventionen, lösen. Man setzte in Fortführung der jahrhundertalten Tradition britischer Sklaven- und Kolonialherrschaft auf eine Politik des "laissez-faire".

Die Antwort der Schwarzen auf den Rassismus war zunächst sehr zurückhaltend. Für Afro-Kariben wie Asiaten war es am Anfang gleichermaßen schwierig, einen Umgang mit dieser Art von primitiven Vorurteilen und übler Heuchelei zu finden. Den West-Indern, die damals zumeist geschickte Handwerker waren und fast alle aus der Arbeiterklasse stammten, fiel es besonders schwer, ihre Aussperrung aus Kneipen und Tanzstätten zu akzeptieren oder sich mit dem massiven Rassismus in den Kirchen und Gemeinden abzufinden. Die ersten Kämpfe brachen aus, und selbstverständlich stellte sich die Polizei auf die Seite der Weißen. Allmählich begannen die West-Indier ihre eigenen Tanzstätten, Kirchen und Wohlfahrtsorganisationen zu gründen oder, wie es in ihrer Heimat üblich war, sich im Frisiersalon, in Cafes oder an Straßenecken zu treffen. Im Unterschied dazu kamen Inder und Pakistani zumeist vom Lande und ihr Sozialleben spielte sich eher in Tempeln, Moscheen und Kulturvereinen ab. Durch deren und die Hilfe der schon länger Ansässigen fanden die neuzugezogenen nicht-englisch-sprechenden Asiaten Unterstützung bei der Wohnungssuche, bei der Jobsuche und beim Ausfüllen von Behördenformularen. Hier wurde ihnen bei der Suche nach ihrer Verwandtschaft geholfen und sie erhielten Hinweise, wie sie sich in der neuen Umgebung zurechtfinden konnten.

<sup>1</sup> Ruth Glass und Harold Pollins: *Newcomers*, London: Centre for Urban Studies and George Allen & Unwin, 1960.

Widerstand gegen Rassismus bewegte sich in traditioneller Form, was sich in spontanen Reaktionen auf bestimmte Situationen ausdrückte. Oftmals waren diese Aktivitäten individualistisch und unkoordiniert. Besonders zwischen den einzelnen Communities gab es wenig Zusammenarbeit, da Asiaten im allgemeinen in Fabriken, Gießereien und Webereien angestellt waren, während Afro-Kariben hauptsächlich im Dienstleistungsgewerbe (Verkehrs- und Gesundheitswesen, Hotels) Beschäftigung fanden. Und selbst in den einzelnen Fabriken existierten "ethnische Jobs", wie in der Textilindustrie in Bradford und oft auch "ethnische Arbeitsschichten".

Eine rassistische Arbeitsteilung, die nicht erst im Nachkriegs-Britain entwickelt wurde, sondern in der Kontinuität britischer Kolonialgeschichte stand, hielt die asiatischen und afro-karibischen Arbeiter auseinander und entzog ihnen damit den Boden für den gemeinsamen Kampf. Damals war die schwarze Arbeiterschaft trotz der Konzentration in bestimmten Arbeitsprozessen und Arbeitsbereichen in absoluten Zahlen überdies nicht gerade groß. Unter den schwarzen Arbeitnehmern waren West-Indier zahlenmäßig noch stärker vertreten als Inder und Pakistani. Daher war der Widerstand gegen rassistische Unterdrückung und Diskriminierung am Arbeitsplatz eher spontaner als organisierter Natur, auch wenn er individuell und kollektiv stattfand. Einige Arbeiter verließen ihren Arbeitsplatz und suchten sich einfach einen neuen Job. Andere legten kurzerhand die Arbeit nieder und gingen. Einmal verließ ein jamaikanischer Fahrer, aufgebracht durch den Rassismus um ihn herum, einfach seinen Bus auf der High Street und machte sich davon. (Dies war eine Tradition, die zurück zu seinen Sklavenvorfahren reichte, und die weitergegeben werden sollte an seine eigenen Kinder.)

Aber es gab auch Bemühungen um kollektive Aktionen in den Fabriken. Das geschah oft in Form von Petitionen und Aufrufen, die sich auf bessere Arbeitsbedingungen, die Arbeitsplatzgestaltung und gleiche Löhne bezogen. Aber ohne die Unterstützung der weißen Kollegen blieben diese Aktivitäten ohne großen Erfolg. Gelegentlich gab es Versuche, sich in Vereinigungen, sogar in Gewerkschaften innerhalb der Betriebe zusammenzuschließen. 1951 zum Beispiel trafen sich hochqualifizierte West-Indier in einer Munitionsfabrik in Merseyside (Liverpool) heimlich in den Toiletten und Waschräumen, um eine West-Indische Vereinigung zu gründen, die Fälle von Diskriminierung

aufgreifen sollte. Die Arbeitgeber fanden dies jedoch schnell heraus und so waren die west-indischen Arbeiter gezwungen, ihre Treffen in einem nahegelegenen Frisörladen abzuhalten. Von da an orientierte sich die Vereinigung mehr an ihrer Community. Ähnlich schlossen sich 1953 indische Arbeiter in Coventry in einer Vereinigung zusammen und benannten sie, in Erinnerung an Udham Singh, die Indische Arbeiter-Vereinigung. Jedoch entwickelten sich die meisten dieser schon früh gegründeten Organisationen später zu sozialen Wohlfahrtseinrichtungen. Die Indische Arbeiter-Vereinigung in Merseyside, zum Beispiel, die sich zu Beginn um Fälle von Diskriminierung kümmerte und den kolonialen Befreiungskampf unterstützte, durchlief eine Zeit heftiger politischer Aktivitäten. Und obwohl sie zahlenmäßig grösser wurde, über den Rahmen von Treffen im Frisörsalon hinauswuchs und in das von Weißen unterhaltene Stanley House übersiedelte, verflachten ihre Aktivitäten zu Unterhaltungsprogrammen für ethnische Minderheiten. Die Vereinigung fiel bald darauf in Vergessenheit.<sup>2</sup>

Auf die Diskriminierung in der Wohnungsfrage reagierten die Communities von Anfang an. Das war nun absolut kein Problem, das sich hätte individuell lösen lassen. Sowohl Asiaten als auch Afro-Kariben reagierten auf die Verweigerung von angemessenem, manchmal jeglichem Wohnraum, indem sie ihre Ersparnisse zusammenlegten, bis sie ausreichten, um selbst Immobilien zu erwerben. Die Asiaten arbeiteten durch ein ausgeweitetes Familiensystem oder durch "Hypothekenklubs". Sie kauften kurzfristige Pachtverträge und vermieteten die Wohnungen an ihre Verwandten und Landsleute weiter. Ähnlich gab es bei den West-Indern ein sogenanntes Parnier-(jamaikanisch) oder Sou-sou-System (trinidadisch). Eine kleine Gruppe von Leuten, die aus derselben Gegend oder von derselben Insel stammten, warfen ihre Ersparnisse zusammen und zahlten an jeden Einzelnen eine Pauschalsumme wieder aus. Auf diese Art zirkulierten die Ersparnisse in der eigenen Community und wanderten nicht an Banken oder Wohnungsbau-Gesellschaften ab, die Geld an Weiße verliehen. Es stellte eine Art primitives Bankensystem dar, das in traditioneller Weise entstanden war und verstärkt wurde durch die rassistische Diskriminierung. Natürlich zwangen die hohen Preise, die die Immigranten für Häuser oder Wohnungen zu zahlen hatten und

<sup>2</sup> D.R. Manley: "The social structure of the Liverpool Negro Community with special reference to the formation of formal associations". Unpublished thesis, 1958.

die Zinsen, die ihnen aufgebürdet wurden, die Menschen zu Überbelegung und Mehrfachvermietung, was nicht nur die weitere rassistische Stereotypisierung, sondern in späteren Jahren auch das rigore "Gesetz zur öffentlichen Gesundheit" hervorrufen sollte. Somit wurde gerade der Kampf gegen das Wohnungsproblem mit Hilfe der traditionellen Kultur- und Wohlfahrtsvereine und Gruppen zum Auslöser für das anwachsende Selbstvertrauen und die Selbstorganisation der Schwarzen und vereinte die betroffenen Communities. Dies bedeutete eine Stärke, die den Communities in späteren Kämpfen zugute kommen sollte.

Es gab einen weiteren Bereich, in dem eine solche Organisation bedeutsam wurde und eine ganz andere Einheit bot: Der anti-koloniale Befreiungskampf. Es hatte immer schon Übersee-Studenten-Vereine gegeben - afrikanische, asiatische, karibische - aber im Zeitraum vor dem ersten Weltkrieg hatten sie zumeist den Charakter von Freundschaftsräten, Sozialklubs oder Debattierzirkeln.

Aber nach dem Krieg und auf dem Hintergrund der sogenannten Rassenunruhen von 1919 in Liverpool, London, Cardiff, Hull und anderen Hafengebieten, wo west-afrikanische und Lascar-Seeleute sich schon frühzeitig niedergelassen hatten, wurde 1925 die West-Afrikanische Studenten-Union gegründet, deren explizites Ziel es war, den Widerstand gegen rassistische Vorurteile und die Kolonialherrschaft zu organisieren. 1931 folgte der Union die vorwiegend aus West-Indern bestehende "League of Coloured People". Dr. Harald Moody, ein leidenschaftlicher Christ, wurde Vorsitzender der Liga, die sich "dem Wohlergehen aller farbigen Menschen in allen Teilen der Welt" und "der Verbesserung der Rassenbeziehungen" verschrieben hatte. Die Zeitschrift der Liga "Keys" erforschte und veröffentlichte Fälle von rassistischer Diskriminierung. 1935, als speziell in Cardiff schwarze Seeleute und ihre Familien aufgrund ihrer Hautfarbe unter einer besonders krassen Ausbeutung zu leiden hatten, klagte "Keys" die Gewerkschaften, die Polizei und die Schiffseigner an, "in reibungsloser Zusammenarbeit die Reedereien davon abzuhalten, an farbige Seeleute Arbeitsverträge zu vergeben".<sup>3</sup> Das Verhältnis zwischen Kolonialismus und Rassismus, zwischen schwarzen Arbeitern und schwarzen Studenten wurde immer klarer, die Kampagnen zunehmend koordinier-

<sup>3</sup> Keys, Vol.3, no. 2, Oktober-Dezember 1935.

ter. Als sich 1937 eine Gruppe schwarzer Schriftsteller und Aktivisten, unter ihnen C.I.R. James, Wallace-Johnson, George Padmore, Jomo Kenyatta und Ras Makonnen, zur Gründung des "International Service Bureau" zusammenschlossen, gewann die Bewegung an Militanz. 1944 ging das Bureau in der Pan-Afrikanischen Föderation auf und entwickelte sich zur britischen Sektion der Pan-Afrikanischen Kongreß-Bewegung. Von Anfang an war das Bureau und später die Föderation kompromißlos in der Forderung nach "demokratischen Rechten, bürgerlichen Freiheiten und der Selbstbestimmung" für alle unterdrückten Menschen und Völker.

Kurz vor Ende des Zweiten Weltkrieges, als Indiens Kampf um "Swaraj" aufkam, erhielt die Bewegung Aufschwung. Anfang 1945 versammelten sich Asiaten, Afrikaner und West-Indier zu der "Subject People's Conference". Bereits im Februar dieses Jahres hatte die Pan-Afrikanische Föderation die Anwesenheit von Delegierten aus den Kolonien anlässlich der "World Trade Union Conference" genutzt, um zu einem Treffen zu laden, bei dem die Idee eines weiteren Pan-Afrikanischen Kongresses diskutiert wurde. Schließlich traf sich im Oktober 1945 der 5. Pan-Afrikanische Kongreß in Manchester. Inspiriert durch den indischen Kampf um Unabhängigkeit verpflichtete sich der Kongreß der "sofortigen und umfassenden Abschaffung von Kolonialismus und Imperialismus weltweit". Nkrumah, Kenyatta, Padmore, James - diese Namen sollten später immer wieder in der Geschichte des anti-rassistischen und anti-imperialistischen Kampfes auftauchen.

Drei Jahre später war Indien befreit und in den Kolonien in Afrika und der Karibik gähte es. Mittlerweile gab es kaum noch eine afro-karibische Vereinigung in Britain, die nicht für die koloniale Unabhängigkeit und den Kampf der Schwarzen eintrat. Die asiatischen Immigranten befanden sich sozusagen jedoch schon im Stadium der Unabhängigkeit und die indischen Ligen und Arbeitervereinigungen, die sich früher dem "Swaraj" verschrieben hatten, erlebten jetzt ihren Abstieg. An ihre Stelle trat die "Indian Workers's Association" (der Name war der Erinnerung an die Vergangenheit gewidmet), die Fragen der Immigration und Probleme in Britain aufgriff, sich aber weiterhin noch mit den politischen Heimat-Parteien in Indien identifizierte, besonders mit der Kommunistischen Partei und der Kongreß-Partei. Auf diese Art entwickelten sich zwei Stränge innerhalb der Politik der "Indian Workers' Association" (IWA): Der eine betonte Wohlfahrts- und Sozial-

arbeit, der andere Gewerkschaftsarbeit und politische Aktivitäten, wenn auch nicht in dieser Ausschließlichkeit.

Insgesamt begann der anti-rassistische und anti-koloniale Kampf dieser Periode, die Insel- und Ethnien-Bezüge und Vereine aufzuweichen. Sie wurden in Relation zu den unmittelbaren sozialen Realitäten und "Rassenbeziehungen" in Britain reformiert und bildeten in der Folge eine starke Gemeinschaftsbasis für die künftigen Kämpfe in den Betrieben und Fabriken. Jedoch erforderten unterschiedliche Interessen unterschiedliche Bündnisse. Das Ergebnis eines differenzierten Rassismus waren verschiedenartige, wenn auch ähnliche Organisationsformen. Es gab nicht nur eine "Einheit" oder zwei oder drei, sondern ein ganzes Mosaik von "Einheiten". Nachdem sich jedoch die Kolonien befreit, die Immigranten sich in Britain niedergelassen hatten, als der staatliche Rassismus eingeführt und institutionalisiert wurde und dadurch den Nährboden für faschistische Bewegungen schuf, sollte dieses Mosaik von "Einheiten" und Organisationen zu einer holistischeren<sup>4</sup>, wenn auch sich wandelnden Struktur von schwarzer Einheit und schwarzem Kampf verschmelzen.

Um 1955 herum verebbte die erste "Welle" der Einwanderung. Eine leichte Rezession hatte eingesetzt, und obwohl die Londoner Verkehrsbetriebe noch 1956 ausgebildete Arbeitskräfte von Barbados rekrutierten, ließ der Bedarf an schwarzen Arbeitskräften etwas nach. Die Einwanderung von den west-indischen Inseln wurde sich selbst überlassen und richtete sich lediglich nach der Nachfrage auf dem britischen Arbeitsmarkt. Die Einwanderung vom indischen Subkontinent entwickelte sich nach der Verabschiedung von Restriktionen der indischen und pakistanischen Regierung im Jahre 1955 eher schwerfällig. Trotzdem eskalierte der Rassismus in Britain und die ersten Rufe nach Immigrations-Kontrollen wurden laut, nicht zuletzt im Parlament. Es hatte schon immer vereinzelte Forderungen gegeben, jedoch eher aus politischen als aus ökonomischen Gründen. Nun konnte die wirtschaftliche Situation als Ausrede für politische Entscheidungen herhalten. Der Druck von Seiten der Rechten nahm zu. Der Verlust ehemaliger Kolonien, zuerst von Indien, und die anstehende Unabhängigkeit karibischer und afrikanischer Staaten hatten das Ende des britischen Imperiums und den Niedergang Britains als

<sup>4</sup> holistisch im Sinne von ganzheitlich, Anmerkung der Übersetzerin.

Großmacht eingeläutet. Einzig die Ideologie der "rassischen Überlegenheit", auf die man nun zurückgreifen konnte, war vom kolonialen Unternehmen noch übriggeblieben. Mosleys "British Union of Fascists" aus der Vorkriegszeit wurde nun als die "Union Movement" wiederbelebt und befand sich bezüglich der rassistischen Ausrichtung in Konkurrenz mit anderen Organisationen: A.K. Chestertons "League of Empire Loyalists", Colin Jordans "White Defense League", John Beans "National Labour Party", Andrew Fountaines "British National Party". In der Grauzone zwischen diesen Organisationen und dem rechten Flügel der Tory-Partei begannen verschiedene Vereine für die "Erhaltung der Reinheit der Rassen" aus dem Boden zu wachsen. Rassistische Übergriffe wurden zu einem selbstverständlichen Aspekt des Lebens von Immigranten in Britain. Ernsthaftere Zusammenstöße ergaben sich mitten in London und in mehreren Provinzstädten. 1954 fand in einer kleinen Straße mit Reihenhäusern in Camden Town (London) zwei Tage lang ein "Rassenkrieg" statt, der in einem Brandanschlag gegen das Haus eines West-Inders gipfelte.<sup>5</sup> Im August 1958 brachen schließlich in Nottingham größere Aufstände aus, die gefolgt wurden von gewaltsamen Auseinandersetzungen in Notting Hill (London), wo Teds, angeführt von den Anhängern Mosleys und der "White Defense League" unter dem wachsamen Auge der Polizei seit Wochen einem Freudenfest der "Nigger-Jagd" nachgingen.

Die Schwarzen schlugen zurück, und selbst moderate Organisationen wie das "Committee of African Organisations", die bisher ohne Erfolg einen "angemessenen und vorurteilsfreien Polizeischutz" gefordert hatten, beriefen sich nun auf das Recht auf Selbstverteidigung. Die Gerichte, vertreten durch die Person eines jüdischen Richters, Lord Justice Salmon, reagierten mit der Inhaftierung von neun Teds, und verkündeten das Recht "einer jeden Person, unabhängig von der Hautfarbe ... , sich auf unseren Straßen mit erhobenem Haupte und ohne Angst zu bewegen". Der Richter fügte hinzu, die Handlungen der Teds hätten "die gesamte Nation mit Horror, Scham und Empörung erfüllt". Es sollte sich jedoch zeigen, daß dies das letzte Mal gewesen war, daß solche Aussagen durch ein Gericht im Namen der Nation öffentlich gemacht wurden. Kaum ein Jahr später wurde der west-indische Zimmermann, Kelso Cochrane, auf den Straßen von Nottingham

<sup>5</sup> Edward Scoble: Black Britannia, Chicago, Johnson Publishing Co., 1972.



niedergestochen. Der Polizei gelang es nicht, den Mörder zu finden. Später sollte sich herausstellen, daß dies nur der erste von vielen weiteren rassistischen Vorfällen war, bei denen die Polizei versagte.

Die Boden war bereit für die ersten Einwanderungskontrollen. Angesichts der langsamen Verbesserung der ökonomischen Situation in Britain betrachtete das Finanzministerium den möglichen Verlust von billigen und profitbringenden Arbeitskräften für eine Wirtschaft, die sich im Aufschwung befand, jedoch mit Sorge. (Auch wenn die damals laufenden Verhandlungen über den Beitritt von Britain in die Europäische Gemeinschaft eine neue Quelle billiger Arbeitskraft in Aussicht stellten.) Da sich darüberhinaus die west-indischen Inselstaaten an der Schwelle zur Unabhängigkeit befanden, sollte die Einleitung einer Immigrationsbeschränkung vertagt werden bis zur Verwirklichung des britischen Plans zur Errichtung einer west-indischen Föderation. Versuche, die west-indischen Staaten für eine bilaterale Abmachung über Einwanderungskontrollen zu gewinnen, schlugen fehl. 1960 hob Indien seine Beschränkungen zur Auswanderung auf. 1961 widersetzte sich Jamaika dem Beitritt zur west-indischen Föderation. Anfang 1962 wurde der Entwurf zum "Commonwealth-Immigrations-Gesetz" ins britische Parlament eingebracht.

Hatten die rassistischen Gewalttätigkeiten von Nottingham und Notting Hill die west-indische Community von der Notwendigkeit einer besseren Organisierung und größerer Militanz überzeugt, so stärkte nun die Aussicht auf die Kontrolle von "farbigen" EinwanderInnen die Beziehung zwischen asiatischen und west-indischen Organisationen. Bereits 1957 hatte Claudia Jones, eine Kommunistin aus Trinidad, die in den USA aufgrund ihrer politischen Aktivitäten inhaftiert und später des Landes verwiesen worden war, für die Idee einer Kampagnenzeitung geworben. Im März 1958 brachte sie zusammen mit anderen progressiven West-IndierInnen, unter ihnen Amy Garvy, die Witwe von Marcus Garvey, die erste Ausgabe der "West Indian Gazette"<sup>6</sup> heraus, die das Geburtsdatum afro-karibischer Zeitungen in Britain markierte. 1959, unmittelbar nach dem Mord an Kelso Cochrane, führten Claudia Jones und Frances Ezzrecco, der während des Höhepunkts der gewalttätigen Übergriffe die "Coloured People Progressive Association"

<sup>6</sup> Der "West Indian Gazette" folgten die Zeitschriften "Link", "Carib", "Anglo-Caribbean News", "Tropic", "Flamingo", "Daylight International", "West Indies Observer", "Magnet" und viele andere mehr.

gegründet hatte, eine Delegation von west-indischen Organisationen zum britischen Innenministerium an. Noch im gleichen Jahr organisierte die "West Indian Gazette" den ersten karibischen Karneval im Rathaus von St. Pancras, "um den Geschmack von Notting Hill aus unseren Kehlen zu vertreiben".

Ungefähr zur gleichen Zeit wurde auf Ersuchen der "High Commission of the Embryonic West Indian Federation" die etwas moderatere "Standing Conference of West Indian Organisations" in Britain ins Leben gerufen. (Norman Manley, der "Chief Minister" von Jamaika war kurz nach den Unruhen nach London geflogen.) Obwohl der Schwerpunkt dieses Zusammenschlusses auf Integration und dem gleichberechtigten Zusammenleben verschiedener ethnischer Gruppen lag, verhalf er den Organisationen der verschiedenen Inseln zu einem west-indischen Bündnis.

Auch die asiatischen Gruppierungen waren von den Unruhen 1958 nicht unberührt geblieben. Kurze Zeit später gründete sich eine indische Vereinigung in Nottingham, und von noch größerer Bedeutung war der Zusammenschluß aller "Indian Workers' Associations" zu einer zentralen IWA in Britain. (Nehru hatte diesen Schritt bei einem Besuch in London ein Jahr vorher bereits vorgeschlagen.)

Mit der Einführung von Einwanderungskontrollen gründeten sich nun weitere Organisationen, darunter im Jahre 1961 die Pakistanische und die West-Indische Arbeitervereinigung. Zusammen mit einer Anzahl anderer asiatischer und afro-karibischer Organisationen und in Zusammenarbeit mit sympathisierenden weißen Gruppen begann eine Kampagne gegen die diskriminierende Gesetzgebung. Die beiden wichtigsten Dachorganisationen waren das "Co-ordinating Committee Against Racial Discrimination" (CCARD) in Birmingham und die "Conference of Afro-Asian-Caribbean Organisations" (CAACO) in London. Die CAACO war im Februar 1962 durch Jagmohan Joshi von der "Indian Workers' Association" in Birmingham und von Maurice Ludmer, einem alten anti-faschistischen Kämpfer und späterem Gründungsmitglied der Zeitung "Searchlight", ins Leben gerufen worden. CCARD selbst war durch eine Versammlung in Digbeth inspiriert worden, zu der die "West Indian Workers' Association" und die "Indian Youth League" eingeladen hatten, um gegen die Ermordung von Patricia Lumumba zu protestieren. Dieses Treffen hatte zu einer Protestdemonstration durch Birmingham und anderen anti-imperialistischen

Treffen geführt. Auf einer Demonstration im September 1961 durch die Straßen von Birmingham vereinte CCARD weiße und schwarze Gruppen gegen die neuen Immigrations-Gesetze.

Die "Conference of Afro-Asian-Caribbean Organisations", die durch die "West Indian Gazette" initiiert wurde und eng mit der "Indian Workers' Association" und der "Fenner Brockway's Movement for Colonial Freedom" zusammenarbeitete, hielt zwar auch ihre Treffen und Demonstrationen ab, konzentrierte sich jedoch mehr auf Lobby-Arbeit in den Ausschüssen und im Parlament. Vor allen Dingen versuchte sie auf die Labour-Partei Einfluß zu nehmen, die sich zu einer Rücknahme des neuen Einwanderungsgesetzes verpflichtet hatte, falls sie die Regierungsmacht zurückgewinnen sollte. Im August 1963, nachdem die Gesetzesvorlage verabschiedet worden war, und die Labour-Partei angesichts der anstehenden Wahlen Versuche unternahm, sich aus ihrer Verantwortung herauszustehlen, organisierte die CAACO mit Claudia Jones an der Spitze einen Solidaritätsmarsch von Nottinghill zur US-amerikanischen Botschaft. Diese Demonstration in Solidarität mit den Rechten der Schwarzen in den USA und gegen die Rassendiskriminierung in Britain fand drei Tage nach dem "Martin Luther King's Peoples' March" in Washington statt.

Die damaligen internationalen Ereignisse zeigten jedoch auch negative Auswirkungen auf die innenpolitischen Kämpfe der Schwarzen in Britain. Der Indo-China-Krieg im Jahre 1962 hatte zu einer Spaltung der kommunistischen Parteien Indiens geführt. Dadurch drohte auch die britische "Indian Workers' Association" auseinanderzubrechen.

Im April 1962 war das Gesetz zur Einwanderungsbeschränkung verabschiedet worden und damit die Schlacht um seine Verhinderung verlorengegangen. Rassismus war nun nicht mehr länger nur eine Frage des freien Unternehmertums, er war verstaatlicht und nationalisiert worden. Die Regulierung des Zuzugs, die Aufnahme und Verteilung von sogenannten "farbigen" Arbeitskräften aus dem Commonwealth und den Kolonien sollte in Zukunft nicht mehr alleine der diskriminierenden Praxis auf dem freien Markt überlassen werden, sondern verstärkt durch staatliche Institutionen erfolgen. Der Staat war nun die Instanz, die bereits bei oder schon vor der Ankunft in Britain bestimmen sollte, welche Schwarzen man ins Land hineinlassen wollte, wo diese hingehen und sich niederlassen durften, wie sie sich zu verhalten und zu benehmen hatten, und wie man sie am besten

wieder abschieben konnte. Oder anders ausgedrückt: Nun gab es den Einwanderungsbeamten am Eingang und im Land selbst den Faschisten. Rassismus erhielt überall Zustimmung, war nichts Unehrenhaftes mehr, doch natürlich hatte sich die Begründung geändert. Es ging nicht mehr länger um die Hautfarbe sondern um die Anzahl. Im Sinne der ImmigrantInnen selbst sei es besser, die Zahl der Schwarzen zu verringern. Weniger Schwarze bedeute bessere "Rassenbeziehungen" und das konnte nur im Interesse aller sein. Diese Argumentation sollte kurz darauf an Überzeugungskraft gewinnen, als sie von Hattersley<sup>7</sup> und der Labour-Partei leicht verändert übernommen wurde. Offensichtlich gab es auf staatlicher Ebene auch das Bedürfnis nach Heuchelei. In eindeutig heuchlerischer Absicht wurden von der Labour-Regierung im Jahre 1964 die ersten Schritte in Richtung eines nationalen Anti-Diskriminierungsgesetzes unternommen.<sup>8</sup>

In der Zwischenzeit konnten sich die feinen Engländer alles erlauben. Im April 1963 entdeckte die Bristol Autobus-Gesellschaft, daß "sie es sich nicht leisten konnte, eine gemischte Arbeiterschaft als Busfahrer" einzustellen, da das Ergebnis sein könnte, "daß die Firma durch die Anstellung von fünfzehn 'Farbigen' dreißig weiße Fahrer verlieren würde, die sich aufgrund von Vorurteilen weigern könnten, länger für das Unternehmen zu arbeiten".<sup>9</sup> Bestärkt durch die neue staatliche Politik konnten solche Äußerungen getan werden, ohne daß jemand Angst haben mußte vor Sanktionen. Während in Bristol, das durch die Sklaverei aufgebaut worden war und das auf drei Generationen von schwarzen EinwanderInnen zurückblicken konnte, sich noch darauf beschränkt wurde, die Vorurteile von Weißen ins Feld zu führen, wurde in Walsall, wo sich Schwarze erst vor kurzem niedergelassen hatten, das höchst wissenschaftliche Argument angeführt, "Farbige könnten im Straßenverkehr nicht so schnell reagieren wie Weiße". In Bolton erklärten Betriebe einfach, sie seien nicht weiter bereit, "Gesindel" zu beschäftigen.<sup>10</sup>

<sup>7</sup> Roy Hattersley (1965) : "Ohne Integration ist Begrenzung nicht zu rechtfertigen, ohne Begrenzung ist Integration jedoch unmöglich".

<sup>8</sup> Davon daß die "Fenner Brockway's Movement for Colonial Freedom" seit 1951 eine unermüdliche Kampagne zur Einführung eines "Private Member's"-Anti-Diskriminierungs-Gesetz geführt hatte, war das Bewußtsein innerhalb der Labour-Partei vollkommen unberührt geblieben.

<sup>9</sup> West Indies Observer, Vol. 1, no. 19, 4. Mai, 1963.

<sup>10</sup> West Indies Observer, Vol. 1, no. 22, 15. Juni, 1963.

Die Polizei fühlte sich ebenfalls von allen Auflagen befreit. In der Vergangenheit hatte sie nur indirekt ihren Spaß bei Angriffen auf Schwarze ausleben dürfen. Die Polizisten hatten als neutral zu erscheinen. Nun konnten sie selbst auf "Neger-Jagd" gehen (der Ausdruck stammte von ihnen), während sie weiterhin in der Öffentlichkeit mit ihrer Neutralität glänzen durften. Im Dezember 1963 beschwerte sich die "British West Indian Association" über die wachsende "Brutalität der Polizei", die der Verabschiedung des "Commonwealth Immigrants Act" folgte. 1964 beklagte sich die pakistanische Community darüber, daß während der Untersuchung eines Mordfalles pakistanischen Immigranten auf einer Polizeistation die Handgelenke mit unentfernbarer Tinte markiert wurden. Es war irrelevant, daß diese Menschen einen Namen besaßen, und überhaupt sahen sie sowieso alle gleich aus.<sup>11</sup> WISC, die "West Indian Standing Conference, die die moderatere "Standing Conference" of West Indian Organisations in UK" nach dem Zusammenbruch der "West Indian Federation" abgelöst hatte, dokumentierte 1965 Ausschreitungen der Polizei in Brixton und Umgebung und veröffentlichte sie in einem Bericht mit dem Titel "Nigger Hunting in England".<sup>12</sup> Währenddessen vertrieben sich die Einwanderungsbeamten, ausgestattet mit einem Freibrief durch die Regierung, an den Kontrollstellen ihre Zeit mit Schikanen.

Auf lokaler Ebene organisierten sich Mieter und Anwohner in Vereinen, um Schwarze von der Wohnungsvergabe auszuschließen. Die Zahl der ImmigrantInnen war im Vorfeld der Verabschiedung des neuen Einwanderungsgesetzes zwei Jahre lang beachtlich angestiegen. Viele hatten sich vor der Schließung der Grenzen um den Nachzug ihrer Familien und Angehörigen bemüht. Die Versorgung mit Wohnraum, was seit dem Krieg schon immer ein großes Problem dargestellt hatte, wurde nun zu einem heftig umkämpften Terrain. Die Immigranten waren selbstverständlich in Slum-Häuser und zu Überbelegung gezwungen worden. Nun wurden Befürchtungen laut, sie könnten sich in bisher weiße Wohnbezirke ausbreiten. Zur gleichen Zeit wurden Gesetze zur öffentlichen Gesundheit erörtert, um Mehrfach-Belegungen von Wohnungen zu verhindern.

<sup>11</sup> West Indies Observer, No. 36, 18. Januar, 1964.

<sup>12</sup> Joseph A. Hunte: Nigger Hunting in England. London, West Indian Standing Conference, 1965.

Auch die Versorgung mit Schulplätzen wurde zu einem Problem, als immer mehr "farbige" Kinder ins Land kamen und in das Bildungswesen drängten. Im Oktober 1963 forderten weiße Eltern in Southall, wo ein hoher Anteil von InderInnen lebte, separate Klassen für ihre Kinder, da die "farbigen" die Lernerfolge für die weißen SchülerInnen beeinträchtigen würden. Im Dezember berichtete der CIAC ("Commonwealth Immigrants' Advisory Council"), der als Beratungsinstanz für das Innenministerium in Sachen "Wohlfahrt und Integration von Immigranten" eingerichtet worden war, daß die "Anwesenheit einer großen Anzahl von Immigranten-Kindern in einer Schulklasse den allgemeinen Lernprozeß verlangsamt und den Fortschritt der ganzen Klasse verzögert, besonders, wenn die Immigranten nicht fließend Englisch schreiben und lesen können". Dies, so hieß es weiter, sei auch für die Immigranten-Kinder schlecht, da "sie keine gleichwertige Einführung ins britische Leben bekämen wie bei dem Besuch einer normalen Schule". Daneben bestand die Gefahr, daß weiße Eltern ihre Kinder abmelden würden, und somit einige Schulen "zu von Immigranten dominierten Schulen" verkommen könnten.<sup>13</sup> Im November verkündigte Sir Edward Boyle, der angeblich liberale Bildungsminister, im Unterhaus des Parlaments, es sei aus pädagogischen Gründen wünschenswert, "daß der Anteil von Immigranten-Kindern an keiner Schule höher als 30 Prozent liegen darf". Darauf nahm auch das Gesetz vom Juni 1965 Bezug, das den Anteil von Immigranten-Kinder auf 30 Prozent begrenzte. Der darüber hinausgehende Teil sollte mit Bussen in andere, weiter entfernte Schule gefahren werden<sup>14</sup> (in Britain bekannt als bussing-system, Anm. der Übersetzerin), während kein einziges weißes Kind gezwungen wurde, außerhalb seines unmittelbaren Wohnbezirks zur Schule zu gehen.

Die Lösung für west-indische Kinder, deren Probleme angeblich mit ihrer Sprache, dem kreolischen Englisch, mit ihrer geringen Lernfähigkeit und mit sogenannten Verhaltensstörungen zusammenhingen, sollte in der Bereitstellung von eigenen "Förderklassen" und "Sonderschulen" bestehen.

Auf alle diese Maßnahmen und andere Formen von Diskriminierung reagierten die schwarzen Communities mit Protest und Widerstand. Die Bus-Gesellschaft in Bristol, zum Beispiel, wurde boykottiert

<sup>13</sup> Commonwealth Immigration Advisory Council, Zweiter Bericht, London 1964.

<sup>14</sup> Department of Education Circular 7/65, London 1965.

und zum Ziel zahlreicher Demonstrationen, die das Unternehmen schließlich zwingen, seine Einstellungspolitik aufzugeben. Wie bereits erwähnt, wurden Polizeiübergriffe von den west-indischen Organisationen dokumentiert und veröffentlicht. Die zwangsweise Abschiebung west-indischer Kinder in Sonderklassen und Sonderschulen wurde und wird bis heute hart bekämpft, zuerst durch die "North London West Indian Association" und später durch andere lokale und nationale Organisationen. Schrittweise hatte sich im Laufe der Zeit die Einheit zwischen Asiaten und West-Indern, zwischen radikalen und gemäßigten Gruppierungen, die besonders in der Periode zwischen den Aufständen 1958 und der Einführung des Einwanderungsgesetzes 1962 bestanden hatte, aufgelöst. Ganz unmittelbare Bedürfnisse und Anliegen standen nun im Vordergrund. Es gab Familien, die Wohnungen, Kinder, die Schulplätze benötigten, und Angehörige, die es zu versorgen galt. Die Immigranten wurden ansässig. Nun machten die Asiaten den Hauptteil der EinwanderInnen aus. Während sie lange Zeit, anders als viele West-Indier, nur vorübergehend nach Britain gekommen waren, um Geld zu verdienen und in die verarmte Heimat zu schicken, sahen sich viele Asiaten vor 1962 gezwungen, noch schnell ihre Familien nachzuholen, bevor die Tore durch die Immigrationsgesetze entgültig geschlossen wurden. Ihre Politik wurde immer mehr durch diese Situation bestimmt: Petitionen, Lobbypolitik, Einflußnahme auf politische Parteien, Einmischung in lokale Wahlen. Und ihre Kämpfe wurden zu Kämpfen der Arbeiterklasse in den Betrieben und darüberhinaus zu politischen Kämpfen in der direkten Konfrontation mit dem Rassismus der weißen Gewerkschaften.

Im Mai 1965 fand in der "Courtauld's Red Scar Mill" in Preston der erste bedeutsame Streik von Immigranten statt. Ausgangspunkt des Streiks war die Entscheidung des Managements, asiatische Arbeiter, die mit ein paar wenigen West-Indern in einem bestimmten Teilabschnitt des Produktionsprozesses eingesetzt waren, zu zwingen, mehr Maschinen für proportional weniger Lohn als vorher zu bedienen.<sup>15</sup> Der Streik schlug fehl. Allerdings hatten die Arbeiter in diesen Auseinandersetzungen die Gelegenheit, die aktive Kollaboration der weißen Kollegen und der Gewerkschaften aufzuzeigen und anzuklagen. Einige Monate davor hatten asiatische Arbeiter bereits wäh-

<sup>15</sup> Paul Foot: The Strike at Courtaulds, Preston, in: IRR Newsletter Supplement, Julie 1965.

rend eines kleineren Streiks in "Rockware Glass" in Southall, London, eine ähnliche Erfahrung mit der Komplizenschaft zwischen Unternehmern und weißen Arbeitern gemacht. Auch der folgende Streik in der "Woolf Rubber Company" einige Zeit später wurde, trotz der unglaublichen Anstrengungen der Arbeiter und trotz der Unterstützung durch die asiatische Community (besonders durch die "Indian Workers' Association") verloren. Auch hierfür war das unsolidarische Verhalten der Gewerkschaften verantwortlich.<sup>16</sup>

Die afro-karibischen Kämpfe dieser Zeit nach 1962 zeigten trotz unterschiedlicher Ursprünge einen ähnlich starken Rückhalt in der eigenen Community. Ghana wurde 1957 unabhängig, Uganda, Jamaika, Trinidad und Tobago folgten im Jahre 1962. Es gab jedoch sowohl in Afrika wie auch in der Karibik Länder, die immer noch um ihre Freiheit kämpften. Es existierte außerdem noch die schwarze Kolonie in Nordamerika, die durch Martin Luther Kings Bürgerrechtsbewegung und mit den Kämpfen der Black-Power-Bewegung Mitte der 60er Jahre erst ihren Aufschwung erlebte. King besuchte London im Dezember 1964 auf dem Weg nach Oslo, um seinen Nobel-Preis entgegenzunehmen. Auf sein Betreiben hin wurde im Februar 1965 eine britische Bürgerrechtsbewegung ins Leben gerufen. CARD, die "Campaign Against Racial Discrimination", bestand als Zusammenschluß verschiedener asiatischer und afro-karibischer Organisationen, unterstützt durch einige Radikale aus der Labour-Partei.

Noch bedeutsamer war jedoch der Besuch von Malcom X. Malcom stattete London im Februar 1965 einen Blitzbesuch ab. Im Anschluß daran bildete sich eine weitaus radikalere Organisation, RAAS<sup>17</sup>, die "Racial Action Adjustment Society", angeführt von Michael de Freitas, später Abdul Malik genannt und danach wieder Michael X. "Schwarze, bildet eine Einheit. Wir haben nichts zu verlieren außer unserer Angst", lautete die Parole.

Selbst unter Schwarzen, ist es heute modern geworden, Michael X nur noch als Kriminellen zu betrachten, der 1975 von der Regierung Trinidads als angeblicher Mörder gehängt wurde. (Die Grenze zwischen Politik und Verbrechen ist in einer kapitalistischen Gesellschaft immer schon sehr schmal gewesen.) Wie wir sehen werden, waren es

<sup>16</sup> Peter Marsh: The Anatomy of a Strike, London, Institute for Race Relations, 1967.

<sup>17</sup> Raas ist ein jamaikanisches Schimpfwort, das der Black Power Bewegung in Britain einen west-indischen Touch verlieh.

jedoch gerade Menschen wie Michael und Roy Sawh, ein guyanischer Inder, und ihre Genossen von RAAS, die mehr als alle anderen in dieser Zeit, einfachen schwarzen Menschen ihre Ängste nehmen konnten und ihnen beibrachten, für ihre Rechte und ihre Würde einzustehen.<sup>18</sup> Viele der heutigen Aktivisten, besonders die militanten, sind aus RAAS hervorgegangen.

RAAS wird außerdem in übler Nachrede und denunziatorischer Absicht unterstellt, sie hätten neben Raubüberfällen keine politische Arbeit geleistet. Aber es waren Leute von RAAS, die sich zur "Red Scar Mill" in Preston begaben, um nach einer Einladung den asiatischen Arbeitern dort zu helfen. Und dieser Punkt ist sehr bedeutsam und aussagekräftig. Markiert er doch zumindest den Beginn einer fortschreitenden organischen Einheit zwischen den Kämpfen der (afro-) asiatischen "Kulis" und den Kämpfen der (afro-) karibischen Sklaven in der Diaspora, die von Claudia Jones' "West Indian Gazette" und den "Afro-Asia-Caribbean News" eingeleitet wurde und auf die sich Abimanyu Manchanda, ein indischer politischer Aktivist und eine Schlüsselfigur in der britischen Anti-Vietnam-Bewegung, später stützen konnte.

Aber RAAS oder schwarze militante Organisation im allgemeinen hätte längst keine so starke Unterstützung gefunden, wäre nicht die Desillusionierung durch die Politik der Labour-Partei, hinsichtlich der Einwanderungskontrollen und somit hinsichtlich des Rassismus, immer mehr gewachsen. Die "farbigen Immigranten" setzten lange Zeit immer noch Hoffnungen in die Partei der Arbeiterklasse und der kolonialen Unabhängigkeit und versuchten, die Politik von Labour zu beeinflussen. Nach den nationalen Wahlen im Jahre 1964 jedoch wurde die Position der Labour-Partei eindeutiger. Peter Griffiths, der Tory-Kandidat in Smethwick, einer "Immigranten-Gegend" in Birmingham, hatte seine Wahlkampagne auf Beendigung der Einwanderung und auf Zurückführung der "Farbigen" abgestellt. "If you want a nigger neighbour. Vote Labour". ("Wenn Sie einen Neger zum Nachbarn wollen, müssen Sie Labour wählen".) Das war sein Slogan, mit dem er die Wahl in seinem Bezirk gewann. Auf nationaler Ebene jedoch ge-

<sup>18</sup> Ich erinnere mich an die Zeit in South London, als eine alte schwarze Frau beim Warten auf den Bus angerempelt und zur Seite gestoßen wurde. Michael ging zu ihr hin und stellte sich hinter sie mit seiner gut sichtbaren Machete in der Hand. Und die Schlange der auf den Bus wartenden lilienweißen Menschen öffnete sich vor ihr und die Frau stieg in den Bus ein wie eine Königin.

wann die Labour-Partei. Der angehende Premierminister Harold Wilson attackierte Griffiths als "parlamentarischen Aussätzigen". Wenig später jedoch fiel auch Wilsons Politik "dieser Krankheit" zum Opfer: Das Einwanderungsgesetz wurde unter der Labour-Regierung nicht nur im sogenannten "White Paper"<sup>19</sup> vom August 1965 erneuert es sah darüberhinaus weitere Beschränkungen der Einwanderung von "Farbigen" vor, die mit der Verbesserung der "Rassenbeziehungen" durch eine Senkung der Anzahl von Immigranten begründet wurde. In Weiterführung dieser Philosophie ging Labour im September 1965 daran, die Verabschiedung des "Race Relations Act" vorzubereiten, der die Diskriminierung von ethnischen Minderheiten in "öffentlichen Bereichen" zum Inhalt hatte. Mit dem neuen Gesetz sollte die "Aufwiegelung zum Rassenhaß" strafrechtlich verfolgt werden können. Gerade verabschiedet, wurde es das erste Mal prompt zur strafrechtlichen Verfolgung von Michael X benutzt.

Die neu von der Labour-Partei eingerichteten Institutionen, das "National Committee for Commonwealth Immigrants" (NCCI) und das "Race Relations Board" (RRB), gingen genauso am Ziel der Verfolgung von Rassismus vorbei und erwiesen sich als vollkommen ineffektiv. Das NCCI sollte vor allem die Verbindung zu Immigranten herstellen und ihnen bei der Überwindung von "Integrationshindernissen" auf dem Gebiet der Sprache, Bildung, Kultur etc. behilflich sein. Das RCC hatte die Aufgabe, durch die Bildung von Schlichtungskommissionen, rassistischen Diskriminierungen in Hotels und öffentlichen Orten zu begegnen.

Für das Leben der Mehrheit der Schwarzen waren diese Einrichtungen absolut irrelevant. Mit dem erklärten Ziel der verstärkten Einbindung von Immigranten und der Idee der Schlichtungskommissionen wurde bei den meisten der Eindruck erweckt, es handle sich bei ihnen um außenstehende Personengruppen, die es galt, mit geschickten Maßnahmen in den Mainstream der britischen Gesellschaft zu integrieren. Dabei wollten sie nichts anderes als die gleichen Rechte wie andere Staatsbürger auch. Die gleichen Themen (Kontaktaufnahme, Einbindung und Schlichtung) kamen später wieder auf die Tagesordnung, als es um das Verhältnis der Polizei zur schwarzen Bevölkerung

<sup>19</sup> Unter einem "White Paper" versteht man in Britain einen Bericht der Regierung, in dem die Regierungspolitik bezüglich eines bestimmten Themas veröffentlicht wird, das später im Parlament zur Verhandlung steht.

ging. Dieses Mal, und das war nicht von geringerer Bedeutung, mußten diese Schlagwörter dafür erhalten, zu verhindern, daß die Polizei für ihre Übergriffe zur Rechenschaft gezogen werden konnte.

Dem NCCI gelang es zwar nicht, die Immigranten stärker zu integrieren, doch dafür war es sehr erfolgreich darin, die Immigrantengruppen auseinanderzudividieren. Das galt vor allem für die gemäßigten Gruppen und auf lokaler Ebene. Indem das NCCI versuchte, in die Arbeitsbereiche der Organisationen einzudringen und die lokalen Anführer davon zu überzeugen, mit ihnen, d.h. mit dem Staat, zusammenzuarbeiten, vergrößerte sich die Kluft zwischen der Führung der Gruppen und ihrer Basis. Der größte Erfolg von NCCI muß es gewesen sein, daß sie es schafften, einen Teil der führenden Köpfe von der "Campaign Against Racial Discrimination" (CARD) für eine Kooperation zu gewinnen. Damit verschärften sich die Widersprüche in CARD zwischen gemäßigten und militanten Kräften, worauf sich die "West Indian Standing Conference" (WISC) und "National Federation of Pakistani Association" (NFPA)<sup>20</sup> und andere militante Schwarze von CARD trennten und den Liberalen das Feld überließen. Die Regierung hatte somit erfolgreich einen wichtigen Bereich von schwarzer Meinungsbildung und Vertretung ausgeschaltet. Ein weiteres Hindernis auf dem Weg zur nächsten Immigrations-Gesetzgebung war aus dem Weg geräumt worden.

Als sich CARD im Jahre 1967 endgültig auflöste, wurde dieser Schritt von den britischen Medien überaus positiv zur Kenntnis genommen. Angesichts der oftmals kompromißlosen Haltung von CARD gegenüber rassistischer Diskriminierung, hatte die Mainstream-Presse versucht, die Organisation als Bedrohung der Integrationsbemühungen, wenn nicht sogar der weißen Gesellschaft im allgemeinen, darzustellen. Die unerschrockenen und rhetorisch geschickten schwarzen Sprecher und Sprecherinnen von CARD waren oftmals als KommunistInnen und MaoistInnen angeprangert worden. Man hatte offensichtlich Angst, aus der Bürgerrechtsbewegung könnte eine Black-Power-Bewegung hervorgehen. "The Times", die "Zeitung der oberen Zehntausend", die in einer Artikelserie vor dem Erscheinen des "White Paper" der Regierung im August 1965 die britische Nation vor den "Schwarzen Millionen" gewarnt hatte, schrieb nun: "Der Versuch, den

<sup>20</sup> Die "National Federation of Pakistani Association" wurde 1963 gegründet.

Tiger zu reiten, ist immer mit großen Gefahren verbunden. Daran ändert sich nichts, auch wenn sich der Tiger in einen schwarzen Panther verwandelt hat". ("The Times", 9. November 1967.) Später war es wiederum die Nachrichtenredaktion der "Times", die verkündete: "Die besondere Lektion, die wir von CARD gelernt haben ..., ist, daß die Mischung aus pro-chinesischem Kommunismus und an die USA angelehnter Black-Power-Bewegung verheerende Wirkung auf die Immigrantengruppen haben kann".<sup>21</sup> (Internationale Ereignisse warfen zu diesem Zeitpunkt schon ihre Schatten voraus.)

Auch die Experten des "Race-Relation-Geschäfts" waren in der Zwischenzeit nicht untätig gewesen. Das Institute of Race Relations, dessen Vorstand und Angestellte teilweise in die CARD-Politik verwickelt waren, gab ein Buch in Auftrag, das die liberale Version der Ereignisse liefern sollte. Obwohl das Institute of Race Relations eine unabhängige Forschungseinrichtung mit zahlreichen Wissenschaftlern war, hatte sich die Politik des Instituts immer mehr den offiziellen Regierungsvorgaben bezüglich Immigrations- und Integrationsfragen angenähert. Es unterstützte den Staat mit sogenannten "objektiven" Untersuchungen und Forschungsergebnissen.<sup>22</sup>

Das Terrain des Rassismus und der anti-rassistischen Kämpfe war in einem dramatischen Wandel begriffen. Die Einwanderungsgesetze, wie rassistisch sie auch immer sein mögen, waren letztendlich aus ökonomischen Gründen verabschiedet worden, auf dem Hintergrund kolonial-kapitalistischer Erfahrungen und Überzeugungen. Wie wir gesehen haben, dienten die neuen Gesetze dazu, rassistische Diskriminierung nicht länger dem freien Markt zu überlassen, sondern sie auf lokaler und nationaler Ebene in den staatlichen Strukturen zu verankern und zu institutionalisieren. Damit wurde "race"<sup>23</sup> sowohl im lokalen wie auch im nationalen Bereich zum Ausgangspunkt von Machtkämpfen. "Race" bildete von nun an eine zentrale Grundlage, auf der

<sup>21</sup> Times News Team: The Black Men in Search of Power, London, Nelson, 1968.

<sup>22</sup> A. Sivanandan: Race and Resistance: The IRR story, London, IRR, 1974. Vergleiche auch Jenny Bourne und A. Sivanandan: Cheerleaders and Ombudsmen: The Sociology of Race Relations in Britain, in: Race & Class, Vol. XXI, no. 4, 1980.

<sup>23</sup> Bei "race" handelt es sich um eine geläufige und komplexe Kategorie, die sich im englisch-sprachigen Raum auf soziale Verhältnisse und Beziehungen, Rassismus, auf die Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppierung oder Minderheit, aber auch auf gesellschaftliche Kämpfe und Auseinandersetzungen beziehen kann. Die deutsche Übersetzung "Rasse" erscheint in diesem Zusammenhang als verfehlt und ist darüberhinaus im deutschen Kontext nicht zuletzt aufgrund der historischen Verwendung abzulehnen. (Anmerkung der Übersetzerin.)



vor allem lokale Auseinandersetzungen über das Bildungssystem, über Wohnungsvergabe und Arbeitsplätze ausgefochten, zumindest jedoch stark beeinflusst wurden. Wahlkämpfe und -ausgänge wurden von diesem Thema mitbestimmt. Die Gewerkschaften entschieden sich an diesem Punkt, den Anspruch auf die Interessenvertretung der gesamten Arbeiterklasse aufzugeben und haben somit die gesamte Klasse verraten. Obwohl natürlich der Rassismus unerschwellig schon immer vorhanden gewesen war, wurde "race" nun zu einem Auseinandersetzungspunkt auf allen politischen Ebenen. Es wuchs eine Ideologie des Rassismus heran, die von den Gerichten übernommen wurde und ihre Entscheidungen mitprägte und die von den Faschisten für ihre Erneuerung genutzt werden konnte.<sup>24</sup>

Rassistische Angriffe nahmen quantitativ und qualitativ zu. In den Monaten nach dem Wahlerfolg von Griffiths in Smethwick und noch vor der Veröffentlichung des "White Papers" der Labour-Regierung, wurde in Islington ... ein Jamaikaner erschossen, ... ein west-indischer Schuljunge wurde beinahe von einer Gruppe weißer Teenager mit Eisenstäben, Äxten und Flaschen ermordet, ... eine Gruppe schwarzer Männer wurde vor einem Cafe aus einem vorbeifahrenden Auto heraus mit Gewehren beschossen", rassistische Flugblätter kursierten in Newcastle-upon-Tyne, vor den Wohnungen "farbiger" Menschen in Leamington Spa, Rugby, Coventry, Ilford, Plaisow und Cricklewood wurden Kreuze verbrannt, und ein Drohbrief wurde vom Ku-Klux-Klan an den indischen Schriftführer von CARD geschickt: "Du wirst bei lebendigen Leibe verbrannt werden, wenn Du England nicht bis zum 31. August dieses Jahres verlassen hast".<sup>25</sup> Die britischen Faschisten jedoch wollten nicht mit dem Ku-Klux-Klan in Verbindung gebracht werden. Nicht, weil es keine faktischen Zusammenhänge gab, sondern aus der Überzeugung heraus, daß der Rassismus in der breiten Bevölkerung noch nicht tief genug verankert war, um bei den zukünftigen Wahlen mit offenen Mordandrohungen gegenüber Schwarzen erfolgreich abschneiden zu können. Natürlich konnten die britischen Faschisten auf dem Weg der Wahlbeteiligung keine parlamentarische

<sup>24</sup> Im wirklichen Leben und in den wirklichen Kämpfen arbeiten das Politische und das Ideologische Hand in Hand. Manchmal scheint das Eine das Andere zu dominieren, sie werden jedoch immer durch das Ökonomische dirigiert. Nur die marxistischen Textexegeten sind zu sehr mit Problemen des ökonomischen und anderen Formen von "Determinismus" beschäftigt.

<sup>25</sup> Dilip Hiro: Black British, White British, Harmondsworth, Penguin, 1971.

Macht erlangen, aber die Vertretung auf parlamentarischer Ebene würde ihnen die Propagierung ihrer Inhalte und die Rekrutierung neuer Anhänger erleichtern. Innerhalb des gesetzlichen Rahmens bestand die Möglichkeit, Lücken für ihre widerliche Politik auszuschöpfen und Kampagnen zur stärkeren staatlichen Repression und Einschränkungen der demokratischen Freiheiten geschickt zu lancieren. Indem die Faschisten das Recht auf freie Meinungsäußerung, auf Versammlungsfreiheit etc. für sich selbst in Anspruch nahmen, gleichen Zugang zu Sendezeiten im Fernsehen und zu Stellungnahmen in Radio und Zeitungen verlangten, könnten sie diese Wege nutzen, um anderen Gruppen, an erster Stelle den Schwarzen, diese Rechte und Freiheiten abzusprechen. Sie könnten die ganze politische Debatte über Einwanderung und "Rassenbeziehungen" weiter nach rechts verschieben und zukünftige Regierungen dazu zwingen, weitergehende rassistische Gesetze zu verabschieden, um Wahlniederlagen zu vermeiden. Und aus diesen Überlegungen heraus bildeten im Februar 1967 die "League of Empire Loyalists", die "British National Party" und die lokalen Gruppen der "Racial Preservation Society" gemeinsam die "National Front" (NF) und stellten im April des gleichen Jahres die ersten Kandidaten für die Wahlen zum "Greater London Council"<sup>26</sup> auf.

Aber die Faschisten und die Regierung hatten ihre Rechnung ohne die Schwarzen gemacht. Die Zeiten, in denen Schwarze nur darauf warteten, wieder in ihr Heimatland zurückzukehren, und sich alle Repressionen gefallen ließen, waren vorbei. Sie waren längst in Britain ansässig geworden. Der staatliche Rassismus hatte sie zu besser organisierten und militanteren Formen des Widerstandes getrieben. Die Erfahrungen aus Kämpfen in der Vergangenheit, aus Kämpfen in den Betrieben und in der Community, aus Kämpfen der Asiaten und West-Indier wurden nun zusammengeführt.

RAAS hatte sich, wie schon vorher erwähnt wurde, im Jahre 1965 nach einem Besuch von Malcom X gegründet. Es war durch und durch eine einheimische Bewegung gewesen, die sich aus der Opposition gegen den britischen Rassismus heraus entwickelt hatte, aber durch Malcom X und die Black Muslims starken Auftrieb erhalten

<sup>26</sup> Der "Greater London Council" stellte bis zu seiner Abschaffung im Jahre 1986 durch die Thatcher-Regierung der oberste Stadtrat in London. (Anm. der Übersetzerin)

hatte. Afrikanische, asiatische und afro-karibische Dimensionen des Kampfes und die Erfahrungen von Auseinandersetzungen am Arbeitsplatz und in der Community, wurden gleichermaßen miteinbezogen. Eine der ersten Aktivitäten bestand in der Unterstützung der asiatischen Arbeiter in den "Red Scar Mills" in Preston. Danach hatte RAAS in Reading in einem Frisörsalon ein Büro eröffnet und begann damit, die Arbeit und die Rekrutierung von neuen Anhängern auf den Norden und die Midlands auszuweiten. Die wichtigsten Anführer dort waren Abdulla Patel, einer der Streikenden von den "Red Scar Mills", und Roy Sawh. Auch in London war RAAS mit der Organisierung und Hinzugewinnung neuer Mitglieder erfolgreich. Durch die enge Zusammenarbeit mit den Londoner Busfahrern und mit der Errichtung eines Rechts- und Beratungszentrums für Schwarze, die Probleme mit der Polizei hatten, wuchs die Bewegung zahlenmäßig immer stärker an. In der Presse wurde RAAS als ein neuartiges, jedoch nur vorübergehendes Phänomen behandelt<sup>27</sup> und das Panorama-Programm der BBC stellte die Organisation in einem äußerst negativen Licht dar. Die zunehmende Desillusionierung durch CARD ließ die Anzahl der Mitglieder bei RAAS hochschnellen. Als Michael X 1967 für seine "Hetzrede gegen Weiße" angeklagt wurde - zu einer Zeit, in der sich Weiße überall im Lande freimütig in rassistischen Übergriffen und Beschimpfungen übten - bestätigte sich die politische Kritik und die Anklagen von RAAS. Die Reden von Roy Sawh und anderen schwarzen Sprechern an der Speaker's Corner im Hyde Park über "die weißen Teufel" oder "das angelsächsische Schwein" fanden bald darauf ein immer größer werdendes begeistertes Publikum.

Im Juni 1967 wurde die "Universal Coloured People's Association" (UCPA) gegründet, deren führender Kopf der nigerianische Theaterregisseur Obi Egbuna war. Obwohl auch die UCPA aus britischen Verhältnissen hervorgegangen war, betonten die Mitglieder besonders die Tradition des Kampfes gegen die Kolonialherrschaft und damit die Notwendigkeit, gegen Imperialismus und Rassismus gleichermaßen Widerstand zu leisten. Der Kampf gegen die Vorherrschaft der Weißen sollte für alle "farbigen" Menschen und Völker somit gleichzeitig ein anti-kapitalistischer und anti-imperialistischer Kampf sein. UCPA richtete sich daher nicht nur gegen den Rassismus in Britain

<sup>27</sup> Die einzige erwähnenswerte Ausnahme stellt hier der Artikel von Colin Mc Glashan im "Observer" vom 4. Juli, 1965 dar.

und anderen Ländern, sondern kämpfte gegen den Vietnam-Krieg, für die Unabhängigkeit Zimbabwes und die Befreiung des "portugiesischen Afrikas" und die Kulturrevolution in China. Ein Teil der Inspiration kam natürlich aus der Black-Power-Bewegung in den USA und wurde unmittelbar verstärkt, durch den Besuch von Stockley Carmichael im Juli 1967 in London.

"Black Power", erklärte Egbuna anlässlich eines Protests gegen den Vietnamkrieg am Trafalgar Square im Oktober 1967, "bedeutet einfach, daß die Schwarzen dieser Welt angetreten sind, jegliche kapitalistische Unterdrückung schwarzer Menschen überall dort, wo sie existiert, mit allen verfügbaren Mitteln zu beenden". Da Schwarze in Britain in zentralen Industriezweigen, Dienstleistungsbereichen wie Krankenpflege (die Mehrheit der Ärzte und Krankenschwestern in den Ballungszentren war schwarz) und dem Transportsystem beschäftigt seien, könne trotz der insgesamt kleinen Zahl von Schwarzen in Britain, ein schwarzer Streik die ganze Wirtschaft lahmlegen, argumentierte die UCPA. Während der Versammlungen im Hyde Park drängten einige der UCPA-Sprecher auf direktere Aktionen. Roy Sawh "forderte schwarze Krankenschwestern auf, Patienten falsche Injektionen zu geben, er forderte von "farbigen" Busfahrern, kein Geld von schwarzen Fahrgästen zu nehmen... und indische Restaurantbesitzer sollten 'etwas ins Curry' tun".<sup>28</sup> Alex Watson, ein Maschinentechniker aus Jamaika, hatte Berichten zufolge schwarze Menschen aufgerufen, die weiße Menschheit zu zerstören.<sup>29</sup> Ajoy Ghose, ein arbeitsloser Indianer, vertrat die Meinung, daß Mord an Weißen kein Mord sei. Uyorunu Ezekiel, ein Elektriker aus Nigeria, hatte den Premierminister als "politische Hure" beschimpft und behauptet, "England sei gerade dabei, im Klo hinuntergespült zu werden".<sup>30</sup> All diese Männer wurden für ihre Aussagen vor Gericht gestellt; Ezekiel wurde freigesprochen, die anderen zu einer Geldstrafe verurteilt.

Die Rhetorik der UCPA stärkte vielen Schwarzen den Rücken, die zahlreichen Treffen und Arbeitsgruppen riefen wachsendes Selbstbewußtsein hervor, und durch die Ideologie von UCPA wurden viele Schwarze das erste Mal politisiert. Die strafrechtliche Verfolgung vieler Mitglieder machte die Mittäterschaft der Gerichte deutlich, die vom

<sup>28</sup> "The Times", 24. Oktober, 1967. Zitiert nach IRR Newsletter, Dezember 1967.

<sup>29</sup> IRR Newsletter, Dezember 1967.

<sup>30</sup> Ebenda.

Vorsitzenden der "West Indian Standing Conference" gerne als "Schutzschilder der Polizei" bezeichnet wurden. Und das Beispiel von der UCPA und auch von RAAS ermutigte andere Organisationen zu größerer Radikalität.

Es sah auf den ersten Blick so aus, als betone RAAS den schwarzen Nationalismus, während die UCPA die Bedeutung der Kämpfe der internationalen Arbeiterklasse hervorhob. Es gab trotz gleicher Ziele tatsächlich unterschiedliche Ansätze und Herangehensweisen. Der Nationalismus von RAAS stammte aus der west-indischen Erfahrung. Er vereinte das Verständnis darüber, wie der Kolonialismus die asiatischen, afrikanischen und karibischen Völker einst gespalten hatte (in Kulis, Wilde und Sklaven), mit dem Bewußtsein, daß heute derselbe Kolonialismus alle zu einem Volk macht: Heute sind alle nur noch Schwarze. Daher waren die "Black Houses" und die kulturellen Gruppen, die RAAS kurzfristig 1979 in Britain ins Leben rief, anders als das "Spirit House" in den USA von Leroi Jones, bzw. Amiri Baraka, durch das die "Black Houses" wahrscheinlich inspiriert worden waren, offen für alle "Farbigen". Die historischen Erfahrungen in Britain waren andere als zum Beispiel in den USA.

In der Zwischenzeit stieg die Anzahl schwarzer Streiks erheblich an. Die Streikenden waren vor allem asiatische Arbeiter, da ihnen die untergeordneten Jobs in den Gießereien, den Textil- und Papiermühlen, den gummi- und plastikverarbeitenden Fabriken zugesprochen wurden. In all diesen Streiks wurde der Rassismus in den weißen Gewerkschaften offensichtlich. Die Arbeitsbedingungen in den Gießereien waren besonders unerträglich. Die Arbeit selbst erforderte den Kontakt mit Metall, das bei 1400 Grad geschmolzen wurde. Häufig traten Verbrennungen und Verletzungen auf. Der Lohn war kaum mehr als 14 britische Pfund in der Woche und ein Aufstieg zu qualifizierteren Jobs, die Weißen vorbehalten waren, undenkbar. Die Gewerkschaften, in denen die asiatischen Arbeiter organisiert waren, reagierten auf jede Aktion der Streikenden entweder mit Ignoranz oder Opposition. Dies trifft auf den Streik in der Coneygre Gießerei in Tipton im April 1967, auf den Streik in der "Midland Motor Cylinder Co" im gleichen Jahr und auf den Streik in der Newby Gießerei in West Bromwich im darauffolgenden Jahr zu. Aber die Unterstützung durch die Communities und die Community-Organisationen war unerschütterlich. Die Tempel gaben freies Essen für die Streikenden aus.

die Läden unbeschränkte Kredite, die Vermieter verzichteten auf die Miete. Lokale Organisationen und Vereinigungen, die IWAs und die "Pakistani Welfare Associations" und andere mit ihnen verbundene schwarze Gruppen und Einzelpersonen schlossen sich den Streikaktivitäten an.

Von einigen der in den Arbeitskämpfen aufgeworfenen Fragen waren besonders die Communities direkt betroffen. Neben den allgemeinen Forderungen nach höheren Löhnen, besseren Arbeitsbedingungen etc. ging es in den Streiks auch um "kulturelle Fragen" wie das Recht auf freie Tage bei religiösen Festen, das Recht der Moslems auf eine Pause für das tägliche Gebet, das Recht der Sikh-Busfahrer, ihre Turbane anstatt der offiziellen Kopfbedeckung zu tragen. Da die Gewerkschaften solche Forderungen nicht unterstützten, wurden die Kämpfe der Arbeiterklasse und die Kämpfe in den Communities gegen den Rassismus unzertrennlich.

Diese Kämpfe wiederum verbanden sich mit den Kämpfen in der Heimat, auf dem indischen Subkontinent. Und dies alleine schon aufgrund familiärer Verpflichtungen, die wirtschaftlichen Nöten entsprangen, ein Ergebnis der vom Imperialismus erzeugten Unterentwicklung. Diese Beziehungen wurden unmittelbar, eindeutig und persönlich erlitten. Imperialismus war weder etwas weit Entferntes noch ein theoretisches Konzept. Er war vielmehr eine gelebte Erfahrung, nur einen Schritt entfernt von der Erfahrung des Rassismus. Daher hatten auch die Organisationen und die Politik in den Heimatländern eine unmittelbare Bedeutung für das Leben und die Politik der indischen und pakistanischen MigrantInnen in Britain, diesmal mehr in Bezug auf das Anwachsen autoritärer, wenn auch unterschiedlicher Bewegungen in Indien und Pakistan. Das politische Interesse galt weniger den Parteien als dem Widerstand gegenüber dem autoritären Staat<sup>31</sup>, der auch auf die Immigranten in Britain weiterhin seinen Einfluß ausübte. Über asiatisch-sprachige Zeitungen wurden die Ereignisse auf dem indischen Subkontinent ständig verfolgt, und die politischen Flüchtlinge, die in Britain aufgenommen

<sup>31</sup> Bei den Widerstandsbewegungen handelte es sich z.B. um die "Naxalites, Adivasis, die Dalit Panthers" in Indien und die Bewegungen der unterdrückten Völker der "Pakhtun, Sindhi und Baluchi" in Pakistan. 1974 trafen sich zum ersten Mal Organisationen der Unberührbaren in Britain im neuen Institute of Race Relations, um eine internationale Konferenz der Unberührbaren abzuhalten, die aus finanziellen Gründen leider nie zustande kam.

nd versorgt wurden, wurden nicht nur in die eigenen Kämpfe miteinbezogen, sondern stärkten den Widerstand noch. Umgekehrt blieben auch die Bewegungen in der Heimat vom zunehmenden Rassismus in Britain nicht unberührt.

An all diesen Fronten begannen damals, ab 1968, die Schwarzen eine Klasse und als ein Volk zu kämpfen. Unabhängig von den jeweiligen Besonderheiten des Widerstands, der Strategien und Auseinandersetzungen innerhalb der unterschiedlichen Communities führte die gemeinsame Erfahrung der rassistischen Unterdrückung und des gemeinsamen Kampfes gegen den Staat alle Schwarzen auf den Barrikaden zusammen. Das früher beobachtete Mosaik der unterschiedlichen Einheiten löste sich unter den staatlichen Attacken in eine schwarze Einheit und einen schwarzen Kampf auf. Später sollte diese Einheit angesichts des taktischen Schachzuges des Staates, der Entwicklung von städtischen Hilfsprogrammen und der Entstehung einer Klasse von schwarzen Kollaborateuren wieder verschwinden, um erneut von einer anderen Generation von Schwarzen aufgetaucht zu werden. Diesmal war es die Generation der in Britain Geborenen, die jedoch noch lange nicht als britisch galten.

Im März 1968 verabschiedete die Labour-Regierung den "Kenyan Asian Act", der die freie Einreise von britischen Staatsbürgern aus Kenia einschränkte, nur weil diese Asiaten waren. Auch wenn diese Menschen britische Pässe besaßen, die im Auftrag oder durch die britische Regierung selbst ausgestellt worden waren, machte diese Tatsache sie noch lange nicht zu Briten, oder? Nach dem neuen Gesetz benötigten sie nun, ähnlich wie ihre Genossen aus Australien, Neuseeland oder anderen Orten, zur Einreise einen "in Britain geborenen, eingebürgerten oder adoptierten" Eltern- oder Großelternteil. Selbstverständlich wurde für all die anderen britischen AsiatInnen aus Kenia, die dies nicht vorweisen konnten, eine bestimmte Einwanderungsquote festgelegt. Wie Premierminister Wilson gegenüber dem Erzbischof von Canterbury erklärte, geschah dies alles nicht etwa auf ei-

ner "rassischen" Grundlage sondern anhand von "geographischen" Erwägungen.<sup>32</sup>

Zwischen der Vorlage und der Verabschiedung des neuen Gesetzes lag noch nicht einmal eine ganze Woche. Zwar war dem Gesetz ein Jahr lang eine Öffentlichkeitskampagne gegen Einwanderung vorausgegangen, doch in den letzten sechs Monaten nahm die Hetze an Schärfe noch zu. Im Oktober 1967 hatte Enoch Powell, die Stimme des Volkes, die britische Nation davor gewarnt, daß "es Hunderttausende in Kenia gäbe"<sup>33</sup>, die sich einbildeten, "genauso britisch zu sein wie Du und ich". Im Januar 1968 schürten Presseberichte ähnlich wie im Jahre 1962 vor der Verabschiedung des Immigrationgesetzes die Panikstimmung weiter. Nur daß es diesmal nicht um Pocken, sondern um die heimliche Einreise von pakistanischen Horden ging. Im Februar griff Powell das Thema erneut auf und andere Politiker schlossen sich ihm an. Gegen Ende des Monats warnte der "Daily Mirror", angeblich eine Pro-Labour-Tageszeitung, die Öffentlichkeit vor "einer unkontrollierten Flut von asiatischen EinwanderInnen aus Kenia". Am 1. März 1968 wurde das neue Gesetz verabschiedet.

Die Schwarzen waren aufgebracht und wütend. All ihre Petitionen, Proteste und Demonstrationen, sogar die Kampagnenarbeit zusammen mit Weißen innerhalb der NCCI, hatten zu nichts geführt. Jedoch hatte die Kampagne auch eine Eigendynamik entwickelt. Wenige Wochen nach der Verabschiedung des "Kenyan Asian Acts" überzeugte Jagmohan Joshi, der Vorsitzende der "Indian Worker's Association" in Birmingham, schwarze Organisationen von der Notwendigkeit einer breiten, vereinigten Front.

Am 4. April wurde Martin Luther King ermordet...

"Ich hatte einen Traum ...". Sie brachten den Träumer einfach um.

Ungefähr zwei Wochen später sprach Enoch Powell von seinem und dem Traum der Nation. Es war ein Alptraum: Um ihn herum wimmelt es von Schwarzen, sie überschwemmen das ganze Land. "Ganze Gegenden, Städte und Stadtteile im gesamten England sind von der Überflutung betroffen. Schwarze schieben Exkremente durch die Briefschlitze von alten britischen Ladies. Es ist an der Zeit, Maß-

<sup>32</sup> Zitiert nach E.J.B. Rose und anderen: Colour and Citizenship, London, Oxford University Press für das Institute of Race Relations, 1969.

<sup>33</sup> Tatsächlich gab es ungefähr 60.000 Menschen in Kenia, die berechtigt waren, sich in Britain niederzulassen.

nahmen zu ergreifen, die Überschwemmung zu stoppen, die Schwarzen nach Hause zu schicken, die Einreise von weiteren Verlobten und Angehörigen, das Material, aus dem die zukünftige Immigrantenbevölkerung entsteht, zu stoppen, Schluß mit weiteren Brutstätten."

"Das Wesentliche sind Zahlen."

"Was Powell heute von sich gibt, übernehmen morgen die Tories, und Labour macht am nächsten Tag die passenden Gesetze dazu." Die öffentliche Meinung reagierte unmittelbar auf die Rede von Powell. An vorderster Front stand die Presse, die Powells Warnungen aufgriff. Plötzlich waren Tabus gebrochen, die freie Meinungsäußerung "wieder durchgesetzt" und die weißen Briten von bisherigen Zwängen befreit worden. Asiaten und West-Indier wurden beschimpft und angegriffen, Frauen und Kinder terrorisiert, ihr Besitz verwüstet. Die Polizeiübergriffe nahmen zu, die Faschisten tobten sich aus und das Zusammenschlagen von Pakistanern, das sogenannte "Paki-bashing", wurde zum britischen Volkssport. Einige wenige Gewerkschaftler wagten klägliche Versuche des Protests und ernteten nichts als Beschimpfungen aus den Vorstandsetagen. Überall im Land legten die Arbeiter ihre Arbeit nieder und riefen auf Seiten Powells zu Demonstrationen auf. Am gleichen Tag, als die so unschuldige Labour-Partei, die immerhin verantwortlich für ein durch und durch rassistisches Einwanderungsgesetz war, scheinheilig über eine anti-rassistische "Race Relations Bill" diskutierte, legten die Londoner Werftarbeiter ihre Arbeit nieder und marschierten zum Parlamentsgebäude, um ein Ende der Immigration zu fordern. Drei Tage später demonstrierten sie zusammen mit den Fleischarbeitern aus Smithfield.

Aber auch die Schwarzen saßen nicht zu Hause. Am gleichen Tag, als die Werft- und Fleischarbeiter auf die Straße gingen, versammelten sich Vertreter von mehr als fünfzig Organisationen (einschließlich der IWAs, WISC, NFPA, UCPA, RAAS etc.) in Lexington Spa, um ein nationales Bündnis zu gründen, die "Black People Alliance" (BPA), eine "militante Front für Schwarzes Selbstbewußtsein und gegen Rassismus". Und im Kampf gegen den Rassismus war die BPA von Anfang an kompromißlos. Sie schlossen Immigrant-Organisationen von der Mitgliedschaft aus, die in der Vergangenheit mit der Regierung kooperiert hatten, sich von Regierungsgeldern hatten korrumpieren lassen (die städtischen Hilfsprogramme der Labour-Regierung waren in der

Zwischenzeit bis zu den Schwarzen vorgedrungen) oder von der Labour-Party direkt eingekauft worden waren. Zwischen den Parteien und zwischen Labour und Enoch Powell gab es keinen großen Unterschied mehr, wenn es um "die Schürung von rassistischen Vorurteilen" zum eigenen politischen Vorteil ging. Powells Hetzreden stellten "nur einen weiteren Schritt in einer kontinuierlichen Kampagne" dar, die dazu diente, "offen faschistischen Organisationen grünes Licht zu geben ... für die Organisation innerhalb der Arbeiterklasse".<sup>34</sup>

Die Mitgliedsorganisationen der "Black People Alliance" sollten auf der lokalen Ebene ihre Unabhängigkeit beibehalten und die speziellen Probleme innerhalb ihrer eigenen Communities aufgreifen. Die BPA sollte auf nationaler Ebene operieren und somit die unterschiedlichen Kämpfe gegen den staatlichen Rassismus koordinieren. Eine weitere Aufgabe der nationalen Aktivitäten der BPA bestand darin, zu bestimmten Anlässen Massendemonstrationen zu organisieren, wie z.B. im Januar 1969 während der "Commonwealth Prime Ministers' Conference", als sie einen Protestmarsch von über 7000 Menschen zur Downing Street anführten, um eine Aufhebung des Einwanderungsgesetzes zu fordern.

Nach der legendären Rede von Powell und der Gründung der "Black People Alliance" entstanden im Kontext der Black-Power-Bewegung überall im Lande eine Unzahl von militanten schwarzen Organisationen, die sich in ihren eigenen Zeitungen und Zeitschriften mit lokalen, nationalen und internationalen Themen auseinandersetzten. Einige jamaikanische Organisationen demonstrierten vor ihrem Hochkommissariat in London gegen das Veröffentlichungsverbot der Werke von Stokely und Malcolm X in Jamaika, während andere Gruppen wie WISC, RAAS oder die Karibische Künstler-Bewegung Petitionen einreichten. Als Walter Rodney aus politischen Gründen seine Universitäts-Professur verlieren sollte, veranstalteten Jamaikaner ein Sit-in vor ihrem Hochkommissariat. Im "Round House" fand ein "Dritte-Welt-Solidaritätskonzert" mit Sammy Davis, den Black Eagles und Michael X statt, um drei inhaftierte Theaterautoren, Wole Soyinka in Nigeria, LeRoi Jones in Amerika und Obi Egbuna in Britain, zu unterstützen. Besonders die Inhaftierung von Egbuna und anderen Mitgliedern der UCPA, die wegen Morddrohungen an die Polizei im Knast

34 Jagmohan Joshi. Zitiert in C. Karadia: The BPA, in: IRR Newsletter, June 1968.

saßen, hatte den Zorn der Schwarzen angestachelt. "Solange nichts unternommen wird, um die Sicherheit unserer Leute zu garantieren", schrieb die Black-Panther-Bewegung in ihrem Rundbrief vom 3. Oktober 1968, "... gibt es für uns keine andere Alternative als unseren Schutz selbst zu organisieren. Und wenn wir erst einmal zu dieser Position gezwungen werden, gibt es auch kein Zurück mehr. Die Ereignisse in Detroit und Newark werden bald zwangsläufig auch auf der britischen Tagesordnung stehen, und die Themse wird schneller vor Blut schäumen, als sich Enoch Powell das jemals hat vorstellen können".<sup>35</sup>

Ein halbes Jahr später, nachdem Powell aus dem Schattenkabinett der Tories entfernt worden war, griff der Tory-Führer Heath selbst die rassistische Argumentation von Powell auf. Die Einwanderung von weiteren Schwarzen, auch wenn sie im Besitz von Einreise-Visa seien oder Familienangehörige hätten, müsse "ernsthaft eingeschränkt" werden, und all diejenigen, die freiwillig in ihr Heimatland zurückkehren wollten, "sollten mit öffentlichen Geldern in dieser Absicht unterstützt werden". Es war jedoch wiederum Enoch Powell, der Heath in seinen rassistischen Äußerungen übertraf. Er forderte ein eigenes "Ministerium für die Zurückführung von Immigranten" und "ein Programm für eine umfangreiche Repatriierung und Reemigration" auf freiwilliger Basis, jedoch straff organisiert, staatlich finanziert und subventioniert. Zwei Monate später krönte Heath die ganze Angelegenheit mit der Forderung an die Regierung, jegliche weitere Einwanderung zu unterbinden. Powell, der zum Zeitpunkt dieser Äußerung mit Heath auf dem gleichen Podium saß, klatschte dem Tory-Anführer Beifall. Callaghan jedoch, der damalige Labour-Innenminister, bezeichnete die Rede von Heath als "schlüpfrig und zwielichtig". Drei Tage später setzte Callaghan das Einreise-Verbot für Commonwealth-BürgerInnen durch, die in Britain ihre Verlobten heiraten und sich niederlassen wollten. Eine Ausnahme könne nur "in dringenden Familienangelegenheiten" gewährt werden. Im Mai 1969 unternahm Callaghan einen weiteren eklatanten Versuch, eine "ausgewogene Politik" durchzusetzen, als er das ach so "liberale" Recht auf Widerspruch im

<sup>35</sup> Diese Anspielung bezieht sich auf Powells Rede in Birmingham im April 1968, in der er verkündete: "Wenn ich in die Zukunft schaue, befällt mich diese böse Ahnung. Wie die Römer den Fluß Tiber, sehe ich einen Fluß vor mir, der vor lauter rotem Blut nur so schäumt".

Einwanderungsverfahren<sup>36</sup> durch eine Klausel erweiterte, die von Angehörigen vor der Einreise in Britain eine "Einwanderungs-Erlaubnis" verlangte. Damit wurde eine Praxis der willkürlichen Ausflüchte, Verzögerungen und anderen Schweinereien der britischen Einwanderungsbehörden in den Ausreiseländern, vor allem in Indien und Pakistan, in Gang gesetzt, die dazu führte, daß einreisewillige abhängige Familienangehörige hingehalten wurden, bis die Jungen alt geworden und die Alten aufgaben oder einfach gestorben waren. Diese Klausel war ganz im Sinne von Leuten wie Powell, der sich unterdessen mit wichtigeren Fragen, wie z.B. den Kosten der Zurückführung, beschäftigte. Bevor Callaghan nachziehen konnte, verlor die Labour-Partei 1970 die nationalen Wahlen. Nun blieb es einer Tory-Regierung unter der Führung von Heath überlassen, eine Politik im Sinne Powells (und auch der Labour-Partei) im neuen Einwanderungsgesetz von 1971 umzusetzen.

Das neue Gesetz bereitete der Einwanderung (hauptsächlich von Schwarzen) ein jähes Ende. Nur noch die sogenannten "Patrials"<sup>37</sup> (Callaghans Euphemismus für weiße Commonwealth-BürgerInnen) sollten ein Aufenthaltsrecht bekommen. "Nicht-Patrials" durften von nun an nur noch das Land betreten, wenn sie eine Arbeitserlaubnis für einen ganz bestimmten Job, in einem ganz bestimmten Betrieb für eine eingegrenzte Zeitdauer vorweisen konnten. Die Entscheidung über ihren Wohnort, ihre Abschiebung und Rückführung unterlag nun ganz der Willkür des Innenministeriums. Die Polizei und die Einwanderungsbehörden wurden ermächtigt, alle, die nachgewiesen oder auch nur verdächtigt wurden, das Land illegal betreten, ihr Visum überzogen oder an anderer Stelle gegen eine Bestimmung des neuen Einwanderungsgesetz verstoßen zu haben, ohne Haftbefehl einzusperren. Da aus ihrer Sicht sowieso alle Schwarzen "Nicht-Patrials" waren, bedeutete dies, daß plötzlich alle Schwarzen als illegale EinwanderInnen galten, solange sie nicht das Gegenteil beweisen konnten. Und dadurch, daß das neue Gesetz, das im Januar 1973 in Kraft trat, rückwirkend gelten sollte, wurden plötzlich ganz viele Schwarze zu illegalen EinwanderInnen erklärt.

<sup>36</sup> In diesem Recht sollte festgelegt werden, daß Immigranten, deren Einwanderungsantrag abgelehnt worden war, vor einem Tribunal Widerspruch einlegen können.

<sup>37</sup> Der Begriff "Patrials" kommt von patria (lat.) = Heimat. Anmerkung der Übersetzerin.



Die Einreise von Familienangehörigen derjenigen, die sich schon frühzeitig in Britain niedergelassen hatten, sollte weiterhin auf der Grundlage von Einreiseerlaubnissen, die britische Behörden willkürlich in den Herkunftsländern ausstellen konnten, erfolgen. Eine Anspruchs berechtigung mußte mit genauen Angaben über Alter, Abhängigkeitsverhältnis und Verwandtschaftsgrad von den Angehörigen selbst nachgewiesen werden. Kinder mußten unter 18 Jahre, Eltern über 65 Jahre alt sein, um überhaupt eine Chance auf Zulassung zu haben. Aber selbst sogenannte "Unbedenklichkeitsbescheinigungen für die Einreise" enthielten keine bindende Garantie für die tatsächliche Erlaubnis, britischen Boden zu betreten. Die Einwanderungsbehörden konnten die Angehörigen immer noch an der Grenze zurückweisen, wenn es Anhaltspunkte dafür gab, daß unabhängig von der Kenntnis der Antragssteller "falsche Angaben gemacht oder Sachverhalte verschwiegen wurden, um einen "Unbedenklichkeitsstatus" zu erreichen".<sup>38</sup> Für diejenigen Antragsteller, die freiwillig wieder in ihr Herkunftsland zurückkehren wollten, sollte jegliche denkbare Hilfe bereitgestellt werden.

Oberflächlich betrachtet erschien dieses Gesetz nicht rassistischer als all seine Vorläufer. Einreiseverbote, Einreisebeschränkungen und Einreiseerlaubnisse, willkürliche Verhaftungen, Hausdurchsuchungen und das sogenannte "Sus-Gesetz"<sup>39</sup>, Inhaftierungen und Abschiebungen gehörten bereits zum Alltag schwarzer Menschen in Britain. Selbst die durch das neue Gesetz vorgenommene Unterscheidung zwischen den Niedergelassenen und den neuen Immigranten machte alle am Ende wieder zu Eingewanderten, und war daher bedeutungslos. Sie alle waren nie etwas anderes gewesen und würden nie etwas anderes sein als "farbige Immigranten". Aber es gab noch etwas über hinaus. Die ganze rassistische "Philosophie" begann sich zu ändern, die allgemeine Begründung für den Rassismus war nicht mehr die gleiche. Natürlich konnte der Rassismus immer noch für billige Arbeitskräfte sorgen, jedoch war das Kapital immer weniger auf den

<sup>38</sup> Als 1980 philippinische Hausangestellte, die legal eingereist waren, einen Antrag auf Familienzusammenführung mit ihren Kindern stellten, wurden sie danach mit der Begründung abgeschoben, sie hätten bei ihrer Einreise wichtige Informationen zurückgehalten (die Information, daß sie Kinder hatten), nach denen sie jedoch vorher niemals jemand befragt hatte.

<sup>39</sup> Nach Absatz 4 des "Gesetzes über das Landstreichertum" von 1824 konnte jeder auf einen vagen Verdacht hin verhaftet werden, der auf der Straße aufgegriffen wurde und den Eindruck erweckte, er wolle eine strafbare Handlung begehen.

Import von billiger Arbeitskraft angewiesen. Durch die fortgeschrittenen Technologien und Veränderungen im Produktionsprozeß war das Kapital von nun an in der Lage, seine Standorte dorthin zu verlagern, wo es billige Arbeitskräfte schon gab. Transnationale Konzerne führten diese Entwicklung an.<sup>40</sup> Das Problem in Britain bestand nun darin, die billigen Arbeitskräfte wieder loszuwerden, d.h. vor allem die schwarzen Arbeitskräfte, die leider schon mal da waren. Der Rassismus konnte bei der Lösung dieses Problems sehr hilfreich sein. Mit Gesetzen und Bestimmungen, die ganze Familien auseinanderrißen, mit der Zustimmung zu Polizeiwillkür, mit der Aufforderung zu faschistischen Gewalttaten, konnte das Leben für die meisten schwarzen BürgerInnen in Britain zur Hölle gemacht werden. Falls diese am Ende sich freiwillig entschieden, wieder in ihre Heimat zurückzukehren, gab es ausreichend Mittel, um diesen Weg zu beschleunigen.

Um aber das gesamte Ausmaß des neuen Einwanderungsgesetzes von 1971 zu begreifen, muß es in Verbindung mit dem "Industrial Relations Act" aus dem gleichen Jahr betrachtet werden. Betraf das neue Einwanderungsgesetz alle Schwarzen in Britain auf unterschiedliche Weise, so zielte der "Industrial Relations Act", der Gewerkschaftsrechte beschnitt und Entscheidungen über Arbeitskämpfe in die Rechtssprechung des "National Industrial Relations Court" (NIRC, Nationaler Gerichtshof für Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen) verlegte, besonders auf die schwarze Arbeiterklasse ab. Als Arbeitnehmer waren sie dem Frontalangriff auf die Arbeiterklasse durch den "Industrial Relations Act" ausgesetzt und später noch der Regierungsentscheidung über die Drei-Tage-Woche. Als Schwarze litten sie unter den Abschiebungsdrohungen des neuen Immigrationgesetzes, die sich gegen alle illegalen Einwanderer richteten oder auf all diejenigen, deren Verhalten "das nationale öffentliche Wohl" gefährden konnte. Als Schwarze und als Arbeitnehmer wurden sie immer stärker zum Angriffsziel des wachsenden Rassismus innerhalb der weißen Arbeiterschaft und der in Bedrängnis geratenen Gewerkschaften. Darüberhinaus lieferte die neue Zuständigkeit des NIRC für die Beilegung von Arbeitskonflikten die Schwarzen noch stärker den Attacken der Unternehmer aus. Zusammen drohten diese beiden neuen Gesetzgebungen die schwarze Arbeiterklasse für immer in eine Position

<sup>40</sup> Siehe A. Sivanandan: Imperialism and disorganic development in the silicon age, in: Race & Class, Vol. XXI, no.2, 1979

der absoluten Unterklasse abzurängen. Daher kommt den Kämpfen der schwarzen Arbeiterklasse innerhalb des gesamten Widerstands zu Beginn der 70er Jahre eine besondere Bedeutung zu.

Aber die Kämpfe fanden nicht getrennt voneinander statt. Als schwarze Kämpfe waren sie verbunden mit dem Widerstand innerhalb der Communities, der sich wiederum auf die Auseinandersetzungen in den Betrieben bezog. Wie wir gesehen haben, bewirkte die Black-Power-Bewegung eine weitere Politisierung des Widerstands in den Communities und führte zu einer Organisierung in schwarzen politischen Gruppierungen. Nachdem die weiße Linke versäumt hatte, die besonderen Probleme der schwarzen Arbeiterklasse oder die Notwendigkeit schwarzer Selbsthilfe und autonomer Organisierung anzuerkennen, begannen die schwarzen Gruppierungen sich stärker der schwarzen Arbeiterschaft zuzuwenden und ermöglichten somit den Aufbau von Widerstand in den Fabriken, Schulen und gegen die Polizei. Dies wiederum führte zu härteren Konfrontationen, wenn auch nicht direkt mit dem Staat, so zumindest mit den Instrumenten staatlicher Unterdrückung und Repression. Da die staatliche Repression die beiden größten ethnischen Communities an jeweils anderen Stellen traf, eine Ausnahme bildeten die Arbeitskämpfe, reagierten diese mit Widerstand auf unterschiedlichen Ebenen, zu unterschiedlichen Anlässen und oftmals auch mit unterschiedlichen Prioritäten. (Auch hier stellt der Kampf in den Fabriken eine Ausnahme dar.)

Die asiatische Community setzte ihre Kräfte z.B. vor allem für die Familienzusammenführung ein und kämpfte darum, daß sie und ihre Angehörigen nicht als illegale ImmigrantInnen aufgegriffen und kriminalisiert werden konnten. Da diese Kämpfe eine genaue Kenntnis der Gesetze und des Behördenschungels erforderten, wurden sie zwangsläufig sehr stark auf der juristischen Ebene und auf der Ebene von Petitionen und Lobbypolitik ausgetragen. Unterstützung erhielt die asiatische Community vor allem vom "Joint Council for the Welfare of Immigrants" (JWCI)<sup>41</sup>, der den Familien mit ihrem Wissen und Engagement zur Seite stand. Dieser Aspekt der rechtlichen Auseinandersetzungen wurde noch durch den sogenannten "Shuttle-lock

41 Der JWCI wurde 1967 von einer einzigen Person als Wohlfahrtsorganisation gegründet, um die ankommenden Familienangehörigen am Flughafen Heathrow zu unterstützen. Daraus entwickelte sich später eine kontinuierliche Betreuungs- und Kampagnenarbeit.

Asians" verstärkt, dem Einreise- und Aufenthaltsverbot für asiatische Menschen aus Ostafrika, die aus unterschiedlichen Gründen aus mehreren afrikanischen Ländern vertrieben worden waren und am Ende in Britain im Gefängnis landeten, bis die britischen Behörden über eine Einreise entschieden hatten.<sup>42</sup>

Ab 1972 hatten die asiatischen AktivistInnen und Organisationen alle Hände voll zu tun, britische asiatische Flüchtlinge aus Uganda, die Idi Amin zum Verlassen des Landes gezwungen hatte, unterzubringen und zu versorgen. Während sich der Kampf um die Einreiseerlaubnis ihrer Angehörigen für die asiatische Community alleine schon als überaus kräfteverzehrend erwies, so führten die zunehmenden Mißhandlungen und Demütigungen durch die Einwanderungsbehörden an der Grenze, zu einer weiteren Demoralisierung und Schwächung des Widerstands. Zahlreiche Beispiele von Mißhandlungen und Folter sind bekannt und an anderer Stelle ausführlich dokumentiert worden.<sup>43</sup> Das Allerschlimmste für die Frauen waren die vaginalen Untersuchungen und Tests auf Jungfräulichkeit darstellen, jedoch die an sich schon eine unglaubliche Gewalttätigkeit darstellen, besonders für Frauen aus ländlichen Gebieten eine nicht zu überbietende Verletzung und Entwürdigung bedeuten. Einen ähnlich starken Angriff auf die Würde der Communities bildete der Einsatz von Polizeispitzeln innerhalb der Communities selbst. Die Informanten sollten die Inhaftierung einzelner illegaler ImmigrantInnen ermöglichen, großangelegte Polizeirazzien erleichtern und zu Verdächtigungen und Mißtrauen innerhalb der Familien führen. Auf der anderen Seite gelang es der asiatischen Community zu verhindern, daß das neue Einwanderungsgesetz bezüglich illegaler Einwanderung noch rückwirkend angewandt wurde. (Die Anstrengungen und Kämpfe wurden 1974 schließlich mit einer dubiosen Amnestie belohnt, die alle betraf, die vor 1973 illegal eingereist waren.) Die "Illegal Immigration Intelligence Unit" (ILLU) der Polizei jedoch blieb weiterhin im Amt.

Die afro-karibische Community kämpfte vor allem gegen die Diskriminierung ihrer Kinder im Bildungssystem und gegen polizeiliche Willkür und Übergriffe. (Die Kämpfe am Arbeitsplatz sollen noch ge-

42 Laut eines Leserbriefes an die Tageszeitung "The Guardian" vom 10. September 1981 von einem Mitglied der Jawaharlal Universität in Delhi warten bis heute ca. 20.000 Menschen indischer Abstammung aus Ostafrika in Indien auf eine Einreiseerlaubnis für Britain.

43 Siehe z.B. Robert Moore und Tina Wallace: Slamming the Door, London, 1975.

sondert dargestellt werden.) Beide Probleme waren nicht neu, hatten jedoch an Dringlichkeit hinzugewonnen. West-indische Kinder wurden fast alle durch das britische Schulsystem als "lernunfähig" abqualifiziert. Darüberhinaus bescheinigte man ihnen "unrealistische Selbsteinschätzungen" und einen besonders niedrigen Intelligenzquotienten. Die Konsequenz daraus war die Verbannung in Klassen für zurückgebliebene SchülerInnen oder die Abschiebung in Sonderschulen (ESN - Educationally Subnormal), wo sich niemand mehr um sie kümmerte. Der Kampf gegen diese diskriminierende Praxis und gegen die Einstufung ihrer Kinder als leistungsunfähig begann zuerst in den 60er Jahren in Haringey (London) durch west-indische Eltern, LehrerInnen und "North London West Indian Association" (NLWIA) unter der Leitung von Jeff Crawford. Danach dehnte er sich schnell auf andere Landesteile aus, und die Forderungen der Eltern wurden in die Programme von schwarzen politischen Organisationen aufgenommen. Eine Beschwerde beim "Race Relation Board" 1970 hatte zum Ergebnis, daß die Versetzung von west-indischen Kindern in ESN-Schulen als "legale Handlung" eingestuft wurde. Nach diesem Urteil hielt die Karibische Elternvereinigung eine Konferenz zum Thema ab, und im folgenden Jahr schrieb Bernhard Coard (damals der stellvertretende Premierminister von Grenada) sein bedeutsames Werk "Wie aus westindischen Kindern minderbegabte Schüler gemacht werden...". Schwarze militante Organisationen hatten in der Zwischenzeit damit begonnen, in den größeren Ballungszentren Ergänzungsschulen aufzubauen. In London gab es die "Kwame Nkrumah School" (Hackney Black Teachers), das "Malcom X Montessori Programme" (Ajoy Ghose), die "George Padmore School" (John La Rose<sup>44</sup> und die Black Parents' Movement), die "South-east London Summer School" (BUFB: Black Unity and Freedom Party), "Headstart" (BLF: Black Liberation Front) und die "Marcus Garvey School" (BLF und andere).<sup>45</sup>

Zusätzlich wurden Trainings-Projekte für Jugendliche aufgebaut. Das von der "Black Unity and Freedom Party" gegründete "Mkutano Projekt" bot Kurse in Maschineschreiben, Fotografie und Swahili an.

<sup>44</sup> John La Rose war der Vorsitzende der Gewerkschaft der "Vereinigten Arbeiter in Trinidad und Tobago" gewesen.

<sup>45</sup> Einer der Gründer dieser Schulen, Tony Munro, sollte sich später an dem Überfall auf das "Spaghetti House" in Knightsbridge beteiligen.

Der "Melting Pot", ungefähr zur gleichen Zeit von Ashton Gibson (früher bei RAAS) gegründet, organisierte einen Workshop für Schneiderei, und "Keskidee", initiiert durch einen ehemaligen CARD-Funktionär, Oscar Abrahams, unterrichtete Kunst und Bildhauerei und unterstützte schwarze Dichter und Theaterautoren. Für ältere StudentInnen unterhielt Roy Sawh die "Freie Universität für Schwarze Studien". Ausserdem gab es noch Unterkünfte für arbeits- und wohnungslose Jugendliche, wie z.B. das "Brother Herman's Harambee" und das "Vince Hines' Dashiki" (beide von ehemaligen RAAS-AktivistInnen organisiert) und zahlreiche Klubs und Jugendzentren. Schließlich entstanden noch Buchläden und Beratungszentren, wie das Black People's Information Centre, der "BLF's Grassroots Storefront" und der "BWM's Unity Bookshop"<sup>46</sup> und mehrere Wochen- und Monatszeitschriften: "Black Voice" (BUFB), "Grassroots" (BLF), "Freedom News" (BP: Black Panthers), "Frontline" (BCC: Brixton and Croydon Collective), "Uhuru" (BPFM: Black People's Freedom Movement), "BPFM Weekly", und die "BWAC Weekly" (Black Worker's Action Committee). Darüberhinaus gab es noch das weniger bekannte Theorie-Magazin "Black Liberator" und eine Menge weiterer Publikationen, die eher kurzlebiger Natur waren. Einige dieser Zeitschriften griffen die Lage der schwarzen Frauen auf. Die BUFB folgte der "UCPA's Black Women's Liberation Movement" und richtete ein Aktionskomitee schwarzer Frauen ein.

Das "Black House" von RAAS wuchs zu einem riesigen Komplex, der zahlreiche der genannten Aktivitäten beherbergte. Kurz nach der Eröffnung im Februar 1970 jedoch folgte die erste Polizeirazzia, nach der das "Black House" wieder schließen mußte. Auch die Organisation RAAS befand sich in einer Krise. Mitglieder von RAAS begannen jedoch bald damit, die verschiedenen Selbsthilfegruppen zu gründen, die vorher bereits erwähnt worden sind.

Im Jahre 1971 löste sich die UCPA in Einzelgruppen auf und der harte Kern ging in die BUFB über. (Die Nationalen Verbände hatten im täglichen Kampf gegenüber den lokalen Organisationen an Bedeutung verloren. Ihre einheitsstiftende Funktion konnte nun genauso gut von kurzfristigen Bündnissen übernommen werden.) Die UCPA, RAAS, die Black Panthers und andere schwarze Organisationen waren in den vergangenen zwei Jahren zum Ziel von massiven Polizei-

<sup>46</sup> BMW (Black Workers' Movement) war der neue Name der Black Panthers, den sie sich in den frühen 70er Jahren gaben.

übergriffen und faschistischen Gewalttätigkeiten geworden. Auf die Erfolge der Black-Power-Bewegung folgte die Verfolgung durch das System. Die führenden Köpfe wurden strafrechtlich verfolgt, die Versammlungen aufgelöst und verboten, ihre Büros und ihre Einrichtungen zerstört. Aber die Bewegung gewann an Stärke und Selbstvertrauen. Sie war keine Partei sondern eine Bewegung, die in ihrem Programm und ihrer Praxis alle Aspekte kapitalistischer Ausbeutung und die Probleme aller unterdrückten Menschen und Völker aufnahm. Es gab im ganzen Lande kaum einen Schwarzen, der sich nicht mit der Bewegung identifiziert und sich somit auf die ein oder andere Weise mit allen nicht-weißen Menschen auf der Welt solidarisiert hätte. Und für die Jugendlichen, die in Britain geboren und durch die harte Schule des weißen Rassismus gegangen waren, stellte die Bewegung die Wiege ihres politischen Bewußtseins dar. Die Kämpfe in Vietnam, Guinea-Bissau, Zimbabwe und Azania waren auch ihre Kämpfe, China und Kuba wurden zu ihren Vorbildern.

Das Establishment in Britain zeigte sich schockiert. Die Medien wurden zum Sprachrohr für die Ängste der Bürger. Gerüchte besagten, die Black-Power-Bewegung stehe kurz davor, die Stadtverwaltung in Manchester zu übernehmen.<sup>47</sup>

Im Sommer 1969 dokumentierten und bekämpften die UCPA und die "Caribbean Worker's Movement" zahlreiche Fälle von willkürlicher Polizeigewalt und falschen Beschuldigungen gegenüber Schwarzen in Manchester und London. Im August rief die UCPA zu einer Kundgebung der Black-Power-Bewegung gegen die "organisierte Polizeigewalt" in den Straßen von Brixton auf. Im April 1970 versammelten sich Anhänger der UCPA und der "Pakistani Progressive Party" zu einem Protest vor dem Parlamentsgebäude, der sich gegen die zahlreichen Übergriffe auf Pakistaner, das sogenannte "Paki-bashing", im Osten von London richtete. Die "Pakistani Progressive Party" sprach sich für Selbstverteidigung und die Einrichtung von Sicherheits-Patrouillen aus. In den Jahren 1969 und 1970 waren mehrere Asiaten ermordet worden. Einen Monat später fand eine Demonstration vom Hyde-Park zur Downing Street statt, in der mehr als 2000 Pakistani, Inder und West-Inder von der Polizei Schutz vor Skinhead-Überfällen forderten. Im Sommer 1970 führten Angriffe auf Schwarze, Anschläge,

<sup>47</sup> Louis Kushnick: Black Power and the media, in: Race Today, November 1970.

Mißhandlungen, Razzien, willkürliche Verhaftungen nach dem 'Sus'-Paragraphen in London, Manchester, Bristol, Birmingham, Leeds, Liverpool und anderen Orten zu einem regelrechten Belagerungszustand schwarzer Communities. Im Juli und August erfolgten in London weitere Zusammenstöße zwischen schwarzen Jugendlichen und der Polizei, wobei bei einem Vorfall mehr als hundert Jugendliche die Polizeistation in der Caledonian Road umzingelten, um die Freilassung von vier Schwarzen durchzusetzen, die zum Opfer willkürlicher Verhaftungen geworden waren. Die ganze Entwicklung drohte zu eskalieren, als schließlich die Polizei mit bisher unbekannter Brutalität und Härte am 9. August in Notting Hill eine Demonstration gegen die geplante Schließung des "Mangrove-Restaurants" auseinandertrieb. Die Schwarzen schlugen zurück, eine größere Anzahl wurde verhaftet und neun der angeblichen Anführer erhielten eine Anklage wegen Randalierertums, Körperverletzung und Widerstand gegen die Staatsgewalt.

Das "Mangrove-Restaurant" war lange Zeit ein beliebter Treffpunkt, eine Sozial- und Wohlfahrtseinrichtung, ein Beratungs- und Informationszentrum, ein "Schwarzes Haus" für Schwarze, eine Oase mitten in Babylon gewesen. Schon alleine aus diesem Grund fiel es der Polizei schwer, den Ort in Ruhe zu lassen. Eine Polizeirazzia folgte der nächsten, die Polizei belästigte die Besucher und der Besitzer Frank Critchlow litt unter nicht nachlassender Verfolgung. Die Auseinandersetzungen um das "Mangrove" entwickelten sich zu einer Machtprobe für den Polizeistaat, für die Schwarzen wurde es zu einem Symbol ihres Widerstands. Der Kampf zwischen Schwarzen und der Polizei sollte über das "Mangrove-Restaurant" ausgetragen werden.

Der Prozeß gegen die neun "Anführer" des "Mangrove-Riots" von Oktober bis Dezember 1971 ist an anderer Stelle hervorragend dokumentiert worden und muß daher hier nicht näher betrachtet werden. Um es jedoch nur ganz kurz zu erwähnen, die "Mangrove-Neun" gewannen das Verfahren. Sie siegten, wie die Anwälte es nannten, gegen die "nackte Tyrannei der Justiz". Einige nahmen ihre Verteidigung selbst in die Hand und stellten vor der ganzen Nation die Korruption der Polizeikräfte, die Befangenheit der Gerichte, den Rassismus in den Medien und die Weigerung der Schwarzen, sich noch länger dem staatlichen Terror zu unterwerfen, zur Schau. Weitere Gerichtsverfahren sollten folgen und die Anklagen gegen Schwarze erwiesen sich

als immer abwegiger und unverschämter. So wurde z.B. der angebliche Herausgeber der Zeitschrift "Grassroots" angeklagt, "zur Ermordung unbekannter Personen aufgerufen zu haben". Er hatte aus der frei erhältlichen amerikanischen Zeitung der Black Panthers einen Artikel über die Herstellung von Molotow-Cocktails nachgedruckt. Die Communities standen geschlossen hinter all den Angeklagten und nutzten die Prozesse und die Verteidigung zu einer weiteren Schärfung des schwarzen politischen Bewußtseins.<sup>48</sup>

Stellten die Auseinandersetzungen um das "Mangrove" einen Höhepunkt der Black-Power-Bewegung dar, die Schwarzen waren nicht mehr gewillt einfach zuzuschauen, so markierten sie darüberhinaus auch noch den Beginn einer neuen Widerstandsbewegung. Der Widerstand der schwarzen Jugend, die durch den Rassismus an den Rand der Existenz getrieben worden war und von der Polizei fertig gemacht wurde. Der 'Sus'-Paragraph, der willkürliche Verhaftungen ermöglichte, hatte die Jugendlichen schon immer offen der Polizeiverfolgung ausgeliefert. Das neue "White Paper" der Regierung von 1973 jedoch (über die Beziehung der ImmigrantInnen zur Polizei) warnte vor "einer kleinen Minderheit Farbiger ..., die begierig sind, das Verhalten der Schwarzen Community in den USA nachzuahmen", und setzte somit das entschlossene Vorgehen der Polizei gegen Unruhestifter wieder ganz vorne auf die politische Tagesordnung. Im vorangegangenen Jahr hatte die Presse zusammen mit der Polizei eine "neue erschreckende Kriminalitätswelle" entdeckt. Raubüberfälle, das sogenannte "Mugging", waren von nun an in aller Munde. Zusammen mit dem 'Sus'-Paragraphen konnte die Kampagne gegen "Mugging" nun dafür herhalten, eine neue Polizei-Offensive gegen west-indische Jugendliche einzuleiten.<sup>49</sup>

Die Justiz hatte in der Zwischenzeit schon ihre Zustimmung zu der neuen politischen Praxis erteilt, indem ein Gericht einen 16-jährigen schwarzen Jugendlichen wegen "Mugging" exemplarisch zu 21 Jahren Haft verurteilt hatte. Von nun an war das Leben schwarzer Jugendlicher in den britischen Städten von einer ständig zunehmenden Polizei-Repression bestimmt. Ihre Klubs wurden unter jedem beliebigen

48 Siehe Institute of Race Relations: Police against Black People, London, 1979. Und zahlreiche Ausgaben der Zeitschrift "Race Today", die über die wichtigsten Prozesse berichten.

49 Stuart Hall u.a.: Policing the crisis, London, 1978.

gen Vorwand angegriffen, ihre Treffpunkte mit Razzien überzogen und ihre Veranstaltungen, Karnevalsfeiern, Lagerfeuer und Parties durch permanente Polizeipräsenz gestört und unmöglich gemacht. Schwarze Jugendliche konnten nicht mehr länger außerhalb ihrer Ghettos die Straße entlanggehen oder innerhalb ihrer Nachbarschaft auf den Straßen herumstehen, ohne eine Verhaftung zu riskieren. Neben individuellen Verhaftungen wurden ganze Communities zum Ziel von Straßenabsperungen, Hausdurchsuchungen und Masseninhaftierungen. 1975 patrouillierten in Brixton Mitglieder der paramilitärischen "Special Patrol Group" (SPG) bewaffnet die Straßen, nahmen willkürliche Verhaftungen vor und terrorisierten die gesamte Community. In Lewisham hielt die SPG im gleichen Jahr 14.000 Menschen auf der Straße an und inhaftierte mehr als 400. In anderen Teilen des Landes gingen Sondereinheiten der Polizei nach dem gleichen Muster vor.<sup>50</sup> Die Jugendlichen leisteten Widerstand und die Communities standen auch diesmal geschlossen hinter ihnen, wie z.B. bei dem "Brock Park Fest" 1973, beim "Carib Club" 1974 und in Chapeltown, Leeds, in der "Nacht der Lagerfeuer" 1975 und schließlich auch beim Notting Hill Carnival 1976, als die Auseinandersetzungen in einer direkten Konfrontation mit der Polizei explodierten. Die Jugendlichen wehrten sich mit Ziegelsteinen und Flaschen und mit dem Abbrennen von Polizeifahrzeugen, nachdem mehr als 15.000 Polizeibeamte ausgezogen waren, um den Menschen ihren Spaß auf den Straßen zu verderben.

Es war offensichtlich geworden, daß sich eine Politik des Knüppels nicht bezahlt gemacht hatte. Vielleicht mußte sie jedoch nur verfeinert und verschärft werden, um wirklich effektiv zu sein. Aber in der Zwischenzeit war die Labour-Partei wieder an die Macht gelangt und der Schwerpunkt verlagerte sich diesmal auf soziale Kontrolle.

Währenddessen entstand aus den Kämpfen am Arbeitsplatz eine neue Community, eine Community des schwarzen Klassenkampfes, der die Kämpfe der Pakistani, der Inder und West-Inder in den Betrieben verband. Manchmal geschah dies direkt durch gemeinsame Streik-Komitees, manchmal durch schwarze politische Organisationen, während gleichzeitig der Rassismus in den Gewerkschaften angegriffen wurde. Eine Serie von Streiks in den frühen 70er Jahren in

50 Institute of Race Relations: Police against Black People, London, 1979.

den Textilfabriken und den damit verbundenen Industriezweigen in den East Midlands und in London illustriert diese Entwicklung. Im Mai 1972 begannen pakistanische Arbeiter in Crepe Sizes in Nottingham wegen ihrer Arbeitsbedingungen, den niedrigen Löhnen und den zunehmenden Entlassungen in den Streik zu treten. Die Pakistani stellten die untersten zwei Drittel der Arbeiterschaft dar. Sie waren einer ständigen rassistischen Diskriminierung durch die weißen Vorarbeiter ausgesetzt und arbeiteten ohne ausreichenden Sicherheitschutz, ohne sanitäre Anlagen und Kantineneinrichtungen 84 Stunden in der Woche für 40 britische Pfund. Trotzdem waren fünf von ihnen entlassen worden, "zufällig", nachdem sie der Transport- und der Allgemeinen-Arbeiter-Gewerkschaft (TGWU) beigetreten waren. Es gab keine offizielle Unterstützung durch die Gewerkschaften, bis ein Solidaritäts-Komitee, bestehend aus den Ehefrauen und Familien der Streikenden aus anderen pakistanischen ArbeiterInnen, zahlreichen Community-Organisationen und der BPFM in Nottingham, die TGWU zum Handeln zwangen. Im Juni gab das Management klein bei, erklärte sich mit der Anerkennung der Gewerkschaft im Betrieb einverstanden und stellte die gefeuerten Arbeiter wieder ein.

Im Oktober 1972 forderten die streikenden Inder in den "Mansfield Hosiery Mills" in Loughborough höhere Löhne, bessere Aufstiegschancen innerhalb des Betriebs und die Stellen, die bisher nur den Weißen vorbehalten waren. Die weißen Arbeiter schlossen sich zwar den Lohnforderungen ihrer indischen Kollegen an, aber nicht der Forderung nach gleichen Aufstiegsmöglichkeiten für alle Beschäftigten. Die "National Union of Hosiery and Knitwear Workers" erging sich in Ausflüchten und erklärte den Streik, erst als offiziell, nachdem die Streikenden das Gewerkschaftsbüro besetzt hatten, zu erklären. Die weißen Arbeitnehmer wurden jedoch nicht zur Arbeitsniederlegung aufgefordert. Einmal mehr waren es auch diesmal die Community-Vereinigungen, asiatische Arbeiter aus anderen Betrieben und politische Organisationen wie die BPFM und die BWM, die durch das "Mansfield-Hosiery-Streik-Komitee" die Kämpfe erst möglich machten.

Als dann Mitte 1973 die Streiks der asiatischen Arbeiter in der zum Besitz von Courtauld zählenden "Harwood Cash Lawn Mills" in Mansfield, bei "E.E. Jaffe" und "Malmic Lace" in Nottingham ausbrachen, war es wiederum das "Mansfield-Hosiery-Streik-Komitee", das zur Stelle war und Unterstützung anbot. Der kontinuierliche Druck des

Streik-Komitees auf die Gewerkschaftsbewegung, der verbalen Verurteilung von Rassismus endlich Taten folgen zu lassen, erwies sich für eine langfristige Perspektive als besonders wichtig. Schließlich wurde eine Konferenz der Gewerkschaften gegen Rassismus einberufen. Im Juni 1973 trafen sich 350 Delegierte aus allen größeren Gewerkschaften und Vertreter der Community-Gruppen und schwarzen politischen Organisationen<sup>51</sup> in der Digbeth Hall in Birmingham. Aus diesem Treffen ging das "Birmingham Steering Committee" hervor, das wiederum den Aufbau des "National Committee for Trade Unions against Racism" (NCTUAR) vorantrieb.

In der Zwischenzeit hatten im Juni 1972 west-indische Arbeiter von "Stanmore Engineering Works" in London die Arbeit niedergelegt, um nach dem Vorschlag ihrer Gewerkschaft, der "Amalgamated Union of Engineering Workers" (AUEW), höhere Löhne zu fordern. Die Arbeiter jedoch gingen über diese Forderung hinaus, sie veranstalteten einfach ein Sit-in. Zwar schaffte es die Gewerkschaft Streikgelder zu bezahlen, darüberhinaus versäumte sie jedoch, ihren Einfluß zu nutzen, um z.B. die gesamte Arbeiterschaft und andere Gewerkschaften in der Automobilindustrie zu einem Boykott der Produkte von "Stanmore Engineering" zu bewegen. Die Streikenden wurden schließlich aufgrund einer gerichtlichen Verfügung geräumt und verloren ihre Arbeit.

Der Rassismus der Gewerkschaften zeigte sich ein Jahr später erneut während eines Streiks bei der "Telephone and Cables" in New Southgate, einer Tochterfirma von ITT, bei dem west-indische Arbeiter ähnlich wie zuvor in Mansfield Arbeitsplätze forderten, die bislang nur den Weißen zugänglich waren. Die Gewerkschaften, wie z.B. die "Metall Mechanics", weigerten sich hartnäckig, Handwerksberufe auch für Schwarze zu öffnen. Die "Electrical Trades Unions" (ETU) war gegen den Streik, da die Forderungen der schwarzen Arbeiter nach gleichen Bedingungen sich ganz eindeutig gegen die Interessen der eigenen weißen Mitglieder richteten. Der lokale Betriebsrat der AUEW, der die Streikenden unterstützte, konnte jedoch noch nicht einmal die eigene nationale Gewerkschaftsführung auf seine Seite ziehen. Die NCTUAR rief die Gewerkschaften und die Arbeiter zur Unterstützung der Streikenden auf und forderte offizielle Streikaktivitäten gegen ras-

<sup>51</sup> Vertreten waren u.a. die Indischen, Pakistanischen und Westindischen Vereinigungen und schwarze politische Organisationen wie die BPFM, BUFP, BCC, und das "Black Workers' Co-ordinating Committee".



sistische Diskriminierung in den Betrieben. Auf der Jahresversammlung des Gewerkschaftskongresses (Trade Union Congress, TUC) in Blackpool verteilten sie Flugblätter. Wieder einmal waren es die schwarzen politischen Organisationen, die Londoner BUFP, die BCC, die BWCC und BWM und die BWAC und PFM der East Midlands, die sich mit den Streikenden solidarisierten. Die BWAC schickte ein Telegramm an die Konferenz der Unabhängigen Staaten in Algier, um auf die weltweiten Schweinereien der ITT hinzuweisen. Auch dies blieb ohne nennenswerten Erfolg.

Im November 1973 legten in einem Streik in der Garnfabrik "Perivale Gutterman" in Southall indische und pakistanische ArbeiterInnen ihre Arbeit nieder, um gegen zu niedrige Löhne und zu hohe Produktivitätsanforderungen zu kämpfen. Sie wurden entlassen. Der zuständige Gewerkschaftszweig der TGWU unterstützte den Streik, zahlte jedoch kein Streikgeld bis zum Februar des folgenden Jahres. Die Betriebsleitung versuchte, die Inder und Pakistani zu spalten (ihre Version des Indisch-Pakistanischen Krieges in den Fabriken fortzusetzen), es gelang ihr jedoch nicht, die Einheit zu brechen. Wieder einmal wandten sich die Streikenden an ihre Communities und erhielten Hilfe von den Indischen und Pakistanischen Arbeitervereinigungen, den "Gurdwaras" und den ortsansässigen Geschäften, die in der Community Geld sammelten und die streikenden Arbeiter kostenlos mit Zucker, Mehl, Öl und Grundnahrungsmitteln versorgten. Die TGWU, die sich wie die meisten anderen Gewerkschaften bis dahin geweigert hatte, den restriktiven "Industrial Relations Act" der Regierung zu befolgen, verwies den Fall der entlassenen Arbeiter in Southall nun plötzlich an den NIRC (National Industrial Relations Court). Das Gericht entschied selbstverständlich gegen die Arbeiter. Der Streik war endgültig verloren.

Der Höhepunkt des Rassismus jedoch und einhergehend damit auch der Höhepunkt des Widerstands, wurde 1974 im Streik bei "Imperial Typewriters" in Leicester, einer Tochterfirma des Multies "Litton Industries", erreicht. Weiße Arbeiter, die Betriebsleitung und die Gewerkschaften bildeten hier eine verschworene Gemeinschaft und wurden darüberhinaus noch von gewalttätigen Aktionen der rechtsradikalen "National Front" vor den Fabrikatoren unterstützt. Mehr als 1000 der 1500 Beschäftigten bei "Imperial Typewriters" waren asiatisch, ein großer Anteil waren Frauen und die meisten von ihnen, Flüchtlinge

aus Uganda. Dem Streik lag die übliche rassistische Diskriminierungs- und Ausbeutungspraxis zugrunde. Die TGWU lehnte eine Unterstützung mit der fadenscheinigen Begründung, die Streikenden hätten sich nicht an die korrekten Verhandlungsabläufe gehalten, ab. Sie versuchte sogar, einige asiatische Beschäftigte zur Wiederaufnahme ihrer Arbeit zu drängen, und argumentierte, daß "die Spannungen im Betrieb hauptsächlich zwischen indischen Arbeitern vom Subkontinent und Indern aus Ostafrika" bestünden. Zu diesem Zeitpunkt gab es buchstäblich eine bereitstehende Gemeinschaft von schwarzen Streik-Komitees in den Midlands und ein Netzwerk aus Community-Vereinigungen und schwarzen politischen Organisationen, bei denen die Streikenden Rückhalt fanden. Finanzielle Unterstützung erhielten sie u.a. von der Indischen Arbeitervereinigung in Southall, dem Sikh-Tempel in Birmingham, einem Frauenkongreß in Edinburgh, dem Anti-rassistischen Komitee in Birmingham und dem Europäischen Arbeiter-Aktions-Komitee. Diesmal gewannen die Streikenden, aber die Firma in Leicester wurde kurz nach dem Streik vom multinationalen Hauptkonzern geschlossen.

Mitte der 70er Jahre hatten die Jugendlichen die Führung des schwarzen Widerstands übernommen. In ihrem Kampf verschmolzen die Traditionen der Älteren mit den Erfahrungen der Jungen. Die Jugendlichen kämpften unversöhnlich gegen den Rassismus und waren umempfänglich für die Verlockungen des Staates. Die täglichen Konfrontationen mit der Polizei, die Schlachten im Brockwell Park und Notting Hill und ihre Erfahrungen mit der Justiz hatten in ihnen einen gewaltigen Haß gegen das gesamte System hervorgerufen. Sie begannen damit, aus den konkreten Erfahrungen ihres Lebens heraus eine neue Art von Politik zu machen. Bereits 1973 fühlten sich die sogenannten marginalisierten jungen West-Inder in den britischen Ghettos von der populären Politik der Rastafari angezogen. Entstanden in den Rinnsteinen von Jamaika richtete sich die Politik der Rastas vorwiegend gegen den Kapitalismus und die absolute Konsumgesellschaft. Die Rastas sahen ihre eigene mißliche Lage als Ergebnis der neo-kolonialen und imperialistischen Ausbeutung.<sup>52</sup> Mit ihren Haaren, mit ihren Kleidern und ihrer Musik drückten sie ihre totale

<sup>52</sup> Siehe Colin Prescod: The people's cause in the Caribbean, in: Race & Class, Vol. XVII, no.1, 1980. Paul Gilroy: You can't fool the youths', in: Race & Class, Vol. XXIII, nos. 2/3, 1981.

Opposition zum herrschenden System aus. Sie wurden zum "brennenden Speer" des neuen Widerstands. Auch die Polizei und der Staat nahmen dies zur Kenntnis.

Das "White Paper" der Labour-Regierung vom September 1975 und der neue "Race-Relations-Act", der im Februar 1976 folgte, können als Ausdruck der zahlreichen Ängste des staatlichen Apparates betrachtet werden. Die Feststellung, daß "zwei von fünf Farbigen in diesem Lande in der Zwischenzeit hier geboren sind und bald die Mehrheit aller Farbigen gebürtige Briten sein werden", wurde mit der Warnung verbunden, daß "es für unsere Gesellschaft überlebensnotwendig ist, die vielfältigen Ressourcen an Tatkraft, Initiative und Entschlossenheit innerhalb der ethnischen Minderheiten zu nutzen und nicht zu gestatten, daß sie brachliegen oder durch willkürliche und unfaire Diskriminierung in negativen Protest umgekehrt werden". Daher sollte die Regierung einen "Race-Relations-Act" verabschieden, in dem unterschiedliche Ebenen von Diskriminierung aufgegriffen werden könnten. Die neue Kommission für "Race Equality" (CRE), ein Zusammenschluß der "Community Relations Commission"<sup>53</sup> und des RRB, sollte von der Regierung mit zusätzlichen Kompetenzen ausgestattet werden. Somit wurde erreicht, daß im Laufe der Zeit eine neue Klasse von Kollaborateuren entstand, die Rassismus und seine sozialen und politischen Folgekosten verwalten sollte.

Parallel dazu begann die Regierung, riesige Geldsummen aus den städtischen Hilfsprogrammen in die zentralen schwarzen Selbsthilfe-Projekte zu pumpen und auf diesem Wege den Nährboden für weiteren Widerstand trockenzulegen.<sup>54</sup> Kurzfristig erwies sich diese Strategie als erfolgreich. Aber schon innerhalb eines Jahres wurden die ersten Anzeichen für ein zukünftiges Scheitern sichtbar. Im September 1975 überfielen drei West-Indier (zwei von ihnen waren Jugendliche) das Restaurant "Spaghetti House" in Knightsbridge. Sie erhofften, mit dem erbeuteten Geld schwarze Schulen und Selbsthilfe-Gruppen aufbauen und schwarze politische Gruppierungen, die sich bisher geweigert hatten, sich von Staatsgeldern korrumpieren zu lassen, unterstützen zu können. Nach einer fünftägigen Belagerung

<sup>53</sup> Die "Community Relations Commission" (CRC) wurde vom "Race-Relation-Act" von 1968 als Nachfolgerin der NCCI eingesetzt.

<sup>54</sup> A. Sivanandan: *Race, class and state: the black experience in Britain*, in: *Race & Class*, Vol. XVII, no. 4, 1976. Siehe auch *Race & Class-Pamphlet*, no. 1

durch die Polizei wurden alle drei festgenommen, angeklagt und zu Haftstrafen zwischen 17 und 21 Jahren verurteilt. Für Sir Robert Mark, den Polizeipräsidenten der Metropolitan Police in London, stellte der Spaghetti-House-Fall nach eigenen Angaben "eines der schwierigsten und explosivsten Probleme dar", mit denen er in seiner langen Karriere jemals konfrontiert gewesen sei.<sup>55</sup> Der Vorfall bot ihm gleichzeitig aber auch eine gute Gelegenheit, die brutalen Polizeieinsätze an seinen politischen Vorgesetzten vorbei direkt in den Medien zu rechtfertigen. Angesichts des grassierenden Rassismus innerhalb der Medien und der Polizei eröffnete sich zwischen diesen beiden Institutionen ein neues Kapitel der Zusammenarbeit, mit der die schwarze Bevölkerung direkt konfrontiert war, was sich darüberhinaus jedoch auch auf weitere gesellschaftliche Bereiche auswirkte. Rassismus bedurfte innerhalb der britischen Gesellschaft kaum noch einer Rechtfertigung.<sup>56</sup>

Auch innerhalb der asiatischen Community bildeten nun die Jugendlichen die Speerspitze des Kampfes. Wie ihre afro-karibischen Altersgefährten waren sie in einer rassistischen Kultur aufgewachsen, und ähnlich wie die west-indischen Jugendlichen erkannten sie zwar die Formen des Widerstands der älteren Generation an, entwickelten ihnen gegenüber jedoch allmählich eine gewisse Ungeduld. Die faschistischen Angriffe auf die Community stiegen weiter an, die Polizei verweigerte den Schutz vor den Faschisten, duldete die Übergriffe und ging sogar soweit, ihnen jegliche rassistische Motivation abzusprechen. Anstatt die Community zu schützen erging sich die Polizei selbst in rassistischen Diskriminierungen, sie nahm willkürliche Verhaftungen vor und tyrannisierte die Nachbarschaften mit "Fishing Raids" (flächendeckende Razzien) gegen "illegale EinwanderInnen". Als im Juli 1976 gegenüber dem Dominion Kino der Indischen Arbeitervereinigung in Southall, einem symbolischen Ort der asiatischen Community, an dem sie sich sicher und selbstbewußt bewegen konnten, der 18-jährige Gurdip Singh Chaggar von einer weißen Jugendgang in eine Falle gelockt und tödlich getroffen niedergestochen wurde, erklärte Sir Robert Mark, hierbei habe es sich nicht eindeutig um einen rassistischen Mord gehandelt.

<sup>55</sup> Sir Robert Mark: *In the Office of Constable*, London, 1978.

<sup>56</sup> Vergleiche Tony Bunyan: *The political Police in Britain*, London, 1976. Siehe auch S. Chibnall, *Law and Order News*, London, 1977.

Einige Monate zuvor hatte die Labour-Regierung ein "Green Paper" zur Frage der Staatsangehörigkeit auf der Grundlage eines Vorschlags der Tories (wie wir heute wissen) angekündigt, um das Gesetz, das sie selbst 1968 verbrochen hatten, "vernünftiger zu gestalten". (Selbstverständlich hatte Labour zum Ausgleich, wie wir es von ihnen gewohnt sind, auch ein neues anti-diskriminierendes Race-Relation-Gesetz eingebracht, das zufällig gerade zum gleichen Zeitpunkt, im März, dem Parlament zur Abstimmung vorlag.) Im April marschierte die "National Front" durch die Wohngebiete der Schwarzen in Bradford und wurde trotz Polizeischutz von den BewohnerInnen in Manningham, den Asiaten und Afro-Kariben, jung und alt, zurückgeschlagen. Im Mai startete die Presse eine konzertierte Hetzkampagne gegen die ImmigrantInnen, indem sie "enthüllte", daß eine obdachlose britisch-asiatische Familie nach ihrer Ausweisung aus Malawi auf Kosten der britischen Steuerzahler in einem Vier-Sterne-Hotel für 600 Pfund in der Woche untergebracht worden war. Am Ende des gleichen Monats kündigte Enoch Powell an, er habe geheime Informationen aus einem "zurückgehaltenen" Regierungsbericht, der besage, daß zahlreiche Angehörige und Ehefrauen aus Indien unter falschen Angaben über ihr Verwandtschaftsverhältnis ins Land kämen. Powell und die Presse spielten sich gegenseitig die Bälle zu. Die Angriffe auf die "asiatischen Eindringlinge" nahmen im Laufe des darauffolgenden Monats zu. Am 4. Juni wurde Chaggar ermordet.<sup>57</sup>

Die Community war wie gelähmt. Eine Versammlung wurde abgehalten, auf der die Älteren in ihren zeitaufwendigen Verfahren Resolutionen verabschiedeten und Reden hielten. Die Jugendlichen jedoch übernahmen die Führung, marschierten zur Polizeistation, forderten Gerechtigkeit und bewarfen eine Polizeiwanne auf dem Weg mit Steinen. Zwei von ihnen wurden verhaftet. Die anderen ließen sich vor der Polizeiwache nieder und weigerten sich vor der Freilassung ihrer Freunde wieder nach Hause zu gehen. Die Polizei gab nach. Am darauffolgenden Tag wurde die "Southall Youth Movement" (SYM) aus der Taufe gehoben.

Verschiedene asiatische Jugendbewegungen folgten dieser Initiative, wann und wo auch immer die Notwendigkeit bestand und be-

stimmte Anlässe eine gemeinsame Organisation erforderten. Aber da die Anlässe immer zusammenfielen mit faschistischen Übergriffen und Mordanschlägen und mit der absoluten Unfähigkeit und Unwilligkeit der Polizei, sie vor Faschisten zu schützen, konzentrierten sich die Jugendbewegungen hauptsächlich auf die Verteidigung ihrer Communities, und ihre Form der Organisation war Ausdruck dieses Anliegens. (Die Beteiligung an Kampagnen gegen Abschiebungen sollte erst später folgen.) Im Laufe der nächsten Jahre entstanden in London, Manchester, Leicester und Bradford immer mehr solcher Jugendorganisationen und Verteidigungskomitees. Alleine in London sprossen gleich mehrere aus dem Boden. In Brick Lane nach dem Mord an Altab Ali und Ishaque Ali, in Hackney nach dem Mord an Michael Ferreira, in Newham nach dem Mord an Akhtar Ali Baig. Wie zuvor auch die Streikkomitees unterstützten sich die Jugendlichen gegenseitig, vernetzten sich im Laufe der Zeit mit den west-indischen Jugendgruppen, was sich manchmal auf einer organisatorischen Ebene (SYM und "People Unite", "Bradford Blacks" und "Bradford Asian Youth Movement") und manchmal auch auf einer ganz individuellen Ebene vollzog. Oftmals gingen diese Aktivitäten auch in neue politische Gruppierungen wie die "Hackney Black People's Defence Organisation" und die "Bradford's United Black Youth League" über.

In anderen Bereichen wurden Politische Gruppen oft bewußt von Afro-KaribInnen, AsiatInnen und AfrikanerInnen gegründet, die vorher in der weißen linken Bewegung aktiv waren und diese verlassen hatten, weil deren Politik ihre Erfahrungen als Schwarze nicht aufgriff. Sie thematisierten nicht nur die Lage der Schwarzen in Britain, sondern die Situation aller schwarzen Menschen weltweit. Sie waren anti-rassistisch und anti-imperialistisch, und sie waren aktiv innerhalb der Communities, was sich in ihren vielfältigen Publikationen widerspiegelte und zu einer weiteren Politisierung der schwarzen Gemeinschaft beitrug. Die in Englisch und Urdu erscheinende Zeitschrift "Samaj in'a Babylon" ging aus den Ereignissen um den Mord an Chaggar im Juni 1976, den Notting Hill Riots im August '76 und dem Aufstand in Soweto im Juni 1976 hervor. Die Zeitschrift "Black Struggle" war das theoretische und doch auch populäre Gegenstück zu "Samaj in'a Babylon", die Zeitschrift "Mukti" löste sie später ab. Während die "Black Socialist Alliance" (BSA) die Gruppen für eine Weile zusammenhielt und den Schwerpunkt mehr auf Kampagnenpolitik legte, richtete sich

57 "Race and the press", in: Race & Class, Vol. XVII, no. 1, 1976.

"Blacks Against State Harassment" (BSH) später insbesondere gegen den staatlichen Rassismus. Andere Publikationen, Zeitschriften, Infoblätter von Verteidigungskomitees wurden herausgegeben und wieder eingestellt, genauso wie sich die dazugehörigen Organisationen im Auf und Ab der Kämpfe veränderten, sich weiterentwickelten und neu zusammensetzten. Sie bewegten sich jedoch immer in eine bestimmte Richtung: gegen die Polizei, die Regierung und gegen den Rassismus. Hatte der Staat kurzfristig gehofft, die Communities durch die selektive Öffnung des höheren Bildungssystems für einige wenige Schwarze spaltend wirken zu können, so machte die Bewegung der Regierung dabei einen Strich durch die Rechnung. Während die Universitätsabsolventen ihr Wissen und ihre Fähigkeiten den Communities zur Verfügung stellten, gelang es der Bewegung, die Intellektuellen in die Realitäten des politischen Kampfs miteinzubinden.

Bei der Ankunft auf dem Flughafen Heathrow in London (oder wenn man Glück hat bei der Abreise), lohnt es sich einen Moment innezuhalten und sich umzuschauen. Was auf den ersten Blick deutlich wird, ist die absolute Arbeitsteilung, die die Arbeiterschaft in ganz Britain charakterisiert. Die Reinigung der Frauentolletten, der Hallen und der Treppen ist die Aufgabe der asiatischen Frauen aus Southall, einem Londoner Stadtteil in der Nähe des Flughafens. Die Gepäckbeförderung übernehmen asiatische und west-indische Männer. In den Cafes und Restaurants packen weiße Frauen das Essen auf die Tablettts, und bei einem Lohnunterschied von 10 Pfund weniger die Woche legen asiatische Frauen das Besteck dazu. Auch in den Küchen findet man fast nur asiatische Frauen, die die schmutzige und untergeordnete Arbeit verrichten, während vielleicht noch einige wenige Männer zusätzlich für die "schweren" Jobs eingestellt werden.

Selbstverständlich kommt für die schwarzen Beschäftigten eine Beförderung erst gar nicht in Frage. Sie können sich eher glücklich schätzen, wenn sie von den zuständigen Sklavenhändlern nicht einfach entlassen werden, um später an einem anderen Flugterminal für die gleiche oder auch eine niedrigere Bezahlung wieder angeheuert zu werden. Ihre Gewerkschaft, die TGWU, hat bisher die Forderungen der Flughafen-Beschäftigten immer wieder ignoriert und, 1975 als 450 asiatische ArbeiterInnen ihre Arbeit niederlegten, erklärte die Ge-

werkschaft diesen Streik kurzerhand als inoffiziell. Nachdem es den Frauen trotzdem gelungen war, einige Zugeständnisse durchzusetzen, kehrten sie wieder an ihre Arbeitsplätze zurück.<sup>58</sup>

Der Streik bei "Grunwick Film Processing" im Norden von London im August 1976 hat natürlich wesentlich größere Berühmtheit erlangt. Dies nicht nur, weil die asiatischen ArbeiterInnen, von denen die meisten Frauen aus Ostafrika waren, ihre Streikposten trotz Regen, Schnee und ständigen Polizeiübergriffen über ein Jahr lang aufrecht erhielten, sondern weil am Ende des Arbeitskampfs die geballte Macht der Gewerkschaften und selbst die Regierung auf der Seite der schwarzen ArbeiterInnen stand. Die Streikenden erhielten nicht nur Unterstützungsgelder von den Gewerkschaften, sie konnten sogar die nationalen Gewerkschaften, die TGWU, TUC und die "Union of Post Office Workers" (UPW) und die lokalen Zweige, Betriebsräte, Handelskammern und viele andere Organisationen für ihr Anliegen gewinnen. Selbst Regierungsmitglieder und Minister statteten den Streikposten Besuche ab. Der Streik hatte sich an der grundsätzlichen Frage von rassistischer Ausbeutung entzündet, die selbstverständlich auch die Forderung nach der Anerkennung gewerkschaftlicher Organisation beinhaltete. Im Laufe der Auseinandersetzungen jedoch ließen sich die Streikenden, die auf die Unterstützung der Gewerkschaften angewiesen waren, immer stärker auf die offizielle Position der Funktionäre ein, die davon ausgingen, der zentrale Punkt sei die Anerkennung der Gewerkschaften durch die Betriebsleitung. Dadurch verloren die Streikenden die dauerhafte Unterstützung der schwarzen Community. Der Kampf um die Anerkennung gewerkschaftlicher Organisation in einem einzelnen Betrieb alleine hätte niemals die nationalen Gewerkschaftsführungen, geschweige denn die Regierung auf den Plan rufen können. Das war vorher noch nie vorgekommen. Jedoch ging es im Grunwick-Streik um mehr. Es ging um eine grundsätzliche Vereinbarung (eine Art Sozialpartnerschaft) zwischen den Gewerkschaften und der Regierung, die im Austausch gegen den Verzicht auf Streiks den Gewerkschaften über den "Employment Protection Act" die Anerkennung durch die Betriebsleitungen zusicherte. Das machte die Auseinandersetzungen in Grunwick so interessant für sie.

58 Campaign against Racism and Fascism/ Southall Rights: Southall: the birth of a black Community, London, Institute of Race relations, 1981

Als die Medien, die Betriebsleitung und die StreikunterstützerInnen nach über zwölf Monaten, die sich der Streik nun schon hinzog, damit drohten, grundsätzlichere politische Maßnahmen wie Ausschlößung und Massenblockaden anzuwenden, verloren die Gewerkschaften ihr Interesse und verließen den Schauplatz der Auseinandersetzungen. Im November 1977 begannen vier der asiatischen Streikenden, darunter waren zwei Frauen, vor dem Hauptgebäude der TUC einen Hungerstreik. Sie wurden auf der Stelle aus der Gewerkschaft ausgeschlossen und verloren ihren Anspruch auf Streikgelder. Len Murray, der Vorsitzende der TUC, schlug vor, sie sollten ihren Hungerstreik vor den Fabrikatoren und nicht vor seinem Büro fortsetzen.<sup>59</sup>

Die Lehre aus früheren Arbeitskämpfen, daß die schwarze Arbeiterschaft den Rückhalt der Community braucht, um Druck auf die Gewerkschaften auszuüben, waren von den ArbeiterInnen, die selbst nicht unmittelbar von dieser Tradition profitierten, vorübergehend vergessen worden. Auf der anderen Seite hatte das Durchhaltevermögen der asiatischen Frauen, die gegen den Willen ihrer Ehemänner und Väter und trotz des Betrugs der Gewerkschaften und der Angriffe der SPG monatelang vor den Fabrikatoren ausharrten und all die Zeit von Frauengruppen unterstützt wurden, zu einer enormen Stärkung der schwarzen Frauenbewegung beigetragen.

Als die "National Front" 1977, durch lokale Wahlerfolge (im Sinne von Prozentzahlen der abgegebenen Stimmen) ermutigt, mehrere Demonstrationen in schwarzen Wohngebieten abhielt, garantierte ihnen die Polizei wie üblich das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Die faschistischen Aufmärsche wurden von anti-rassistischen Gruppen begleitet und Schwarze Jugendliche nutzten die Gelegenheit, die Polizei wie auch die Faschisten mit Steinen anzugreifen.

Im Januar 1978 entschied Richter McKinnon, daß die Antwort von Kingsley Read auf Chaggars Ermordung: "Einen haben wir erwischt, eine weitere Millionen muß noch folgen", keine Aufwiegelung zum Rassenhaß darstellte. Der Richter erinnerte daran, "daß es im heutigen England Gott sei Dank noch erlaubt ist, eigene Ansichten zu pflegen", und äußerte den Wunsch, daß dies noch lange so bleiben möge. Kingsley Read war der Kopf der faschistischen "National Party".

<sup>59</sup> Siehe "UK commentary", in: Race & Class, Vol. XI, no. 1, 1977 und Vol. XIX, no. 3, 1978.

Im gleichen Monat, während des Endspruchs im kommunalen Wahlkampf, der gleichzeitig für die nationalen Wahlen des kommenden Jahres galt, versprach Margaret Thatcher der Nation, ihre Partei werde "für ein Ende der Immigration" sorgen und warnte davor, daß "sonst bald das Land mit Menschen einer anderen Kultur überschwemmt sein würde". Da eine direkte Einwanderung durch das neue Immigrationgesetz von 1971 unmöglich gemacht wurde, konnte sich ihre Bemerkung nur auf die Familienzusammenführung beziehen. Kurz darauf brachte der Sonderausschuß des Abgeordnetenhauses zu Fragen der "Race Relations", in dem Mitglieder aller Parteien vertreten sind, eine ähnlich lautende Erklärung heraus, die empfahl, "neue Maßnahmen zur Verschärfung der Identitätsüberprüfungen" und "Pläne für ein System zur internen Einwanderungskontrolle" zu entwickeln. Die Tories versprachen, noch einen Schritt weiterzugehen: Sie kündigten an, "die bestehenden Maßnahmen zu verbessern ..., um diejenigen zu unterstützen, die ernsthaft eine Rückkehr in ihr Heimatland wünschen". Die bestehenden Einrichtungen, wie das SPG und das IIIU, die Einwanderungsbehörden, das Innenministerium, die Gerichte und die Medien reichten offensichtlich noch nicht aus. Die Tories wollten die Politik der "positiven Diskriminierung" zurücknehmen und das Gesetz gegen die Aufwiegelung zum Rassenhaß ergänzen, so daß von nun an ein Beweis für "ein absichtliches Vergehen" erforderlich sein sollte.

Die Medien brauchten nicht lange, um die Warnung Thatchers vor der "Überschwemmung" des Landes aufzugreifen. Die Tageszeitung "Daily Mail" unterfütterte die Angst vor der "kulturellen Überfremdung" mit Geschichten aus dem "wahren Leben". Die Artikel waren mit Überschriften wie "Sie haben die Kontrolle in meiner Heimatstadt übernommen" aufgemacht. Eine Diskussionssendung der BBC erlaubte Enoch Powell zur besten Fernsehseendezeit, in aller Ausführlichkeit seine Vorstellungen zur "aktiven Rückführung" von ImmigrantInnen unter Volk zu bringen. Bei den folgenden Kommunalwahlen im Mai wurden die Vorschläge der Tories unermüdlich wiederholt und von den Kandidaten gerechtfertigt.

Kaum hatte diese Hetzkampagne etwas nachgelassen, da krochen in diesem verfaulten kapitalistischen System schon die ersten weißen Faschisten wie Ratten aus ihren Löchern. Ganze Communities wurden von ihnen terrorisiert. Innerhalb eines Zeitraums von drei Mona-

ten wurden alleine in London drei Asiaten ermordet. West-Indier in Wolverhampton wurden mit Gewehren angegriffen, Gebetsstätten wurden entweiht, Eigentum wurde zerstört und verwüstet. Die von den Tories kontrollierten Stadträte, die sich durch die Stimmabgabe der Bevölkerung legitimiert sahen, gingen daran, die Vorschläge von Thatcher umzusetzen und ihren Wahlsieg auf nationaler Ebene vorzubereiten.<sup>60</sup>

Bestärkt durch diese Ereignisse und mit der Absicht der Nation zu beweisen, daß sie weiterhin die Partei des wahren Faschismus in Britain waren, beantragte die "National Front" im April des folgenden Jahres beim Stadtrat in Southall die Erlaubnis, im örtlichen Rathaus eine öffentliche Wahlveranstaltung abhalten zu dürfen. An anderen Orten waren ihre Versammlungen bisher immer verboten worden, sogar in Ealing hatte ihnen der ehemalige, von der Labour-Partei kontrollierte Stadtrat eine Absage erteilt. Jetzt gab es jedoch eine Tory-Mehrheit, die der "National Front" nach geringfügigem Zögern grünes Licht gab. Obwohl mehr als 5000 Menschen am Tag zuvor vor dem Rathaus in Ealing gegen die Genehmigung der Wahlveranstaltung demonstriert hatten, änderte der Stadtrat seine Meinung nicht. Stattdessen ließ er es zu, daß am Tag der Versammlung der Union Jack, das Symbol der "National Front", vom Dach des Rathauses wehte. Es war der "St George's Day", ein Feiertag der Faschisten. Die Community von Southall hatte einen friedlichen Protestmarsch für diesen Tag geplant. "Aber an diesem Tag waren insgesamt 2756 Polizeibeamte, einschließlich SPG-Einheiten, ausgerüstet mit Pferden, Hunden, Transportern, Kampfschildern und einem Hubschrauber, im Einsatz, um den Protest niederzuschlagen" und über das gesamte Stadtzentrum wurde ein "Ausnahmestand" verhängt.<sup>61</sup> Die Menschen wurden eingekleint und zusammengedrängt, so daß sie weder zum Rathaus gelangen noch nach Hause gehen konnten. Während die DemonstrantInnen ziellos umherirrten, begann die Polizei, auszurasten. Mit ihren Transportern fuhr sie direkt in die Menschenmengen hinein, trieb die Leute auseinander, um sie danach vollkommen willkürlich zu verfolgen und zusammenzuschlagen. Blair Peach, ein engagierter Lehrer und anti-rassistischer Aktivist, überlebte die Knüppe-

60 A. Sivanandan: From immigration control to 'induced repatriation', in: Race & Class, Vol. XX, no. 1, 1978. Siehe auch Race & Class pamphlet no. 5.

61 Siehe Campaign Against Racism and Fascism/Southall Rights.

lei der Polizei nicht, weitere Hunderte von DemonstrantInnen wurden zum Teil schwer verletzt. Die Räumlichkeiten von "Peoples Unite" (ein afro-karibisches-asiatisches Zentrum) wurden von Polizeikräften so stark verwüstet, daß der Tory-Stadtrat sie bequem, weit vor dem festgelegten Termin abreißen lassen konnte. Asiatische Zeitungen verglichen am anderen Tag die Vorfälle in Southall mit dem Massaker in Amritsar 1919, das auch im April stattfand.

Die Gerichtsverfahren gegen die 342 Festgenommenen wurden 25 Meilen von Southall entfernt, weit weg vom wachsamem Auge der Community, im Feindesland abgehalten. Die Gerichte beeilten sich, die Fälle möglichst schnell abzuhandeln und die Angeklagten ohne Beweise zu verurteilen, 80 Prozent der Angeklagten waren es alleine in den ersten Wochen der Verfahren. Nachdem die Community in die Öffentlichkeit gegangen war, sank die Rate der Verurteilungen auf 50 Prozent herab. Der Polizeibeamte der Sondereinheit SPG, der verantwortlich war für den Tod von Blair Peach, wurde niemals identifiziert und verurteilt. Die Tory-Regierung weigerte sich, eine gesonderte Untersuchung einzuleiten. Der Innenminister zeigte sich nicht ganz glücklich mit dem Verhalten der Sondereinheiten der Polizei. Und doch durfte die SPG trotz einer allgemeinen öffentlichen Empörungswelle angesichts der ungeheuerlichen Polizeigewalt (an der sogar die Medien einen Anteil hatten) nach den Vorfällen in Southall wieder munter an die Arbeit gehen. Der Polizeipräsident der Metropolitan Police, Sir David McNee, faßte das Geschehen ganz einfach in einem Satz zusammen: "Wer sich von den Straßen Londons fernhält und sich anständig verhält, braucht die Sondereinheiten der Polizei nicht zu fürchten". Aber die Community in Southall schwor sich, daß Southall so schnell nicht wieder zu einem Angriffsziel werden sollte. Der 3. Juli 1981 sollte davon Zeugnis ablegen.<sup>62</sup>

1970 hatte die Tory-Regierung mit dem neuen Immigrationgesetz, dem "Industrial Relations Act", mit dem "White Paper" zum Verhältnis Polizei-ImmigrantInnen und mit anderen politischen Initiativen begon-

62 Am 3. Juli 1981 brannten asiatische Jugendliche ein öffentliches Gebäude nieder, in dem sich eine rassistische Popgruppe und ihre Skinhead-Fans versammelt hatten. Dieses Ereignis war Teil der Aufstände von 1981.

nen, die Kontrolle über die Schwarzen, über die Maßnahmen an den Grenzen hinaus, ins Landesinnere zu verlagern. Die Labour-Regierung war dieser Politik gefolgt und hatte dem Ganzen sogar noch eigene rassistische Maßnahmen hinzugefügt: Da gab es das "Child Benefit Law"<sup>63</sup>, das "Green Paper" zur Frage der Staatsangehörigkeit und natürlich die unerschütterliche Unterstützung des Polizeiapparats und der Polizeigewalt. Die Tory-Regierung im Jahre 1979 trachtete nun danach, diese Maßnahmen noch zu perfektionieren, sie bis zu ihrer logischen Schlußfolgerung zu führen, als Teil eines allgemeinen Angriffs auf die Arbeiterklasse und den Sozialstaat im Rahmen einer "Law-and-Order-Gesellschaft". Indem Thatcher im Wahlkampf die Ideologie des britischen Rassismus erfolgreich neu formulieren und zum Ausdruck bringen konnte, gelang es ihr, das politische Klima in Britain nachhaltig zu verändern. Sie schuf eine Situation, in der Beamte im Gesundheitsbereich, in den Bildungseinrichtungen, den Arbeits-, Sozial- und Wohnungsämtern, ohne offizielle Anweisung und ohne, daß sie selbst davon profitierten, auf das Vorzeigen von Pässen und auf Identitätsüberprüfungen beharrten, bevor sie schwarzen BürgerInnen Leistungen zukommen ließen. Thatchers "Nationality Bill", in der verschiedene Stufen von Staatsbürgerschaft (für Schwarze) festgelegt waren, sah eine gesetzliche Regelung dieser Praxis vor.<sup>64</sup> Britain bewegte sich immer mehr auf eine "Gesellschaft der Paßgesetze" zu.

Der Widerstand der schwarzen Community gewann an Stärke. Und wie schon oft zuvor bildeten sich neue Kampfformen und eine neue Avantgarde heraus, diesmal in Form der schwarzen Frauenbewegung, die die unterschiedlichen Kämpfe verknüpfte und den Widerstand der späten 70er Jahre durch ihre eigene, besondere Perspektive erweiterte. Einige afro-karibische Frauengruppen, die Themen aufgriffen, für die sich weder die weiße Frauenbewegung noch die schwarzen Parteien interessierten, existierten schon seit über einem Jahrzehnt. Asiatische Frauen hatten damit begonnen, ihre Schwestern in ihren Arbeitskämpfen zu unterstützen, wie es z.B. beim Grunwick-Streik oder am Flughafen Heathrow der Fall war. Bereits

63 Das Gesetz schaffte Steuererleichterungen für Familien mit versorgungsbedürftigen Kindern ab und ersetzte sie durch die Zahlungen von Kindergeld an die Ehefrauen. Das Kindergeld wurde jedoch nicht an Familien ausgezahlt, die Kinder außerhalb von Britain zu versorgen hatten.

64 Siehe "Notes and documents", in: Race & Class, Vol. XXIII, no. 2/3, 1981/82.

1978 gab es überall in Britain ein Netz von asiatischen und afro-karibischen Frauengruppen, die sich zu einer eindrucksvollen nationalen Organisation, der "Organisation of Women of Asian and African Descent" (OWAAD) mit der Zeitschrift FOWAAD zusammenschlossen. OWAAD organisierte landesweite Konferenzen und arbeitete mit anderen, überregional organisierten schwarzen Gruppen zusammen. Den einzelnen OWAAD-Gruppen wurde jedoch bei ihrer Arbeit in den Communities weiterhin völlige Autonomie zugestanden. Durch den Erfahrungsaustausch über OWAAD konnten sich die asiatischen und west-indischen Communities gegenseitig inspirieren und neue Strategien des Kampfes entwickeln, die der ganzen schwarzen Community zugutekommen sollten. Denn die politische Perspektive der schwarzen Frauenbewegung umfaßte zugleich Fragen von Klasse, "Rasse" und Geschlecht, was angesichts der zunehmenden Angriffe der Tory-Regierung auf das Leben der Communities, auf die Familien und die Versorgung und Ausbildung der Kinder von besonderer Bedeutung war.

Es waren daher auch die asiatischen Frauengruppen, die sich zuerst gegen das neue diskriminierende "Child Benefit Law" wehrten, da es vor allem um ihre eigenen Kinder ging, die durch das neue Einwanderungsgesetz ausgeschlossen wurden. Es dauerte jedoch nicht lange, bis sich die afro-karibischen Frauen, die in der Zwischenzeit andere staatliche Angriffe auf das schwarze Familienleben erfahren hatten, an der Kampagne beteiligten. Zusammen arbeiteten sie zu Themen wie die Versorgung von schwarzen Kindern, die Rechte schwarzer Gefangener, die zwangsweise Anwendung von Depo-Provera und zum Abtreibungsgesetz. (Ohne auf die Möglichkeit von sicheren Schwangerschaftsabbrüchen zurückgreifen zu können, waren schwarze Frauen zunehmend auf gefährliche Verhütungsmethoden wie Depo-Provera angewiesen.) Asiatische Frauen schlossen sich den Kampagnen gegen die sogenannten "Sin-bins" (spezielle Einrichtungen zur Anpassung, die die ESN-Schulen für west-indische Kinder ablösten) an, die von der "United Black Women's Action Group" in Nord-London ins Leben gerufen worden waren. Die "Black Women's Group" in Brixton eröffnete das erste schwarze Frauenzentrum im Jahre 1979.

In ihren Kämpfen um bessere Leistungen im Sozial- und Bildungswesen für die gesamte Community zeigten die asiatischen und



war. Nach diesem Vorfall schloß sich die Community wieder enger zusammen. Es wurde landesweit für Versammlungen in New Cross mobilisiert. Ein Aktionstag wurde geplant. Das Zeitungskollektiv von "Race Today"<sup>67</sup> übernahm die Vorbereitung. Am 2. März legten daraufhin mehr als 10.000 Schwarze ihre Arbeit nieder und trafen sich in London, um durch das Herz der Hauptstadt, vorbei an den Gebäuden des weltweiten Finanzkapitals, am Justizpalast, an den Pforten der Boulevard-Presse, an den eindrucksvollen Konsumtempeln und Einkaufstraßen, vorbei am Rundfunkhaus der BBC bis hin zum heiligen Ort der Meinungsfreiheit, Speakers' Corner, zu ziehen.

Im Großen und Ganzen verlief die Demonstration angesichts ihrer eindrucksvollen Größe und Länge ohne große Zwischenfälle. Es hatte einige wenige Rangeleien, ein oder zwei kaputte Schaufensterscheiben und vereinzelte Festnahmen auf dem Weg gegeben. Und doch warteten die Boulevard-Zeitungen am nächsten Tag mit riesigen Schlagzeilen über den "gewalttätigen Mob", die "zügellose Zerstörung durch Schwarze", die Angriffe auf das Privateigentum und die Privatsphäre auf. Die pseudo-liberalen Tageszeitungen beklagten das gestörte Verhältnis der Schwarzen zur Polizei, die Frustrationen der ethnischen Minderheiten und zum Teil sogar die fehlende Sensibilität der Weißen gegenüber den "Problemen der schwarzen Bevölkerung", und verfielen danach wieder in den üblichen Tiefschlaf. Der Innenminister murmelte etwas von einer Untersuchungskommission zu rassistischer Gewalt, die weiße britische Gesellschaft sonnte sich weiterhin in all ihrer Unschuld und Güte und dankte dem lieben Gott für die britischen "Bobbies". Diese fühlten sich wieder einmal von der ganzen Nation bestärkt und ermutigt. Wenig später sollten sie Brixton und die Faschisten Southall heimsuchen.

Im April explodierten die Aufstände in Brixton und im Juli wurde Southall zum Schauplatz von gewaltigen Zusammenstößen. Die meisten Schwarzen, die Asiaten und Afro-Kariben gleichermaßen, konnten zwischen der Polizei und den Faschisten kaum mehr einen Unterschied erkennen. Und auf Brixton und Southall folgte Liverpool, Manchester, Coventry, Huddersfield, Bradford, Halifax, Blackburn, Pre-

<sup>67</sup> "Race Today" ging aus der Phase der Radikalisierung (1969-1972) am Institute of Race Relations als unabhängiges Schwarzes Zeitungsprojekt hervor und ist unter der Leitung von Darcus Howe und John La Rose zu einem politischen Kollektiv herangewachsen. Die Zeitung berichtet über den nationalen und den internationalen schwarzen Widerstand.

ston, Birkenhead, Ellesmere Port, Chester, Stoke, Shrewsbury, Wolverhampton, Southampton, Newcastle, High Wycombe, Knaresborough, Leeds, Hull, Derby, Sheffield, Stockport, Nottingham, Leicester, Luton, Maidstone, Aldershot und Portsmouth. Für Weiße und Schwarze, für alle Marginalisierten, die in den Slum-Cities rebellierten, war der Staat die Polizei.

Es gab keinen Ort, wo die weißen und schwarzen Jugendlichen ihre Probleme alleine mit Arbeitslosigkeit identifizierten. Das war das Hirngespinnst weißer Sozialwissenschaftler vergangener Zeiten. Die Jugendlichen wissen instinktiv ganz genau, daß sie niemals Arbeit haben werden, daß es keinen Bedarf für ihre Arbeitskraft geben wird. Das lag nicht nur an der momentanen wirtschaftlichen Rezession, den Reichen ging es wie immer gut, es war vielmehr eine Frage der neuen Technologien, die Arbeitsplätze vernichteten und denen da oben die Möglichkeit bot, Menschen durch Roboter zu ersetzen. Die Gesellschaft veränderte sich und die Jugendlichen brauchten nicht den Vorsitzenden der Britischen Wissenschafts-Vereinigung, um sich sagen zu lassen, daß es sich dabei um eine "grundsätzliche und unwiderrufliche Veränderung" handelte. Was sie jedoch nicht wollten, war, Teil eines Systems von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und institutionalisierten Freizeitbeschäftigungsprogrammen zu werden. Worauf sie weiterhin verzichten konnten, waren Almosen vom verfeindeten Staat. Der Kuchen war groß genug und sie wollten ein Stück davon, ein Wort bei der Verteilung mitreden. Oder sie würden sich ihren Teil durch Diebstahl, Betrügereien und Überfälle einfach nehmen, wie es im Slum nun mal üblich ist und was die feine Gesellschaft nicht versteht und als Bedrohung empfindet.

Die Jugendlichen sind nicht die, die ihre Arbeit verloren haben, sondern die, die niemals eine haben werden. Die Generation ihrer Eltern war einst Teil des Systems, sie sind durch ihren Arbeitsalltag, durch die Gewerkschaften und die Arbeiteraristokratie diszipliniert und Teil einer Kultur geworden, die den Status Quo aufrechterhält. Die Jugendlichen waren nie innerhalb der Gewerkschaften organisiert, sie waren nicht bei den zahlreichen Demonstrationen gegen den Verlust von Arbeitsplätzen dabei, die die Labour-Partei so kühn mit den Hungermärschen in den 30er Jahren verglich. Ihr Hunger ist ein anderer.

Was sie verteidigen, ist ihr Recht auf Freiheit, ihr Recht auf einen eigenen Lebensstil, ihre Recht auf Würde, die sie sich in den Slums der Großstädte erschaffen und bewahrt haben.

Für sie stellt die Polizei nicht nur eine Einmischung in ihre Welt dar, für sie ist sie eine Lebensbedrohung, eine fremde Macht, eine Besatzungsarmee, das Ausführungsorgan eines autoritären Staates, das in sich selbst so autoritär ist, daß eine Unterscheidung zwischen Staat und Polizei vollkommen sinnlos wird.

Die Polizeikräfte hatten in den Kolonien, in Irland und in Britain, auf dem Boden des Rassismus genug Gelegenheit, ihre Fertigkeiten zu perfektionieren und ihre Autoritätsmacht zu erproben. Und je stärker der Polizeiapparat wurde, desto einfacher wurde es für ihn, sich jeglicher politischen Kontrolle zu entziehen. Die nötige Rechtfertigung und Legitimation hatten ihm außerdem schon die schweigenden Mehrheit der Gesellschaft und die Medien erteilt, mit denen er eine besondere Beziehung unterhielt.

Es gab Zeiten in Britain, wo man stolz darauf war, daß die Polizei stärker durch die öffentliche Moral als durch die Buchstaben des Gesetzes beeinflußt wurde. Heute bestimmt die Polizei selbst, was die öffentliche Moral ist. Es gibt keine Kritik, die geduldet wird und keinen gesellschaftlichen Bereich, in dem sie sich nicht, mit der Macht im Rücken, durchsetzen kann. Man muß sich nur anschauen, mit welcher Schärfe sie selbst Kritiker innerhalb des Parlaments attackiert,<sup>68</sup> wie sie sich weigert, den gewählten örtlichen Kontrollbehörden Rechenschaft abzulegen, wie sie Einfluß nimmt auf das Justizsystem und wie sie mit Arbeitslosen, Homosexuellen und anderen unliebsamen Gruppen umspringt. Einen weiteren Höhepunkt bildete die Pressekampagne der PRO, der "Police Federation", in der weitere Kompetenzen und Rechte für die Polizeikräfte gefordert wurden.

Aber eine Regierung, die sich nicht den Menschen verpflichtet fühlt, eine Regierung, die eine Politik mit der Peitsche und mit Kürzungen der Sozialleistungen betreibt, die sich gegen die Arbeiterklasse, die Frauen und Jugendlichen richtet, braucht einen Polizeiapparat, der so handelt. Sie braucht die Repression, um sich selbst an

<sup>68</sup> So bezeichnete z.B. der Polizeipräsident in Manchester Chief Constable James Anderton im September 1980 alle Polizeikritiker als "widerliche und gefährliche Minderheiten ..., die sich hinter dem Schutz unserer Verfassung verstecken, um ihn erst zu einer Unterwanderung und dann zu der Zerstörung des Staates zu benutzen".

der Macht zu halten. Und es geht nicht darum, daß es die freie Marktwirtschaft ist, die an sich schon einen Staat von Recht und Ordnung benötigt. Selbst wenn sich die Notwendigkeit einer gemischten Ökonomie und eines korporativen Systems durchsetzen würde, werden wir es weiterhin mit einem Staat zu tun haben, der sich nur durch absolute Überwachung am Leben halten kann. Beide Systeme sind Schattierungen des gleichen Autoritarismus, die eine etwas moderner als die andere, die absolut nichts zu tun haben mit dem Entwurf einer neuen Gesellschaft, die irgendwo hinter den Kulissen der neuen industriellen Revolution wartet.

JENNY BOURNE

## **Für einen anti-rassistischen Feminismus**

### **Vorwort der Übersetzerinnen**

"Für einen anti-rassistischen Feminismus". So lautet die Übersetzung des Titels einer Broschüre von Jenny Bourne, die 1984 am Institute of Race Relations in London veröffentlicht wurde.

Die wenigsten von uns kennen die Arbeiten und Veröffentlichungen dieses Instituts, was wir schade finden, weil sie einen Beitrag leisten könnten zu den hier begonnenen Diskussionen zum Thema "Rassismus, Sexismus und Faschismus".

Das Institute wurde in den 60er Jahren von der britischen Regierung gegründet - zur Zeit der anti-kolonialen Befreiungskämpfe sollten Materialien und Strategien entwickelt werden, wie die "Rassenprobleme" im Empire angegangen werden können. Das ist mittlerweile Vergangenheit: die WissenschaftlerInnen des Institutes verstehen sich als Teil des anti-rassistischen Widerstands und werden auch so von der Bewegung akzeptiert. Das ursprüngliche Regierungsprojekt wurde von der Bewegung übernommen. Das Archiv und die MitarbeiterInnen stehen den Leuten aus den Communities und den anti-rassistischen Gruppen zur Verfügung, wenn Materialien und Argumentationen für Veranstaltungen, Seminare, Broschüren und Flugblätter benötigt werden.

Die theoretische Herangehensweise der MitarbeiterInnen ist eine materialistische, historische und zugleich feministische und anti-rassistische. Diskutierte Probleme und Fragestellungen beziehen sich auf die des anti-rassistischen Widerstands.

"Für einen anti-rassistischen Feminismus"! Was kann das heißen? Der folgende von uns übersetzte Text liefert kein eindeutiges Konzept, keine klare Handlungsanleitung. Was ihn jedoch für uns lesenswert macht, sind die aufgeworfenen theoretischen und praktischen Grundsatzfragen, die seit dem Zeitpunkt der Veröffentlichung kaum an Bedeutung verloren haben. Spannend fanden wir den Ansatz von Jenny Bourne, von den Inhalten, Strukturen der Frauenbewegung ausgehend zu erörtern, wie Anti-Rassismus in der Frauenbewegung aussehen kann: aus der Sicht einer jüdischen Feministin und politischen Aktivistin vermittelt der Text Erfahrungen aus den Kämpfen, Niederlagen und Auseinandersetzungen der britischen Frauenbewegung seit Ende der 70er Jahre. Die Erfahrungen der britischen Frauenbewegung, die Entwicklung der Kämpfe von ImmigrantInnen und Flüchtlingen (im folgenden Text mit dem Begriff "Schwarze", Schwarz als politische Farbe, Schwarz als Kampfbegriff bezeichnet), die Geschichte und die Verfassung der gesamten britischen Linken lassen sich an vielen Punkten nicht auf die Situation in der BRD übertragen.

Jüdische Feministinnen und ihr Kampf gegen Anti-Semitismus spielten in der Entwicklung der britischen Frauenbewegung von Beginn an eine zentrale Rolle. Die Anziehungskraft der Gewerkschaften und der Labour-Party als Sammelbecken für linke Kräfte ist noch immer als relativ hoch einzuschätzen. Und was die Kämpfe der Schwarzen angeht, so zeigen der Organisationsgrad und die politischen Aktivitäten ein Selbstbewußtsein und Verständnis, das im Zusammenhang steht mit der unterschiedlichen Geschichte der britischen Kolonialherrschaft und der britischen Einwanderungsgesetze.

Neben all diesen Unterschieden bestehen aber auch Gemeinsamkeiten, die es sinnvoll machen, uns mit den Auseinandersetzungen in anderen west-europäischen Gesellschaften näher zu beschäftigen. Nicht nur die Angleichung und Verschärfung von Asyl- und Migrationsgesetzen im Rahmen des europäischen Binnenmarktes wird uns zu einem verstärkten Austausch zwingen, es geht um die europaweite Zunahme von faschistischen Tendenzen, es geht um die Ausgrenzung und Isolation von Widerstand, um die zunehmende Re-

pression gegen Minderheiten, um das Zusammenspiel von Rassismus und Sexismus.

Im Moment stehen wir als Frauen und Feministinnen noch ganz am Anfang einer von uns selbst bestimmten anti-rassistischen und anti-faschistischen Praxis. Viele von uns sind unzufrieden mit den traditionellen linken Politikformen und suchen nach einer neuen Orientierung. Für einen anti-rassistischen, anti-faschistischen und anti-kapitalistischen Feminismus! Was wir brauchen, sind neue Ansätze, die unserem Anspruch von Internationalismus endlich auch im eigenen Land Gültigkeit verleihen, und eine andere Art von Zusammenarbeit mit Frauen und Männern aus anderen Ländern, die hier bei uns leben und immer mehr um ihr Überleben kämpfen müssen.

JENNY BOURNE

### Für einen anti-rassistischen Feminismus

Als in den späten 60er Jahren die "neue" Frauenbewegung in Erscheinung trat, war offensichtlich und anerkannt in welchem Ausmaß sie von der Schwarzen Bewegung inspiriert und beeinflusst war: "Schwarze" Slogans wurden zu "feministischen"; neue Perspektiven aus der Anti-Kriegsbewegung, der Bürgerrechts- und der Black-Power Bewegung flossen in die Frauenbewegung ein und eröffneten Möglichkeiten für alle unterdrückten Gruppen. In der feministischen Literatur wurde damals ganz selbstverständlich der Bezug zu anderen Kämpfen hergestellt. Seitdem sind jedoch die Verbindungen - nicht zuletzt durch die politischen Veränderungen in der Frauenbewegung selbst - zwischen den Bewegungen brüchig geworden, die Ursprünge vergessen, die Lektionen nicht gelernt.

Heute steht das Verhältnis zwischen Frauenbewegung und Schwarzer Bewegung wieder auf der Tagesordnung. Es ist jedoch gerade die Art und Weise, wie diese Beziehung thematisiert wird und die unkritische Haltung gegenüber der aktuellen anti-rassistischen Praxis von Frauen - nicht nur in Britain<sup>1</sup> - die zur Diskussion steht. Je strukturierter und durchdringender der Rassismus in Britain wird, umso mehr müssen wir unseren Blick schärfen und den Kampf dagegen aufnehmen. Die Rolle der Frauen in diesem Kampf hat ihre eigenen Besonderheiten und muß sie auch haben. Aber in den Ursprüngen, in der Entwicklung und in dem spezifischen Verständnis von Unterdrückung und Ausbeutung hat der Kampf von Frauen eine Menge gemeinsam mit den Kämpfen der Schwarzen.

<sup>1</sup> Britain wird im Folgenden statt dem sonst üblichen GROSS-Britannien gewählt.

### Das anti-rassistische Potential des Feminismus

Der Feminismus definiert die Unterdrückung der Frauen nicht nur über die individualisierten Handlungen der Männer, sondern als System - das Patriarchat. Dieses wird als ein System verstanden, das über die ausbeuterischen kapitalistischen Beziehungen hinausgeht. Hierarchische Beziehungen, wie geschlechtliche und rassistische Arbeitsteilung und gesellschaftliche Spaltung müssen in die Überlegungen einbezogen werden. Oder wie Eisenstein fortführt, "Ausbeutung, die die ökonomische Realität der kapitalistischen Klassenbeziehungen von Frauen und Männern bezeichnet, und Unterdrückung, die sich auf Frauen und Minderheiten innerhalb patriarchaler, rassistischer und kapitalistischer Beziehungen bezieht." Weiße Frauen und Schwarze gelangten zum Verständnis ihrer eigenen Unterdrückung nicht über eine abstrakte Analyse der Ausbeutung, sondern durch ihre tägliche persönliche Wahrnehmung. "Indem die Aufmerksamkeit mehr auf das Leben als auf die Theorie gerichtet wurde, und die Frauenbewegung sich auf die kulturelle Beherrschung als Gesamtes konzentrierte, hat eine politische Analyse begonnen, die nicht mehr isoliert von der Praxis stattfindet. Während die Politik des orthodoxen Klassenkampfes nicht unbedingt die "Hinterfragung der Persönlichkeit" der Beteiligten erfordert, muß mensch sich im feministischen (und schwarzen) Kampf zwangsläufig mit den Werten, Ideen und Vorstellungen, die Frauen und Schwarzen in dieser Gesellschaft zugeschrieben werden, und auch mit deren Bedeutung im gesamten Ausbeutungssystem, auseinandersetzen. Fundamental ist daher die Integration von persönlicher als auch politischer Veränderung. Nancy Hartcock zufolge heißt das:

"Indem die Verbindungen zwischen dem Persönlichen und dem Politischen, zwischen dem täglichen Leben und den sozialen Institutionen herausgestellt worden sind, haben wir angefangen, die Existenz als einen sozialen Prozess, das Produkt menschlicher Aktivität zu begreifen.. ein verändertes Bewußtsein und eine veränderte Selbstbestimmung kann nur in der Verbindung mit der Restrukturierung der sozialen (sowohl gesellschaftlichen wie persönlichen) Beziehungen, an denen jede von uns beteiligt ist, stattfinden. Dadurch bringt uns der Feminismus in Opposition zu den Institutionen des Kapitalismus und zur weißen Vorherrschaft, genauso wie zum Patriarchat. In dem Maße, wie die spezifischen Erfahrungen der Individuen in den Blick-

winkel geraten, lenkt der Feminismus die Aufmerksamkeit auf die Gesamtheit der sozialen Beziehungen, auf die soziale Formation als Ganzes". Die gleiche Idee findet sich in Sheila Rowbotham's Argumentation, "daß die Befreiung der Frauen der Befreiung aller Menschen bedarf", und wird von Marlene Dixon aufgegriffen und weitergeführt: "Als Frauen müssen wir alle Ungerechtigkeiten bekämpfen, weil die Vorstellung und Realität der Frauen von Ungleichheit und Ausbeutung eine universelle und grundsätzliche ist, und um das zu beenden, muß jegliche Ungleichheit und Ausbeutung abgeschafft werden."

Radikaler Feminismus ermöglicht es, die Dinge aus einer anderen Perspektive zu sehen, neue Fragen zu stellen, und damit auch neue Wege des politischen Kampfes zu gehen. Damit wird eine Neuordnung der Prioritäten, vor allem im Bezug auf die Frage des Bewußtseins im Verhältnis zu den gesellschaftlichen Bedingungen, erforderlich. Die Frage des Bewußtseins wird zu einem Teil der Diskussion gesellschaftlicher Realität. Die Realität selbst umfaßt die Beziehungen zwischen Klasse, Geschlecht und Rasse. Die dialektische Betrachtungsweise wird selbstbewußt ausgeweitet auf die Beziehungen zwischen Bewußtsein, Ideologie und gesellschaftlicher Realität.

Nach Hartcock haben die Feministinnen die marxistische Methode erneuert und stellen somit ein Modell für den Rest der Linken zur Verfügung. In Britain haben die Kämpfe der Feministinnen und Schwarzen den Linken einen Spiegel vorgehalten, der ihre Unzulänglichkeiten offenbarte - ihr Vertrauen auf öde Dogmen, auf ökonomistische Formulierungen und auf ihre eigenen kleinen Hierarchien. Frauen und Schwarze haben den Charakter ihrer Unterdrückung betont und die Notwendigkeit, auf eigene Art und Weise dagegen zu kämpfen, hervorgehoben. Ohne ihre Kämpfe unter den Klassenkampf zu subsumieren oder sie tatsächlich auf "bis nach der Revolution" zu verschieben. Sie haben gefordert, daß Rassismus und Sexismus nicht nur in Bezug auf die ökonomische Funktion gesehen werden dürfen. In der Forderung nach autonomer Organisation gegen die eigene Unterdrückung und in der Redefinition des Inhalts des politischen Kampfes durch beide Gruppen, steckt implizit eine Neubestimmung der Orte, an denen diese Kämpfe stattfinden. Für die orthodoxe Linke fand der Kampf in den Betrieben statt, der traditionelle Kampf, der als derjenige zwischen dem Eigentümer der Produktionsmittel und dem

Verkäufer der Arbeitskraft definiert ist. Aber sowohl für weiße Frauen als auch für Schwarze, die gegen Unterdrückung kämpfen, die über die ökonomische Ausbeutung hinausgeht (oder davon getrennt ist), hat sich der Schwerpunkt der Auseinandersetzung auf die Community (Nachbarschaft) verlegt. Frauen und Schwarze bildeten seit den 70er Jahren die Vorhut der Kämpfe, die an der Basis, in den Communities stattfanden. Die Schwarzen Aufstände (riots) von 1981 und die Demonstrationen der Frauen von Greenham Common sind Beispiele dieses Trends. Die Rolle der Frauen außerhalb der allgemeinen Fabrikproduktion wurden von der Frauenbewegung unterschiedlich gesehen. Die Analyse konzentrierte sich auf die Isolation der Frauen, auf die Machtlosigkeit zu Hause oder auf ihre Reproduktionsrolle.

Einige Betrachtungen haben die Sache auf den Kopf gestellt um zu zeigen, daß gerade weil Frauen weniger direkt in die kapitalistischen Beziehungen eingebunden sind, sie tatsächlich im Gegensatz zu den Männern die Keime für ein revolutionäres Bewußtsein in sich tragen. Samir Amini, z.B., argumentierte, daß die Aufgaben im Haushalt und in den Beziehungen der Frauen, ein Element des Gebrauchswertes in der Gesellschaft beinhalten, während alle anderen Beziehungen von Tauschwerten dominiert werden. Alain Tourain nimmt diesen Punkt noch expliziter auf: "Von allen sozialen Bewegungen ist die Frauenbewegung am ehesten in der Lage, gegen den wachsenden, von den gigantischen Konzernen ausgehenden Zugriff auf unser tägliches Leben Widerstand zu leisten. Nur Frauen haben sich die persönlichen Qualitäten erhalten, die die männliche Vorherrschaft aus den Männern herausgequetscht hat. Da sie vollständig von politischer und militärischer Macht ausgeschlossen waren, konnten Frauen sich erfolgreich ein Vermögen für affektive Beziehungen erhalten, von denen Männer durch die Machtstrukturen entfremdet wurden."

A. Sivanandan stellt fest, daß der Kapitalismus über die Jahre hinweg nicht nur die ökonomischen von den kulturellen Aspekten des Kampfes geteilt und abgetrennt hat - den Kampf um einen besseren Lebensstandard und den um die Lebensqualität -, sondern sie auch voreinander verschleiert und daher die Kämpfe gespalten hat. Und da die traditionelle ArbeiterInnenbewegung sich auf den Lebensstandard konzentriert hat, wurde es den Schwarzen und den Frauen überlassen, um Lebensqualität zu kämpfen, und diese Dimension allgemein

für den Klassenkampf wiederherzustellen. Wenn wir akzeptieren, daß Frauen zu Hause nicht nur die Arbeitskraft reproduzieren, sondern genauso soziale Beziehungen und Ideologie und daß sie, wahrscheinlich weitaus mehr als ihre Ehemänner Einfluß haben auf die Ideen und Werte der nächsten Generation, dann birgt der Kampf der Frauen für Lebensqualität und ihr Vermögen für affektive Beziehungen das Potential in sich für anti-rassistische Werte und Verpflichtungen.

Auf diesem Hintergrund und auf der Grundlage von Prinzipien der Frauenbewegung will ich den Charakter des Rassismus (und die Begrenztheit des Anti-Rassismus) in der weißen britischen Frauenbewegung untersuchen. Ich unterstelle nicht, Frauen seien mehr oder weniger rassistisch als andere Gruppen, oder daß es einen moralischen Grund gäbe, die politische Arbeit aufzugeben. Es ist vielmehr meine Absicht aufzuzeigen, daß eine anti-rassistische Praxis eng damit verbunden ist, wie feministische Prinzipien angewandt, veratet oder verzerrt werden. Im Grunde genommen sehe ich Anti-Rassismus nicht als etwas außerhalb der Frauenbewegung, sondern als etwas, was in den besten Grundsätzen des Feminismus selbst schon enthalten ist. In dem Ausmaß, in dem die Frauenbewegung ihre eigenen Prinzipien nicht eingehalten hat, in dem Ausmaß ist sie rassistisch. Oder andersherum, und das ist meine Herangehensweise, die Fehler im Anti-Rassismus zu analysieren, heißt die Brüche in der momentanen feministischen Praxis zu analysieren.

### Das Vermächtnis der Linken

Um zu verstehen, wie wir als Frauen Rassismus bekämpfen können, ist es wichtig, kritisch unsere vergangene Praxis auszuwerten und aus unseren Fehlern in der Vergangenheit zu lernen. Aus diesem Grund möchte ich zu den zentralen Aktionen der Feministinnen (oder den unterlassenen) gegen Rassismus in den letzten Jahren zurückblicken. Dies bezieht sich auf zwei Phasen, 1977 bis 1979, als anti-faschistische und anti-rassistische Aktivitäten bei den Linken allgemein hoch im Kurs standen und auf 1980 bis heute (1984). Die britische Frauenbewegung, vielleicht im Unterschied zu anderen Ländern, kann eine eindeutige, wenn auch kurzlebige Kampagne gegen Rassismus (und Faschismus) vorweisen: die Kampagne von WARF, Women

Against Racism and Fascism. Sie entstand aus einer größeren Mobilisierung gegen einen faschistischen Aufmarsch in Nord-London im April 1977, an der eine Anzahl von Frauen, die nichts mit irgendwelchen politischen Parteien zu tun hatten, teilnahmen. Aus dieser Erfahrung heraus entstand ein Bewußtsein über die Notwendigkeit der systematischen Organisation von Frauen, um sich vor Übergriffen auf der Straße besser schützen zu können und um das Thema Rassismus und Faschismus mit anderen Frauen zusammen anzugehen. Einige Monate später wurde die erste WARF-Gruppe in London gegründet, gefolgt von anderen überall im Land. Frauen, die von den WARF-Aktivitäten angezogen wurden, waren fast immer weiß und bereits Teil der linken Strömung innerhalb der Frauenbewegung. WARF-Gruppen bildeten sich gewöhnlich um einen harten Kern von Frauen, die ihren Schwerpunkt im Kampf gegen Rassismus und Faschismus sahen und als gesonderte Fraktion innerhalb der eigentlichen Frauenbewegung agierten: sie brachten das Thema in Debatten, Konferenzen und durch Artikel ein und mobilisierten und organisierten Frauen für größere öffentliche Ereignisse. WARF-Gruppen waren eine aufregende Entwicklung und bargen ein großartiges Potential in sich. Aber dieses Potential wurde niemals völlig realisiert und nach zwei Jahren war diese Bewegung am Ende. Frauen, die zurückschauen, beklagen, daß die anti-rassistischen Anliegen aus der Bewegung verschwunden sind, ohne jemals die Gründe für das nur vorübergehende Dasein der WARF zu untersuchen. Es ist ein einfach ein Trugschluß, wenn behauptet wird, die WARF sei der Prototyp für den Anti-Rassismus der Frauen gewesen. Die Frauenbewegung damals war überhaupt nicht anti-rassistisch. Sie war, für eine kurze Periode, wie große Teile der Linken, anti-faschistisch und nur zufällig anti-rassistisch. Diese Unterscheidung zwischen Rassismus und Faschismus und die Analyse der Beziehung zwischen beiden ist wichtig für die Führung des Kampfes. Ihnen gebührt eine genauere Betrachtung. Die Frauenbewegung hat jedoch, indem sie sich unkritisch der Analyse der Linken und deren Ansatz zu Faschismus und Rassismus bedient hat, versäumt, eine eigene in sich schlüssige integrierte anti-rassistische Praxis oder Strategie zu entwickeln. Stattdessen hat sie das linke Denken einfach kopiert. Nach den landesweiten Wahlen, über die eine breite Mobilisierung lief, wurde die anti-faschistische Bewegung



schwächer. Auch die Frauen packten ihre "anti-faschistischen Sachen" und gingen nach Hause.

Der Hauptirrtum der anti-faschistischen Bewegung war und ist, daß sie die explizite Ideologie des Faschismus mit seiner organisatorischen Taktik und der Praxis auf der Straße verwechselt und sich dadurch auf die Angriffe gegen die faschistische Ideologie und seine Auswüchse konzentriert und alles andere ausschließt. Wo diese Ideologie in den momentanen faschistischen Analysen und Schriften nicht weitreichend ausgeführt wird, schaut die Linke in die 30er Jahre, um ein abgerundetes Bild davon zu kriegen, was es mit dem Faschismus wirklich auf sich hat. Juden, Schwule, Gewerkschaftler, Frauen, sie alle betrachten sich durch die faschistische Ideologie bedroht, sie alle haben Gründe dagegen zu kämpfen. Weiße Frauen sehen, daß die Faschisten gegen Abtreibungen (für weiße Frauen) sind, daß der Faschismus sie nach Hause verbannen will, wo der weiße Patriarch seinen Daumen auf sie hält. Der Faschismus wird als die Inkarnation des Sexismus in seiner extremsten Form betrachtet. Da sie sich aber allein auf die faschistischen Denkstrukturen, auf die Ideologie und deren Entlarvung konzentrieren, geht die Sicht auf die heutige organisatorische Basis des Faschismus verloren, das ist der Rassismus, der Rassismus gegen Schwarze.

Das heißt, dem Brutkasten für den heutigen Faschismus nicht Rechnung zu tragen - also der Tatsache, daß er seine Wurzeln in breiten Kreisen des Rassismus der ArbeiterInnenklasse findet und von dort Nahrung erhält. (Aber die Linke hat schon immer Schwierigkeiten gehabt, dem auch in der britischen ArbeiterInnenklasse verwurzelten Rassismus ins Gesicht zu sehen - als ob es ein Sakrileg wäre, wahrzunehmen, daß die AgentInnen der Revolution nicht allumfassend ohne Sünde seien.) Es ist keine hochkomplizierte Ideologie, mit der AnhängerInnen für faschistische Parteien heutzutage rekrutiert werden, sondern ein ganz einfacher Glaube, daß die National Front und die British Movement dafür sorgen, daß Britain dadurch die "farbigen Immigrantinnen" los wird, die den ArbeiterInnen die Jobs, das Zuhause, die Schulen und Töchter wegnehmen, die Kinder wie die Karnekel bekommen, sich im kriminellen Milieu bewegen usw.

Der Ursprung dieses Gedankenguts mag nicht in der ArbeiterInnenklasse selbst liegen. Hervorgegangen ist es aus der rassistischen Kultur Britains und ist durch die Politik der Tory- und der Labour-Re-

gierung bestärkt worden. Die Faschisten jedoch haben sich dieser rassistischen Haltungen bedient, um AnhängerInnen zu gewinnen und um ihre Organisationen aufzubauen.

Die Unfähigkeit der Linken, diese Unterscheidungen zu machen, den Charakter des gegenwärtigen Faschismus zu erkennen, hängt mit den Fehlern der eigenen anti-rassistischen Praxis zusammen. Da die weiße Linke die schwarzen Kämpfe nur als Teil eines orthodoxen Klassenkampfes sehen konnte, unterstützte sie die Schwarzen nur in ihren Anliegen als ArbeiterInnen. Die Auseinandersetzungen in den Betrieben wurden als legitime Kämpfe für die Einheit des Proletariats aufgegriffen. Alle anderen Forderungen, die nicht in das Schema der weißen Linken paßten, wurden als schwarzer Nationalismus abgeschrieben. Die Aktivitäten der Schwarzen in den frühen 70ern, die sich auf den Kampf gegen den Rassismus in den Communities richteten - gegen die Polizei, die Gerichte, das Bildungssystem, die Versuche des Aufbaus einer schwarzen Infrastruktur durch die Organisation von Ergänzungsschulen, Jugendprojekte, Nachbarschaftsorganisationen etc. - die blieben ohne Unterstützung und Anerkennung. Die Linke hatte kein Konzept über Staatsrassismus oder von schwarzer Unterdrückung und war unfähig, eigenständige Aktivitäten oder Gesellschaftsanalysen von Schwarzen, die andere Aspekte als die Klassenausbeutung betonten, zu verstehen. Sie sahen darin eine Spaltung (im besten Fall) oder umgekehrten Rassismus (im schlechtesten Fall).

Als während der 70er Jahre die weiße Linke durch den schwarzen Kampf langsam dazu gezwungen wurde, sich mit Rassismus auseinanderzusetzen, war sie nach wie vor unfähig, ihn anders als in Form von Immigrationgesetzen wahrzunehmen, in der Hauptsache das Gesetz von 1971. Die gegen das Gesetz hervorgebrachten Argumente hatten moralischen Charakter und basierten nicht auf einer politischen Analyse. Aufgrund eines mangelnden theoretischen Verständnisses der Ökonomie der Immigration und der Politik des staatlichen Rassismus, ließ sich die Linke von einer liberalen Lobbyisten-Orientierung verführen, von Gruppen wie "Joint Council for the Welfare of Immigrants" und dem "National Council for Civil Liberties". Als es dann in der Folge angebracht war, andere Themen wie rassistische Gewalt, Polizeigriffe und rassistische Gerichtsentscheidungen aufzugreifen, haben die Linken hauptsächlich auf Druck von Schwarzen in ihren ei-

genen Reihen gehandelt oder aus Angst vor dem Verlust schwarzer Mitglieder. Selbst heute noch ist die Reaktion der Linken ohne Konzept und Klarheit.

Wenn die linken Parteien in der Vergangenheit auch versagten, sich eindeutig gegenüber Rassismus und Faschismus zu verhalten, gab es dennoch Einzelpersonen in der Linken, die die Auswirkungen und den zunehmenden Einfluß der rassistischen und faschistischen Gewalttäter erkannten und die sich zusammenschlossen, um örtliche anti-rassistische, anti-faschistische Gruppen zu bilden. Die Zusammensetzung dieser örtlichen Gruppen war unterschiedlich, genauso die Anlässe und Themen, die sie aufgriffen. Manchmal wurden diese Komitees als eine Art Anhängsel des staatlichen Community Relations Committee Network betrachtet, manchmal gaben sie sich einfach einer "Teeparty-Philosophie" von "Rassenharmonie" hin, die sie durch kulturelle und soziale Veranstaltungen erreichen wollten. Aber in all diesen Komitees saßen Mitglieder linker Parteien - SWP, die IMG, die CP und die Labour-Linke und sie waren alle primär daran interessiert, den Faschismus zu bekämpfen. Die liberale Position reduzierte das Problem auf eine Frage zwischenmenschlicher Beziehungen - wie können Vorurteile in der Erziehung vermieden werden - die militante Fraktion reduzierte Anti-Rassismus einfach auf Anti-Faschismus.

Gegen Rassismus zu kämpfen, hätte erfordert, sich damit auseinanderzusetzen, daß Rassismus ein weißes Problem ist, für das die Weißen die Verantwortung tragen und zu dem sie sich verhalten müssen. Es wäre eine mühsame und wenig Belohnung versprechende Erziehungs- und Kampagnenarbeit in jenen Bereichen notwendig gewesen, in denen werktätige Menschen schon politisch engagiert sind - also in Mietergruppen, Gewerbevereinigungen usw. Obwohl die meisten Gruppen sich theoretisch auf die lokale Arbeit bezogen, entwickelten sie kaum praktische Aktivitäten. Ihre Begründung dafür war, daß die Schwarzen sich ihnen nicht anschlossen und ihnen nicht sagten, was zu tun sei - dadurch erteilten sie sich selbst die Absolution für ihr fehlendes Verantwortungsgefühl. Tatsächlich hätten sich die Schwarzen den linken Gruppen wohl angeschlossen, wenn es diesen Ernst gewesen wäre, mit lokalen Kampagnen gegen Rassismus und dem Bezug zu realen Auseinandersetzungen in den Communities. Das zeigte sich z.B. bei der Unterstützung, die die Zeitschrift CARF (Campaign against Racism and Fascism) von Schwar-

zen bekam (und immer noch bekommt). CARF ist immer noch das einzige politische anti-rassistische Forum in Britain.

Da es keine klaren Grundsätze für eine anti-rassistische Arbeit gab und kaum eine Vorstellung davon, was eine lokale Ausrichtung wirklich heißen kann, war es unvermeidlich, daß der Kampf gegen die FaschistInnen auf der Straße und im Wahlkampf zum beliebtesten und öffentlichkeitswirksamsten Aspekt der Arbeit geriet. Viele lokale Komitees existierten als Organisationen nur auf dem Papier, die sich in "Abwehraktivitäten" stürzten, wenn eine faschistische Demonstration oder ein Treffen anstand und die bei der Organisation von Gegenaktivitäten auf linke Parteien angewiesen waren, weil sie die Leute direkt aus der Gegend nicht mobilisieren konnten.

Es war diese grundsätzliche Schwäche der anti-rassistischen und anti-faschistischen Gruppen, das Fehlen einer klaren anti-rassistischen Perspektive, die sich auf lokale Aktivitäten stützt, die es ermöglichte, daß eine machtvolle anti-faschistische Bewegung, wie die Anti-Nazi-Liga (ANL), alles an sich reißen konnte. Unabhängig davon, was auch real an lokalem anti-rassistischen Potential vorhanden war, wurde es vollkommen in eine Bewegung gegen den Faschismus umgelenkt und diese war oft populistisch, national begrenzt und nur von kurzer Dauer. Die ANL, deren Ziel es war, gegen die Bedrohung der Faschisten bei den Wahlen anzugehen, organisierte sich um Parolen und Definitionen, die ganz einfach ein Roll-back, ein Zurück in die 30er Jahre bedeuteten. Sie machten sich nicht die Mühe den gegenwärtigen Faschismus und seine Beziehung zu Rassismus und den Schwarzen zu analysieren.

(Um fair zu sein, muß angemerkt werden, daß WARF sich immer in Opposition zu den Versuchen der ANL befand, sich die Bewegung einzuverleiben und die Hauptaufgaben der Bewegung zu bestimmen. Aber diese Opposition war wohl eher einem tiefen Mißtrauen gegenüber den männlichen linken Organisationen geschuldet, die den Rückhalt der ANL ausmachten, als einer Verbundenheit zum anti-rassistischen Kampf.) Seitdem es die ANL gibt, ist ein Niedergang der Aktivitäten gegen Faschismus und Rassismus zu beobachten. Nicht gerade, weil sich etwas an der Situation geändert hätte, im Gegenteil - Faschismus und Rassismus haben sich ausgeweitet -, sondern weil die linken Gruppen sich zumeist anderen Themenbereichen zugewandt haben, wie z.B. Arbeitslosigkeit, Kürzungen im Sozialbereich,

atomare Abrüstung etc. Und linke, von der Labour-Partei kontrollierte, Stadträte bevorzugten es, statt einer konsequenten politischen Arbeit gegen Rassismus ethnische Kulturprogramme finanziell zu unterstützen.

### Frauen gegen Rassismus: Form und Inhalte des Kampfes

Wie paßt WARF in dieses Szenario? WARF war ein breites Bündnis von Frauen gegen Rassismus und Faschismus, das sich zum ersten Mal außerhalb der linken Parteien organisierte. Die Gruppe mobilisierte eine große Anzahl von Frauen für ihre Aktivitäten. Frauen aus der WARF waren stolz auf ihre eindrucksvollen Versammlungen und die Organisation von Massen. Zu bestimmten Ereignissen übernahmen sie Parolen und Lieder: "The women united will never be defeated" und "oh sisters don't you weep, don't you moan ... the womens army is marching ...", aber wofür mobilisierten wir eigentlich?

Im Grunde war es so, daß wir der Führung der weißen linken Parteien in zwei entscheidenden Bereichen folgten - beide stark verbunden mit dem traditionellen Wirkungskreis linker Politik - den Auseinandersetzungen in den Betrieben und der Mobilisierung zu Demonstrationen gegen faschistische Aufmärsche. Im Grunwick-Streik, zum Beispiel, bildeten weiße Frauen Streikposten erst dann, als die Linke entschieden hatte, den Inhalt des Streiks von Rassendiskriminierung auf gewerkschaftliche Organisation umzudefinieren, um damit die Auseinandersetzung zu einem "offiziellen" Anliegen zu machen. Weiße Frauen waren nicht vor den Fabrikatoren, als schwarze Frauen monatelang alleine dort ausharrten und erfolglos nach Verbündeten suchten.

Ähnlich sieht es aus mit dem antifaschistischen Kampf. Weiße Frauen orientierten sich zu stark an der Vorgabe von Prioritäten durch linke Männer. Dies bedeutet, auf den Faschismus zu reagieren, dem Faschismus eins aufs Maul hauen und weniger eigenes Agieren. In unseren Aktivitäten als Frauen vollzogen wir nicht eine feministische Abkehr von diesen Politikformen. Wir beteiligten uns als Feministinnen an denen von der männlichen Linken definierten, sanktionierten, wenn nicht sogar verordneten Aktionen. Und in unserer Unterstützung der männlichen Linken folgten wir einer politischen Linie, die sich gegen

unsere feministischen Prinzipien richtete. Denn was die Linke in ihrem antifaschistischen und nicht unbedingt antirassistischen Kampf ausdrückte, war die Subsumierung der Rassen- unter die Klassenfrage. Und in der Grunwick-Auseinandersetzung versuchte die Linke, die Schwarzen dazu zu bewegen, ihre autonome Organisation aufzugeben. Voller Ironie ist, daß wir als Feministinnen, die wir gegen die männliche Linke für unser Recht auf Autonomie gekämpft haben, nicht in der Lage waren, dieselbe Forderung im Kampf der Schwarzen zu unterstützen. Stattdessen unterlagen wir in Bezug auf eine antirassistische Praxis, auch aufgrund des Mangels an Alternativen, der männlichen linken Politik und damit verrieten wir in diesem Prozeß einen Grundsatz feministischer Politik.

WARF thematisierte Rassismus und Faschismus hauptsächlich innerhalb der Frauenbewegung. Die Gruppen richteten sich an und schrieben für Frauen, die ihnen durch ihre Zugehörigkeit zur Mittelschicht und ihre linke Orientierung ähnelten. WARF richtete sich nicht an Frauen aus der ArbeiterInnenklasse, weil sie sich diesen Frauen nicht verbunden fühlte und auch nicht die Kontakte und Möglichkeiten dazu hatte. (Mit Ausnahme von einigen wenigen, die über ihren Beruf mit Fragen zur Sozialhilfe und Unterstützungsgeldern beschäftigt waren.) Die Mehrheit der Frauen von WARF arbeiteten ohne die Eingebundenheit in ihre Community, und daher wurde ihre Arbeit, was unvermeidlich war, abstrakt und theoretisch. Sich nicht in der Community zu bewegen, bedeutete automatisch, gerade jene Frauen nicht zu erreichen, die besonders anfällig sind für rassistische und faschistische Ideen.

Und ohne diesen ganzen Bereich, in dem die Praxis die Theorie hätte voranbringen können und umgekehrt, wurde es eher noch schwieriger, einen feministischen Antirassismus zu entwickeln.

Insofern fiel WARF wieder auf das Produzieren von Dogmen und Parolen. Als wir während einer antirassistischen Demonstration durch den Stadtteil Hackney zogen und riefen, "the women united will never be defeated", brachten die Zwischenrufe und Störungen von faschistischen Frauen uns wieder zu Bewußtsein, daß diese Annahme einfach falsch ist. WARF, wie der Rest der Linken, fiel wieder einmal der Romantisierung ihrer vermeintlichen Anhängerinnenschaft zum Opfer. Der Einfluß der linken Tradition wurde noch deutlicher in unseren internen Versammlungen. Für die Mehrheit der weißen Frauen bot

WARF die erste Möglichkeit zu einer antirassistischen Praxis von Frauen: Die Frauenbewegung hatte da nichts anzubieten, und die Arbeit in der männlichen Linken führte zu Entfremdung. Aber die Frauen brachten aus beiden Bewegungen eine Menge von Ideen und Konzepten mit. Für uns, die wir als eine Gruppe von antirassistischen Frauen in die WARF hineingingen, und die wir nicht über den Umweg männliche Linke kamen, um zu unserem Antirassismus zu finden oder unseren Feminismus neu zu konsolidieren, waren die unterschiedlichen Strömungen feministischer und linker Politik ein großes Hindernis für die Erarbeitung einer gemeinsamen antirassistischen Position. Abgesehen von den Streitpunkten, die wir gemeinsam überwunden haben, (z. B. die Annahme, Rassismus sei männlich, oder alle Männer seien Faschisten), lag es an der Art und Weise des Denkens, Organisierens und der Herangehensweise an Probleme von Frauen, die aus der weißen Linken kamen, die uns davon abhielten, eine eigene, breite feministische Front zu bilden. Obwohl wir männliche Organisationsformen über Bord werfen wollten (und auch weiterhin in der Auseinandersetzung mit der ANL diesen Versuch fortsetzen), war das Vermächtnis männlicher Politik in allen Situationen versteckt gegenwärtig. Anstatt die Realität der Situation genauer zu analysieren, die Widersprüche abzuwägen, eine Strategie zu entwickeln, versuchte WARF, jedes Ereignis in eine vorgegebene Schablone zu pressen, die Praxis aus den Dogmen abzuleiten. Wenn eine von uns ein Dogma nicht akzeptierte, wurde sie automatisch ausgegrenzt.

Obwohl wir einen männlichen Politikansatz als unbrauchbar für uns Frauen ablehnten, war es so, als hätten wir nur die Hälfte der Lektion gelernt: Die Ablehnung von männlichen Organisationsformen, aber nicht die Entwicklung von eigenen feministischen.

Diese Konzentration auf die Formen des Kampfes, bei der dann auch der Kontext (in Kategorien von race, class und sex) unter den Tisch fiel, führte zur Zerrüttung von WARF und erstickte eine antirassistische Entwicklung innerhalb der Frauenbewegung. Umgekehrt war es so, daß die Frauen, weil sie keinen feministischen Ansatz für eine antirassistische Arbeit hatten, sich auf eine Reformulierung und Reorganisation des Kampfes entlang feministischer Leitlinien und Prinzipien konzentrierten und dies allein als politisches Ziel betrachteten. Wenn Frauen mit Politikformen konfrontiert wurden, die sie an jene erinnerten, die sie ablehnten, und die ihnen unsympathisch waren,

wurden sie einfach als "männlich" gebrandmarkt und bekämpft. Gerade so, als wären sie das Feindbild und nicht mehr der Rassismus und der Faschismus. In einer WARF-Gruppe zum Beispiel behaupteten Frauen, daß die ganze politische Praxis der Konfrontation mit Faschisten auf der Straße männlich und nicht weiblich sei, was impliziert, daß Männer Gewalt mögen und Frauen das nicht tun. Diese Annahme geht vollkommen am Punkt vorbei, daß wir als Antifaschistinnen keine andere taktische Möglichkeit haben. Niemand von uns wählt Gewalt freiwillig.

Genauso bewegte vorwiegend die organisatorische Form der ersten nationalen antirassistischen und antifaschistischen Konferenz 1978 - die Übernahme von strengen TUC-Regeln, die Konzentration auf Plena und Gastdozentinnen -, die WARF- und Schwulen-Gruppen dazu, die ganze Konferenz zu stören und zu unterbrechen. Ihr Bestehen darauf, daß sich die Konferenz in Workshops auflösen sollte, weil Workshops einem feministischen Ansatz entsprechen, führte zum Abbruch eines Plenums, das sich mit einer der wichtigsten Fragen und Ziele der Konferenz beschäftigte, nämlich mit der Frage nach dem Stellenwert von Rassismus, bzw. Antirassismus im antifaschistischen Kampf. Und dadurch, daß die WARF- und Schwulen-Gruppen ihre Interessen über die Belange der Konferenz hinweg durchsetzten, drängten sie den anderen Gruppen eine Linie auf, die von diesen nicht akzeptiert wurde. Insbesondere negierten und ignorierten sie die politischen Prioritäten von anwesenden schwarzen Gruppen.

Es war eine außergewöhnliche Konferenz dadurch, daß es gelungen war, aus dem ganzen Land die unterschiedlichsten Gruppen zusammenzubringen: GewerkschaftsvertreterInnen, schwarze Gruppen, Stadtteilgruppen und antifaschistische Frauengruppen. Und es bestand die seltene Chance, den Bezug "class, race and gender" in einen gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus einfließen zu lassen. Es hätte sogar eine Trockenübung sein können für noch härtere Kämpfe, die auf uns zukommen werden.

Die Tendenz, die Form über die Inhalte des Kampfes zu stellen, fehlt auch nicht in den besten Aufsätzen und Büchern von sozialistischen Feministinnen, wie z. B. in dem Buch "Beyond the Fragments". Hier haben drei weiße Feministinnen, die alle in linken Parteien und in der Frauenbewegung gearbeitet haben, erklärt, wie und warum Frauen gegen die und außerhalb der männlichen Linken kämpfen

müssen. Zum ersten Mal wurde in der britischen feministischen Literatur das Thema als eines der Form von Politik behandelt. Das Problem wurde nicht im Sexismus der einzelnen Männer geortet, sondern die Grundlage, auf der männliche linke Politik basiert, wurde angegriffen. In dieser Hinsicht haben die Autorinnen wichtige und spannende Ideen und Gedanken für die Frauenbewegung geliefert. Aber wenn sie diese Analyse dahingehend erweitern, daß sie sich davon "neue Formen der Organisierung innerhalb der Frauenbewegung" versprechen, "die zur breiteren Wiederbelebung einer freiheitlichen sozialistischen Tradition beitragen könnten", bleiben sie die Antwort auf die Frage, wie dies aussehen könnte, schuldig. Sie beachten nicht, daß Schwarze Gruppen einen ähnlichen Kampf wie Frauen gegen die weiße Linke führen müssen, und daß die Bedingungen ähnlich sind.

Mukti, Samaj, Black Socialist Alliance, Flame, Awaz, OWAAD und viele andere Organisationen stehen stellvertretend für die Kämpfe, die Schwarze in den 70er Jahren gegen eine weiße Linke führen mußten. Gegen eine Linke, die den Kampf der Schwarzen als "Nebenwiderspruch" nicht ernstnahm und beiseite schieben wollte.

In dem Buch "Beyond the Fragments" wie in der Politik von Frauen allgemein wird nicht wirklich anerkannt, daß es die gleiche Linke ist, die sich männlich (chauvinistisch) gegenüber den Belangen von Frauen und "weiß" (rassistisch) gegenüber der Politik von schwarzen Gruppen verhält. Der Verrat an den Forderungen der Schwarzen beschränkt sich jedoch nicht auf diesen Punkt. Er geht weiter in dem Maße, wie die Frauenbewegung den Einfluß und die Inspiration der Black Power Bewegung in den 60er Jahren auf den Kampf um Frauenbefreiung leugnet. David Edgar formuliert es so: "Der Kampf um Rechte für die Schwarzen in den USA war der erste erklärte Kampf in den sechziger Jahren. (...) Ohne Black Brotherhood hätte es keine Sisterhood gegeben, ohne Black Power und Black Pride keine Gay Power und Gay Pride". In einer kürzlich veröffentlichten Sammlung von Erzählungen von Menschen, die in den 60er Jahren Teil der Bewegung gegen den Vietnamkrieg, für die Befreiung der Frauen und für Civil Rights in den USA waren ("They should have served that cup of coffee"), beziehen sich amerikanische Feministinnen auf diese Geschichte. "Die Erkenntnis der kulturellen Unterdrückung von Frauen bezogen wir aus der Black Power Bewegung, die sich gegen die Machtausübung der Ideologie des weißen Mannes, auf die Selbst-

wahrnehmung und das Selbstbewußtsein von Schwarzen richtete. Die Black Power Bewegung reagierte auf diese Herrschaft der weißen Ideologie mit dem Slogan: Black is beautiful. "Die Tatsache, daß es der Civil Rights Bewegung gelungen war, den Mythos von Gleichheit und Freiheit in der amerikanischen Gesellschaft zu zerstören, erlaubte es uns, die Frage nach den Rechten und Freiheiten von Frauen in den USA zu stellen." Vergleichen wir diese Position mit der Geschichtsauffassung der Autorin des Buches "Sweet Freedom". Sie behauptet, daß der Feminismus nach dem Zweiten Weltkrieg seine Sprengkraft durch die Pille, durch die Ideen von Betty Friedan und die Erfahrung von Sexismus in politischen Bewegungen entwickelt hat. Der Feminismus habe einfach die Terminologie der schwarzen Befreiungsbewegung und des Antiimperialismus übernommen und verändert. Hillary Wainwright geht in ihrer Einleitung zu ihrem Buch "Beyond the Fragments" sogar noch einen Schritt weiter und verleugnet tatsächlich das Vermächtnis und die Errungenschaften des Schwarzen Kampfes. Keine der linken Organisationen habe ihrer Meinung nach selbst ein Verständnis für die Subjektivität der Unterdrückung, die Verbindung von persönlichen Beziehungen und öffentlichen politischen Organisationen oder für die emotionalen Komponenten des Bewußtseins entwickelt. Es mußte erst die Frauenbewegung diese Punkte thematisieren und sie somit zum Allgemeingut des politischen Denkens und Handelns machen. Aber lange vor der Frauenbewegung haben die AkteurInnen der Black Power Bewegung (und vor ihnen die chinesischen und kubanischen RevolutionärInnen) darauf bestanden, daß es keine Zweiteilung geben kann zwischen dem persönlichen Lebensbereich, dem Verhalten, den Überzeugungen und dem Streben einer Politik nach Befreiung.

Die unterschiedliche Interpretation der Geschichte erklärt sich nicht daraus, daß die eine aus Britain und die andere aus den USA kommt. Es hat auch britische Feministinnen gegeben, die sich auf den Einfluß der Black Power Bewegung bezogen haben. Die gegenwärtige Geschichtsschreibung des britischen Feminismus jedoch, verschiebt die Debatte über die Entstehung der Frauenbewegung vom Ursprung ihrer Ideen hin zum organisatorischen Aufbau, und auf diese Weise verfälscht sie und vertritt eine revisionistische "weiße" Geschichte.

## Frauen und Staat

Selbst wenn die weißen Frauen nicht dazu in der Lage sind, die Parallelität in den Kämpfen um Autonomie von Frauen und Schwarzen zu erkennen, selbst wenn sie den Einfluß der Black Power Bewegung nicht akzeptieren, so müßte von ihnen erwartet werden, daß sie eine Gemeinsamkeit finden in ihren Erfahrungen mit dem Staat.

Die Frauenbewegung, genauso wie die männliche Linke, tut sich schwer im Umgang mit dem staatlichen Rassismus. Sie hat Schwierigkeiten damit, nicht weil sie sich zu sehr auf die kapitalistische Ausbeutung versteift, sondern weil sie Probleme hat, zu unterscheiden zwischen dem individuellen Sexismus einzelner Männer und der systematischen institutionalisierten Frauenunterdrückung des Staates. Und auch heute noch gibt es in der Frauenbewegung die Tendenz, die Männer als Masse und nicht so sehr das System als verantwortlich für die Unterdrückung von Frauen zu sehen. Anders formuliert: Es entscheidet sich an der Frage, inwieweit Teile der Frauenbewegung das System (das Patriarchat oder wie wir es auch immer bezeichnen) als Ursache der Frauenunterdrückung sehen, ob sie eher sozialistisch-feministischen Ideen anhängen oder sich im Gegensatz dazu, an radikalfeministischen Strömungen orientieren.

Für eine Staatsanalyse ist eine Klassenanalyse unumgänglich. Wenn marxistische Frauen den Staat analysiert haben, so taten sie es meist auf einer sehr abstrakten Ebene, ohne einen realen Bezug zu den aktuellen und potentiellen Kämpfen herzustellen. Daher konzentrierte sich die Frauenbewegung eher darauf, die männliche Herrschaft und nicht so sehr die staatliche Herrschaft zu bekämpfen. Immer dann, wenn Frauen sich gegen den Staat stellten, standen "lokale" Themen wie Forderungen nach mehr sozialer Unterstützung (z. B. nach besseren Pflegeeinrichtungen) im Mittelpunkt. Wenn Frauen den Staat auf nationaler Ebene angriffen, dann ging es um rein feministische Fragen, wie z. B. die Abtreibungsfrage. In der Frauenbewegung kann ein sehr ambivalentes Verhältnis zum Staat festgestellt werden. Ist er ein Instrument zur Unterdrückung oder ein Wohlfahrts- und Sozialstaat, von dem Zugeständnisse erwartet werden können?

Der starke "reformistische" Flügel der Bewegung, der Verwechslung des Parlaments mit dem Staat unterliegend, hat oft fälschlicher-

weise vorausgesetzt, daß alleine die parlamentarische Arbeit gegen Gesetze den Kampf gegen das staatliche System ausmache.

In ihrem Versagen, den Staat zu analysieren, liegt die Unfähigkeit der Frauenbewegung begründet, sich mit den Schwarzen zu verbünden. Damit spielen sie dem Staat in die Hände. Nehmen wir nur ein Beispiel des gegenwärtigen staatlichen Rassismus in Britain. Um die Polizeirepression gegenüber den Schwarzen Communities und um den verstärkten Einsatz von Polizeikräften zu rechtfertigen, propagiert der Staat mit Hilfe der Medien den Begriff "Mugging" (slang für Raubüberfall; dt. "Würgen"). Ein Begriff, der zur Kriminalisierung der schwarzen Communities eingesetzt wird: Alle schwarzen Jugendlichen sind "Muggers", alle ihre Opfer sind weiße Frauen. Wenn wir uns hier nicht einmischen und schweigen, unterstützen wir dadurch diese Propaganda und beteiligen uns am Rassismus gegen Schwarze. Darüberhinaus besteht die Gefahr, daß wir als Feministinnen, wenn wir uns in unserem Kampf auf der Straße gegen die männliche Gewalt nicht auch konsequent gegen diese Stereotypisierung wenden, wir zwar einen richtigen Kampf gegen die Gewalt führen, aber unter Umständen auch zur Glaubwürdigkeit des Rassismus beitragen. Leider gibt es Beispiele, die zeigen, daß Frauen in diese Falle getappt sind und die Verbreitung von rassistischen Stereotypen über männliche Gewalt unterstützt haben. Z. B. schrieb Gilian Widdicombe im Observer am 1.2.1981 über Verbrechen auf der Straße: Eine schwarze Hautfarbe muß als Vorteil für den professionellen Räuber betrachtet werden. Er kann viel schwieriger in der Dunkelheit gesehen, beschrieben und später identifiziert werden". Jane Kelly, die am 5.8.1981 auf der Frauenseite im Guardian über die "Vergewaltigung des liberalen Gewissens" schrieb, analysierte ihre Gefühle nach einem Vergewaltigungsversuch folgendermaßen: "Mein Verhältnis zu Schwarzen hat einen schweren Schlag erlitten (...) Ich konnte nicht länger diesen unkritischen und selbstgerechten Ansatz der schwarzen Communities akzeptieren und der Gedanke, daß Menschen laute Forderungen an die Gesellschaft erheben, während sie sich ständig über die Regeln und Gesetze dieser Gesellschaft stellen, war mir unerträglich, (...) Meine Meinung ist es, daß es nicht Aufgabe des feministischen Kampfes sein kann, schwarze Männer vor dem Gesetz zu schützen." Eine wütende schwarze Frau schrieb daraufhin als Antwort, daß, obwohl viele schwarze Frauen von weißen Männern überfallen worden

sind, diese niemals den Fehler begangen hätten, zu behaupten, alle weißen Männer seien Vergewaltiger, und daß alle Weißen sich über die Gesetze hinwegsetzen wollten. Dadurch, daß Jane Kelly die Hautfarbe ihres Angreifers besonders herausgestellt hat, übertrug sie ihre persönliche Erfahrung auf die Gesamtheit der Schwarzen Communities.

Auch wenn sich Frauen nicht direkt an dieser Stereotypisierung beteiligen, verstehen sie oft nicht, daß es Parallelen gibt zwischen ihren Erfahrungen als Frauen und den von schwarzen Menschen. Ihr Versäumnis erlaubt es, daß der Widerstand von Frauen und Schwarzen gespalten wird. Ein anderes Beispiel: unmittelbar nach einer nationalen Untersuchung darüber, wie brutal die Polizei Frauen behandelt, die vergewaltigt worden sind, wird ein Mann wegen 23 Vergewaltigungen im Norden Londons verurteilt. Sofort gab es eine Anzahl von Opfern, die die Arbeit der Polizei verteidigte und sie für ihren Einsatz und ihre Unterstützung lobte. Entscheidend dafür, daß die Polizei nun plötzlich auf der Seite der Frauen stand, war sicherlich die schwarze Hautfarbe des Vergewaltigers. Dadurch, daß es uns nicht gelingt, gerade in einem so schwierigen Fall, zu trennen zwischen einem Vergewaltiger, der zufällig schwarz ist und der stereotypen Anschauung (der Polizei), alle Schwarzen seien Vergewaltiger, verstärken wir unbedacht die Hierarchien der polizeilichen Unterdrückung und Repression. Ein ähnliches fehlendes Verständnis zeigte sich kürzlich auch in einem Leitartikel der Zeitschrift *Outwrite*. In ihm wurde zur Unterstützung für Dorothy Ghebikan (sie arbeitet in der schwarzen Community) und ihrer Familie, die in ihrem Haus brutal von Polizisten zusammengeschlagen wurde, aufgerufen. Die Überschrift des Aufrufs lautete: "Sag nein zu jeglicher Form männlicher Gewalt." Wäre es in Ordnung gewesen, wenn die Polizei nur aus Frauen bestehen würde? Wenn mehr Frauen bei der Polizei arbeiten würden, könnte die schwarze Frau Dorothy dann sicherer leben? Das ist genau das gleiche, als würden wir mehr schwarze Polizisten fordern, weil wir glauben, daß dadurch die schwarzen Menschen von der Polizei besser behandelt würden.

Was Feministinnen tun sollten, ist, herauszustellen, daß der Staat für beides verantwortlich ist, für die Unterdrückung von Schwarzen und die Unterdrückung von Frauen. Es sind die gleichen Polizeikräfte, die Frauen nicht vor der Gewalt von Männern und Schwarze nicht vor

rassistischen Übergriffen schützen. Es sind die gleichen Medien, die die Propaganda über die überdurchschnittlich hohe Kriminalität von Schwarzen verbreiten, und die Frauen hauptsächlich als Sexobjekte darstellen. Es ist das gleiche Justizsystem, das Opfer von Vergewaltigung erniedrigt und das sich gegen schwarze Verteidiger richtet.

Nur wenn wir ein klares Verständnis von der Rolle des Systems in Bezug auf unsere Unterdrückung haben, können wir erkennen, an welcher Stelle wir uns gegen männliche Unterdrückung und wann wir uns gegen den Staat wenden müssen. Und als antirassistische Frauen müssen wir einen Weg des Kampfes gegen Männergewalt finden, der nicht gleichzeitig den staatlichen Rassismus gegen Schwarze unterstützt. In den USA, wo die Frage von Vergewaltigung eine entscheidende Rolle in der Versklavung, der Ermordung und Unterdrückung von Schwarzen gespielt hat, und die bis heute mit all ihrer emotionsgeladenen Bedeutungsvielfalt genutzt wird als Methode zur Kriminalisierung von schwarzen Männern, haben Feministinnen weitergehende Positionen entwickelt, von denen wir lernen können.

In der Januarausgabe von 1981 der Zeitschrift "Off our Backs", fragt Aimee Sands danach, auf welcher Seite sie stehen soll, wenn eine weiße Frau einen schwarzen Mann wegen Vergewaltigung anklagt und dieser sich für unschuldig erklärt. Sie sagt am Schluß: "Wir müssen eine 'neue Perspektive' entwickeln: Ein unabhängiges feministisches Auftreten, wobei wir in solchen Fällen den Mann und die Frau unterstützen sollten, während wir daran festhalten müssen, das Polizei- und Justizsystem zu kritisieren und anzugreifen."

### Rassismus als individuelles Problem?

Die Wahrscheinlichkeit, daß wir diese "neue Perspektive" entwickeln, scheint im Moment geringer als je zuvor. Die Fragen, die Frauen sich heute stellen, haben sich verändert. War eine zentrale Frage früher noch, "Wie können wir als Frauen den Rassismus bekämpfen?" so heißt es heute, "Warum ist die Frauenbewegung so weiß?". Natürlich müssen Feministinnen sich fragen, warum ihre Bewegung so ausschließlich weiß ist. Auf ihre eigene Bewegung haben sie einen direkten Einfluß und mit ihr ausreichende Erfahrungen gemacht. Aber in der Art und Weise, wie diese Frage angegangen wird, entfernen sich Feministinnen von der genauen Analyse des gesellschaftlichen Ras-



sismus und ihrer Mittäterschaft, um ein organisatorisches Problem innerhalb der Bewegung zu untersuchen. Die Argumente, die eine Erklärung für das Fehlen von schwarzen Frauen abgeben sollen, führen die Frauenbewegung weder zu einem besseren Verständnis vom staatlichen Rassismus, noch ermöglichen sie es, die eigenen feministischen Prinzipien genauer zu überprüfen. Anstattdessen wird Rassismus als ein moralisches Problem behandelt, als eine Störfaktor für die Frauensolidarität. Rassismus wird reduziert auf ein zwischenmenschliches Problem. Um zu verstehen, wie wir unsere Schwarzen Schwestern behandeln, müssen wir unsere eigenen Vorurteile verstehen. Um unsere eigenen Vorurteile zu verstehen, müssen wir uns über deren Qualität und Herkunft bewußt werden. Deswegen wird jetzt Bewußtseinsbildung und anti-rassistisches Bewußtseinsstraining in der Frauenbewegung propagiert und betrieben.

Die Befürworterinnen dieses Bewußtseinsstrainings für Frauen argumentieren, daß Rassismus die Frauen entmenslicht. (Genauso wie Sexismus angeblich die Männer entmenslichte.) Wirkliche Feministinnen können schwarze Frauen, mit denen sie zusammen arbeiten, gar nicht unterdrücken. Und sie können auch nicht von schwarzen Frauen erwarten, daß diese ihren eigenen Rassismus für sie aufarbeiten. Sie müssen es schon selbst schaffen, diesen zu erkennen. Bewußtseinsstraining ist eine weibliche Form, Inhalte zu verflachen. Es soll "die persönliche Veränderung fördern, um daraus eine politische Umgestaltung und politisches Handeln zu ermöglichen."

Erst einmal ist die Begründung für den Kampf gegen Rassismus durch Bewußtseinsbildung eher eine moralische als eine politische. Es geht dabei nämlich um die Befreiung der weißen Menschheit von sich selbst. Zweitens beinhaltet die Begründung die Annahme, daß der Sexismus von Männern gegenüber Frauen gleichgesetzt werden kann mit dem Rassismus von Weißen gegenüber Schwarzen. Aber diese Annahme ist so nicht haltbar. Frauen erfahren ihre Unterdrückung durch Männer direkt und persönlich in ihren Beziehungen zu Hause. Die sexuelle Unterdrückung von Frauen durch Männer spiegelt nicht bloß die gesellschaftsimmanente Diskriminierung von Frauen wider. Männer profitieren direkt von der Unterdrückung und Unterwerfung von Frauen und es gibt ein physisches und ökonomisches Machtverhältnis des Mannes gegenüber der Frau im häuslichen Zusammenleben. Das soll nicht bedeuten, daß der individuelle Sexismus der

Männer nicht aus dem strukturellen Sexismus der Gesellschaft hervorgeht, aber es ist wichtig zu betonen, daß die meisten Frauen zuerst aus ihren häuslichen Erfahrungen mit der Herrschafts- und Machtausübung des Mannes ein starkes Bewußtsein über ihre Unterdrückung als Frauen gewinnen. Diese Feststellung kann nicht auf das Verhältnis von Schwarzen und weißen Menschen übertragen werden. Obwohl die meisten weißen Menschen rassistische Einstellungen haben, gibt es oft keine persönlichen Beziehungen mit Schwarzen, in denen diese Gefühle ausgelebt werden. Weiße beziehen (in den meisten Fällen) keine direkten persönlichen Vorteile aus der Unterdrückung und Unterwerfung von einzelnen schwarzen Menschen. Aber weiße profitieren indirekt sehr wohl von der Tatsache, daß ein ganzes System über den staatlichen Rassismus, schwarze Menschen niederhält.

Bewußtseinsstraining mag eine ideale weibliche Form sein, um das Bewußtsein von Frauen über ihre eigene Unterdrückung zu schärfen. Diese Methode sollte jedoch nicht auf andere Bereiche, wie z.B. Rassismus, ausgedehnt werden. (Einige Frauen haben sogar berichtet, daß diese Art von Bewußtseinsstraining zu einer Rechtfertigung von rassistischen Haltungen führen kann. Durch das Erkennen eigener rassistischer Einstellungen, die auch von andern Menschen geteilt werden, kann es zu einer Bestätigung und Festigung dieser Positionen kommen.)

Es muß gesagt werden, daß anti-rassistisches Bewußtseinsstraining weder eine weibliche Innovation noch eine subversive Technik darstellt. Es entwickelte sich daraus in Britannien und den USA (und auch in der BRD!) ein attraktives Beschäftigungsfeld für SozialwissenschaftlerInnen und PädagogInnen im "Race-Relation-Geschäft". Der Feminismus macht damit Anleihen bei einer Praxis, die eindeutig den konservativen integrationistischen Kräften zuzurechnen ist. Die Methode des Bewußtseinsstrainings basiert letztendlich auf der Annahme, daß es schlechte Beziehungen zwischen Weißen und Schwarzen gibt, die nichts mit staatlichem Rassismus und Diskriminierung zu tun haben, sondern auf Mißverständnissen zwischen einzelnen Menschen beruhen. Weiße Menschen müßten nur richtig erzogen werden (d.h. ohne Vorurteile) und Schwarzen müßte nur ihre kulturelle Identität zugestanden werden. Was ein grundsätzliches Problem von Herrschaft und Ökonomie darstellt, wird auf eine persönliche und kulturelle Ebene reduziert. Bewußtseinsstraining führt uns somit weg von einer

klaren Position, von der ausgehend wir mit anderen Gruppen (auch mit schwarzen Gruppen) arbeiten könnten und hin zu der Frage von persönlichen Einstellungen und Vorurteilen. Den Kampf gegen Rassismus zu führen, heißt politische Fragen anzugehen. Vorurteile zu bekämpfen, heißt, an den Ideen von einzelnen Menschen anzusetzen.

Einige Feministinnen befürworten die Methode des Bewußtseinsstraining, sie behaupten, wir brauchen beides: ein politisch-historisches Verständnis von Rassismus und ein persönlich-politisches Bewußtsein davon, wie er uns in unserem täglichen Leben beeinflusst. Wenn wir aber von zwei getrennten Verständnissen ausgehen und annehmen, das eine sei "orthodox" und das andere feministisch, erlauben wir uns als Feministinnen damit, das Problem von Einstellungen zu diskutieren, ohne die Analyse der materiellen Grundlage zu berücksichtigen. Anstatt das "politische" durch das "persönliche" zu ergänzen, löst die Methode des Bewußtseinsstraining Einstellungen aus dem gesellschaftlichen Kontext, so daß es zu einer speziellen Therapie verkommt, in der uns beigebracht werden soll, wie wir mit Menschen umgehen sollen, die nicht so normal sind wie wir selbst. (Gibt es bald auch Kurse, in denen wir lernen, mit Alten, Behinderten etc. umzugehen??) Anstatt sich in der politischen Praxis auf schwarze Menschen zu beziehen, versucht dieses Training über Einstellungen zu schwarzen Menschen das Problem Rassismus zu beseitigen.

Rassismus mehr als ein persönliches Problem und nicht so sehr als ein "strukturelles" zu betrachten, gehört in der Zwischenzeit zu einem allgemeineren Trend innerhalb der Frauenbewegung, der sich immer mehr gegen die Intellektualisierung und Abstraktion von Themen wendet. Die Frauenbewegung hat in der Vergangenheit sehr richtig herausgestellt, daß das Persönliche politisch sei, als Antwort auf den dogmatischen Reduktionismus der weißen männlichen Linken. Aber die beschriebene Strömung in der Frauenbewegung (antirassistisches Bewußtseinsstraining ist nur ein Teil davon) geht so weit, daß sie am Ende das Politische auf das Persönliche reduziert. Die persönliche Veränderung wird ins Zentrum gerückt. Eine Politik gegen die sexuelle Unterdrückung, aus der der Satz "das Persönliche ist politisch" hervorgegangen ist, muß zu einer Neudefinierung gelangen, wenn Teile der reaktionären Mittelschicht damit arbeiten. Sie sagen, das Persönliche sei das Politische, zwischenmenschliche Beziehun-

Macht. Und noch einmal das Beispiel des anti-rassistischen Bewußtseinsstrainings. Indem in den weißen Frauen ein Schuldgefühl bezüglich ihrer Hautfarbe hervorgerufen wird, führt dies zu einer Situation, in der schwarze Menschen (unabhängig von ihrer Klassenzugehörigkeit und ihren politischen Standpunkten) zu Schiedsrichtern werden, die uns von der Schuld unserer rassistischen Vorurteile freisprechen müssen. Das verführt uns zu der Haltung, uns nicht mehr verantwortlich zu fühlen für die Entwicklung eigener Urteile und Strategien, es geht sogar davon aus, weiße Frauen seien unfähig, eine eigene antirassistische Praxis zu entwickeln. Wenn wir alles was von Schwarzen kommt, akzeptieren, für die Erfahrungen des Schwarzseins werben, einen kulturellen Pluralismus unterstützen, tun wir dies als Ersatz eines fehlenden feministischen Ansatzes für eine antirassistische Praxis.

Nirgendwo ist es so deutlich geworden wie im "Kult", der um die Erfahrungen von schwarzen Frauen getrieben wird. Feministische Zeitschriften und Buchläden haben plötzlich die Literatur von schwarzen Frauen entdeckt. Es gibt in der weißen Frauenbewegung der letzten Jahre Anhaltspunkte für das starke Bedürfnis, schwarze Frauen in die Frauensolidarität miteinzubeziehen. Die Erfahrungen von schwarzen Feministinnen sollen Teil der eigenen Erfahrungen werden. schwarze Geschichte soll zur gemeinsamen werden. Dies ist das bewußte Ausnutzen von schwarzen Frauen, das fatal an die Praxis der männlichen Linken erinnert, die sich gerne mit Begriffen wie antisexistisch und antirassistisch schmückt.

### Die Herausforderung der schwarzen Erfahrung

Ironischerweise stammt die Schwarze Erfahrung, deren sich die weißen Feministinnen bedienen, oft aus der US-amerikanischen Literatur und nicht aus den Ereignissen, die vor ihren Augen stattfinden. Seit den frühen 70er Jahren haben sich die schwarzen Frauen aus der britischen Frauenbewegung zurückgezogen, um sich selbst um die Themen von "Rasse" und Geschlecht zu kümmern. In Britain entstanden zahlreiche schwarze Frauengruppen mit einem Dachverband OWAAD, einer Zeitung FOWAAD, jährlichen Konferenzen für schwarze Frauen, schwarze Frauenzentren und Zufluchtshäuser, schwarze Frauendemonstrationen und Kundgebungen - eine schwarze Frau-

enbewegung. Die weiße Frauenbewegung jedoch - so (selbst)bewußt über Hierarchien und die eigene Trennung von der männlichen Linken, die systematisch ihre Interessen ausgeschlossen hatte, war auffällig desinteressiert an dem Unmut und der Flucht der Schwarzen Frauen. Statt zu untersuchen, wie ihre Frauensolidarität in der Praxis oft im Gegensatz zu Schwarzen Interessen stand und ausschließend war für schwarze Frauen, d. h. statt den Charakter der Frauensolidarität an dem Prüfstein des "Schwarzseins" zu untersuchen, hat die Frauenbewegung sich in eine Politik des Bewußtseinsstrainings einerseits und des kulturellen Pluralismus andererseits gerettet. Das "Schwarzsein" der feministischen Erfahrung ist abgetrennt worden, entweder als geistloses Abfeiern oder als eine seltsame Erfahrung (so wie Behindertsein oder Altsein), über die frau etwas wissen sollte. Was aber schwarze Frauen von weißen Feministinnen einfordern, ist nicht, von ihnen "sichtbar" gemacht zu werden, sondern den Gebrauch einiger zentraler Kategorien und Annahmen im feministischen Denken in Frage zu stellen. Einige Konzessionen bezüglich dieser Sichtweise sind in den letzten Jahren gemacht worden. Der Ruf nach "Abtreibung auf Wunsch" wurde z. B. in "Das Recht der Frauen selbst zu entscheiden" abgeändert, nachdem Schwarze und Frauen aus der ArbeiterInnenklasse aufgezeigt hatten, daß sie nicht für das Recht kämpfen müssen, keine Kinder zu kriegen, sondern ihr Recht auf Fruchtbarkeit gegen erzwungene Terminierung, Sterilisation und gefährlich Medikamente wie Depo-Provera verteidigen müssen. Einige Feministinnen haben sich geweigert, an Protesten gegen Männergewalt in Rotlichtdistrikten teilzunehmen, wo eine Menge Schwarze leben. Sie meinen, daß die Aktionen der Frauenbewegung in diesen Bezirken die rassistischen Stereotypen der Polizei und des Staates unterstützen, die davon ausgehen, alle Schwarzen seien Vergewaltiger und Gewalttäter.

Trotz alledem gibt es in der Frauenbewegung eine Ablehnung dagegen, wirklich nachzufragen, was hinter solchen "Fehleinschätzungen" steckt. "Wir hatten nicht die Absicht, rassistisch zu sein, also waren wir es nicht wirklich", so lautet die Argumentation. Adrienne Rich hat den Begriff "Tunnel-Vision" geprägt, um den unabsichtlichen Rassismus zu erklären und dieser Begriff ist geläufig geworden, um die weißen Feministinnen zu entlasten. (Tunnel-Vision: literarisch für die Unfähigkeit, durch einen verengten Blickwinkel hindurchzusehen) Erklärungen wie diese umgehen die Praxis und intendieren und sug-

gerieren dadurch, es gäbe keinen Maßstab zur Beurteilung feministischer Praxis.

Schwarze Frauen haben die Unfähigkeit aufgezeigt, die hinter dem verengten Blick der Frauenbewegung steckt, eine Politik oder Programmatik gegen die Unterdrückung der Mehrheit der Frauen anzubieten (d. h., die Unterdrückung der Frauen aus der ArbeiterInnenklasse und der Schwarzen Frauen, bzw. die unterschiedliche Unterdrückung der Frauen entsprechend ihrer "Rasse", Klasse oder sozialen Herkunft). Was sie getan haben, ist die Erfahrung der Mittelschichtsfrauen bezüglich ihrer eigenen Unterdrückung und ihre, auf die Sexualität konzentrierten Forderungen, als universell zu erklären. Es kann nicht bestritten werden, daß die Bewegung von Mittelschichtsfrauen kommt und immer noch von ihnen dominiert wird. Es ist aber kaum untersucht, daß Frauen aus der Mittelschicht und Frauen aus der ArbeiterInnenklasse ihre Unterdrückung unterschiedlich erfahren und unterschiedliche Wege haben, dagegen anzukämpfen. Anne Foreman hat darauf hingewiesen, daß "obwohl die wachsenden Widersprüche bezüglich des weiblichen Stereotyps, zusammen mit der strukturellen Krise bezüglich der Position der Frau in der Gesellschaft, die Frauen aus der ArbeiterInnenklasse und die Mittelschichtsfrauen gemeinsam angehen, waren es die Frauen aus der Mittelschicht, die den Konflikt zwischen den Traditionen der Weiblichkeit und ihren Sehnsüchten und Fähigkeiten erfahren haben. Sie besaßen die Freiheit, diese Widersprüche zu erforschen (und nicht ihre Schwestern aus der ArbeiterInnenklasse, die durch materielle Zwänge an ihre Familien gebunden sind). Anne Foreman zeigt weiterhin, daß Frauen aus der ArbeiterInnenklasse sich auf einem anderen Niveau organisiert haben. Sie kämpfen für bessere Bezahlung und gegen die Diskriminierung am Arbeitsplatz. Aber es gibt eine starke Tendenz in der Frauenbewegung, die Kämpfe der Frauen aus der ArbeiterInnenklasse überhaupt nicht für Frauenbefreiung zu halten. Diese Tendenz, Perspektiven, die zu eng mit Schwarzen oder Frauen aus der ArbeiterInnenklasse und deren Kämpfen verbunden sind, als nicht feministisch auszuschließen, ist in einem kürzlich erschienenen Überblick zu Schwarzer feministischer Literatur aufgedeckt worden. Ellen Willis hat Angela Davis als "antifeministisch" angegriffen, weil Davis in ihrem Buch "Women, Race and Class" feststellt, daß "schwarze und weiße Frauen aus der ArbeiterInnenklasse die Führerinnen des wirkli-

chen feministischen Kampfes gewesen seien". Selbst wenn Davis das gesagt hätte (aber das hat sie nicht), hätte sie lediglich den Aktivitäten der Mehrheit der Frauen Priorität gegeben. Ihr Buch ist tatsächlich eins der ersten, das die bisher verbindungslosen Kämpfe von Frauen und Schwarzen zusammenbringt und sie durch ein Verständnis von Klassenformierung und Klassenkampf analysiert.

Die Bewegung scheint die Anerkennung von materiellen und historisch bedingten spezifischen Unterschieden zwischen Frauen nur als Spaltungsversuch sehen zu können und behauptet weiterhin unbarmherzig die Gemeinsamkeiten der Frauen als solche. In ihrem Bestreben, die Idee der "Sisterhood" oder Frauensolidarität zu propagieren, hat sie die Komplexität der Erfahrungen negiert. Während sie für sich beansprucht, die Frauen von der biologischen Determinierung befreit zu haben, hat sie eine Existenz für Frauen außerhalb der Bestimmung über ihr Geschlecht verleugnet. Hinter dieser Idee, jede Frau sei aufgrund ihres Geschlechts gleichermaßen unterdrückt, steckt die Annahme, das Geschlecht trete an die Stelle eines bestimmten Systems oder einer Hierarchie von Beziehungen, die den primären Feind der Frauen ausmachen. Mit dem Argument, die westliche Frauenbewegung sei die entwickeltste im Kampf der Geschlechter, maßt sie sich an zu glauben, sie halte den Schlüssel für die Befreiung der Frauen weltweit in Händen. Selbst in den Schriften von sozialistischen Feministinnen taucht der Gedanke auf, der westliche Feminismus sei befreier und befreiender. Martine Molineux, die über sozialistische Dritte-Welt-Länder schreibt, erklärt z.B. das "niedrigere feministische Diskussionsniveau" in den Frauenorganisationen dieser Länder mit der Tatsache, daß die Literatur der westlichen Frauenbewegung dort oft nicht erlaubt ist. Sue O'Sullivan, die über "Kuba und den fehlenden Umgang mit der Sexualität" schreibt, schafft es trotz ihrer Solidaritätsbekundungen mit der kubanischen Revolution, den kubanischen Sozialismus nach den Maßstäben der westlich-feministischen Sexualität zu beurteilen. Sie versucht die feministische Annahme, "die Frage der Sexualität, die Möglichkeit und der Kampf für die Wahl zwischen sexuellen Vorlieben und Praktiken seien zentral für jede Frage der Revolution", mit der Einschätzung, daß nur wenige Feministinnen "die absolute Wichtigkeit von Klasse, "Rasse" und Imperialismus leugnen würden", in Einklang zu bringen.

Aber statt die beiden Ansätze zu integrieren, wirft sie notorisch die Bemerkung ein, daß die "Komplexität der weltweit unterschiedlichen Situationen der Frauen", was "während der Entstehung der autonomen Frauenbewegung in den letzten 15 Jahren erkannt wurde", unsere Konzeption von Frauenunterdrückung modifizieren sollte, -in anderen Worten: durch die heutige westliche Frauenbewegung. Durchgängig ist ihr Artikel durchsetzt von der Annahme, daß weibliche Homosexualität (welche in Kuba verboten ist) das höchste Stadium des Feminismus sei. Nirgends in der westlichen feministischen Literatur - ausgenommen den Veröffentlichungen des Institute of Social Studies in Den Haag - gibt es eine Sensibilität dafür, daß Dritte-Welt-Frauen tatsächlich eine eigenständige Geschichte und Tradition des Kampfes haben, von der die westlichen Feministinnen lernen können.<sup>2</sup> Das ist umso bedeutsamer, da ja auf vielerlei Art westliche Feministinnen künstlich versuchen, die Beziehungen und Gefühle, die zwischen Frauen in nicht-kleinfamilienförmigen und nicht-kapitalistischen Haushalten existieren, nachzuvollziehen.

Aber Thema soll hier nicht so sehr der kulturelle Imperialismus sein - obwohl es den gibt - sondern die Absurdität und Unangemessenheit der universalistischen Annahmen des westlichen Feminismus, die sich durch die Festlegung auf sexuelle Freiheit im Vorhinein zeigt. In Ländern mit feudalen Beziehungen z.B. haben sich Feministinnen darauf konzentriert, einen Aspekt der sozialen und ökonomischen Beziehungen herauszuheben und anzugreifen: z.B. den Brauch der Klistorisbeschneidung. In neuindustrialisierten Ländern, wo weibliche Arbeitskraft überausgebeutet wird, haben sie sich auf Prostitution spezialisiert. Das Anwachsen der Prostitution in Südostasien z.B. ist ein Produkt der Armut, hervorgerufen durch den Tourismus und der absoluten (im Gegensatz zur relativen) Ausbeutung der Frauen durch multinationale Konzerne in Freihandelszonen, wo sie im Alter von 25 Jahren als arbeitsunfähig rausgeschmissen werden.

Indem eine Praxis aus dem sozioökonomischen Kontext genommen wird, zum Attribut eines Landes oder einer Kultur und nicht zu einem historischen Stadium erklärt wird, beteiligen sich Feministinnen selbst an rassistischen Stereotypen. Anstatt zu erkennen, daß arrangierte Hochzeiten, Beschneidungen und Brautpreise Teil unserer aller

<sup>2</sup> hat sich in den 80er Jahren zumindest für die USA geändert.

Geschichte sind, ordnen sie diese Gebräuche nicht einer Epoche oder sozialen Formation sondern einer ethnischen Gruppe zu. Und indem Gebräuche aus ihrem Kontext herausgerissen werden, gelingt es den Feministinnen nicht, aus den historischen Parallelen zu lernen. Damit verzerren sie die Kämpfe der Frauen aus der Dritten Welt, denen sie doch angeblich helfen wollen. In den Metropolen stellt die Unfähigkeit der Feministinnen, Gebräuche in Beziehung zu sozialen und ökonomischen Bedingungen zu setzen, sie defensiv auf die Seite der kapitalistischen Gesellschaft.

Indem die Situation der Frauen der Dritten Welt, aus der vorteilhaften Position der westlich-feministischen Prioritäten heraus untersucht wird, versagen die Feministinnen häufig darin, die Rolle des herrschenden rassistischen und imperialistischen Einflusses auf das Leben der Frauen in der Dritten Welt zu erkennen. Auf der Frauenkonferenz der NGOs (Nichtregierungsorganisationen) in Kopenhagen 1980 hat Nawal El Sadaawi beklagt, daß die westlichen Feministinnen aus marginalen Themen Sensationen machen würden. Sie fragte, wie Frauen in Beirut, die täglich Bombardements der Israelis ausgesetzt sind, sich wohl um ihre Orgasmen kümmern sollen.

Die westliche Frauenbewegung hat sich mehr auf die Ausdehnung individueller sexueller Freiheiten als Teil einer liberalen Demokratie konzentriert, statt eine grundsätzliche Veränderung der Gesellschaft zu erörtern. Die Fragen, die Frauen aus der Dritten Welt, Schwarze Frauen und Frauen aus der ArbeiterInnenklasse aufwerfen, sind wesentlich fundierter und beziehen sich auf die totale Reorganisation der gesellschaftlichen Beziehungen und der Gesellschaft selbst. Die Idee des Individualismus ist Frauen aus der Dritten Welt fremd. Dort sind oft familiäre, Kasten-, Stammes- oder Nationalinteressen vorherrschend. Und in diesen Ländern ist die Trennung der Freiheit von Frauen und anderen Freiheiten unmöglich. Die Befreiung von Hunger, von Diktatur und Fremdherrschaft - Kämpfe, die notwendigerweise fundamentale Machtstrukturen herausfordern und von denen ganze Klassen und Nationen profitieren- definieren ihre eigenen Prioritäten. Aber sie sollten uns etwas über uns selbst mitteilen und unseren Feminismus mitgestalten und uns an den Holismus<sup>3</sup> erinnern, dessen Erben wir sind und nach dem wir streben.

<sup>3</sup> Holos griech. Ganz, Ganzheit. philos. Denkrichtung, in das Einzelne ins Verhältnis zum Ganzen gesetzt wird.

JENNY BOURNE

## Homelands of the mind

JÜDISCHER FEMINISMUS  
UND IDENTITÄTSPOLITIK

### Vorwort zur deutschen Übersetzung

Dieser Artikel ist zu einem Zeitpunkt geschrieben worden, als innerhalb der britischen feministischen Bewegung ganz allgemein und des jüdischen Feminismus im besonderen Identitätspolitik die revolutionären Ansprüche zum Verschwinden brachte und die Bewegung zu einem Unterfangen der Mittelschicht verkam. Ich war zu dieser Zeit von der Notwendigkeit einer energischen Selbstkritik überzeugt, um von der Bewegung die Einbeziehung der Unterdrückung anderer Gruppen und die Interessen und Bedürfnisse von Frauen aus der Arbeiterklasse und der Dritten Welt einzufordern. Ohne Selbstkritik wird eine Bewegung dogmatisch und intolerant. Es besteht jedoch auch immer die Gefahr, daß solch eine Selbstkritik aus ihrem zeitlichen und kausalen Kontext gerissen wird, um in den falschen Zeiten und für andere Absichten benutzt zu werden. Diese Gefahr besteht heute, wo das massive Widererstarken des Nazismus in Deutschland ganz Europa erschüttern läßt. Das bedeutet jedoch nicht, daß die Selbstkritik verstummen sollte, sondern daß unser Kampf gegen die Feinde solcher demokratischen Errungenschaften und Anstrengungen unablässig geführt werden muß.

Jenny Bourne, Januar 1992

## Homelands of the mind

Identitätspolitik ist zur Zeit der große Renner. Ausbeutung ist "out" und gilt als von außen her determiniert. Unterdrückung ist "in" und gilt als von innen heraus persönlich. Die Frage nach dem richtigen Handeln wurde durch die Frage nach dem Sein ersetzt. Wer bin ich? Die politische Kultur ist von einer Politik des Kulturellen abgelöst worden. Die materielle Welt hat sich ins Metaphysische verflüchtigt. Die Schwarzen, die Frauen, die Lesben und Schwulen, alle haben sie sich auf die Suche nach ihrer Identität begeben. Und schließlich steht als Verbindung all dieses Strebens die Suche nach einer jüdischen feministischen Identität auf der Tagesordnung.

Während der 60er und 70er Jahre bildeten Jüdinnen das Rückgrat der Frauenbewegung. Mit Sicherheit trifft das auf die USA und Britain zu. Aber wir waren nicht sichtbar als jüdische Frauen. Wir waren Feministinnen, die zufällig auch noch jüdisch waren. Unser Jüdisch-Sein artikuliert sich nicht in Worten und Liedern. Es gibt keinen Zweifel darüber, daß unser Bewußtsein von Unterdrückung und unser engagierter Kampf dagegen aus unserer besonderen Geschichte resultierte. Es kann nicht nur Zufall gewesen sein, daß so viele der weißen AktivistInnen in der Bürgerrechtsbewegung der USA und in den vordersten Reihen der Bewegung gegen den Vietnamkrieg jüdisch waren. Als wir in Britain Mitte der 70er Jahre begannen, uns gegen Rassismus und Faschismus zu organisieren, war ein großer Teil der weißen Frauen in den WARF-Gruppen (WARF - Women Against Racism and Facism) jüdischer Herkunft. Aber über unser Jüdisch-Sein wurde nicht diskutiert. Wir begriffen erst, daß viele von uns jüdisch waren, als wir uns mit unseren Vornamen vorstellten und herausfanden, wie viele von uns Miriam oder Ruth hießen.

Wir beteiligten uns am antirassistischen, antiimperialistischen und antifaschistischen Kampf innerhalb der Frauenbewegung, weil sich viele von uns schon vorher einer radikalen linken Politik verpflichtet fühlten. Unsere eigene Geschichte der Unterdrückung als jüdische Menschen - auch wenn wir sie nur indirekt und aus einem gewissen Abstand heraus erfahren haben mögen - hatte uns unbewußt zu einer Politik der Befreiung getrieben, hatte uns gelehrt, wachsam zu sein und uns auf die Seite aller Unterdrückten gestellt. Wir beeinflussten

feministischen Theorie und Praxis. Wir kämpften für einen Feminismus, der sich, laut Lynne Segal, in dem gemeinsamen Versuch niederschlug, "die Verbindung zwischen der Unterwerfung von Frauen und der kapitalistischen Ausbeutung zu verstehen, und daraus eine Bewegung von und für alle Frauen, aber nicht nur für Frauen, sondern für alle unterdrückten Gruppen und Völker und auch für Männer, aufzubauen".<sup>1</sup>

Der heutige Feminismus ist nur noch wenig von emanzipatorischen sozialistischen Prinzipien gekennzeichnet. "Der Kampf um soziale Veränderung und für eine gesamtgesellschaftliche Transformation", so 1970 noch als oberstes feministisches Ziel auf der ersten "British Women's Liberation Conference" formuliert, ist durch einen Feminismus abgelöst und vernebelt worden, der sich als separatistisch, individualistisch und nach innen gewendet erweist. Das organische Verhältnis, das wir zwischen dem Persönlichen und dem Politischen zu entwickeln versuchten, ist soweit ad absurdum geführt worden, daß heute nur noch das Persönliche als politisch relevant und legitim erachtet wird.

Es ist paradox, daß nirgendwo die Abkehr von ehemaligen politischen Prioritäten offenkundiger vollzogen worden ist als bei jüdischen Frauen. Wir sind nicht mehr länger politisch aktive Feministinnen, die zusätzlich noch jüdisch sind. Wir sind vielmehr jüdische Feministinnen, deren erstes Ziel nun die Suche nach unserer Identität darstellt.

Der Ausgangspunkt dieses Perspektivenwechsels innerhalb unserer Politik war schon in einer Version des Radikalfeminismus angelegt, der sich zuerst in den späten 70er Jahren in den USA entwickelt hat. Schwarze Feministinnen versuchten dort das Verhältnis von "race, class and power" ("Rasse, Klasse und Macht") neu zu bestimmen, was einem Angriff auf das feministische Konzept einer weltweiten Frauensolidarität gleichkam. "Die tiefgehendste und potentiell radikalste Politik", behauptete das Combahee River Collective, "entsteht direkt aus unserer eigenen Identität und unterscheidet sich von einem politischen Ansatz, der versucht die Unterdrückung von anderen zu beenden".<sup>2</sup> Dieser Politikansatz ist von jüdischen Feministinnen sehr bald

<sup>1</sup> Lynne Segal : Ist die Zukunft weiblich? Frankfurt 1989.

<sup>2</sup> The Combahee River Collective: "A Black Feminist Statement", in Zillah R. Eisenstein (Hg.): Capitalist patriarchy and the case for socialist feminism, New York 1979.

aufgegriffen worden. Elly Bulkin, zum Beispiel, hat wiederholt betont, "wie viel sie schwarzen Frauen, besonders lesbischen Frauen verdankt", die für andere Feministinnen den Weg bereitet hätten, "indem sie die verschiedenen Bereiche herausgearbeitet haben, in denen ... Unterdrückungsmechanismen operieren".<sup>3</sup> Feministinnen wie Bulkin vertreten die Ansicht, daß die Gesellschaft sie dazu zwingt, sich zwischen unterschiedlichen Identitäten, die Frauen besitzen, zu entscheiden. Ihr oberstes Ziel war daher, die Fragmentierung ihrer Persönlichkeit zurückzuweisen und die Spaltung innerhalb ihrer eigenen Politik aufzuheben. Sie weigerten sich "zu wählen", welcher Teil ihres Selbst sie bestimmt. Sie wollten sich selbst definieren. Zum Beispiel helfe ihr "Coming out" als Lesben, so ihr Standpunkt, ihnen bei ihrem "Coming out" als jüdische Frauen.

Dieser Politikansatz basierte nicht nur auf der Zurückweisung der internalisierten Unterdrückung des eigenen Geschlechts und der eigenen Sexualität. Er sollte auch den Kampf gegen jegliche Form von Unterdrückung - Klassenherrschaft und die Unterdrückung von ethnischen Gruppen eingeschlossen - beinhalten, um am Ende zu der eigenen wahren Identität zu gelangen.<sup>4</sup> Über Bewußtseinsstraining, Gruppendiskussionen und Rollenspiele sollten die Frauen lernen, all die von der gesellschaftlichen Norm abweichenden Identitäten, durch die sie eine Spaltung erfahren, wieder zusammenzuführen. Anders ausgedrückt bedeutete dies, daß die strukturellen und materiellen Grundlagen, die das Verhältnis von "Rasse, Klasse und Macht" betreffen, zuerst im Rahmen des persönlichen Bewußtseins angegangen werden sollten. Das Ziel war nicht mehr länger, die materielle Welt zu verändern, sondern zuallererst das Selbst.

Für uns als jüdische Frauen hieß es, "daß die Entdeckung unserer Erfahrung von Unterdrückung" an sich schon eine "Form von Widerstand" hervorbringt.<sup>5</sup>

3 Elly Bulkin: "Hard ground: Jewish identity, racism and anti-Semitism", in E. Bulkin u.a., *Yours in struggle*, New York 1984.

4 Ironischerweise hat die Suche nach einer "wahren" Identität dazu geführt, daß die volle Bandbreite aller menschlichen Erfahrungen, die über einen Zeitraum hinweg erst das Individuelle ausmacht, verlorengegangen ist. Stattdessen wurde sich auf biologische und vererbte Faktoren konzentriert. Klasse, zum Beispiel, ist etwas, in das wir hineingeboren werden. Feministinnen mögen sich als zugehörig zur ArbeiterInnenklasse begreifen, weil ihre Eltern zur ArbeiterInnenklasse gehörten. Für Feministinnen hat Klasse oft keinen Bezug zu Klassenkämpfen.

5 Siehe die Einleitung von Shifra (Kislev, 5745/December 1984).

In weniger als fünf Jahren entstand über Bücher, Konferenzen, Studiengruppen, Zeitschriften, Versammlungen etc. eine vielfältige feministische Subkultur. Bestandteil dieser Kultur war es, sich mit dem eigenen Jüdischsein zu identifizieren, unsere Geschichte sich neu anzueignen, stolz unsere Symbole zu tragen, unsere Traditionen, Bräuche und unsere Sprache neu zu beleben, und unsere Heldinnen neu zu entdecken.

Diese Verschiebung innerhalb jüdischer feministischer Politik, die ausschließliche Beschäftigung mit der eigenen kulturellen Identität, wurde zusätzlich begünstigt und legitimiert durch den sogenannten "New Marxism".<sup>6</sup> Diese neue Ausrichtung innerhalb des Marxismus hatte, nach der Abkehr von der Klasse, die neuen sozialen Bewegungen (Frauen, Homosexuelle, Ökologiebewegung etc.) als die Verkünder eines neuen Jerusalems auserkoren.<sup>7</sup>

Der Klassenantagonismus galt innerhalb des neuen Konzepts von nun an nur noch als einer von vielen autonomen Widersprüchen, und ihm wurde ähnlich große Bedeutung beigemessen wie z.B. Rassismus, Antisemitismus oder Homophobie. Unterdrückung und nicht mehr länger Ausbeutung war nun die zentrale politische Kategorie. Kapitalismus wurde nicht mehr länger charakterisiert als "eine bestimmte Produktionsweise mit dem Hauptwiderspruch zwischen Kapital und ausgebeuteter ArbeiterInnenklasse", sondern als "eine Reihe von Unterdrückungsverhältnissen, wie rassistische, sexistische und die Nationalität betreffende".<sup>8</sup> Feministinnen haben diese "Erkenntnisse" noch weiter getragen und begannen, die ganze Welt und alle Aspekte des menschlichen Lebens durch das "Prisma Unterdrückung" zu betrachten. Unterdrückung wurde zum neuen politischen Maßstab.

6 Siehe zum Beispiel Alan Hunt (Hg.): *Class and class structure*, London 1977; David Plotkes Interview mit E. Laclau and C. Mouffe: "Recasting Marxism: hegemony and new political movements", *Socialist Review* (No. 66, 1982); Scott Lash und John Urry: "The shape of things to come", *New Socialist* (no. 45, 1987), und als Kritik Ellen Meiksins Wood: *The retreat from class*, London 1986.

7 Michael Safier hat in der Zeitschrift "Jewish Socialist" den "New Marxism" begrüßt, da die Idee "eines umsetzbaren Sozialismus ... die Verbindung von Gleichheit mit kultureller Diversität und Geschlechterdifferenz beinhaltet und zur Autonomie des Individuums beiträgt". Anders als die bisherige marxistische Theorie "bietet der New Marxism der jüdischen Gemeinschaft eine neue positive Perspektive, in der jüdische SozialistInnen an der Seite anderer ethnischer Minderheiten ihren eigenen Platz innerhalb des sozialistischen Bündnisses einnehmen können".

Siehe Michael Safier: "Which way to socialism?", *Jewish Socialist* (No. 6/7, 1986).

8 George Bridges: "Western European Communist strategy", in S. Hibbin (Hg.), *Politics, ideology and the state*, London 1978.



Plötzlich war jede und jeder unterdrückt und unterdrückte andere: Männer Frauen, Weiße Schwarze, Heterosexuelle Homosexuelle, Christen Juden. Witze, die ein Freund erzählte, konnten unterdrücken, ein Werbespot konnte durch Auslassungen unterdrückerisch sein, eine Rede konnte durch Sprache unterdrücken, Arbeiten an sich und Bürokraten galten als Teil des unterdrückerischen Systems. Differenzierungen zwischen Gedanken und Handeln, zwischen dem Individuum und Strukturen, zwischen der realen Welt und der Erscheinungsebene gingen vollkommen verloren. Gleichzeitig war der Kampf gegen Unterdrückung immer weniger direkt gegen das Herrschafts- und Machtsystem gerichtet, sondern immer mehr gegen bestimmte Diskurse, gegen die Art und Weise, wie Machtverhältnisse sich zeigen und repräsentiert werden.

Dieser Politikansatz erwies sich für jüdische Feministinnen spätestens dann als Einbahnstraße, als sie gezwungen waren, ihr Verhältnis zu Israel zu bestimmen. An diesem Punkt wurde die Wertlosigkeit einer Politik, die alleine auf Diskurse abzielt, überaus deutlich. Was die Auseinandersetzungen zuspitzte, war vor allem die israelische Invasion im Libanon.

Im Juli 1981 bombardierten israelische Flugzeuge Beirut, brachten 300 Menschen um, und hinterließen 800 Verletzte. Am 9. Mai 1982 beschloß Israel libanesischen Küstendörfer. Am 4. Juni marschierte Israel mit einer Truppenstärke von 100.000 im Libanon ein. Zwischen dem 16. und 18. September wurden in den Flüchtlingslagern Sabra und Shatila 2000 palästinensische Frauen, Kinder und Männer systematisch massakriert.

Die Frauenbewegung stand damals ohne Zögern auf der Seite ihrer palästinensischen Schwestern. Aber wo standen wir als jüdische Feministinnen? Sollten wir Israel und den Zionismus unterstützen - damit hätten wir uns gegen die Mehrheit der feministischen Bewegung gestellt - oder sollten auch wir Israel öffentlich im Namen einer allgemeinen feministischen Politik angreifen? Waren wir vor allen Dingen zuerst Jüdinnen oder zuerst Feministinnen? Wie konnten wir gleichzeitig unserem Verständnis von Feminismus treubleiben und uns auf uns selbst und unsere jüdische Geschichte beziehen?

Unsere Reaktion war von dem Versuch geprägt, uns um eine Identität zu bemühen, die es erlaubte, uns möglichst stark von Israels Verbrechen zu distanzieren, und uns gleichzeitig innerhalb der

feministischen Bewegung als Jüdinnen zu behaupten. Indem wir versuchten, uns als Opfer eines bestimmten Unterdrückungsverhältnisses - des Antisemitismus - zu definieren, gelang es uns tatsächlich, unseren Anspruch auf Sympathie und Akzeptanz innerhalb der Frauenbewegung durchzusetzen.

Die Frage, mit der wir uns als Feministinnen konfrontiert sahen, richtete sich nach unserem Verständnis von Jüdisch-Sein. Wir entschieden uns jedoch, stattdessen die Frage nach unserem Verständnis von Feminismus zu beantworten. Unser Feminismus verlangte von uns ein Bewußtsein über unsere zweifache Unterdrückung als Frauen und Jüdinnen. Wir lehnten es ab, eine klare Position zu den schwierigen und schmerzhaften Widersprüchen, die die materiellen Realitäten des Mittleren Ostens aufwerfen, einzunehmen. Wir flüchteten uns in eine Internalisierung des Problems und machten aus den Widersprüchen im Mittleren Osten eine Krise des jüdischen Feminismus, die sich für uns nur auf der Grundlage unserer komplexen Identität lösen ließ. Politische Notwendigkeiten hätten eine klare politische Position erfordert, die Metaphysik erlaubte es, sich darum herumzumogeln. Jedoch war unser Verständnis von Feminismus verantwortlich dafür, daß wir das Politische und das Persönliche, das Objektive und das Subjektive, das Materielle und das Metaphysische vermischten, und daß wir uns in eine Politik der Identitätsfindung flüchteten. Für all das lieferte der "New Marxism" die Rückendeckung.

### Wie wir der Israel-Frage auswichen

#### oder nicht-zionistischer Zionismus

Das Bewußtsein und die Position der Frauenbewegung zum Mittleren Osten folgte in gewisser Weise der der britischen Linken. Der israelische Krieg von 1967 und die daran anschließende Okkupation ägyptischen, syrischen und jordanischen Territoriums bildeten einen Wendepunkt in diesem Bewußtsein. Die Sympathie für israelische Juden und Jüdinnen, für die vielleicht am meisten unterdrückte Gruppe in der jüngsten Geschichte, wich gewissen Vorbehalten gegenüber einer potentiellen neuen Kolonialmacht. Aber im Gegensatz zu Südafrika oder Vietnam hat die Linke und auch die Frauenbewegung ver

sagt und nicht sofort eine eindeutige politische Position gegenüber Israel bezogen.<sup>9</sup>

Seit Mitte der 70er Jahre erfuhr die Frauenbewegung eine weitaus größere Internationalisierung. Den Anliegen von Frauen aus der "Dritten Welt", palästinensische Frauen eingeschlossen, kam von nun an eine stärkere Bedeutung zu. Auf den folgenden internationalen Frauenkonferenzen hat sich dieser Wandel gezeigt. 1975 wurde auf der Konferenz in Mexiko eine Resolution verabschiedet, die den Zionismus verurteilte. Ende der 70er Jahre begannen palästinensische Frauenkomitees, die sich innerhalb der Westbank und des Gazastreifens organisiert hatten, Delegationen zu internationalen Treffen zu entsenden und machten somit Feministinnen in anderen Ländern auf die Situation des palästinensischen Volkes in den besetzten Gebieten aufmerksam. Als dann Leila Khaled, die zuvor für den spektakulären Versuch einer Flugzeugentführung in britischen Gefängnissen saß, 1980 von der PLO als Leiterin einer Delegation zur internationalen Frauenkonferenz in Kopenhagen entsandt wurde, hinterließ ihre leidenschaftliche Rede über das Schicksal des palästinensischen Volkes und die Kontroverse um ihre Anwesenheit einen langanhaltenden Eindruck bei vielen Feministinnen weltweit.

Es war jedoch die Invasion im Libanon 1982 und vor allen Dingen die Massaker an unschuldigen palästinensischen Flüchtlingen in Sabra und Shatila, die Israel und alles, was mit Israel in Verbindung stand, in starken Verruf brachten. Wie konnte ein Land, das sich als Fluchtstätte für Verfolgte betrachtete, selbst zum Verfolger werden? Wie konnte ein Land, dessen Führung einst von der Ausrottung bedroht war, selbst an der Ausrottung eines anderen Volkes beteiligt sein? Wo hörte die Sicherung der eigenen Grenzen auf, und ab wann konnte von aggressiver Kolonialisierung gesprochen werden? Alles in Bezug auf Israel wurde von nun an in Frage gestellt. Angefangen von den permanenten Kriegsvorbereitungen bis hin zu dem Rassismus

<sup>9</sup> Feministische Zionistinnen behaupten, daß die Resolution der Vereinten Nationen von 1975, die "Zionismus als eine Form von Rassismus" beschreibt, die Situation vollkommen verändert habe. Die Verurteilung des Zionismus 1975 habe den Weg bereitet für die Angriffe auf jüdische Frauen bei allen weiteren internationalen Frauenkonferenzen der Vereinten Nationen. Siehe Juliet J. Pope: "Anti-racism, anti-Zionism and anti-Semitism: debates in the British Women's Movement", *Patterns of Prejudice* (Vol. 20, no. 3, July 1986) und *Anti-Semitism in the Women's Movement*, London, October 1982.

des sogenannten "Rückkehr-Gesetzes" von 1950<sup>10</sup>, von der Unterstützung Südafrikas bis hin zu den Kontakten mit der faschistischen Junta in Chile.

Umgekehrt hatte Israel unsere Identität in Frage gestellt und nur durch die Annahme der Herausforderungen, die von der Israel-Frage ausgingen, hätten wir unsere Identität neu bestimmen können.

Im Großen und Ganzen haben wir die gestellten Herausforderungen nie wirklich ernst genommen. Wir haben immer eine Menge von Gründen gefunden, die uns angeblich davon abhielten, uns tatsächlich mit dem, was passierte, zu beschäftigen.<sup>11</sup> Zuerst haben wir argumentiert, daß Israel sich zwar barbarisch verhalten habe, daß dies jedoch nicht die besondere Verantwortung aller jüdischen Menschen sondern nur die Verantwortung der Israelis betreffe. Wir selbst hatten uns nicht an dem Aufbau des israelischen Staates beteiligt, wir konnten dort nicht an Wahlen teilnehmen und konnten daher auch für nichts verantwortlich gemacht werden. Wir waren wütend über die Annahme, daß es nur eine Form der Identität gäbe, die zionistische Identität. Wir bemühten uns weiterhin um die Konstruktion und die Artikulation einer anderen Identität, die sich auf die Erfahrung des Antisemitismus in der Diaspora gründete. Wir weigerten uns einfach, uns ernsthaft mit Israel zu befassen. Wir haben uns aus Israels Angelegenheiten herausgehalten.

Wir hatten jedoch die Rechnung ohne den Wirt gemacht: Israel betrachtet alle jüdischen Menschen, und daher auch uns, als Angelegenheit des israelischen Staates. Israel spricht im Namen aller Juden und Jüdinnen, und daher auch in unserem Namen, und Israel recht-

<sup>10</sup> Das Gesetz über die Rückkehr von 1950 besagt, daß alle Juden und Jüdinnen in der ganzen Welt das Recht haben, nach Israel zu migrieren und sich dort niederzulassen. Das Gesetz über die Staatsbürgerschaft von 1950 bestimmt außerdem, daß jüdischen EinwanderInnen automatisch die israelische Staatsbürgerschaft zuerkannt wird, während palästinensische AraberInnen, die in diesem Land geboren wurden und deren Familien dort schon seit Generationen gelebt haben, nicht automatisch das Recht auf Staatsbürgerschaft erhalten.

<sup>11</sup> Nur eine Minderheit innerhalb der feministischen Bewegung definiert sich selbst als Zionistinnen. Zum Beispiel hat Letty Cottin Pogrebi Zionismus einfach als "einen affirmativen Aktionsplan auf nationaler Ebene" bezeichnet. Shelley Horwitz sah im Zionismus eine Parallele zu einem starken Frauenkampf: "Ähnlich wie von Frauen wird von jüdischen Menschen immer Selbstaufopferung erwartet. Zionistinnen verweigern sich dieser Erwartung."

Siehe Letty Cottin Pogrebi: "Anti-Semitism in the Women's Movement, Ms (June 1982).

Siehe Shelley Horwitz: "Letter from Jerusalem", in Evelyn Torton Beck (Hg.), *Nice Jewish girls: a lesbian anthology*, Trumansburg, NY, 1982.

fertigt seine Politik im Namen unseres Überlebens als jüdisches Volk. Israel ergreift Position für uns, und durch unsere Unfähigkeit, uns klar dagegen auszusprechen, stimmen wir faktisch gesehen der israelischen Politik zu. Unsere fehlende Position zum Staat Israel ist effektiv schon eine Position.

Jedesmal, wenn sich die Frauenbewegung gegen Israel gerichtet hat oder sich für das palästinensische Volk aussprach, haben wir mit dem Ruf nach mehr Solidarität mit uns als Jüdinnen reagiert. Das wurde besonders deutlich in der Auseinandersetzung innerhalb der größten britischen Frauenzeitung "Spare Rib". Auf einen Artikel von arabischen und anti-zionistischen israelischen Frauen über den Libanon im August 1982 reagierten jüdische Feministinnen mit einem Beitrag über Antisemitismus im Oktober 1982. Im November 1982 erschien der Beitrag "Women for Palestine say why they oppose Zionism" (Frauen für Palästina erklären, warum sie gegen den Zionismus sind), im Februar 1983 der Artikel "Words from nice Jewish girls" ("Ein paar Worte von netten jüdischen Mädchen"). Als am Ende die jüdischen Feministinnen mit ihrer Absicht scheiterten, die Frauenzeitung davon abzuhalten, weiterhin den Kampf palästinensischer und libanesischer Frauen gegen die israelische Unterdrückung durch Publikationen zu unterstützen, verließen sie zusammen das Zeitungskollektiv und gründeten ihr eigenes separatistisches jüdisches feministisches Magazin "Shifra".

Eine zweite Verhaltensvariante, die eng mit der nicht existierenden Position zu Israel ("non position-position" im englischen Original, Anm. der Übersetzerin) zusammenhing, war, so zu tun, als sei Israel eigentlich wie jeder andere Staat auch zu behandeln. Da jedoch so viele jüdische Menschen dort lebten, sei es wichtig für uns als Jüdinnen und Feministinnen uns anzusehen, wie in Israel Frauen behandelt werden.<sup>12</sup> Wir reduzierten somit ein massives internationales Problem, den Staat Israel, simplifizierend auf den Ausdruck von Männerherrschaft. So sah "Shifra" die Wurzeln aller Unterdrückung in Israel (einschließlich der Unterdrückung der PalästinenserInnen) darin be-

<sup>12</sup> Einige jüdische Feministinnen haben argumentiert, daß arabische Frauen unter der israelischen Okkupation als Frauen von dem "zivilisatorischen" Einfluß der Israelis profitiert hätten. Da Israel eine aufgeklärte Demokratie sei, befreie Israels Einfluß arabische Frauen von den rückständigen, feudalen Sitten der arabischen Männer.

gründet, daß Israel eine männerdominierte Gesellschaft sei.<sup>13</sup> Und die MitautorInnen eines Beitrages zu Israel in der Anthologie "Nice Jewish girls" ("Nette jüdische Mädchen") mit dem Titel "Next year in Jerusalem" ("Nächstes Jahr in Jerusalem") argumentierten, daß Israel von der Diskriminierung gegen Lesben befreit werden müsse.<sup>14</sup> Die Wahrnehmung der Unterdrückung von Lesben durch den israelischen Staat führte nicht dazu, daß sie die Unterdrückung von anderen Gruppen aufgriffen. Die Autorinnen konzentrierten sich alleine darauf, wie Lesben sich gegen ihre Unterdrückung in Israel wehren können. Anders ausgedrückt bedeutet dies, daß die lesbische Erfahrung nicht dazu beigetragen hat, die Frage nach der Befreiung aller Unterdrückten in Israel zu stellen. Es ging nur um die Emanzipation der eigenen Gruppe. Ähnlich wie die historische Erfahrung der Unterdrückung von jüdischen Menschen dazu geführt hat, daß sie in dieser Erfahrung gefangen bleiben.

Darüberhinaus bedeutet die Beschränkung dieser Feministinnen auf die Freiheit sexueller Ausdrucksmöglichkeiten für Frauen, daß sie weitere zentrale Zusammenhänge nicht begreifen. Der Grund, warum die israelische Gesellschaft so feindlich auf Homosexualität und auf das Recht auf Abtreibung reagiert, muß natürlich im Zusammenhang mit dem grundlegenden Charakter dieser Kolonialmacht gesucht werden, die darauf angewiesen ist, mit Zwang eine Bevölkerungspolitik durchzusetzen, die die jüdische Kontrolle über Israel und über die besetzten arabischen Gebieten gewährleistet. Diese Tatsache erfordert wiederum die Institutionalisierung und Legitimierung von Rassismus. Ein Rassismus, der sich in Entscheidungen manifestiert, wer in Israel Land kaufen darf, wo Menschen Häuser erwerben dürfen und wo die ArbeiterInnen leben können. Dieses System ist vergleichbar mit dem der Apartheid in Südafrika.<sup>15</sup> Dadurch, daß einige Feministinnen, die Unterdrückung von Frauen in Israel auf das Patriarchat reduzieren, verstoßen sie gegen das umfassendste feministische Prinzip gegen alle Formen von Unterdrückung zu kämpfen. Damit wird die Basis einer umfassenden Frauensolidarität einfach aufgegeben.

<sup>13</sup> Siehe das Editorial in Shifra (Kislev, 5745/December 1984).

<sup>14</sup> Evelyn T. Beck (Hg.): Nice Jewish girls: a lesbian anthology, Trumansburg, NY, 1982.

<sup>15</sup> Siehe zum Beispiel Orit Shohat: "A person should not grow a tomato", Ha'aretz (21 September 1985), und Oded Lifshitz: "The slaves of the taxi", Hotam (24 May 1985) und Uri Davis: Israel: the apartheid state, London 1987.

Indem wir die Ausgrenzung als Grundlage des Zionismus und die rassistische Praxis des Staates Israel einfach ignorierten (indem wir so taten, als sei Israel genauso wie jeder andere Nationalstaat), sind wir gescheitert und haben uns nicht gegen die auffälligste Unterdrückung von unseren palästinensischen Schwestern ausgesprochen.

Wo ist unsere Solidarität mit den palästinensischen Frauen, was tun wir gegen den untergeordneten Status der sephardischen Frauen innerhalb Israels, was können wir dazu beitragen, die besondere Erniedrigung der Falasha-Familien (äthiopische JüdInnen) zu beenden?<sup>16</sup>

Einige von uns fühlten sich gezwungen, Israel und die Vertreibung der PalästinenserInnen anzuklagen, versuchten aber gleichzeitig, sich am Rockzipfel des Zionismus festzuhalten. Das sah dann so aus, daß sich unsere Kritik immer gegen eine bestimmte politische Praxis oder gegen einzelne politische Führer (die sowieso männlich waren) richtete und unsere Formulierungen so vorsichtig gewählt waren, daß nichts weitergehendes hineininterpretiert werden konnte.

"Israel ist ohne Zweifel eine patriarchale und theokratische Gesellschaft, feindselig gegenüber Frauen und besonders gegenüber lesbischen Frauen. Es gibt darüber hinaus ernsthafte Probleme mit Israels Außenpolitik und mit der Behandlung des palästinensischen Volkes", befindet Evelyn Torton Beck. Aber sie fährt fort: "Unabhängig davon, wie kritisch jüdische Menschen die israelische Innen- und Außenpolitik betrachten, ist es wahrscheinlich so, daß die meisten von uns der Idee eines jüdischen Staates positiv gegenüberstehen".<sup>17</sup> Sie stimmt mit der Logik des Zionismus überein, möchte sich jedoch von der Führung und der aktuellen Praxis distanzieren. Gill Seidel, eine britische jüdische Feministin, vertritt eine ähnliche Position. Im Gefolge der Massaker in Sabra und Shatila, geschockt durch die Ereignisse und bestrebt, den ganzen Horror zu enthüllen, übersetzte und veröffentlichte sie die ZeugInnenaussagen von Überlebenden.<sup>18</sup> An diesem Punkt hörte ihre Kritik jedoch schon wieder auf. Sie will den Zusammenhang zwischen dem, was Israel tut, und dem, was Israel ist (mit

16 Siehe zum Beispiel Felicia Langer: "Those who teach to hate", Zu Haderech (28 February 1986); Ilan Halevi: "A history of the Jews", London 1987, ch 7, und Jerusalem Post (3 August 1985).

17 Evelyn Torton Beck, "Next year in Jerusalem", in Evelyn T. Beck (Hg.), *Nice Jewish girls*.

18 Siehe Race & Class (Vol. XXIV, no. 4, Spring 1983).

seinen Ursprüngen und mit seiner Ideologie), nicht sehen. Für sie berührt die Infragestellung der Handlungen Israels in Verbindung mit der Infragestellung des Staates Israel die Frage nach der Existenz und dem Überleben des jüdischen Volkes an sich. Sie hat kürzlich die antizionistische Historikerin Lenni Brenner für ihren "böartigen antisemitischen Aufsatz" öffentlich verurteilt.<sup>19</sup> Damit rechtfertigt sie stillschweigend die Zensur des Theaterstücks "Perdition" von Jim Allen (ein Stück, das die Kollaboration einiger ungarischer zionistischer Führer mit den Nazis thematisiert). Sie tut das auf der Grundlage, daß jeder Angriff "auf die Legitimität des Staates Israel im Unterschied zu Israels Politik" die "Hauptstütze des antisemitischen Diskurses" bilde.<sup>20</sup>

Eine andere Variante dieser neo-zionistischen Haltung stellt die nicht-zionistische Position dar. Sie ist eine Art Versuch, sich neutral zu verhalten, wie wir ihn in der Zeitschrift "Shifra" wiederfinden, der jedoch nur von den zentralen Fragestellungen abstrahiert.

"Als jüdische Feministinnen haben wir ein besonderes Verhältnis zu Israel. Wir verstehen die Gründe für die Existenz Israels, und wir verteidigen das Recht des jüdischen Volkes auf eine eigene Heimat. Wir glauben jedoch, daß dieses Recht nicht auf Kosten des palästinensischen Volkes durchgesetzt werden soll".<sup>21</sup> Aber Israel ist nicht ein Ding der Zukunft, und Israel wurde tatsächlich auf Kosten der PalästinenserInnen gegründet. Und die jüdische Heimat bedeutet eine Heimat nur für jüdische Menschen, unter Ausschluß aller anderen.

Elly Bulkin nicht-zionistische Version drückt sich auf der anderen Seite dadurch aus, daß sie "beide nationalen Bewegungen, die palästinensische und die jüdische, unterstützt".<sup>22</sup> Sie sieht weder die gegenseitige Abhängigkeit dieser Bewegungen, noch begreift sie, daß die historische Besonderheit dieser nationalen Bewegungen sie in einen gewaltigen Widerspruch zueinanderstellt: Es gäbe keine palästinensische Befreiungsbewegung ohne die jüdische nationale Bewegung. Die erste existiert aufgrund und in Opposition zu der anderen. Bulkin weigert sich anzuerkennen, daß es sich bei der jüdischen nationalen Bewegung um eine koloniale Bewegung handelt, die von ih

19 Gill Seidel: *The Holocaust denial*, Leeds 1986.

20 Brief an den Guardian (21 January 1987).

21 Shifra (Kislev, 5745/December 1984).

22 Elly Bulkin: "Hard ground: Jewish identity, racism and anti-Semitism", in E. Bulkin, *Yours in struggle*, New York 1984.

rer Natur her expansionistisch und in ihren Zielen ausgrenzend ist, indem versucht wurde, einen rein jüdischen Staat aufzubauen. Von dessen Last versucht die palästinensische Bewegung ihr Volk zu befreien. Genauso wenig erlaubt die Art und Weise, wie Bulkin beide Bewegungen unterstützt, die Anerkennung des palästinensischen Anspruchs auf einen (säkulären) binationalen Staat, da dadurch der jüdische Staat an sich in Frage gestellt würde. Bestenfalls ist die Konsequenz ihrer Position die Befürwortung von zwei getrennten Staaten, ein Staat für die Juden und Jüdinnen und der andere (die Westbank und Gaza) für die PalästinenserInnen, was einer gezähmten Version des Zionismus gleichkommt (ausgrenzend, dafür jedoch nicht expansionistisch). Im wesentlichen zeigt sich ihre Unfähigkeit, das dialektische Verhältnis zwischen beiden Bewegungen zu begreifen. Ihr nicht-zionistischer Zionismus<sup>23</sup> droht in eine Sackgasse zu führen, in der sie sich, wenn sie sich selbst nicht negieren will, mit beiden Bewegungen gleichzeitig auseinandersetzen muß.

### Anti-Zionismus = Anti-Semitismus

Selbst unsere mutigsten Versuche, nicht-zionistische Positionen zu finden und gleichzeitig gewissen feministischen Prinzipien treu zu bleiben, lösen sich in Luft auf, wenn wir es mit Anti-Zionistinnen und besonders mit feministischen Vertreterinnen zu tun haben. In diesen Konfrontationen zeigen so viele von uns unsere wahren Sympathien, wir werden am Ende doch zu Verteidigerinnen von Israel. Wir können schließlich doch nicht, so unsere entgeltliche Analyse, Israel einfach aufgeben. Einige von uns äußern sich sehr scharf zu diesem Punkt. Pogrebin erklärt: "Ich habe keine Toleranz gegenüber Anti-Zionistinnen, auch wenn sie Feministinnen sein mögen. ... Ich bin zu der Überzeugung gelangt, daß Anti-Zionismus gleichbedeutend ist mit Anti-Semitismus, da in der heutigen politischen Realität die Grundlage des Anti-Zionismus das Ende für alle Juden und Jüdinnen bedeutet".<sup>24</sup>

Die jüdische feministische Studiengruppe "Di Vilde Chayes" schreibt: "Zionismus ist eine Strategie gegen Anti-Semitismus und für das Überleben aller jüdischen Menschen. Kritik an der Politik Israels

<sup>23</sup> Diese beschriebene Position wird nicht nur von Bulkin eingenommen.

<sup>24</sup> Lettin Cottin Pogrebin: Anti-Semitism in the Women's Movement, Ms (June 1982).

ist nicht an sich schon anti-semitisch, noch ist sie anti-zionistisch. Aber der Anti-Zionismus fordert die Auflösung des Staates Israels .... Letztlich würde die Auflösung des Staates Israel einen Freischein für einen zunehmenden weltweiten Anti-Semitismus und somit die Bedrohung aller Juden und Jüdinnen bedeuten, unabhängig davon, wo immer wir auch leben mögen. Jegliche anti-zionistische Position ist daher anti-semitisch".<sup>25</sup> Solche Feministinnen ziehen sich ganz einfach auf grundsätzliche zionistische Positionen zurück: Jüdische Menschen besitzen aufgrund ihrer Verfolgungsgeschichte das Anrecht auf eine eigene Heimat. Zionismus ist eine Strategie für das jüdische Überleben, Israel ist der wichtigste Schutz gegen Anti-Semitismus. Israel oder die Ideologie, die zu seiner Existenz geführt hat, in Frage zu stellen bedeutet daher, die Existenz aller jüdischen Menschen in Gefahr zu bringen. Die genannten Feministinnen versuchen nicht, Israels Innen- oder Außenpolitik zu verteidigen (was für jede Feministin sicherlich auch eine sehr harte Aufgabe darstellen würde). Stattdessen verschieben sie die Richtung der Diskussion, so daß Israel plötzlich aufhört, eine materielle Kraft zu sein und zu einer Metapher für das Überleben wird. (Sie sind sich wahrscheinlich noch nicht einmal bewußt, daß ein Teil der zionistischen Philosophie darin bestand hat, gerade diese Metapher zu verbreiten und weltweit der Gedanken durchzusetzen, daß es keinen Unterschied zwischen israeli- und jüdisch-Sein gibt.<sup>26</sup> Alle GegnerInnen Israels werden somit in die Rolle von moralisch degenerierten Menschen gedrängt, die keinerlei Anerkennung für die Tiefe unseres Leidens zeigen. Wenn wir darüberhinaus jüdische Gegnerinnen sind, so leiden wir natürlich unter einem starken "Selbsthaß".

Liberalen "Nicht-Zionistinnen" wie Elly Bulkin kommen zu dem selben Schluß, wenngleich auch mit einigen Ausflüchten. "Während Anti-Zionismus von vielen Menschen vertreten wird, die Anteil nehmen mögen am Schicksal des jüdischen Volkes", schreibt sie, "so wird er doch weit häufiger von denen geäußert, die sich bestenfalls gleichgültig zeigen gegenüber der Unterdrückung von jüdischen Menschen".<sup>27</sup>

<sup>25</sup> Di Vilde Chayes, zitiert in "Alliance against Women's Oppression, Zionism in the Women's Movement", San Francisco, October 1983.

<sup>26</sup> Siehe Maxime Rodinson: "Self criticism", in Cult, ghetto and state, London 1982.

<sup>27</sup> Elly Bulkin: "Hard ground".

Selbst diejenigen, die verstehen, daß Israel, weit entfernt davon unser Überleben zu sichern, durch seine expansionistische und aggressive Politik eher unsere Unsicherheit vorantreibt, weigern sich, Israel öffentlich anzugreifen. Stattdessen haben sie das Ereignis der israelischen Invasion im Libanon zum Anlaß genommen, die Notwendigkeit zu rechtfertigen, einen Stolz durch eine Art Mystifizierung unseres Jüdisch-Seins zu entwickeln, der uns gegen den von den Aktivitäten Israels möglicherweise entfachten Anti-Semitismus schützen sollte. Es ist wirklich absurd, daß die Aggression Israels oft den Anlaß für den Ausdruck dieses Jüdisch-Seins abgeben muß. Die Filmemacherin Dominique Green, zum Beispiel, bekennt in einem Interview mit der Überschrift "Seelensuche", daß sie während der israelischen Invasion im Libanon zu einem Bewußtsein über ihre jüdische Identität gelangt sei.<sup>28</sup> Als Leiterin eines kulturellen Filmfestivals, das zur Zeit der Invasion in London stattfand, beschloß sie trotz des anhaltenden Granatenfeuers und der Bombardierungen durch den jüdischen Staat mit den Veranstaltungen fortzufahren. Ihre Begründung dafür war ihre Angst vor den Reaktionen der Presse, "den Zeitungen, die schon seit 1945 nur darauf warten, endlich das loszuwerden, was sie schon immer über die Juden sagen wollten", und denen die Taten Israels "einen Vorwand bieten könnten, um die Hetze neu in Gang zu setzen". Jeder ihrer Gedanken an eine Unterbrechung des Festivals, als eine adäquate Antwort auf die Bombardierung Libanons, wurde durch ihre Entschlossenheit, der Welt zu beweisen, "es sei jetzt an der Zeit sich damit zu beschäftigen, was Jüdisch-Sein wirklich bedeutet" beiseitegeschoben.<sup>29</sup> In ihrer Absicht, jüdische und nicht-jüdische Menschen zu erreichen und zu beeinflussen, wäre sie wesentlich wirkungsvoller gewesen, wenn sie als Jüdin aus ihrem Entsetzen über die Verbrechen im Namen des jüdischen Volkes heraus, das Filmfest aus Protest einfach abgesagt hätte.

Solche oder ähnliche Versuche, unser Jüdisch-Sein angesichts der Aktivitäten des Staates Israel in Schutz zu nehmen, führten natürlich zu einer zunehmenden Polarisierung der Diskussion innerhalb der Frauenbewegung, die weiterhin ihre starke Sympathie für die Belange ihrer palästinensischen Schwestern beibehielt. Als Konsequenz gab es nun zwei Debatten ohne jegliche Verbindung zueinander, eine De-

<sup>28</sup> Julia Pascal: "Soul Search", Time Out (7-13 March 1986).  
<sup>29</sup> Ebenda.

batte um den Mittleren Osten und eine über Anti-Semitismus und unsere Identität. Einige wenige Feministinnen versuchten tapfer, die beiden Diskussionen wieder zusammenzubringen. In Britain war es zum Beispiel Nira Yuval-Davis, die erklärte, daß die Kämpfe gegen Rassismus, gegen Zionismus und gegen Anti-Semitismus zusammengehören und alle drei Bestandteil einer feministischen Politik sein müssen. Sie hat, einen Schritt weitergehend als die "Nicht-Zionistinnen", die Israel nur für ihre rassistische Enteignungspolitik gegenüber den PalästinenserInnen kritisieren, herausgestellt, daß die zionistischen Gründer mit den Erz-Anti-Semiten die rassistische Vorstellung über die Unvereinbarkeit des Zusammenlebens von jüdischen und nicht-jüdischen Menschen teilten, und daß Israel heute in der Dritten Welt eine Rolle spielt, die Israel auf die Seite der imperialistischen Unterdrücker stellt. Yuval-Davis Position lautete, daß der Kampf gegen Anti-Semitismus dem Kampf gegen Rassismus gleichgestellt werden muß, daß es darüberhinaus aber auch notwendig ist, Israel objektiv zu bewerten und die Realität seiner Existenz zu begreifen. Ihre Position wurde von den meisten einfach ignoriert.<sup>30</sup> Innerhalb der Diskussionen der US-amerikanischen und britischen Frauenbewegung begann sich stattdessen seit 1982 die Ansicht durchzusetzen, daß Anti-Zionismus das gleiche bedeute wie Anti-Semitismus. Letty Pogrebin, die in dem einflußreichen Frauenmagazin "Ms" publiziert, nannte Anti-Semitismus "die verborgene Krankheit der Bewegung".<sup>31</sup> Ihre Position fand bei zahlreichen jüdischen Feministinnen Anklang, die nicht müde wurden, immer wieder die gleichen anti-semitischen Gesprächsfetzen zu zitieren, die so oft gehörten Bemerkungen auf Frauenkonferenzen zu wiederholen, und die gleichen Geschichten nachzuerzählen. In der Auseinandersetzung um die Spaltung des Zeitungskollektivs von "Spare Rib" in Britain nannte ein Mitglied des Kollektivs, Bev Gole Anti-Zionismus "nichts anderes als einen Deckmantel für Anti-Semitismus". Sie sagte gegenüber der Zeitung "Jewish Chronicle": "Die Ereignisse innerhalb der Redaktion von Spare Rib sind ein Mikrokosmos für das, was innerhalb der gesamten Frauenbewegung abläuft, und das wiederum ist ein Mikrokosmos für die gesamte Welt".<sup>32</sup>

<sup>30</sup> Nira Yuval-Davis: "Zionism, anti-Semitism and the struggle against racism", Spare Rib (September 1984).

<sup>31</sup> Letty Pogrebin: "Anti-Semitism in the Women's Movement", Ms (June 1982).

<sup>32</sup> "Sisters in despair", Jewish Chronicle (20. Mai, 1983).

Das jüdische Establishment (nicht unbedingt berühmt für seine fortschrittlichen und feministischen Prinzipien) brauchte nicht lange, um jüdische Feministinnen zu ermutigen, den Ärger über das unsolidarische Verhalten ihrer Schwestern an diesem Punkt zum Ausdruck zu bringen. Jane Moonman, die Direktorin des "British/Israel Public Affairs Committee", berichtete vor einem einflußreichen, wenn auch privaten, internationalen Symposium über Anti-Semitismus und Zionismus von Frauenpodien, die dazu mißbraucht würden, "den Staat Israel und sein Existenzrecht anzugreifen".<sup>33</sup> Sie warf anti-zionistischen Feministinnen die unsolidarische Anwendung von Zensur vor, da sie sich angeblich weigerten, kritische Briefe zu veröffentlichen. Linda Bellos, eine schwarze jüdische Frau im Zeitungskollektiv, beschwerte sich bei der "Jewish Chronicle", daß "Spare Rib" sich durch die Ablehnung der Veröffentlichung solcher Briefe von jüdischen Feministinnen von der feministischen Maxime entfernt habe, die da lautet: "Wir müssen die Erfahrungen aller Frauen anerkennen, egal woher sie kommen und was sie sein mögen". Die Redaktion von "Spare Rib" schließe als einzige Ausnahme die Erfahrungen jüdischer Frauen aus.<sup>34</sup>

Die Diskussion hatte sich vom Thema Israel zu der Frage, was den wahren Feminismus ausmacht, wegbewegt! Jüdische Radikalfeministinnen, die Unterstützung erhielten von hochgestellten jüdischen Persönlichkeiten, gaben die These aus, daß Feminismus nur etwas mit den persönlichen Erfahrungen von Frauen zu tun habe. Alle Erfahrungen, die Frauen machen, müßten gleich gewertet werden. (Auch die Erfahrungen von Frauen aus der rechten Nationalen Front?) Die Unterdrückung von Erfahrungen und Meinungen - in anderen Worten, die Weigerung zu akzeptieren, daß es zwei Ansichten zur Israel-Frage gebe - sollte keinen Platz innerhalb der Frauensolidarität haben. Tatsache sei, daß die Frauensolidarität durch die eindeutige Parteinahme für die palästinensischen Frauen verraten worden sei, auf Kosten der jüdischen Feministinnen, die uns eigentlich näher stehen sollten. Wenn sich Feministinnen von Anfang an nur um feministische Angelegenheiten gekümmert und sich nicht in männliche Themen und männliche Politik eingemischt hätten - das heißt, in den Bereich von

33 Jane Moonman: "The Women's Movement: two case studies", in *Anti-Semitism, Zionism, the link*, London 1984.

34 "Sisters in despair", *Jewish Chronicle* (20. Mai, 1983).

Internationalismus - dann wäre das Problem erst gar nicht entstanden. In der abschließenden Analyse erscheint dieser angebliche Verrat von Feministinnen an feministischen politischen Prinzipien als Grundlage für die Unterdrückung von Frauen durch andere Frauen. Jüdische Frauen werden somit zum Opfer des Rassismus ihrer Schwestern gemacht.

### **Anti-Semitismus = Rassismus oder die Theorie von der Gleichheit der Unterdrückungsverhältnisse**

Der Vorwurf des Anti-Semitismus an die Frauenbewegung ging noch weiter. Einige jüdische Feministinnen sahen Anti-Semitismus nicht nur als etwas, was sich in der Haltung der Anti-Zionistinnen zu Israel-Frage manifestierte. Sie fühlten sich marginalisiert und ausgegrenzt durch eine dominante nicht-jüdische Kultur, die der jüdische Erfahrung nur wenig Beachtung schenkte, und ihren eigenen Antisemitismus praktizierte. Die Dringlichkeit, eine positive jüdische Identität zu schaffen und zu fördern, wurde mit der gleichermaßen dringlichen Aufgabe verbunden, Anti-Semitismus in all seinen Formen aufzudecken, anzugreifen und zu bekämpfen.

Zehn Jahre lang oder auch mehr hatten schwarze Feministinnen darum gestritten, daß auch Feministinnen rassistisch sein können und daß sogar die zentralen "Glaubensgrundsätze" des Feminismus die einen Universalismus zwischen allen Frauen betonen, dazu führen können, daß bestimmte Kategorien von Frauen einfach ausgeschlossen werden. Nun bedienten sich jüdische Feministinnen des gleichen Arguments und versuchten herauszustellen, daß unser Anliegen genauso wertvoll war. Es war uns jedoch bis zu einem gewissen Grade bewußt, daß wir als Konkurrentinnen und nicht so sehr als Unterstützerinnen unserer schwarzen Schwestern angesehen werden könnten, weil wir an andere Feministinnen die Forderung stellten, uns als unterdrückt zu betrachten und uns deshalb einen besonderen Platz der Frauensolidarität einzuräumen.<sup>35</sup> Daher haben wir immer wieder

35 Eine Möglichkeit, die Sichtweise eines konkurrierenden Kampfes zu umgehen, war, so zu tun, als sei die Erfahrung der jüdischen Diaspora kulturell so verschieden, daß sie auch eine "schwarze" Dimension beinhalten könnte. Jüdische feministische Anthologien, Konferenzen und Workshops bemühen sich ständig um einen symbolischen "Sephardic" Beitrag, der die unterschiedlichen kulturellen Erfahrungen



hervorgehoben, daß unsere eigene Unterdrückung nicht identisch sei mit der von schwarzen Frauen. Es sei eine andere Form von Unterdrückung, die jedoch genauso bedeutungsvoll sei. Wir folgten sozusagen der feministischen Litanei in der Argumentationsweise, daß es falsch sei, unterschiedliche Unterdrückungsverhältnisse nach dem Grad ihrer Wichtigkeit in eine Hierarchie zu bringen, oder anzunehmen, daß z.B. der Kampf gegen den Rassismus gegen Schwarze uns daran hindert gegen Anti-Semitismus zu kämpfen. In Britain haben Feministinnen wie Naomi Dale dafür plädiert, zwischen zwei Arten von Rassismus zu unterscheiden: Einem Rassismus, der verbunden ist mit Ausbeutung und der schwarze Menschen betrifft, und einem Rassismus, der bestimmte Gruppen von Minderheiten zu Sündenböcken abstempelt. Sie kritisierte Analysen, die Rassismus mit Klassenfragen zusammenbringen, da sie "die besonderen Angriffe auf Minderheitengruppen mit gemischter Klassenzugehörigkeit ignorierten, die gerade aufgrund ihres gemischten Klassenhintergrunds oder ihrer hauptsächlichlichen Mittelschichtsherkunft eine besondere Angriffsfläche bieten".<sup>36</sup>

In den USA sind jüdische und schwarze Feministinnen weitergegangen, indem sie versucht haben, "Brücken zu schlagen", eine "Bündnispolitik" aufzubauen, "sich gegenseitig zu erreichen", durch Konferenzen, Seminare, Bewußtseinsstraining und durch Publikationen, die die Gemeinsamkeiten der Unterdrückungserfahrungen von schwarzen und jüdischen Frauen betonen. Die Grundlage bildete die Annahme, daß schwarze und jüdische Frauen gleichermaßen die Opfer von Rassismus und von Ausgrenzung einer weißen und nicht-jüdischen Kultur seien.

In Britain fand eine ähnliche Annäherung statt. Diesmal auf der Basis, daß alle ethnischen Minderheiten die gleiche Unterdrückung erfahren. Jüdische Menschen, genau so wie Menschen aus Jamaika oder Pakistan, Sikhs, ZypriotInnen oder ChinesInnen (ein wahres Pot-Pouri von Kategorien), galten nun als ethnische Minderheit, und teilten die gemeinsame Erfahrung von Unterdrückung mit diesen Gruppen. Die Linke, der es in den Nachkriegsjahren nicht gelungen war,

gen des orientalischen Judentums herausstellen soll. (Sie vermeiden jedoch vollständig eine Analyse der Klassenausbeutung in Israel von sephardischen Juden durch ashkenasische Juden.)

<sup>36</sup> Naomi Dale: "Black versus ethnic conflict in anti-racism", Jewish Socialist (No. 4, Winter 1985/6).

der Autonomie des schwarzen Kampfes innerhalb des Klassenkampfes Rechnung zu tragen, rückte nun nach ihrem "Abschied vor der Klasse" immer mehr in Richtung Autonomie der Kämpfe ohne Klassenhintergrund. Der Schwenk der Linken zu einem "kulturellen Pluralismus" ("Culturalism" im englischen Original, Anm. der Übersetzerin)<sup>37</sup> ergab für jüdische Gruppen, die nach einer neuen und anerkannten linken Identität suchten, die Möglichkeit, sich in diesen neuen "kulturellen" Rahmen zu verorten. Die meisten der links orientierten Stadtverwaltungen, besonders der Greater London Council (Londoner Stadtrat), waren bestrebt, eine Gleichbehandlung aller ethnischen Minderheiten herbeizuführen. Indem sie unter der Rubrik Anti-Rassismus versuchten, alle ethnischen Gruppen gleichermaßen zu unterstützen und finanziell zu fördern, wurde Ethnizismus bald zum Äquivalent für Anti-Rassismus. David Rosenberg von der "Jewish Socialist Group" begrüßte die Tatsache, daß die anti-rassistische Bewegung "den kulturellen Selbstbestimmungskampf der Minderheiten als positive Kraft endlich angenommen hat".<sup>38</sup> Das vom Greater London Council finanzierte "Jewish Cultural and Anti-Racist Project" versucht, "bei jüdischen Menschen ein stärkeres Bewußtsein über ihre Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe zu schaffen, die vergleichbare Bedürfnisse und Ansprüche hat wie andere Minderheiten auch". Die "Jewish Socialist Group", so erklärte Rosenberg, "ist nicht den langen Marsch gegen Anti-Semitismus und Rassismus angetreten, um am Ende wieder im Dunkeln zu verschwinden".<sup>39</sup> Sogar eine Feministin wie Nira Yuval-Davis, die versucht hatte, den Feminismus klar und deutlich mit Themen wie Zionismus, Rassismus und Anti-Semitismus zu konfrontieren, begrüßte nun Ethnizität als ein politisches Medium für jüdische Feministinnen in der Diaspora. Als eine israelische Jüdin, die in England lebt und schreibt, beschwerte sie sich, daß "eine Sichtweise, die sich ausschließlich auf den Rassismus konzentriert

<sup>37</sup> Die Art und Weise, wie versucht wurde, Ethnizität als eine Strategie zur Fragmentierung und Entpolitisierung des schwarzen Kampfes einzusetzen und ihn zu einer Auseinandersetzung zwischen verschiedenen kulturellen Gruppen zu machen, die sich nur noch um das eigene Wohlergehen kümmern, ist schon in einer früheren Ausgabe von Race & Class analysiert worden. Siehe zum Beispiel A. Sivanadan: "Challenging racism: strategies for the '80s", Race & Class, Volume XXV, no. 2, Autumn 1983.

<sup>38</sup> David Rosenberg: "Yiddish today", Jewish Socialist (No. 1, Spring 1985).

<sup>39</sup> David Rosenberg: "An independent Jewish platform", Jewish Socialist (No. 1, Spring 1985).



nicht in der Lage ist, die Unterschiedlichkeiten der Erfahrungen von ethnischen Gruppen zu erfassen... Die Wahrnehmung und Definition von "schwarzen Frauen" .. führt dazu, daß nicht-britische, nicht-schwarze Frauen ... im politischen Kampf nicht auftauchen".<sup>40</sup>

In der Praxis hat sich der Anspruch auf politische Anerkennung für jüdische Feministinnen nicht unbedingt in einer offenen Konkurrenz mit schwarzen Feministinnen ausgedrückt, aber zumindest in dem Versuch geäußert, auf einen bereits fahrenden Zug aufzuspringen und die Kämpfe gegen Unterdrückung mechanistisch gleichzusetzen. Das wird besonders deutlich in dem Buch "Yours in Struggle", das auf beiden Seiten des Atlantiks als eine Art Pionierwerk gilt. Eine weiße nicht-jüdische Feministin, eine weiße jüdische Feministin und eine schwarze Feministin stellen ihre Sichtweisen zu Rassismus und Anti-Semitismus dar, und reflektieren über ihre individuellen Strategien, diese Unterdrückungsverhältnisse zu überwinden. Elly Bulkin, die eine Parallele zwischen diesen Unterdrückungsformen sieht, fordert das Recht ein, schwarze Frauen nach ihrem praktischen Kampf gegen Anti-Semitismus zu befragen, bevor sie sich mit ihnen auf ein gemeinsames Podium setzt. Für Bulkin sind Anti-Semitismus und Rassismus gleichermaßen internalisierte Formen von Unterdrückung. Barbara Smith, die schwarze Mitautorin des Buches, stimmt mit Bulkins Definition des Problems überein. "Ich bin anti-semitisch", gibt sie zu. "Ich habe den Anti-Semitismus, ob ich will oder nicht, alleine dadurch, daß ich in dieser Gesellschaft lebe, verinnerlicht".<sup>41</sup> Alle Schwarzen haben nach diesem feministischen Verständnis Anti-Semitismus verinnerlicht. Jüdische Menschen haben Rassismus verinnerlicht und nicht-jüdische Menschen den ganzen Mist auf einmal. Die Aufgabe muß daher sein, unsere Köpfe und unser Handeln von all diesen schlechten Gedanken und dem schlechten Betragen zu befreien. Das bedeutet, die Klischeevorstellungen, die uns von der herrschenden Kultur eingetrichtert wurden, zurückzuweisen und die unterschiedlichen Unterdrückungsformen wieder ins richtige Verhältnis zu setzen (das symmetrische Gleichgewicht der unterschiedlichen Unterdrückungsverhältnisse wiederherzustellen), indem wir schwarze Menschen ver-

40 Nira Yuval-Davis and Floya Anthias: "Contextualising feminism: gender, ethnic and class divisions", *Feminist Review* (No. 5, 1983).

41 Barbara Smith: "Between a rock and a hard place: relationships between Black and Jewish Women", in Elly Bulkin u.a., *Yours in struggle*.

anlassen, ihren Anti-Semitismus wahrzunehmen, uns jüdische Menschen unseren Rassismus, und weiße nicht-jüdische Menschen bei des.

Um gerecht zu sein, muß erwähnt werden, daß die schwarze Feministin Barbara Smith, die ihren Teil zu der falschen Gleichsetzung von Unterdrückungsverhältnissen beigetragen hat, zumindest das Ergebnis dieser Gleichsetzung kritisch betrachtet. "Ich glaube, daß der Wunsch von jüdischen Feministinnen nach Unterstützung und Anerkennung momentan in dem Versuch gemündet ist, unsere Bedingungen und die Unterdrückung durch Rassismus und Anti-Semitismus als parallel oder sogar identisch zu beschreiben. Diese Haltung manifestiert sich besonders extrem in dem Anspruch von weißen jüdischen Frauen mit europäischer Herkunft auf eine "Dritte-Welt-Identität".<sup>42</sup> Sie schreibt darüber hinaus: "Ich habe miterlebt, wie einfach es für einige Frauen war, die kritische Reflektion über ihren Anteil an der rassistischen Unterdrückung aufzugeben, und sich ausschließlich auf ihre Opferrolle als jüdische Frauen zurückzuziehen. Außerdem finde ich die unkritische Gleichsetzung der Bedeutung von Anti-Semitismus und Rassismus in der US-amerikanischen Gesellschaft unerträglich".<sup>43</sup>

Aber da Smith innerhalb der verengten Sichtweise einer feministischen Strömung operiert, die Rassismus von Ausbeutung löst, gelangt sie nicht zu einer Analyse des Problems sondern nur zu der nichtssagenden Beobachtung: "Die Unterdrückung von jüdischen Menschen ist nicht identisch mit der Unterdrückung von Schwarzen, aber beide Unterdrückungsformen gehen von derselben weißen männlichen herrschenden Klasse aus".<sup>44</sup>

Rassismus und Anti-Semitismus können nur als "gleich" angesehen werden, weil der Feminismus die Bedeutung von Rassismus durch zunehmende Personalisierungen verwässert hat. Rassismus wird nicht mehr länger zuerst als strukturelles und institutionalisiertes Problem begriffen, wie es noch in den 60er und 70er Jahren auf-

42 Einige zionistische Feministinnen haben sogar auf internationalen Treffen für sich reklamiert, daß sie genauso Teil einer nationalen Befreiungsbewegung seien wie ihre Schwestern zum Beispiel aus der SWAPO oder dem ANC. Die PLO, die normalerweise als die Befreiungsbewegung in dieser Region anerkannt wird, wird von ihnen als reine terroristische Organisation bezeichnet.

43 Ebenda.

44 Ebenda.

zeigt worden ist, sondern vornehmlich durch den Einfluß bestimmter Strömungen innerhalb der Frauenbewegung als ein Problem verinnerlichter Vorurteile. Ausgehend von den Erfahrungen des Sexismus, wo einzelne/individuelle Männer als Väter, Liebhaber, Ehemänner, Brüder und Vorgesetzte eine individuelle Macht über Frauen ausüben und direkt davon profitieren, haben schwarze Feministinnen dies auf den Rassismus übertragen und sind zu der Ansicht gelangt, daß weiße Menschen, einschließlich der weißen Frauen, Macht über alle schwarze Menschen ausüben und davon profitieren.<sup>45</sup> Macht wird somit zuallererst als ein persönliches Problem zwischen Individuen verstanden - zwischen Männern und Frauen, zwischen Weißen und Schwarzen, zwischen Nicht-Juden und Juden, zwischen Heterosexuellen und Homosexuellen - und nicht bezogen auf ein ausbeuterisches System, das hierarchisch strukturiert ist, um den maximalen Profit aus der größtmöglichen Ausdifferenzierung herauszuschlagen.

Nirgendwo in all den Diskussionen zum Anti-Semitismus von schwarzen Feministinnen und zum Rassismus jüdischer Feministinnen Schwarzen gegenüber (die beide natürlich gleichermaßen verurteilt werden) findet sich eine Analyse davon, wie Gedanken und Vorstellungen, so intolerant sie auch immer sein mögen, von materiellen Bedingungen geprägt werden. Rassismus entsteht ihrer Meinung nach als "Idee", wird als solche verurteilt, und auch als solche bekämpft, und ebenso verhält es sich mit dem Anti-Semitismus.

Wenn Feministinnen Rassismus und Anti-Semitismus nicht ausschließlich auf einer abstrakten Ebene vergleichen würden, sondern sie in Bezug auf ihre spezifischen Ursprünge, Geschichte und sich verändernden Ausdrucksformen untersuchen würden, entstünde sofort Klarheit darüber, inwieweit die beiden Unterdrückungsformen nicht identisch sind, und wie sich die Ebenen unterscheiden, auf denen sie bekämpft werden müssen. Westliche kapitalistische Gesellschaften gründen sich - über Sklaverei und Kolonialismus - auf den Rassismus Schwarzen gegenüber und sind weiterhin von der Aus-

<sup>45</sup> Die Position, daß weiße Individuen direkt von einem Rassismus, der als Ausgangspunkt die Hautfarbe hat, profitieren, ist Grundlage des anti-rassistischen Bewußtseinsstrainings, das in der USA schon lange propagiert wird und auch in Britain enthusiastisch begrüßt worden ist. Eine ausführliche Kritik dieses Ansatzes findet sich in früheren Ausgaben von *Race & Class* wieder. Siehe zum Beispiel A.Sivanadan, "RAT and the degradation of black struggle", *Race & Class* (Vol.XXVI, no.4, Spring 1985).

beutung nicht-weißer Menschen abhängig, sowohl im eigenen Land als auch weltweit. In den meisten westlichen Ländern wurde der Rassismus institutionalisiert und Bestandteil staatlicher Strukturen. Er drückt sich in Gesetzen aus, z.B. in den Einwanderungsgesetzen, im Justizsystem, ebenso wie im Gesundheitswesen und im Ausbildungssystem. Mehrheitlich gehören schwarze Menschen zum ärmsten und am schlechtesten ausgebildeten Teil der Bevölkerung in den westlichen Gesellschaften. Sie haben die schlechtesten Wohnungen und die höchste Arbeitslosenquote. Die Verarmung von nicht-weißen Menschen ist ein zunehmendes, weltweites Phänomen, verursacht durch ein Weltsystem, das die symbiotische Beziehung von rassistischer Unterdrückung und ökonomischer Ausbeutung zur Grundlage hat, und sie immer weiter vorantreibt. Obwohl es über viele Jahrhunderte hinweg in vielen Ländern eine massive Verfolgung gegen uns gegeben hat, die im "modernen" europäischen Anti-Semitismus und in versuchten Völkermord kulminierte, sind wir auf der anderen Seite den heutigen westlichen Gesellschaften nicht mit einer vergleichbar systematischen Ausbeutung konfrontiert, wie sie Schwarze und Menschen aus der Dritten Welt erfahren. Diese verbannt sie auf die untersten Stufen und droht, sie dort zu belassen.

Natürlich wird uns mit persönlichen Vorurteilen begegnet, und natürlich bilden jüdische Menschen weiterhin den archetypischen Feind für die Faschisten, aber es gibt gegen uns keine vergleichbare Diskriminierung. Staatliche Institutionen stellen kein Hindernis für unseren sozialen Aufstieg dar. Die Mehrheit von uns gehört nicht mehr länger zur ArbeiterInnenklasse; es gibt Aufstiegsmöglichkeiten für uns, und wir gelten als assimilierbar, ob wir das wünschen oder auch nicht. Und weil der Zusammenhang von Rassismus und Imperialismus für die meisten schwarzen Menschen eine gelebte Erfahrung ist, die sie direkt mit den Kämpfen aller Menschen in der Dritten Welt verbindet, können sie den Staat Israel nicht anders sehen als einen Agenten des westlichen Imperialismus, als eine Kolonial- und Unterdrückungsmacht, die sich gegen nicht-weiße Menschen richtet.<sup>46</sup> Für sie ist unsere bloße Behauptung, wir persönlich seien anti-rassistisch, nicht ausreichend. In ihren Augen gibt es Widersprüche zwischen u

<sup>46</sup> Aufgrund dieser Identifikation nahmen schwarze Feministinnen aus dem Zeitungskollektiv "Spare Rib" eine besonders klare Position auf Seiten des palästinenschen Befreiungskampfes ein.

serem Jüdisch-Sein und unserem Anti-Rassismus, solange diejenigen, die sich selbst mit ihrem Jüdisch-Sein identifizieren, nicht in der Lage sind, ihren Anti-Rassismus mit einer Kritik an den außenpolitischen Interventionen und den innenpolitischen Ausgrenzungen Israels zu verbinden. Das heißt mit anderen Worten, daß unser Anti-Rassismus nicht, wie viele Feministinnen das gerne möchten, auf einen innenpolitischen Rahmen eingegrenzt werden kann, wenn die Bedeutung(Frage) von "Schwarz-Sein" und "Jüdisch-Sein" in einer internationalen Arena ausgetragen wird.

Die gegenseitige Solidarität, die zum Beispiel Elly Bulkin anstrebt, ist jedoch wünschenswert und auch möglich. Aber sie ist nicht so einfach herzustellen, wie sie das vorgibt. In einem ehrlichen Bündnis würden schwarze Feministinnen ihren eigenen Anti-Semitismus thematisieren und dafür von jüdischen Feministinnen verlangen, daß diese beachten, wie Rassismus *alle* schwarzen Menschen betrifft. Dadurch müßten sich jüdische Feministinnen auch mit dem Rassismus in Südafrika und Israels Zusammenarbeit mit dem Apartheidsregime auseinandersetzen. Genauso müssen Frauen aus Nicaragua, aus El Salvador, Sri Lanka und Guatemala - Israel kollaboriert mit all diesen unterdrückerischen Regierungen<sup>47</sup> - das Recht haben, ihre jüdischen Schwestern zu fragen, wo ihre Gefühle für Gerechtigkeit anfangen und wo ihre Loyalität gegenüber Israel aufhört.

Die Politik, die die Gleichheit von Unterdrückungsverhältnissen annimmt, kann letztlich als ahistorisch beschrieben werden, da sie Unterdrückungsverhältnisse pauschal gleichgesetzt, ohne sie in Beziehung zu ihrer jeweils besonderen Entwicklungsgeschichte zu bringen. So werden sexistische und rassistische Unterdrückungsverhältnisse von der Klassenausbeutung abgetrennt, die Erfahrungen von schwarzen Menschen und Menschen aus der Dritten Welt auseinandergerissen, und der Zusammenhang des Rassismus mit dem Imperialismus verleugnet. Schließlich wird, durch eine Art "magischer Seelen-Alchemie" versucht, das politische Terrain der materiellen Welt, in eine Vorstellung "geistiger Heimatwelten" zu übersetzen.

47 Siehe Jan Nederveen Pieterse. "Israel's role in the Third World: exporting West Bank expertise", *Race & Class* (Vol. XXVI, no. 3, Winter 1985) und Jane Hunter: *Israel's foreign policy: South Africa and Central America*, Boston 1987.

## Die Rückkehr zum Zionismus

Aber dann hatte der Anti-Semitismus, gegen den wir uns wehrten und um den herum wir unsere Identität aufbauten, auch etwas Nicht Greifbares an sich. Unsere Argumente kreisten um die Tatsache, daß wir als Feministinnen das Verschwinden unseres Jüdischseins zugunsten lassen hatten, daß wir uns nicht öffentlich zu unserer Identität bekannten, nicht protestiert hatten gegen unsere Unsichtbarkeit und auch andere Grundannahmen über uns nicht in Frage stellten. Anti-Semitismus zeigte sich nicht unbedingt länger unverhohlen oder in physischen Angriffen. "Der Anti-Semitismus, der mich zuallererst beschäftigt, und der mir besonders bedrohlich erscheint", erklärte die feministische Schriftstellerin Irena Klepfisz, "nimmt nicht die Form von unverhohlenen, zweifelslos nicht zu entschuldigenden Hakenkreutschmierereien auf jüdischen Grabsteinen an... Stattdessen läßt sich schwer fassen und festmachen, da er sich durch Auslassung äußert oder in der Trivialisierung der jüdischen Erfahrung und des jüdischen Leidens".<sup>48</sup> Für Evelyn Torton Beck "ist die Unsichtbarkeit von Juden und Jüdinnen ein Symptom für Anti-Semitismus", und "jede Form des Anti-Semitismus stellt immer eine reale Gefahr dar".<sup>49</sup> Die Argumente für eine Bekämpfung des Anti-Semitismus resultieren nicht aus einer objektiven Untersuchung und aus einem Verständnis der Geschichte, eher aus einer Umwandlung der Geschichte in Aberglauben und Angst. "Juden müssen am Ende immer mit dem Schlimmsten rechnen. Dies ist nach allem, was passiert ist, eine der ersten Lektionen, die wir aus der jüdischen Geschichte lernen sollten", schrieb Elly Bulkin über den Holocaust. "Zusammen mit der grundlegenden Lektion, daß Anti-Semitismus schlichtweg falsch ist", fährt sie fort: "sollte diese Lektion Feministinnen, ob jüdisch oder nicht, dazu führen, wachsam zu sein gegenüber jeder Unterdrückung von Juden und Jüdinnen und dafür zu sorgen, daß der Siedepunkt nicht wieder erreicht wird".<sup>50</sup> "Wir müssen", betont Beck, "das Prekäre der jüdischen

48 Irena Klepfisz: "Anti-Semitism in the Lesbian/Feminist Movement", in Evelyn Torton Beck (Hg.), *Nice Jewish girls*.

49 Evelyn Torton Beck: "Why is this book different from all other books", in Evelyn Torton Beck (Hg.), *Nice Jewish girls*.

50 Elly Bulkin: "Hard ground".

Existenz anerkennen".<sup>51</sup> Der Holocaust verfolgt die jüdische feministische Psyche wie ein Schreckgespenst, das uns nie verlassen wird. Jüdische Menschen stehen immer kurz vor ihrem Todesurteil und müssen daher notgedrungen ihr Handeln unter diesem Licht betrachten. Erneute Versuche des Genozids an unserem Volk sind zwangsläufig. Geschichte wiederholt sich nicht als eine Farce (wie bei Marx zu lesen ist), sondern als Prophezeiung. Wir leben in einer Welt, die uns ständig mit unserer Zerstörung droht, und wir schlagen zurück, bevor wir jemals wieder von anderen geschlagen werden können.

Dies ist ein Blickwinkel, der jedoch nicht nur von FeministInnen eingenommen wird. Er spiegelt nur die dominante Position innerhalb der jüdischen Gemeinschaft wieder. In Israel, wo das Gedenken an den Holocaust gesetzlich festgeschrieben ist, lassen die Zeitungen keinen einzigen Tag aus, um ihre Leserinnen daran zu erinnern. Der Prozeß gegen Demyanuk, der angeblich "Ivan der Schreckliche" war, und im Konzentrationslager Treblinka die Ermordung tausender, jüdischer Menschen angeordnet hat, findet im Moment (1987) in Jerusalem statt. Er wird die ganze Zeit vom staatlichen Radiosender übertragen, Schulklassen und Soldaten nehmen im Rahmen ihrer Ausbildung an diesem Prozeß teil. Überall auf der Welt suchen jüdische Menschen Zuflucht in einem Schmerz, mit dem wir aber niemals zurecht kommen werden, solange es uns unmöglich ist, den Holocaust in seiner historisch-materialistischen Dimension zu verstehen.<sup>52</sup> Erstens wird der Holocaust innerhalb der dominierenden jüdischen Vorstellung, nicht von anderen Formen der Judenverfolgung unterschieden. Zweitens werden die spezifischen sozialen Kräfte, die zum Aufschwung des "modernen" europäischen Anti-Semitismus im 19. Jahrhundert, zum Aufschwung des Faschismus im 20. Jahrhundert und zum versuchten Völkermord geführt haben, nur selten untersucht.<sup>53</sup> Als Konsequenz werden jüdische Menschen immer nur als

51 Evelyn Torton Beck: "Why is this book different from all other books", in E. Torton Beck (Hg.), *Nice Jewish girls*.

52 Die Unterdrückung des Theaterstücks *Perdition* von Jim Allen ist sozusagen ein weiterer Versuch, uns auf die orthodoxe Version der Geschichtsschreibung zu verpflichten, die uns jedoch eher unfähig macht, unsere Geschichte tatsächlich aufzuarbeiten.

53 Jüdische Wissenschaftler wie Abraham Leon, Nathan Weinstock, Israel Shahak und Maxime Rodinson, die eine solche wissenschaftliche Analyse bereitgestellt ha-

Opfer wahrgenommen, und analog dazu wird Anti-Semitismus fast als angeborene Seite der nicht-jüdischen menschlichen Natur gesehen.

Weder ermöglicht die orthodoxe Präsentation des Grauens des Holocausts die Auslöschung anderer Greuelthaten an anderen Völkern in anderen Ländern (unser eigenes eingeschlossen). Sie führt eher zu einer Situation, wo der Horror des Holocausts uns so stark blendet, daß wir nicht mehr in der Lage sind, anderes Unrecht wahrzunehmen. Der Holocaust gehört nur uns allein. Sogar die Millionen Menschen aus Rußland und Polen, KommunistInnen, ZigeunerInnen, Homosexuelle und Geistesranke, die genauso in den Lagern der Nazis umgekommen sind, finden selten Erwähnung in der Wiedergabe unseres Holocaust.

"Holocaust blackmail" (blackmail=Erpressung, Anm. der Übersetzerin) nennen Anti-ZionistInnen die Tendenz, alle Taten Israels mit unserer einzigartigen Leidensgeschichte zu rechtfertigen.<sup>54</sup> Als "holocaust blackmail" funktioniert noch auf einer anderen Ebene, wenn Zionisten den Holocaust heraufbeschwören. Zuerst erscheint die Idee eines starken Nationalstaates, der sich um sein Volk kümmert und ihm Schutz gewährt, angesichts der Bedrohung durch den europäischen Anti-Semitismus für viele Juden ein logischer Gedanke. Als sich Israel dann tatsächlich in einen exklusiven Siedlerstaat wandelte, der die ursprünglichen EinwohnerInnen vertrieb, schuf Israel selbst die Bedingungen für die eigene Unsicherheit. Israel trug der Bedrohung seines eigenen Überlebens bei, indem es auf eine "Überleben um jeden Preis" beharrte. Nun rechtfertigt Israel seine expansionistische Kolonialpolitik, seine militärische Aufrüstung, seine Nuklearwaffen-Forschung als notwendige Verteidigungsmaßnahmen gegen einen erneut möglichen Holocaust - diesmal durch seine arabischen Nachbarn.

Das jüdische Überleben hat, wie Akiva Orr gezeigt hat, eine andere Bedeutung erhalten als das physische Überleben von individuellen Juden und Jüdinnen.<sup>55</sup> Genauso wie die frühen Zionisten in der Richtung des Staates Israel eine Möglichkeit sahen, nicht-religiöse

ben, werden entweder von den meisten Juden ignoriert oder ganz einfach als Juden mit Selbsthaß abgetan.

54 Für eine abweichende Analyse der "Benutzung" des Holocausts von AutorInnen aus Israel siehe "Politika" (June-July 1986).

55 Akiva Orr: *The un-Jewish state: the politics of Jewish identity in Israel*, London 1983.

den und Jüdinnen in eine jüdische Identität miteinzubinden, so ist das Hauptanliegen innerhalb Israels und des Zionismus der Diaspora heute, möglichst viele von uns innerhalb des Judentums zu halten. Anders ausgedrückt: Es geht nicht so sehr um das "Überleben von jüdischen Menschen" sondern vielmehr um das "Überleben als Juden" - was die frühere Ministerpräsidentin und Vorsitzende der zionistischen Arbeiterpartei (Zionist Labour Party) Golda Meir deutlich gemacht hat: "Eine schwere Katastrophe lastet auf uns - als ein freier jüdischer Staat in unserem Vaterland entstand, waren sechs Millionen Juden nicht mehr unter uns. Es kann nicht toleriert werden, daß genau zu diesem Zeitpunkt, jetzt, wo ein jüdischer Staat existiert, die Anzahl der gemischten Ehen zunimmt, was bedeutet, daß die Zahl der Juden in der Welt insgesamt abnimmt".<sup>56</sup> Ein Veteran der zionistischen Führung, Nahum Goldman, pflichtet dem bei und erklärte in einer Ansprache beim 29. Zionistischen Kongreß (Jerusalem, 1978): "Die eigentliche Motivation für die Entstehung einer modernen zionistischen Bewegung rührt aus der Angst um das Überleben und um die Zukunft unseres Volkes nach der Emanzipation im 19. Jahrhundert und dem Ende der praktischen anti-jüdischen Verfolgung. Es mag vielleicht paradox und brutal klingen ..., aber das Überleben unseres Volkes scheint heute stärker bedroht zu sein als in den schlimmsten Tagen des Nazi-Regimes."<sup>57</sup> Daher bezieht sich das Überleben auf zwei Bedeutungen - der Begriff wird benutzt, um das physische Überleben und den Erhalt einer spezifischen jüdischen Identität zu beschreiben. Das eine wird zum Äquivalent des anderen, und in Korrespondenz dazu wird Assimilation gleichgesetzt mit Vernichtung. Wenn bestimmte jüdische Feministinnen annehmen, daß die Erhaltung jüdischer Kultur so überlebensnotwendig sei, daß die Nicht-Praktizierung dieser Kultur auf Selbst-Auslöschung hinauslaufe, kommen sie damit der dargestellten zionistischen Position gefährlich nahe. "Jüdische Frauen", beschwerte sich Klepfisz bitterlich, "waren als Jüdinnen nicht sichtbar in der Bewegung.... Sie haben keinen Wert darauf gelegt. Mich jedoch macht es krank, und ich bin wütend darüber.... Ich denke, daß es an der Zeit ist ..., ein Verständnis dafür

<sup>56</sup> Zitiert in Akiva Orr: *The un-Jewish state: The politics of Jewish identity in Israel*, London 1983.

<sup>57</sup> Zitiert in Akiva Orr: *The un-Jewish state: the politics of Jewish identity in Israel*, London 1983.

zu entwickeln, daß unser Überleben als Jüdinnen von besonderer Bedeutung ist".<sup>58</sup> Und für die Herausgeberin von "Nice Jewish Girl" Evelyn Torton Beck, stellte das Buch nicht weniger als die "Zerbrierung unseres Überlebens" dar.<sup>59</sup>

### Identität oder Befreiung?

Am Ende kann es keine gefestigte Identität für uns als jüdische Feministinnen geben, die auf der Erfahrung in der Diaspora basiert. Alle Wege führen, so scheint es, auf die ein oder andere Weise wieder zu der Frage von Israel zurück. Weder haben wir, wie uns das "Combahee River Collective" weismachen wollte, feststellen können "daß die radikalste Politik direkt aus unserer eigenen Identität entsteht und nicht dadurch, daß wir versuchen, die Unterdrückung von anderen zu beenden". Im Gegenteil hat die Tendenz zur Personalisierung und Internalisierung von politischen Fragen, innerhalb der feministischen Praxis, zusammen mit der Konzentration auf die Einzigartigkeit der eigenen jüdischen Leidensgeschichte, zu einer verkümmerten selbstgerechten "Bauchnabel-Politik" geführt, die nichts mehr mit Politik dort draußen in der realen Welt zu tun hat.

Der "New Marxism" mag zu einem Klima beitragen, in dem so eine Politik der Identitätsfindung zeitweise gut gedeihen kann. Da sie doch eng an das sich ständig wandelnde persönliche Unbehagen und an Komplexe geknüpft ist, befriedigt das Ergebnis all dieser Bemühungen noch nicht einmal unser ursprüngliches Bedürfnis, angesichts der Taten Israels vor dem Vorwurf, zu schützen, wir selbst reaktionär und rückschrittlich.

Wir sind ganz offensichtlich in einer Sackgasse gelandet. Nicht sehr deswegen, weil unser Jüdischsein und unser Feminismus an sich etwas Reaktionäres an sich hätten, sondern weil wir den zentralen Fragen, die von Israel aufgeworfen werden, aus dem Weg gegangen sind oder uns davor gedrückt haben. Das betrifft Israels massiven ideologischen Einfluß, genauso wie seine aggressive Rolle im Mittleren Osten und die imperialistische Funktion in der Dritten Welt.

<sup>58</sup> Irena Klepfisz: "Anti-Semitism in the Lesbian/Feminist Movement", in Evelyn Torton Beck (Hg.), *Nice Jewish girls*.

<sup>59</sup> Evelyn Torton Beck: "Why is this book different from all other books", in Evelyn Torton Beck (Hg.), *Nice Jewish girls*.

Frage, die von uns immer noch beantwortet werden muß, lautet: Wie können wir als fortschrittliche Feministinnen aus unserer besonderen Geschichte und aus unseren Erfahrungen der Unterdrückung eine politische Identität schöpfen, die sich allen materiellen Problemen stellt, einschließlich der Israel-Frage. Wenn wir uns nur wieder auf die besten Prinzipien innerhalb unserer Tradition zurückbesinnen könnten, würden wir in der Lage sein, nicht nur eine emanzipatorische feministische Politik wiederzubeleben, sondern darüberhinaus für andere Teile der Linken einen Weg aufzuzeigen, wie eine wahre sozialistische Politik heute aussehen kann.

Um diese wichtige Aufgabe in Angriff zu nehmen, müßten wir uns zuerst mit einer Reihe von Schlüsselproblemen auseinandersetzen, die weit über Fragen feministischer und jüdischer Politik hinausreichen: Wie beschäftigen wir uns mit Geschichte? Im allgemeinen dient unsere Beschäftigung mit Geschichte nicht dazu, die heutigen Verhältnisse zu analysieren und zu verändern. Es gibt stattdessen die Tendenz, die Vergangenheit auf die Gegenwart und sogar auf die Zukunft zu übertragen. Anstatt Lehren aus der Geschichte für die Veränderung der Gegenwart zu ziehen, verstecken wir uns eher hinter der Ansicht, daß Geschichte sich nur wiederholen kann, und es daher überflüssig ist, sich mit der Gegenwart auseinanderzusetzen.

Die Erfahrung des Holocausts wird nur selten zum Anlaß genommen, die Kräfte, die dem Nationalsozialismus zur Macht verholfen haben, genauer zu analysieren und die Unterschiede zwischen diesen Kräften und anderen anti-semitischen Pogromen in unserer Geschichte zu untersuchen. Dabei könnte uns eine solche Analyse dabei behilflich sein, sicherzustellen, daß andere Gruppen vor anderen potentiellen Holocausts bewahrt bleiben. Sie würde dazu beitragen, daß wir gegen andere Formen des Genozids an anderen Völkern Widerstand leisten, und uns zumindest dazu verpflichten, unsere eigene Verstrickung in solche Pogrome und Programme zu erkennen. Aber wir halten lieber an den Leiden des Holocaust, als einer persönlichen, Garantie auf Seelenheil, auf ein ausschließlich jüdisches Golgatha fest. Auf diese Weise erliegen wir der schlimmsten aller politischen Sünden. Wir versuchen zwar all unsere Erfahrungen zu bewahren, haben jedoch ihre Bedeutung verloren.<sup>60</sup> Können wir Geschichte selektiv

<sup>60</sup> Mit Anlehnung an T.S. Eliot (siehe "The Four Quartets").

behandeln? Wir, als fortschrittliche "sozialistische" feministische Jüdinnen, sehen den Holocaust als Teil unserer aller Geschichte, auch wenn nicht jede von uns persönliche Verluste davon getragen hat. Trotzdem widersetzen wir uns der Erkenntnis, daß Israel Tugend und Konsequenz dieser Geschichte ist und gleichermaßen unsere Bürde. In Ablehnung der "Kollektivschuld - These" wehren wir uns gegen die Vorstellung, daß wir alle in den Zionismus und die israelische Reaktion irgendwie verstrickt sind.<sup>61</sup> Oder wir benutzen das Argument, daß der Zionismus ursprünglich eine Bewegung war, die nur für einer Minderheit der jüdischen Menschen Unterstützung fand. Und die zionistische Bewegung nicht alle Juden repräsentiert, kann Israel selbst auch nicht als Vertretung der jüdischen Meinung betrachtet werden. Diese Argumentation ignoriert den materiellen Tatbestand, daß Israels Position heute als die Position aller Juden weltweit gesehen wird, und daß Israel, ob es uns gefällt oder nicht, im Namen von uns allen spricht. Darüberhinaus wird außer Acht gelassen, daß Israel durch seine Bezugnahme auf die Geschichte des Holocausts alle Juden und Jüdinnen automatisch in seine Repräsentation miteinbezieht. Wie können wir von nicht-jüdischen Menschen erwarten, eine Unterscheidung zu machen, wenn es uns selbst nicht gelingt mit Worten und Taten herauszustellen, daß unser Jüdischsein nicht gleichbedeutend mit der Unterstützung Israels ist? Und wo bleibt unsere Gerechtigkeit? Welche Lehren haben wir aus der eigenen Erfahrung von Unterdrückung gezogen?

Israel stellt das klassische Beispiel für ein unterdrücktes Volk dar, das selbst zum Unterdrücker wird. Es beruft sich auf die eigene Landesgeschichte, um andere Menschen innerhalb der eigenen Grenzen und in den umliegenden Gebieten zu tyrannisieren. Unsere Erfahrungen - die Erfahrungen des jüdischen Volkes - sollten uns für andere Formen von Unterdrückung sensibilisiert haben, besonders für die, die in unserem eigenen Namen verübt werden. Wir haben nicht nur den Sinn dieser Erfahrungen verraten, sondern auch die Hoffnungen unserer eigenen Gebete, daß "niemand jemals frei sein kann, bevor alle frei sind".

Genauso geht unser Feminismus davon aus, daß die Beendigung der Unterdrückung von Frauen untrennbar ist von der Abschaffung

<sup>61</sup> Siehe Steve Cohen: That's funny: you don't look anti-Semitic: a left-wing analysis of anti-Semitism, Leeds 1984.

aller Unterdrückungsverhältnisse. Wir können den Kampf gegen das eine nicht von anderen Kämpfen ablösen. Indem wir jedoch immer wieder aufs Neue beteuern, daß wir zuallererst unsere persönliche Unterdrückung erkennen und verstehen müssen, haben wir uns als Feministinnen und Jüdinnen gleichermaßen in der angeblichen Besonderheit unserer Erfahrungen verfangen. Im Namen unserer eigenen Identität haben wir die Augen gegenüber einer umfassenderen Perspektive und Erfahrung verschlossen. Identität ist nun zum Ersatz für Befreiung geworden.

- Woraus entsteht Identität? Einige fortschrittliche jüdische Gruppen (einschließlich der Feministinnen, die nach einer alternativen Identität suchen) haben mit aller Aufrichtigkeit versucht, eine Gegen-Identität zu entwickeln, die sich auf vielfältige Art und Weise gegen die Hegemonie Israels in jüdischer Theorie und Praxis richtet. Sie haben mehrere der Fallstricke erkannt, die in dem Ansatz, begründet sind, Identität über biologistische, religiöse Verknüpfungen oder über Israel herzustellen. (Die biologistische Argumentation würde sie auf die Seite der Nürnberger Rassengesetze stellen, die religiöse Verknüpfung würde eine große Anzahl von uns ausschließen.) Sie haben versucht, ihre Identität auf völlig neue Grundlagen zu stellen.

Ihre Argumentation lautet, daß erstens dem Insistieren auf eine jüdische Identität angesichts des Wiedererstarkens des Anti-Semitismus eine besondere Bedeutung zukomme, und daß sich zweitens in der jüdischen Geschichte eine progressive jüdische Praxis wiederfinden läßt, auf die sich unsere heutige Identität beziehen kann. Der Anti-Semitismus, auf den sie sich beziehen, hat jedoch mehr mit der allgemeinen kulturellen Dominanz einer nicht-jüdischen Gesellschaft zu tun, als mit den besonderen physischen Angriffen von Rassisten und Faschisten auf Wohnungen, Synagogen, Friedhöfe und Schulen in vorwiegend jüdischen Vierteln der Arbeiterklasse. Diese Übergriffe stehen nicht im Zentrum des Interesses von Juden und Jüdinnen aus der Mittelschicht, die gerade nach ihrer Identität suchen. Nur selten beteiligen sie sich an der Organisation gegen diese Übergriffe oder versuchen die Opfer zu schützen.<sup>62</sup> Stattdessen tendieren sie dazu, die Angriffe als Argument im Kampf gegen ihre spezielle Sichtweise

<sup>62</sup> Es gibt natürlich auch hier Ausnahmen, wie z.B. die Jewish Socialist Group, für die nicht nur der Kampf gegen rassistische Angriffe auf jüdische Menschen, sondern der Kampf gegen jede Art von rassistischer Gewalt, Priorität besitzt.

des Anti-Semitismus zu benutzen. Ihre Strategie zielt auf ein verbessertes Bewußtsein, eine stärkere "Sichtbarkeit" von jüdischen Menschen und auf konfliktfreiere zwischenmenschliche Beziehungen ab. Auf diese Weise werden handfeste Probleme zu Ideen und Gedanken, die uns auf dem Weg zu unserer Identitätsfindung helfen sollen.

Das Argument vom Wiederaufleben des Anti-Semitismus führt außerdem, wie wir als jüdische Feministinnen gemerkt haben, unausweichlich immer wieder zur Israel-Frage zurück, da sich Israel die jüdische Leidensgeschichte angeeignet und nationalisiert hat. Ilan Halevi schreibt dazu: "Der Staat, der drei Jahre nach der Öffnung der Tore der Todeslage für die Überlebenden, aus der Taufe gehoben wurde, ... hat sich sofort zum einzigen legitimen Erben der Toten erklärt".<sup>63</sup> Wenn wir unsere eigene Geschichte von Israel zurückgewinnen wollen, müssen wir uns zuallererst mit der Art und Weise, wie Israel diese Geschichte präsentiert, auseinandersetzen. Genau das versuchen die VertreterInnen einer Identitäts-Politik zu vermeiden. In dem Versuch, sich auf eine progressive Tradition innerhalb der jüdischen Geschichte zu beziehen, und darauf eine positive Identität zu gründen, findet sich das Problem wieder, daß, wie Dena Attar es ausdrückt, "der Unterschied zwischen der Beteuerung, wer wir heute sind, und dem Versuch, sich das anzueignen, was wir nicht mehr länger sind"<sup>64</sup>, oftmals übersehen wird. Selbst Gruppen, wie die in Britain entstandene Jewish Socialist Group, die einen starken Einfluß auf britische jüdische Feministinnen ausübt, glauben, daß sie sich hier und heute eine fortschrittliche Identität schaffen können, indem sie sich wie bei einem Großhandel, die revolutionären Elemente vergangener Zeiten innerhalb der jüdischen Geschichte einfach heraussuchen. Der Bundismus, zum Beispiel, der zur Jahrhundertwende in Ost-Europa eine wichtige anti-zionistische, sozialistische, jüdische Position darstellte, wird als politisches und ideologisches Vorbild für eine fortschrittliche jüdische Identität in der Gegenwart angeführt. Vollkommen unberücksichtigt bleiben dabei die vielfältigen fundamentalen Veränderungen seit der Jahrhundertwende innerhalb der jüdischen Gemeinschaft und in den westlichen Gesellschaften, ganz zu schweigen von der Gründung des Staates Israel! Ähnlich wird ver-

<sup>63</sup> Ilan Halevi: A history of the Jews, London 1987.

<sup>64</sup> Dena Attar: "Why I am not a Jewish feminist", Shifra (No.2, Shavuot, 5745/May, 1985).

sucht Jiddisch, das laut der Jewish Socialist Group, "eine Kontinuität liefert und eine positive Aufgabe in der Entwicklung einer zeitgenössischen jüdischen Identität erfüllt"<sup>65</sup>, wiederzubeleben und in besonderen Klassen zu unterrichten. "Es ist durch diesen speziellen Unterricht gekommen", erklärt eine Befürworterin der jiddischen Sprache, "daß viele von uns das Bedürfnis erkannt haben, Jiddisch wieder als gesprochene Sprache zu hören".<sup>66</sup> Bundismus und Jiddisch sind zum Fetisch gemacht und aus ihrem besonderen historischen Kontext des Widerstands herausgerissen worden. Als angebliche Bestandteile einer zeitgenössischen jüdischen Identität werden sie heute als eine Art Ersatz für eine sozialistische Praxis benutzt.

All dieses Streben und Suchen nach Identität muß zwangsläufig darin enden, etwas kreieren zu wollen, "was wir jedoch schon nicht mehr länger sind". Es sei denn, diese Art von Identität hat einen Sinn vorzuweisen, der über die eigene Definition und Erhaltung hinausgeht. Die Frage, die gestellt werden muß, richtet sich daher nicht danach, was unsere Identität ausmacht, sondern lautet: Wofür kann Identität gut sein? - Wofür eine Identität? Die Politik der Identitätsfindung betrachtet das Erkennen und Entdecken der eigenen Identität als oberstes Ziel. Manche Feministinnen behaupten sogar, die Entdeckung der eigenen Identität sei an sich schon ein Akt des Widerstands. Der große Fehler besteht darin, Identitätsfindung als ein Ziel und nicht so sehr als ein Mittel zu begreifen. Die Suche nach unserer Identität darf nicht zum Selbstzweck werden, sie kann jedoch dazu dienen, in ihrem Verlauf "die allen menschlichen Verhältnissen innewohnende Universalität"<sup>67</sup> zu entdecken, und aus dieser Erkenntnis heraus die richtigen Bündnisse einzugehen und die richtigen Kämpfe zu führen. "Wir müssen herausfinden, wie unser Jüdisch-Sein aus unserer Perspektive und aus der Perspektive anderer Menschen unser Leben verändert", schreibt Dena Attar, "nicht so sehr, um uns noch stärker in unserer neugefundenen jüdischen Identität einzurichten, sondern um wirkungsvoller für unsere Zukunft als Frauen und für die Zukunft aller Frauen kämpfen zu können".<sup>68</sup> Identität ist nicht so sehr eine Voraussetzung für politisches Handeln, sondern sie entsteht oft erst daraus.

65 David Rosenberg: "Yiddish today".

66 Suzanne Lang: "Living Yiddish", Jewish Socialist (No.1, Spring 1985).

67 Frantz Fanon: Schwarze Haut, Weiße Masken, Frankfurt 1967.

68 Dena Attar: "Why I am not a Jewish feminist".

Angesichts der Auswüchse eines kulturellen Nationalismus innerhalb der Black-Power-Bewegung vor siebzehn Jahren schrieb ein schwarzer Aktivist folgende Worte, die auch heute noch nicht an Aktualität verloren haben:

"Unsere Selbst-Bestimmung aus unserer eigenen Kultur heraus und die Veränderung unserer Gesellschaft in Bezug auf diese Bestimmung sind Teil des gleichen Prozesses. Unsere Kultur jedoch von ihrem sozialen Hintergrund zu trennen, um ihr eine Einheit zu verleihen, bedeutet viel von der ursprünglichen Vitalität aufzugeben. In dem Moment, in der eine Kultur jedoch ihre soziale Dynamik verliert, wird Identität zum Luxus. Sie verkommt zum Selbstzweck und dient nicht mehr länger als Anleitung für wirksames politisches Handeln... . Identität resultiert zwar aus einem kulturellen Bewußtsein, eine wirksame Funktion erhält sie jedoch erst über ihren politischen Ausdruck... . Eine Kultur, die ihre Zeit damit verschwendet, sich selbst aufzupolieren, erzeugt eine Persönlichkeit ohne Ziel und Entschlossenheit. Es macht keinen Sinn herauszufinden, wer ich bin, wenn ich nicht weiß, was ich mit dieser Erkenntnis tun will."<sup>69</sup> Wir können unsere Identität, in anderen Worten, nur durch unser Handeln finden und stärken. Unser Handeln bestimmt, wer wir sind.

69 A.Sivandan: "Culture and identity", Liberator (New York, Vol.10, no.6, June 1970).



**A.SIVANANDAN**

## **Rassismus 1992**

Ein neuer Rassismus steigt auf, aus den Rissen des alten - weniger sichtbar, bösartiger, offen zum Faschismus hin und europäisch - ein Rassismus, der sich gegen die Migranten, Flüchtlinge und Asylsuchenden richtet, welche durch die Verheerungen des internationalen Kapitals aus ihren Heimatländern vertrieben wurden. Dabei war es die Notwendigkeit für das Kapital, seine nationalen Fesseln zu brechen und europäisch zu werden - um mit amerikanischem und japanischem Kapital konkurrieren zu können, nicht zuletzt bei der Ausbeutung der Dritten Welt - die den wachsenden Einstrom von Migranten nach Europa erst herbeigeführt hat. Oberflächlich gesehen will Europa sie nicht, es würde dem Kapital gern freien Lauf lassen, ohne die Konsequenzen tragen zu müssen: die Migranten der Dritten Welt schaffen soziale und politische Probleme. Und doch ist es gerade ihre billige und unfreie Arbeit, welche große Bereiche des boomenden Dienstleistungssektors speist und deren Privatisierung profitabel werden läßt. Das Problem ist nach wie vor, wie ökonomischer Gewinn ohne soziale Kosten oder politische Einbrüche erzielt werden kann. Und die Antwort ist nach wie vor die, einem ungefesselten Rassismus, einem marktgängigen Rassismus, die interne (und informelle) Kontrolle zu überlassen und gleichzeitig milde Regulationen für die Auf-

nahme von Flüchtlingen zu erlassen, vorzugsweise aus humanitären Gründen, wie es sich für europäische Kultur und Sitte gehört.

Die Entwicklung eines solchen paneuropäischen Rassismus ist in Britain, neben der alten britischen Variante, schon vorhanden. Aber anders als das übrige Europa hat Britain so sehr und so lange auf (importierte) koloniale Arbeitskraft gebaut und hat die technologische Revolution so zögerlich aufgegriffen, daß der Wechsel zum europäischen Modus langsam und verhalten erfolgt ist. Nichtsdestoweniger hatte schon der Immigration Act von 1971 Britains Anschluß an Europa angekündigt, der zwei Jahre später erfolgte: er setzte jeglicher Ein- oder Rückwanderung aus dem "New Commonwealth" ein Ende und optierte stattdessen für die europäische Form des "Gastarbeiters" (dt. im Original). Bürger aus dem Commonwealth wurden fortan mit Ausländern gleichgestellt. Weitere Beschränkungen folgten und machten es für die, die schon in Britannien lebten, praktisch unmöglich, ihre Verlobten und Angehörigen nachzuholen. Ausweisungen wurden erleichtert und Frau Thatcher versicherte der Nation, daß sie jedenfalls es nicht zulassen würde, daß diese "von Leuten mit fremder Kultur geradezu überschwemmt" würde.

Eine zeitlang sah es so aus, als würde das Powell'sche Projekt einer "gesteuerten Rücksiedlung (induced repatriation)" anlaufen. Aber die Kampagnen der Schwarzen gegen ungerechte Immigrationsgesetze und Blitzdeportationen, unter dem Motto, sie wären "Here to stay, Here to fight", und die Rebellionen junger Schwarzer gegen ein zunehmend rassistisches und repressives System machten derartige Hoffnungen oder Programme zunichte. Am Ende stand der Nationality Act von 1981, der die schwarze Bevölkerung Britannien als Bürger anerkannte, als Vorbereitung für ein Europa ohne Grenzen.

Daß das Konzept von Labour den neuen schwarzen Mitbürgern erlauben sollte, die soziale Leiter aufzusteigen, ohne auf ihre Kulturen verzichten zu müssen (in einer Art pluralistischem Kapitalismus), während die Tory-Version von ihnen verlangte, wahrhaft britisch zu werden, wenn sie im Thatcheristischen Britannien etwas werden wollten (ihr Wahlslogan lautete: Labour sagt Sie sind schwarz, wir sagen Sie sind britisch), soll nur am Rande erwähnt werden. Der Punkt ist der, daß mit dem Nationality Act von 1981 (der von Labour konzipiert und von den Tories verabschiedet wurde) beide Parteien sich einig waren, das alte Recht der Geburt auf britischem Boden (jus soli) als Basis der

Staatsbürgerschaft zu verlassen und diese stattdessen auf Abstammung und Vaterschaft zu gründen (jus sanguinis) - freilich mit der Folge, daß diejenigen, die aufgrund ihres Wohnsitzes schon britische Staatsbürger waren, die Staatsbürgerschaft auf ihre Nachfahren übertragen konnten.

Seither konnte sich die britische Staatsbürgerschaft nicht mehr automatisch auf Bürger des Commonwealth erstrecken (und auch nicht auf diejenigen, die in Britannien ansässig geworden waren nach dem der Immigration Act von 1971 im Jahre 1973 in Kraft getreten war), nicht auf britische Bürger in Übersee und nicht auf Bürger abhängigen Gebieten, mit den Ausnahmen Gibraltar (denn es ist europäisch!) und, seit 1983, den Falklandinseln (denn sie sind britisch!).

Der Zweck des Nationality Act lag nicht nur darin, die Verwirrung zu lichten, welche die verschiedenen Immigration Acts hinterlassen hatten, sondern vor allem darin, Britain von seinen Verpflichtungen aus dem Empire zu befreien und es auf die europäische Linie zu bringen.

In ähnlicher Weise sind die Visabeschränkungen zu verstehen, die 1985 und 1986 gegen bestimmte schwarze Commonwealthstaaten erlassen wurden, die Strafen gegen Fluglinien, die Passagiere ohne die erforderlichen Einreisedokumente befördern, gemäß dem Carriage Liability Act von 1987, und die Bestimmungen des Immigration Act von 1988, worin Überschreitungen der Aufenthaltsdauer kriminalisiert und Abschiebungen vereinfacht werden. Sie richten sich mehr gegen die neuen Immigranten und Flüchtlinge aus der Dritten Welt als gegen die Schwarzen, die schon in Britannien wohnen - und sie definieren im Rennen auf das Jahr 1992, wer genau ein Bürger ist und wer das Recht auf Arbeit hat.

Das Problem eines offenen Europa liegt, mit anderen Worten, darin, es gegen Immigranten und Flüchtlinge aus der Dritten Welt abzuschotten. Aber nicht so, daß ihre Arbeitskraft völlig verlorengehe. Denn sie sind es, welche die niedrig qualifizierten, knechtischen, gefährlichen und schmutzigen Arbeiten im Kapitalismus des Silikonzeitalters übernehmen - wie es eine Generation zuvor ihre Vorgänger bei der Rekonstruktion des Nachkriegseuropas getan haben. Aber nun bildet derartige Arbeit - befristet, flexibel und als Gelegenheitsarbeit - die eigentliche Basis, auf der die nachindustrielle Gesellschaft betrieben wird. Und dies nicht nur im Dienstleistungssektor, sondern

leichter wahrgenommen wird, sondern auch, weniger sichtbar, im Produktions- und Transportbereich und, in einigen Teilen Europas, auch in der Landwirtschaft.

Die Zahl dieser Immigranten mag auf dem europäischen Festland höher sein als in Britannien, aber auch hier kommen die Arbeiter in den Hotels und der Gastronomie, das Kontraktpersonal, das die Spitäler, Flughäfen und so weiter reinigt, die Sicherheitskräfte in privaten Wach- und Schließgesellschaften, Tankstellenwärter, Hauspersonal, Fast-Food Ausfahrer, Hilfspersonal in Spitälern, Pförtner und so viele andere zunehmend aus Kolumbien, Chile, der Türkei, dem Sudan, aus Sri Lanka, Eritrea oder dem Iran. Und sie reisen nicht eigentlich als Migrationsarbeiter ein, die an eine Arbeitsgenehmigung und damit an eine spezifische Arbeitsstelle gebunden sind (wie es die 14 000 Filipinos waren, die in den 70er Jahren in das Hotel- und Gaststättengewerbe und als Haushaltshilfen angeworben wurden), sondern als Flüchtlinge und Asylsuchende, welche vor den ökonomischen Zerstörungen und dem politischen Terror in ihren Ländern geflohen sind. Ohne Aufenthaltsrecht, selten mit dem Recht, zu arbeiten, ohne Recht auf Wohnung und medizinische Versorgung und unter der ständigen Drohung ihrer Abschiebung sind die neuen Migranten gezwungen, Löhne und Arbeitsbedingungen zu akzeptieren, wie sie kein einheimischer Arbeiter, ob schwarz oder weiß, annehmen würde. Sie haben keinen Rentenanspruch, keine Sozialversicherung, die Arbeitgeber müssen sie nicht versichern - sie sind Schwarzarbeiter, illegal und ersetzbar.

All dies ermöglicht die Privatisierung von Schlüsselbereichen des staatlichen Dienstleistungssektors, erlaubt es der Regierung, die psychisch Kranken und die Alten in die "Community Care" zurückzuschleusen, und versorgt die Yuppiekultur mit Dienern und Sklaven.

Im Produktionssektor Gewerbe haben revolutionäre Veränderungen des Produktionsprozesses zum Gebrauch einer zunehmend flexiblen Arbeitskraft geführt, gespalten in eine funktionell flexible "Kerngruppe", die sich den technologischen Veränderungen anpassen kann, und eine zahlenmäßig flexible Randbelegschaft, die den Erfordernissen des Markts angepaßt werden kann und die deshalb befristet, in Teilzeit, auf Abruf und nach Gelegenheit arbeitet. Und wer paßt besser hierher als der mobile Migrant oder Flüchtling?

Auch im Einzelhandel ist Migrationsarbeit überaus wichtig geworden. Die Computerisierung von Lieferung und Verkauf hat es den großen Kaufhäusern wie Marks & Spencer erlaubt, die Lager und Zwischenhändler abzuschaffen. Stattdessen haben sie eine Anzahl kleiner Produzenten und Zulieferer an der Hand, deren Kontrakte (und damit deren Überleben) von der Fähigkeit abhängt, die Produktion ständig der Nachfrage und den Launen des Markts anzupassen. Sie müssen, zum Beispiel in der Bekleidungsindustrie, in der Lage sein von einem Moment auf den anderen von einer kurzfristigen Mode auf eine andere umzuschalten, ein Muster heute abzulegen und morgen von einem neuen zu produzieren. Und das erfordert eine völlig flexible Arbeitskraft, die beliebig geheuert oder gefeuert werden kann und die bereit ist, lange und zu ungünstigen Zeiten zu arbeiten, wenn ein bestimmter Kontrakt es erfordert. Zunehmend kommt diese Arbeitskraft nicht mehr nur von asiatischen Frauen in Heimarbeit, sondern auch von den unorganisierten illegalen Migranten aus der Dritten Welt, die in den Schwitzbuden arbeiten.

In einigen Ländern Europas, wie Italien, wird der Agrarsektor zunehmend von der Überausbeutung der mobilen Arbeiter aus der Dritten Welt abhängig. Der schöne Weinleseurlaub in Frankreich, ein beliebter bei Studenten, hat einem mehr systematischen Gebrauch billiger Arbeit Platz gemacht. Mobile Landarbeiter reisen von Ernte zu Ernte, da jede Frucht zu ihrer Zeit geerntet werden muß. Grundsätzlich ist die Arbeit intensiv und kurzfristig und die Lohnraten (immer in Akkord) sind abgrundtief. Jüngste Reportagen in italienischen Zeitungen haben den Lohn von ausländischen Tomatenpflückern in Süditalien mit 40 Pence für 35 kg angegeben und Ghanaer, die in Caserta als Viehhirten arbeiteten, sollen 11 Pfund für einen Zwölfstundentag verdient haben.

Und zwischen diesen Jobs schlägt sich der Arbeiter aus der Dritten Welt auf dem Straßenpflaster und an den Stränden Europas durch. Vielleicht verkauft er Zeitungen in Wien, "Lacoste" Hemden in Lissabon, Sonnenbrillen oder afrikanischen Schmuck an der Cos del Sol oder er unterhält Touristen vor dem Centre Pompidou. Aber wo immer er ist (und es handelt sich stets um einen er), ist er unfrei abhängig von seinem Zulieferer, ständig in Furcht vor polizeilichen Identitätskontrollen, ausgesetzt der rassistischen Feindseligkeit örtlicher Händler.

Wenig ist über die Lebensbedingungen dieser Arbeiter in Britannien geschrieben worden - wo die Tradition eines forschenden Journalismus durch das Paparazzi abgewürgt wurde - und noch weniger ist bekannt über ihre essentielle Rolle im modernen Kapitalismus. Aber in Deutschland verkleidete sich Günter Wallraff, ein Autor und Journalist, als illegaler türkischer Arbeiter, "Ali", und brachte die Notlage der "Ärmsten der Armen" und den Rassismus, der sie darin festhält, in einem fesselnden Buch, *Ganz Unten*, ans Licht. Dieses Buch, von dem in Deutschland und in Frankreich Millionen verkauft wurden, zog die Schelte und Prozesse von Seiten der größten deutschen Multinationals auf sich. Denn indem er das inakzeptable Gesicht des Türken enthüllte, enthüllte Wallraff gleichzeitig das inakzeptable Gesicht des postindustriellen Kapitalismus. Nach einem gnadenlosen Arbeitspensum in Fast-Food Läden von McDonald geht Ali in Fabriken und Gebäude, wo er, bis zu den Knöcheln in der Pisse und mit rassistischen Graffiti an den Wänden, Kloabflüsse säubert; er entfernt Dreck aus Rohren auf dem Dach hoher Gebäude bei -17° Frost, er schaufelt Kohlenstaub und atmet ihn ein, Stunde um Stunde unter der Erde, er kriecht in eine Fähre, um mit pneumatischen Werkzeugen und ohne Maske einen Defekt zu beheben. Wallraffs Enthüllungen, wie die pharmazeutische Industrie nur zu gern illegale Immigranten aus der Dritten Welt als Versuchskaninchen für Experimente mit neuen Medikamenten benutzt (aus kommerziellen und nicht aus medizinischen Gründen) und über den Zynismus, mit dem Kontraktfirmen kurzfristig Türken anwerben, um Atomkraftwerke zu reinigen und sie nach Hause zurückkehren lassen, bevor die Strahlenfolgen sichtbar werden, belegen die Tatsache, daß die Türken buchstäblich als Untermenschen und deshalb als verfügbar angesehen werden.

Aber der Rassismus, der den Migranten aus der Dritten Welt als minderwertig definiert und ihn auf Dauer in die unterste Klasse bannt versteckt zugleich die trüben Geschäfte der Industrie vor den Augen der Öffentlichkeit. Und die Auslagerung der Scheißarbeit auf Kontraktfirmen erlaubt es dem Management, nicht zu wissen was es tut und sich "im Rosenduft zu zeigen". Damit schützt es sich auch vor den juristischen Konsequenzen der Beschäftigung von nicht registrierten und nicht versicherten Arbeitern und der Überschreitung von Sicherheitsbestimmungen - denn dies liegt im Verantwortungsbereich des Subkontraktors. Doch die Justiz möchte auch nichts wissen: die

Arbeiter sind fremd, Ausländer und deshalb rechtlos. Und auch nicht die Regierung, welche die Arbeit will - billig, unorganisiert, unsichtbar - aber nicht die Arbeiter.

Ein ganzes System von Ausbeutung ist so auf den Rücken der Arbeiter aus der Dritten Welt errichtet worden, aber der Rassismus hält es im Dunkeln - und Rassismus und institutionelle Sklerose halten es außerhalb des gewerkschaftlichen Wirkungskreises. Und die Arbeiter selbst werden durch dauernden Austausch und die kurzfristige Natur ihrer Arbeit daran gehindert, sich aus eigener Kraft zu organisieren. Selten dürfen dieselben Arbeiter denselben Job für längere Zeit tun - und oft sprechen sie nicht dieselbe Sprache oder haben keine kulturelle Verbindung. Und weil viele illegal sind oder Asylsuchende und sich fürchten, zu den autoritären Regimes zurückgeschickt zu werden, vor denen sie geflohen sind, werden sie für das Kapital zu gefangener Arbeit par excellence.

Aber es ist in erster Linie das Kapital, multinationales Kapital, das diese Menschen an die Küsten Europas schleudert. Weil sie Regimes wünschen, die ihren Investitionen entgegenkommen, Märkte für ihre Güter bieten, Arbeitskräfte zur Verfügung stellen, bestätigen die Multinationals die Diktaturen, die der Imperialismus für sie installiert hat. Der Handel folgt nicht mehr der Fahne, die Fahne folgt dem Handel. Jeder Art von Handel: dem Handel mit Waffen, der lokale Kriege schürt, der Touristik, die aus Fischer- und Bauernhöfen Hotels macht und dem hungernden Volk empfiehlt, Kuchen zu essen, dem Agrobusiness, das, wie in Sri Lanka, Reisfelder in Ananasplantagen verwandelt, so wie früher in Teeplantagen, dem Handel mit Verschuldung, der die Dritte Welt für immer auf den Knien hält und das Bett der Internationalen Banken polstert - und dem Handel mit Menschen, der eine Folge dieser Aktivitäten ist.

Die faschistischen Diktaturen und autoritären Demokratien, welche die Westmächte in der Dritten Welt in eigenem wirtschaftlichen und politischen Interesse installiert haben, sind es, welche den Westen mit der flexiblen Arbeitskraft versorgen, die in der postindustriellen Gesellschaft benötigt wird. Rassismus ist der Kontrollmechanismus, der diese Arbeitskraft in ihren sozialen und politischen Schranken hält.

Wir bewegen uns von einem ethnozentristischen zu einem eurozentristischen Rassismus, von den verschiedenen Rassismen der verschiedenen EG-Mitgliedsstaaten zu einem gemeinsamen Markt-

rassismus, ohne aber die nationalen institutionellen Differenzen zu verlieren, die notwendig sind, um jeweils die aufständische schwarze Bevölkerung zu kontrollieren. Die Anerkennung ihrer Staatsbürgerschaft mag den Schwarzen die europäischen Grenzen öffnen und ihnen Freizügigkeit gestatten, aber der Rassismus, der zwischen Schwarz und Schwarz nicht unterscheiden kann, den Bürger nicht vom Immigranten, den Immigranten nicht vom Flüchtling - und der alle Menschen der Dritten Welt als Immigranten und Flüchtlinge identifiziert und alle Immigranten und Flüchtlinge als Terroristen und Drogenhändler - wird diese Freizügigkeit zur vergeblichen Hoffnung werden lassen.

## Anhang

---

LIZ FEKE

### Die antifaschistische Bewegung

LEKTIONEN, DIE WIR LERNEN MÜSSEN

Antifascist Action (AFA) wurde im Juli 1985 in der Londoner Conway Hall ins Leben gerufen. Auf der Gründungsversammlung wurde eine Erklärung verabschiedet, in der sich AFA dem ideologischen und physischen Kampf auf der Straße gegen die wachsende faschistische Bedrohung verpflichtete und gleichzeitig versprach, sich für das Recht aller schwarzen Menschen auf Selbstverteidigung einzusetzen. Britain stammten die letzten Erfahrungen mit massenhaftem Widerstand gegen faschistische Tendenzen, aus den späten 70er Jahren. Damals entstand die Anti-Nazi-League (ANL), um die faschistische National Front (NF) an einer erfolgreichen Teilnahme an den allgemeinen Parlamentswahlen zu hindern. Mit ihren Festen, Veranstaltungen, Solidaritätskonzerten, Gruppen an den Schulen und flächendeckenden Flugblattaktionen, eröffnete die Anti-Nazi-League die Möglichkeit, den militanten Antifaschismus zu einem umfassenderen Antirassismus weiterzuentwickeln. Jedoch ging mit dem Zerfall der ANL, der der haushohen Wahlniederlage der National Front bei den Parlamentswahlen folgte, das antirassistische Potential der Bewegung verloren, und eine Neugruppierung der Faschisten mit einer gewalttätigen Kampagne gegen schwarze Familien in den Innenstädten wurde möglich. Heute, nach zahlreichen Jahren im politischen Absinken, taucht die NF erneut als eine Kraft auf, die imstande ist, breite Unterstützung quer durch die weiße ArbeiterInnenklasse zu gewinnen. Dabei kommt der NF eine Kultur des Rassismus zugute, die qualita-

anders ist als der Rassismus, der während der Organisierungsversuche der Anti-Nazi-League vorherrschte. Es geht weniger darum, daß mehr Morde, mehr Brandstiftungen und gewalttätige Angriffe als in den 70er Jahren stattfinden, sondern daß ein Klima aus Angst, Mißtrauen und Haß entstanden ist, das zu einer allgemeinen Verbreitung alltäglicher rassistischer Vorfälle geführt hat. Für diese Entwicklung kann zum großen Teil der Thatcherismus verantwortlich gemacht werden. Der Monetarismus hat das ganze Feld der politischen Debatte und Aktivitäten noch weiter nach rechts verschoben, der staatliche Rassismus hat zugenommen, und die Medien haben eine bössartige rassistische und nationalistische Kultur gefördert, die tief verwurzelt ist in den Innenstädten und in der verarmten Kultur der ArbeiterInnenklasse ein Zuhause gefunden hat.

### Die Entpolitisierung der Klasse

Die Tory Partei hat versucht, die sozialistische Tradition und die Infrastruktur der ArbeiterInnenklasse, die den Ausgangspunkt aller sozialistischen Politik darstellt, zu zerschlagen. Die Angriffe auf linke Stadträte und auf Gewerkschaften, die langsame Abschaffung von Rechtshilfezentren, Gewerkschaftsräten, Beratungsinstitutionen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung hatten zur Folge, daß heute immer weniger Organisationen existieren, die eine ArbeiterInnenbewegung tragen und den Klassenkampf aufrechterhalten können. In dem entstandenen Vakuum konnte stattdessen, als eine nach außen hin einheitlich erscheinende Philosophie, die Kultur des Rassismus, Sexismus und Pseudopatriotismus etabliert werden, die täglich noch von der Schmierenpresse unterfüttert wird.<sup>1</sup> Organisationen wie die Labour Partei oder andere radikalere linke Gruppierungen zeigen wenig Verständnis, was den Rassismus betrifft. Besonders bei den nächsten anstehenden Parlamentswahlen wird sich die Labour Partei wie schon zuvor, voll auf die rassistische Linie begeben. Diesmal wird es nicht um das Thema Einwanderung sondern um Recht und Ordnung gehen. Und in einem solchen Klima ist es möglich, daß der Klassenkampf ganz einfach aufgegeben, daß Klasse durch Ethnizität und der

<sup>1</sup> Siehe Nancy Murray: Anti-racists and other demons: the press and ideology in Thatcher's Britain, in *Race & Class*, Vol. XXVII, no. 3 Winter 1986.

Klassenkampf durch ethnische Streitigkeiten ersetzt wird, und daß Kämpfe innerhalb der Klasse und Rivalitäten zwischen den ethnischen Gruppen plötzlich an erster Stelle stehen.

### Ethnizität zerstört die Klasse

Die Förderung des Zugehörigkeitsgefühls zu ethnischen Gruppen war eine erfolgreiche Strategie des Staates, der über die Hervorhebung ethnischer Unterschiede versuchte, jegliche Solidarität innerhalb der ArbeiterInnenklasse und der Communities zu zerstören. Ethnizität diente dazu, den schwarzen Kampf zu spalten, die Menschen asiatischer, afrokaribischer und afrikanischer Herkunft voneinander zu trennen.<sup>2</sup> Diese Strategie des Staates war notwendig geworden, da über Jahrzehnte hinweg die schwarzen Menschen gemeinsam als eine Klasse und als Community gekämpft hatten, während sich zu gleichen Zeit die Gewerkschaftsbewegung und andere Organisationen der ArbeiterInnenbewegung über die Sozialdemokratie, über Ökonomismus, Wohlfahrtsstaat und Bürokratie zerstritten. Ethnizität hat auch die Rivalitäten innerhalb der eigenen Klasse gefördert, indem die unterschiedlichen ethnischen Gruppen in einen sinnlosen Konkurrenzkampf um die begrenzten materiellen Ressourcen getrieben wurden. Daß es der Staat ist, der den Rassismus vorantreibt, der über die Bereitstellung von Mitteln entscheidet und den Konkurrenzkampf von sich aus in Gang gesetzt hat, gerät dabei vollkommen aus dem Blick. Und so können sich die Herrschenden zu friedem zurücklehnen, abwarten, wie sich die Gruppen gegenseitig ausspielen und ab und zu an den passenden Stellen ihr "Bedauern heucheln.

### Die Förderung der Angst

Die Betonung von ethnischen Zugehörigkeiten hat dazu beigetragen, die Menschen in ihrer Angst gefangen zu halten. Wenn sich Weiße in Tante-Emma-Laden an der Ecke unterhalten, geht es selten um den

<sup>2</sup> Siehe A. Sivanandan: RAT and the degradation of black, in *Race & Class*, Vol. XXVI, no. 4 Spring 1985.

Thatcherismus, "der unsere Krankenhäuser und Schulen kaputtmacht, und unsere Kinder in die Kriminalität treibt", sondern viel eher um den Stadtrat, "der schon wieder Geld für eine neue Moschee zum Fenster 'rauswirft und immer deren Kultur bevorzugt", oder sie beklagen sich über "die schwarzen Jugendlichen, die eigentlich alles Kriminelle sind, und vor denen die Polizei duckmäusert, weil sie Angst haben als Rassenisten entlarvt zu werden".

In den Innenstädten wird uns beigebracht, die Nachbarn mit Mißtrauen zu beobachten (ihre kulturellen Gewohnheiten sind anders als unsere eigenen). Trotz unserer gemeinsamen Erfahrungen und der Zugehörigkeit zur ArbeiterInnenklasse wollen sie uns weismachen, daß uns absolut nichts miteinander verbindet. Und da die weißen Menschen in den Innenstädten unter Armut, Arbeitslosigkeit und mangelnden Ressourcen leiden, glauben sie an eine materielle Grundlage für ihren Rassismus.

All dies gab den rechtsextremen Parteien die Chance, in den Innenstädten Fuß zu fassen und sich auszubreiten. Aufgrund einer fehlenden sozialistischen Alternative, konnte es ihnen gelingen, aus der Situation Kapital zu schlagen. Gruppen wie die National Front haben sich sogar bemüht, ihr faschistisches Image abzustreifen und sind selbst als "libertär" oder "sozialistisch" (wenn auch nationalsozialistisch) aufgetreten. Die Medien spielten eine große Rolle dabei, die Weißen als die am meisten bedrohte ethnische Gruppe erscheinen zu lassen, als die wahre Minderheit, als die Opfer, die um ihr Geld betrogen werden.

Ethnizität hat alten rassistischen Stereotypisierungen neue Begründungen geliefert. Diesmal handelt es sich weniger um den Vorwurf, daß die Schwarzen all die Jobs wegnehmen etc., sondern um die vermeintliche Förderung durch das System, die Bevorzugung ihrer Kultur. Der Kampf der Weißen wird als gerechter Kampf für ihre bedrohte Kultur betrachtet, wenn nicht sogar als Kampf für ihre kulturelle und nationale Befreiung dargestellt. Und in dieser Hinsicht unterscheiden sich die Ansichten der Medien herzlich wenig von denen der National Front und der British National Party (BNP). Während die Medien Figuren wie Ray Honeyford<sup>3</sup> als Stimme eines einsam Rufenden in der Wüste der Multikulturalität favorisieren, hat die National

<sup>3</sup> Siehe Nancy Murray.

Front im Kampf um die "eigene Rasse" ihre ersten Märtyrer geschaffen: Joe Pearce, der zur Zeit eine einjährige Haftstrafe wegen Aufwiegelung zum Rassenhaß absitzt, und Patrick Harrington, der vor kurzem an der Fachhochschule in Nordlondon eine Kampagne für die "Redefreiheit der Weißen" initiiert hat. Sowohl die National Front wie auch die British National Party, die im Moment eine Vereinigung mit der NF anstrebt, versuchen ein weißes kulturelles Erbe für sich zu beanspruchen, eine englische intellektuelle Tradition, die auf den Schriften von G.K. Chesterton und Hilaire Belloc basiert und auf so unterschiedliche Autoren wie William Morris, J.R.R. Tolkien und E.F. Schumacher zurückgreift.

### Eine heimtückische rassistische Kultur

Die Auswirkungen dieser hinterhältigen rassistischen Kultur schlagen, sich im Alltag in zunehmenden brutalen Übergriffen auf schwarze Menschen nieder. Besonders betroffen ist die asiatische Community, die zu allererst mit einer fremden und außerhalb stehenden Kultur identifiziert wird. Auf der einen Ebene spricht sich die "Strasser-Fraktion" der National Front in aller Öffentlichkeit für Gewalt und für die Bildung von bewaffneten politischen Einheiten aus, fordert sie individuelle Opferbereitschaft für die Erhaltung der Nation und meint nichts anderes als organisierte Schlägertrupps, die den Grad der rassistischen Gewalt ins Unerträgliche steigern sollen. Auf einer anderen Ebene bemüht sich die National Front schon lange, ihr faschistisches Image loszuwerden und greift Themen der Linken auf. Beispiele sind der Bergarbeiterstreik (die NF organisierte in Waltham Forest ein Unterstützungskomitee für die Arbeiter, was erst durch die antifaschistische Zeitschrift Searchlight aufgefliegen ist), nukleare Abrüstung (sie argumentieren für britische Atomwaffen als Ersatz für die amerikanischen Stützpunkte) und das anglo-irische Abkommen (sie sind gerade dabei, starke Verbindungen mit den Ulster-Loyalisten aufzubauen). Tatsächlich haben die Faschisten in der Vergangenheit viel dazu gelernt, was man von der antifaschistischen Bewegung nicht gerade behaupten kann. Die Faschisten wissen genau, daß sie an der Basis arbeiten müssen und setzen dort bei ihrer Organisation an. In einer Periode des politischen Vakuums, geprägt durch das Fehlen

jeglicher sozialistischer Traditionen, gibt es genügend Gründe, die neuen Faschisten ernst zu nehmen. Sie haben die Zeichen der Zeit erkannt und wissen sie zu nutzen. Der Bildungsbeauftragte der NF Joe Pearce hat es folgendermaßen ausgedrückt: "Die Bewegung hat viele Jahre mit im Grunde sinnlosen taktischen Versuchen verschwendet. Eine politische Strategie, die nur auf Wahlen und Demonstrationen setzt, reicht nicht aus. Erst in den letzten Jahren ist es der Bewegung gelungen, zu analysieren, was Macht bedeutet und wie man sie erlangt."

Wie ist es zu erklären, daß es der antifaschistischen Bewegung nach den Erfolgen der Anti-Nazi-League nie gelungen ist, eine anhaltende Unterstützung in der ArbeiterInnenklasse zu gewinnen? Das Scheitern der Linken liegt vor allem an ihrer Unfähigkeit, zu erkennen, wie Rassismus das Klassenbewußtsein formt und die Reaktionen auf sozialistische Forderungen bestimmt.

### Das Fehlen einer antirassistischen Perspektive

Innerhalb der antifaschistischen Bewegung dominierte immer schon die Tendenz, sich unermüdlich an alten Vorstellungen über den Kampf gegen den Faschismus festzuklammern und sich zu eng am Entwurf des deutschen Nationalsozialismus zu orientieren. Dies ist einer der zentralen Gründe, warum sich niemals ein wirkliches antirassistisches Bewußtsein entwickeln konnte. Während die Argumentation, die National Front sei eine "Nazi-Front" viel dazu beitragen kann, ein breiteres Spektrum innerhalb der liberalen Öffentlichkeit zu mobilisieren, versäumt sie jedoch, die Basis und die Brutstätte des heutigen Faschismus, den Rassismus gegen Schwarze, anzugreifen. Dementsprechend hat sich die antifaschistische Bewegung beharrlich geweigert, das Anwachsen des britischen Faschismus von einer schwarzen Perspektive aus zu betrachten und die getrennte Entwicklung einer schwarzen Tradition des antifaschistischen Kampfes anzuerkennen. (Der schwarze Kampf hat seine Basis weniger in der ArbeiterInnenbewegung, die sich nie besonders um die Forderungen der Schwarzen gekümmert hat, sondern in den Communities.) Schwarze haben schon immer gegen die Faschisten gekämpft, sei es 1958 in Nottingham, als sie die Anhänger Mosleys und später die Teddy Boys attackierten, sei es in Leicester, Lewisham, Tottenham Brick

Lane, Bradford oder Southall, als sie sich gezwungen sahen, sich nicht nur der National Front sondern der versammelten Schar der Sondereinheiten der Metropolitan Police entgegenzustellen. In Großen und Ganzen ist die Haltung der weißen Linken gegenüber dem schwarzen Kampf weiterhin bestenfalls geprägt, von Ignoranz und Ethnozentrismus, im schlimmsten Falle von Arroganz und Rassismus. Sogar heute noch wird die "Bewegung" stärker von dem Bedürfnis nach einer breiten demokratischen Allianz bestimmt als von dem ernsthaften Bestreben, den Rassismus zu bekämpfen. Darüberhinaus hält ein Teil der Linken weiterhin an der Meinung fest, daß der Rassismus der weißen ArbeiterInnenklasse ein Phänomen sei, das sie mit der Zeit oder durch den wahren Sozialismus eines Tages einfach überwinden wird.

### Die Konzentration auf die faschistische Ideologie

In ihrem Bestreben, in kürzester Zeit eine breite Basis zu gewinnen, hat sich die antifaschistische Bewegung eher auf die faschistische Ideologie konzentriert und dabei die rassistische Realität vernachlässigt. Anstatt die Probleme, die sich im Alltag zeigen, anzugehen, hat sie es bevorzugt, die ideologischen Voraussetzungen des Faschismus zu analysieren. Danach war und ist der Faschismus zu allen Zeiten antisemitisch, gegen Schwule, gegen Schwarze, gegen Linke und gegen Frauen gerichtet, und folgerichtig muß sich ein antifaschistisches Bündnis auch aus diesen Gruppen zusammensetzen. Jedoch führt die Gleichsetzung aller Unterdrückungsformen, in dem Bemühen, eine antifaschistische Bewegung aufzubauen, unter Umständen zu katastrophalen Folgen für den Kampf gegen Rassismus.

### Die Schwächung des antifaschistischen und antirassistischen Kampfes

Ein Großteil der antifaschistischen und antirassistischen Politik, die über die letzten Jahrzehnte betrieben worden ist, erweist sich heute als abgenutzt. Zu einem Zeitpunkt verschärfter rassistischer Angriffe hinterläßt die Linke die Schwarzen ohne Schutz und Rückendeckung. Ein Beispiel dafür ist die Kampagne "Kein öffentliches Rederecht für Faschisten", die landesweit an Universitäten gezielt gegen bekannte



Faschisten und aktive Rassisten initiiert worden ist. Heute wird diese Kampagne ausgeweitet auf alle möglichen Leute - Faschisten, Rassisten, Sexisten, Gegner von Homosexualität - in einer Art, die mit der ursprünglichen Absicht nur noch wenig zu tun hat und die vollkommen vernachlässigt, daß die Faschisten erfolgreich die Forderung aufgegriffen und sie in die Forderung nach einem Rederecht für Weiße umgedreht haben (um Schwarze besser angreifen zu können), und daß sie in der Lage sind, sich und den Rest der "anständigen" weißen Gesellschaft als Opfer der abgedrehten Linken darzustellen. Tatsächlich sieht es heute so aus, als hätte sich die ganze Kampagne gegen das Rederecht für Faschisten eher gegen uns gewendet. Während die Presse die Kriterien bestimmt und die Linke als die eigentlichen Faschisten enttarnt hat, streiten wir uns weiter über semantische Unterschiede und darüber, auf wen die Kampagne nun angewendet werden darf und auf wen lieber nicht. Bei vielen Anlässen machen wir uns stattdessen untereinander das Rederecht streitig. Im Gegensatz zu Joe Pearce von der National Front haben wir anscheinend vergessen, worum es geht - um Macht und um diejenigen, die sie ausüben.

#### **Sexismus und Rassismus sind unterschiedliche Unterdrückungsverhältnisse**

Ein anderes Beispiel für die Verflachung einer antirassistischen Politik findet sich im Bereich der lokalen Behörden wieder, wenn wir das Problem der rassistischen Verfolgung schwarzer Mieter durch ihre weißen Nachbarn betrachten. Bis vor kurzem bestand die Politik darin, die Opfer der rassistischen Übergriffe umzusiedeln, wodurch im Laufe der Zeit durch ständige Umsetzungen Gebiete entstanden, die für schwarze Mieter nicht mehr betretbar waren. Forderungen gegen rassistische Verfolgung wurden laut, die verlangten, in Zukunft statt der Opfer, die Angreifer (über Räumungsbefehle) zu bestrafen. Die Absicht dieser Forderungen war nicht etwa, alle rassistischen Bewohner im sozialen Wohnungsbau fristlos zu kündigen (in manchen Fällen hätte das bedeutet, über 80% der weißen Bewohner obdachlos zu machen), sondern sie zielte nur auf jene weißen Mieter ab, die nachweisbar ihre schwarzen Nachbarn aus ihren Häusern vertrieben hatten. Diese weißen Mieter sollten eine Räumungsklage erhalten und in Zukunft nicht wieder in den Genuß einer preiswerten staatseligenen

Mietwohnung gelangen. Die Durchsetzung solcher Maßnahmen hätte zu einem Klima beitragen können, in dem sich Weiße zweimal überlegen, ob es sich lohnt, das Leben ihrer schwarzen Nachbarn zur Hölle zu machen. Die Ausnutzung der lokalstaatlichen Autorität im Kampf gegen den Rassismus, hätte weiße Mieter davon überzeugen können, daß sich ihr rassistisches Verhalten am Ende gegen sie richtet. Vielleicht hätten sie sogar eingesehen, daß es grundlegend falsch ist. Diese oder ähnliche Maßnahmen gegen Rassismus sind jedoch im Laufe der Zeit oftmals dermaßen verwässert worden, daß sie im Nachhinein gar keinen oder nur einen kontraproduktiven Effekt besaßen. Die Anwendung dieser Politik auf Frauen zum Beispiel führte zum Verlust des antirassistischen Potentials. Damit soll nicht gegen die Notwendigkeit von politischen Strategien zur Verfolgung sexistischer Gewalt argumentiert werden. Diese müssen jedoch eigens auf die besondere Lage von Frauen zugeschnitten sein. Zum Beispiel sollte die Wohnungsvergabepolitik der lokalen Behörden im Bezug auf allein-stehende Frauen, die im Gegensatz zu verheirateten Frauen in stärkerem Maße sexistischer und rassistischer Verfolgung durch die Nachbarn ausgesetzt sind, langfristig neu überdacht werden.

In vielen Bereichen haben Frauen- und Schwulengruppen für antirassistische Strategien plädiert, die außerdem eine antisexistische Dimension beinhalten müssen. Eine solche Forderung läßt außer Acht, daß es sich bei Sexismus und Rassismus (und auch bei Feindseligkeiten gegenüber Schwulen) um unterschiedliche Unterdrückungsverhältnisse handelt, die folgerichtig unterschiedliche Strategien zur Bekämpfung verlangen. Leider hat die Verwässerung anti-rassistischer Strategien auch zu weiteren Umkehrungen geführt. Einerseits verlangen rechtsgerichtete Politiker, die gleichen Bestrafungen zum Beispiel auch auf schwarze Mieter, die ihre weißen Nachbarn "durch laute Parties terrorisieren", anzuwenden, andererseits dient sie den weißen Mietern als Bestätigung dafür, daß schon wieder einmal die schwarzen Menschen und ihre Kultur von den lokalen Behörden bevorzugt behandelt werden.

## Nicht alle Männer sind Faschisten

Die unreflektierte Übertragung von antisexistischen Prinzipien auf den antifaschistischen Kampf führte auf der Gründungsversammlung von Anti-Fascist Action beinahe zu katastrophalen Konsequenzen. Einige der anwesenden Frauen vertraten die Position, die faschistische Ideologie sei vorwiegend sexistisch (es fehlte nur noch die Behauptung, alle Männer auf dem Treffen seien Faschisten, da sie zumindest alle als Sexisten erachtet wurden) und die antifaschistische Bewegung sei männlich, da sie sich dem physischen Kampf gegen die Faschisten auf der Straße verschrieben habe. Diese Argumentation unterschlägt, daß Gewalt gegen Faschisten nie zum Ziel erklärt, sondern als Taktik übernommen wurde, daß uns von der Gegenseite keine Wahl gelassen wird, nicht zuletzt, weil auch Frauen und Kinder zu Opfern von Übergriffen werden. Viele der anwesenden Frauen wehrten sich wütend gegen eine solche biologistisch argumentierende Herangehensweise, u.a. gegen die Unterscheidung von natürlichen männlichen und weiblichen Werten. Die Forderung nach einer Geschlechter-Quotierung (einige Frauen verlangten, daß alle Mitgliedsorganisationen von einem Mann und einer Frau vertreten werden sollten) zur Sicherstellung der gerechten Repräsentation der Frauen, konnte sich nicht durchsetzen.

Der entscheidende Punkt ist weiterhin, daß keine andere Bevölkerungsgruppe in Britain einer ähnlich starken Verfolgung - auf den Straßen, wie auch auf der ideologischen Ebene - ausgesetzt ist, wie die schwarze Community. Die Unterdrückung von schwarzen Menschen unterscheidet sich qualitativ von der anderer diskriminierter Gruppen, da sie von einem staatlichen Rassismus ausgeht, der Schwarze zu Bürgern zweiter Klasse macht, sie in Ghettos ohne Arbeitsplätze sperrt und sie mit einer Polizeibrutalität verfolgt, mit der erst in der letzten Zeit auch die Bergarbeiter und Drucker und andere Teile der ArbeiterInnenklasse schmerzhaft Bekanntschaft machen mußten.

## Nachwort

Die britische Debatte ist sicherlich nicht übertragbar, ihre Ergebnisse nicht per se auf die kontinentaleuropäische Wirklichkeit anwendbar. Rassismus ist ein Kampfverhältnis, das nur innerhalb seiner sozialhistorischen Zusammenhänge dargestellt und erklärt werden kann. Dies beschreibt die Grenzen der Verwertbarkeit der Texte. Die Unterschiede zwischen der Geschichte des ehemaligen kolonialen Empires und der "Großmacht Deutschland" sind eklatant. Zwar kann eine differenzierte Unterscheidung hier nicht geleistet werden, doch die Eckdaten seien kurz genannt.

- Die Geschichte des britischen Rassismus ist die 500jährige Geschichte von Kolonialismus, Hegemonie, Sklaverei und Ausbeutung, deren Tradition bis heute die Stellung von Schwarzen diktiert. Er fußt im globalen Raum, ist Voraussetzung für die Entstehung des Kapitalismus gewesen und entspricht bis heute einem 'urtümlichen' Modell.

Eine solche Form alter rassistischer Prägung, weist die deutsche Geschichte für einen relativ kurzen Zeitraum zwischen 1860 und 1916 und ein begrenztes Territorium auf. Der deutsche Rassismus erreichte seinen Höhepunkt "erst" mit der vergleichsweise modernen Konzeption des rassistisch- gestaffelten nationalsozialistischen Großraums Europa.

Die Geschichte des Niedergangs des britischen Weltreiches begann bereits mit dem 1. Weltkrieg. Damals mußte sich GB enorm beim US-Kapital verschulden, das durch seinen späten Kriegseintritt die eigentlichen Früchte des Sieges erntete und Britain zwang, seine imperialistische Vorherrschaft an die USA abzutreten. In den folgenden Jahrzehnten brach das Empire und das koloniale Kommando unter den Schlägen der Befreiungsbewegungen auseinander. Nun holte sich das Kapital die trikontinentale Arbeitskraft in die Metropole herein, um diese selbst zu restrukturieren. Doch der darauf begründete Nachkriegsboom dauerte nur von 1945 - 63 an. Mit dem enorm raschen Konstituierungsprozeß schwarzer Communities, ersten Streiks in den schwarzen Industriesektoren sowie der unerwartet starken Ansiedlungstendenz konnte die Vorstellung einer wanderarbeitenden Migration als gescheitert gelten. Britain steht seither vor einer bis dahin unbekannten sozialen Konfrontation im eigenen Land. Zu jener Zeit trat das Konzept eines 'Inneren Feindes', Schwarze, IrInnen

bis dahin unbekannten sozialen Konfrontation im eigenen Land. Zu jener Zeit trat das Konzept eines 'inneren Feindes', Schwarze, Irinnen oder die linke Opposition an die Stelle des 'äußeren'.<sup>1</sup> Heute können wir sagen, daß auch das Projekt der Deregulation dem deutschen um zehn Jahre voraus ist. Die Anfang der 80er Jahre von der Autonomie-Redaktion für die BRD prognostizierten Verhältnisse, treffen viel eher zu, auf die in Britain seit Ende der 70er Jahre herrschende Massenarmut, jene Verelendung des unteren Drittels. Auf derartiges müssen wir uns erst mit dem Kohl'schen Deregulierungsangriff durch die Wiedervereinigung gefaßt machen.

Die britische Massenarmut jedenfalls ist schwarz, weiblich und jugendlich. Ihre Kämpfe decken sich zu einem erheblichen Teil mit der rassistisch genannten Konfrontation.

- Die schwarze Bevölkerung beträgt in Britain nur rund 4,5 % der Bevölkerung, im Gegensatz zu den 7 % süd- bzw. nichteuropäischen MigrantInnen in der BRD. Doch die Zahlen sind sehr ungenau und spiegeln beispielsweise die Rolle der vielen Hunderttausend quasi-rassistisch diskriminierten Irinnen und Irinnen am Wohnungs- und Arbeitsmarkt nicht wider. Jene Bevölkerung afrikanischer, afro-karibischer und asiatischer Abstammung sind in Britain größtenteils rechtlich gleichgestellte BürgerInnen. Aufgrund der Geschichte des 'Commonwealth' hatten die Kolonisierten in einer kurzen Phase zwischen 1945 und '62, eingeschränkt bis 1973 das Recht auf uneingeschränkte Einreise und Einwanderung, galten als "immigrants", ein heute nach 45 Jahren schwarzer Siedlungsgeschichte nicht mehr zutreffender Begriff. Nicht das geltende Recht, sondern "die Fortführung der jahrhundertalten Tradition britischer Sklaven- und Kolonialherrschaft" reproduzieren die rassistische Hierarchie bis heute.<sup>2</sup>

Dagegen nimmt sich die Wanderung detuschstämmiger, rechtlich gleichgestellter Aus- und Übersiedler in den 50 Jahren, heute erneut, beziehungsweise die Migration rechtlich als "Ausländer" definierter und stigmatisierter Süd(ost)EuropäerInnen ganz anders aus. Ebenso hatte es eine zeitlich befristete Arbeitsmigration spanischer, italienischer oder jugoslawischer StaatsbürgerInnen in Britain in größerem Umfang nicht gegeben. Die dortige Immigration war viel stärker von

1 The Empire strikes back, CCCS, London 1982

2 A. Sivanandan, From Resistance to rebellion, London 1982

endgültigem Charakter. Sofern die Grundstrukturen doch vergleichbar sind, gilt die britische Migration, insbesondere ihre Folgeprozesse um das Heranwachsen der 2. und 3. Generation und die daraus erwachsende soziale Konfliktualität der deutschen als um 10 Jahre voraus.<sup>3</sup>

- Ein "Rassendiskurs" ist in Britain immer präsent, wenn es um Arbeitslosigkeit, Aufruhr, Familie, Sexualität, Stadtanierung oder andere soziale Fragen geht. Er "macht jede schwarze Person a priori zu einer suspekten Person, einem potentiellen Kriminellen, einem politischen Agitator".<sup>4</sup> Sowohl in den Wissenschaften, den Medien als auch in der schwarzen Bewegung wird von 'race' und 'race relations' gesprochen. Er wird sehr unbefangen verwendet, was verwundert, da so dem sozialen Konstrukt von 'Rasse' ein gewisser Realitätsgehalt beigemessen wird. Doch von schwarzer Seite liegt dem eine in den 60er Jahren vorgenommene Umdrehung des diskriminierenden Gehalts in eine identifikatorische und politische Begrifflichkeit zugrunde. Eine solche Terminologie ist in der BRD jedenfalls nicht gebräuchlich, ihre Inhalte werden durch die Asyldebatte und Kriminalisierungskampagnen gegen Roma, Kurden oder Schwarze gleichermaßen erfüllt wie verschleiert.

- Entsprechend der 500jährigen kolonialistischen Geschichte ist auch die Geschichte und die Tradition schwarzen Widerstandes alt, tief und bis heute lebendig. So wie der Rechtsstatus, die Geschichte der Migration und das Verhältnis der Aus- und Einwanderstaaten unterschiedlich ist, so sind es auch die MigrantInnen (in der BRD bzw. in Britain) selber. Die Geschichte vormaliger osmanischer Großreiche hinterläßt andere Spuren als die totale Entwurzelung durch die Sklaverei; asiatische und schwarze antikoloniale Bewegungen prägen ein sehr spezifisches Geschichtsbewußtsein. Folglich gibt es in Britain im Gegensatz zur BRD ein antirassistisches Massenbewußtsein und eine antirassistische Bewegung. Sie ist niemals eine von linken Eliten drübergestülpte Worthölse gewesen, sondern wurde und wird von großen Communities erkämpft, getragen und weiterentwickelt. (Anti-)Rassismus ist kein Erklärungsmuster, sondern ein Kampf der Betroffenen, der Schwarzen selber. Dieser und insbesondere die afro-karibische Community hat bis heute keinerlei nationalistische Orientie-

3 S. Castle, Migration und Rassismus, Berlin 1987

4 The Empire....

rung entwickelt, ausgenommen vielleicht die sehr kleine Rastafari-Bewegung. Im Gegensatz zu Teilen des schwarzen Befreiungskampfs in den USA verknüpfen sie den Anspruch auf Gerechtigkeit und Gleichbehandlung nicht mit der Forderung nach einem schwarzen Nationalstaat, wie es die politischen Eliten der us-amerikanischen "new african independent movement" tun. Meines Erachtens ein Grund mehr, gerade zu den britischen schwarzen und sozialen Kämpfen eine Annäherung zu versuchen.

Ein besonderes Merkmal weiter Teile des britischen Diskurses liegen am gleichzeitigen Festhalten am Klassenbegriff der Autorinnen und Autoren und der Heraushebung von Frauen. Bis auf wenige Ausnahmen wird in der schwarzen politischen Literatur die Präsenz von Frauen, ihre Kampfformen und Inhalte nicht unter eine allgemeine Darstel-

lung subsumiert oder durch Verwendung des Klassenbegriffes unsichtbar gemacht, sondern erstaunlich häufig separat erwähnt. Die Niederschrift des schwarzen Kampfes kommt deshalb nicht als männlicher daher, sondern wird zum Abbild eines komplexen sozialen Prozesses, der sich der Widersprüche nicht durch Ignoranz, Dominanz oder Separatismus entledigt. Spezifisch männliche oder spezifisch weibliche Konfrontations- oder Widerstandsformen lassen sich leicht aus dem 'black struggle' herauslesen. Gleichzeitig halten sie am Begriff der 'working class' fest, dessen Erweiterung auf die Gesamtheit aller gesellschaftlichen Arbeiten bereits eingeschlossen ist. Hinter dieser Praxis verbirgt sich eine weniger differenzierte soziale Landschaft als hierzulande. Sie weist in den unteren zwei Dritteln homogenere Lebens- und Arbeitsbedingungen auf. Daraus resultiert ein Massenbewußtsein, das sich stärker nach oben hin abgrenzt und sich über die 'working class community', deren Tradition, Geschichte und Werte identifiziert, ausgeprägtere solidarische Strukturen kennt und weniger nach dem vergleichsweise schwierigen sozialen Aufstieg strebt.<sup>5</sup> Doch vor allem ist es eine politische Aussage. So kritisierte Jenny Bourne in einem Interview den Prozeß der Diversifizierung sozialer Kategorien, die den Bogen der Rassismus und Patriarchatsdebatte zu überspannen drohe. Auch die Strategie der 'multikulturellen Gesellschaft' habe die Ethnisierung in gleicher Weise vorangetrieben wie die

5 P. Willis, *Gegenkultur in der Arbeiterschule*, Frankfurt 1977

kulturelle und die Identitätsdebatte jeglichen Separierungstendenzen Vorschub leiste<sup>6</sup>, in der die Betonung auf den jeweiligen Besonderheiten läge. Obwohl sie in der Zeitschrift "Race & Class" die Wirkungsweise der rassistischen Wirklichkeit herausarbeiten, sähen sie sich "heute vor der absurden Situation, den Klassenbegriff wieder betonen zu müssen". Dem geht natürlich die Prämisse voraus, Rassismus sei nicht nur eine ideologische Wertung phänotypischer Andersartigkeit<sup>7</sup>, sondern ein ausbeuterisches System, das maximalen Profit aus größtmöglicher Differenzierung herausschlägt<sup>8</sup>. Ein solcher materialistischer Rassismusbegriff bezieht sich nach wie vor auf die Vorstellung einer neben der vertikalen vor allem horizontalen Segmentierung der Gesellschaft.

Tatsächlich haben schwarze Bewegungen "nicht aufgehört, die Ähnlichkeiten im Kopf zu behalten, kommen von den Wurzeln des ökonomischen, sozialen und politischen Lebens, von Leuten, die nichts zu verlieren haben als das Überleben<sup>9</sup>. Sivanandan schließt, daß schwarze Kämpfe im Kern soziale Kämpfe ums Überleben sind, die sich "keine nach innen gerichtete, nabelschauende Ausflüge wie Identitätspolitik, Beschränkung auf selbstbestimmte Besonderheiten oder Einpunkt-Politik" leisten. "Sie kommen nicht vom Selbst, sondern von der Community, nicht aus freier Wahl, sondern aus der Notwendigkeit und sie sind organisch (gewachsen) in dem Sinne, ein gemeinsames Leben zu teilen... Der Kampf berührt materielle Veränderungen im Leben sowie des Rechts normaler Leute... Die Bewegungen haben wenig Sympathie für die Ansicht, 'das Persönliche sei Politisch', weil dies in der Praxis dazu tendiert, die Kämpfe zu persönlichen zu fragmentieren. 'Das Persönliche ist politisch' mag radikale Individuen hervorbringen, 'das Politische ist persönlich' schafft eine radikale Gesellschaft.<sup>10</sup> So beschreibt er Konstituierungsprozesse als komplexe und von verschiedenen existenziellen Notwendigkeiten herührende soziale Abläufe. Letztlich setzt er damit die Allgemeingültigkeit grundlegender Menschenrechte, die sich aus einem allgemeinen

6

7 R. Miles, *Rassismus*, Hamburg 1991

8 J. Bourne, *Homelands of the mind*

9 A. Sivanandan, *The Hokum of new times*, in: *Race & Class* 3/90

10 ebenda

Existenzrecht ableiten gegen die postmodernen Diversifizierungstheorien und bleibt damit einem universellen Gleichheitsprinzip verbunden. Besser ist der 'lifestylism', die Zersplitterung in subkulturelle Hilfsidentitäten, die Betonung der jegliche Separierung rechtfertigenden individuellen oder ethnisch-kulturellen Extravaganzen kaum zu kritisieren.

Dies ist im Vergleich zur Orientierungslosigkeit der brd-linken Debatte ein bestechendes Konzept.

In diesem Sinne ist auch die schwarze Terminologie zu relativieren, sowie die Möglichkeit, sie zu verallgemeinern, zu hinterfragen ist. Durch Erfahrungen in der Flüchtlingsarbeit mußten wir feststellen, daß nur die SchwarzafrikanerInnen, und auch nicht alle, ihre Unterdrückungssituation subjektiv als Rassismus empfanden, sondern von ihren existenziellen Forderungen und Rechtsansprüchen ausgingen. Für IrInnen in Britain, KurdInnen in der Türkei oder TürkInnen, PolInnen oder ItalienerInnen in der BRD gilt dies noch mehr. Denn die Gegenwartssituation knüpft an eine rassistische Staffelung der Verwertungs- und Reproduktionsräume der NS Großraumkonzeption an, die von der Vernichtung bis zur 'Herrenrasse' reicht und viele Zwischenstufen kennt. Nur jene am untersten Ende werden niemals als Profiteure in das kapitalistische Gewaltverhältnis einbezogen (integriert) sein, ihnen werden niemals materielle Vorteile aus der rassistischen Hierarchie zufallen. So ist es nur verständlich, wenn von hier aus der soziale Krieg angetrieben wird. Es zeigt sich, daß der Rassismus-Begriff eng mit der Geschichte dieser Untersten, der Geschichte der Sklaverei, des Kolonialismus und der schwarzen Hautfarbe verknüpft ist. Wenn Schwarze auf den Kampfbegriff Anti-Rassismus Bezug nehmen, tun sie dies vor diesem besonderen Hintergrund. Folglich müssen wir uns fragen, ob wir ihn anderen durch eine leichtfertige Verallgemeinerung nur drüberstülpen, sie wieder linken Theorien unterordnen. Schwarz als Kategorie einzuführen, darf nicht einer (Selbst-)Ethnisierung Bahn brechen. Denn schon bei genauerem Hinsehen können wir sowohl die britischen 'riots' als auch die jüngsten sogenannten 'Rassenunruhen' in den USA als Kämpfe entschlüsseln, die zwar von der spezifischen Unterdrückung Schwarzer ausgehen, aber weite Teile jener weißen Unterklasse mit einbezieht, die sich nicht loyal zur weißen Her-

renklasse verhält.<sup>11</sup> Dies macht die Schwäche des Begriffs aus, er spiegelt zwar die Realität der rassistischen Hierarchisierung, nicht aber die volle Realität der Kämpfe wider. Schwarz und antirassistisch stehen teils schon im Alltag, doch mehr noch während der Zuspitzung, weniger für Separierung, als vielmehr für den Anspruch auf Gleichheit und Gerechtigkeit, sind eine Anklage des Elends und der menschenunwürdigen Lebensbedingungen. So ist die Mehrzahl der 'riots' oder Aneignungskämpfe nicht exklusiv, strahlen vielmehr von 'unten' nach 'oben' und widersprechen einer 'alle gegen alle'- Stereotype ebenso wie einer befürchteten Ethnisierungstendenz in den Kämpfen. Bis auf die spezifische Situation in den us-amerikanischen Schwarzenghettos der 60er Jahre oder in Südafrika hat es bisher kaum schwarze Aufstände im Sinne der Hautfarbe gegeben. Es waren allerdings im politischen Sinne schwarze Kämpfe. (umso fragwürdiger ist die Fordreung us-amerikanischer schwarzer Eliten nach einem unabhängigen schwarzen Staat.)

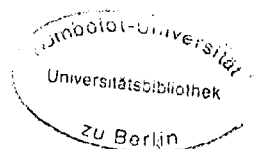
'Schwarz' ist also kein ethnischer, sondern ein politischer Kampfbegriff, ein Synonym für Gerechtigkeit, doch sowohl von links als auch von rechts ethnisiert. Er enthält kaum Anknüpfungspunkte für einen Ausdruck für die gemeinsamen Momente des Kampfes einer multiethnischen Unterklasse. Er kann sogar die Identifizierung mit diesem ab einem bestimmten Punkt blockieren. Die britische Diskussion beugt dem vor, indem "Rasse" untrennbar mit Klasse verknüpft wird, ein Hilfskonstrukt, da beide Konzepte sichtbare Schwächen haben.

Die Diffusität einer solchen Problematisierung ist Ausdruck der tatsächlichen Deregulierung. Die korrespondiert mit der Krise der Theorien, doch diese Auflösung alter Gewißheiten fördert glücklicherweise auch das despotische Potential eines monolithischen Geschichtsdenkens zutage. Deshalb wollen wir der Zerfieselung nicht vorschnell mit einer Vereinheitlichungstheorie begegnen, sondern sie als Chance betrachten. Wenn wir also hier eine nachholende Rassismuskonzeption zu führen versuchen, müssen wir gleichzeitig deren britischen Verlauf im Auge behalten und aus ihm lernen. Wir können es uns nicht leisten, die hiesige Suche nach einem neuen politischen Topos, der den durchhängenden Klassenbegriff ersetzen könnte,

<sup>11</sup> F. Düvell, England, Krise Rassismus Widerstand, in: Materialien für einen neuen Antimperialismus Nr. 3, Berlin 1992

durch Übernahme neuer Kategorien zu befriedigen, noch leichtfertig Schablonen für komplexe soziale Prozesse anzufertigen. Sie darf uns nicht der simplifizierenden Überwindung linker Theorien- und Identitätskrise dienen, um die Leerstelle nach der Kritik am Klassenbegriff zu füllen.

Zuallererst soll uns eine solche Diskussion helfen, die Spezifika einer Ausbeutungs- und sozialen Hierarchisierungsstruktur aufzudecken und sichtbar zu machen, die für den Kapitalismus konstitutiv ist. Außerdem lenkt sie unsere Aufmerksamkeit auf soziale Prozesse und Kämpfe, auf Formen und Inhalte, die ein weißer, metropolitaner Blick leicht übersieht. Sie ist vor allem Mittel der Erweiterung unseres Blicks auf den sozialen Antagonismus, Werkzeug zur Aufarbeitung von Kämpfen und Widersprüchen.



## Das Ende des sowjetischen Entwicklungsmodells

### Materialien für einen neuen Antiimperialismus Nr. 4

Bolschewiki gegen Bauernrevolution  
 'Rückzugsort' Landwirtschaft  
 Das Scheitern des Modernisierungsprojekts Perestroika  
 Frauen in der Landwirtschaft  
 Bolschewistische Revolution und sozialer Antagonismus

ca. 200 Seiten ca. 20 DM ISBN 3-924737-15-0

Franck Düvell

### England: Krise Rassismus Widerstand

### Materialien für einen neuen Antiimperialismus Nr. 3

In keinem anderen Land Europas wurde das Projekt der Deregulation in dieser Konsequenz umgesetzt, und nirgendwo ist die Zuspitzung sozialer Kämpfe weiter vorangeschritten als in Britain. Den Riots, Streiks, Plünderungen und der Selbstorganisation von Unten versucht das Regime mit einer Ausweitung der Aufstandsbekämpfung entgegenzuwirken. Radikal von Unten her wird ein Teil dieser Kampfgeschichte beschrieben.

200 Seiten 18 DM ISBN 3-924737-14-2

Bestellungen an: **Schwarze Risse Verlag**  
 Gneisenaustr. 2a  
 1000 Berlin 61  
 Tel./Fax: 692 87 79

Schwarze Risse Verlag

# Verlag Libertäre Assoziation

PIZZA (Hrg.)

## Odranoel Die Linke – zwischen den Welten

„Neubeginn, Umbruch, Krise, Zusammenbruch oder gar Tod der Linken? Je nach eigener Befindlichkeit, politischem Umfeld und Berufsaussichten neigen wir zur einen oder anderen Wortwahl. ... Die Situation ist paradox.“

Wir Linken sind zur Neubewertung unserer Werte, der Praxis im Alltag und unserer Perspektiven gezwungen, es bleibt uns gar nichts anderes übrig. Ist diese Herausforderung nicht anregend und spannend? Befreit sie uns nicht von alten Schablonen, von Besserwisserei und Sektierertum?“

(aus dem Vorwort)

Texte von Lutz Tauber, Gaby Gottwald, Jutta Braband, Thomas Klein, Klaus Viehmann, Ingrid Strobl, Maria Amélia Teles, Sofia Montenegro, Dora María Téllez, Eleuterio Fernández Huidobro, James Petras, PIZZA...

288 S. ISBN 3-922611-28-1 24,- DM

Nanni Balestrini

## Der Verleger

Nach „Wir wollen alles“ und „Die Unsichtbaren“ liegt nun auch der neue Roman von Nanni Balestrini in deutscher Übersetzung vor.

Der Tod des italienischen Verlegers und 'romantischen' Revolutionärs Feltrinelli steht im Zentrum dieses Buches, das in literarisch kunstvoller Weise Atmosphäre und Stimmungen der spannungsreichen Zeit im Italien der frühen 70er Jahre einfängt.

Und: „Der Übersetzerin Christel Fröhlich ist ein Meisterwerk gelungen.“ (faz)

164 S. ISBN 3-922611-23-0 20,- DM

Maria Puschner

## Die Nacht wird Sterne haben.

### Biographien aus dem chilenischen Widerstand

Die Autorin dieser Texte ist seit fast zwei Jahrzehnten mit der Entwicklung in Chile eng verbunden. In dieser Zeit hat sie zahlreiche Gespräche und Interviews mit politischen Gefangenen, mit Frauen und Männern aus dem Widerstand geführt. Daraus entstanden sehr persönliche Geschichten, die von der Zeit der Unidad Popular über die Diktatur Pinochets bis zur Regierung Aylwin reichen. Biographien, die von Hoffnungen und Niederlagen, Gefangenschaft und Exil sowie den Schwierigkeiten eines Neubeginns erzählen.

192 S. ISBN 3-922611-24-9 19,80 DM

## Der Pannwitzblick

Materialien zum Film der Medienwerkstatt Freiburg über die Entwicklung von der NS-Euthanasie zur aktuellen „Sterbehilfe“-Debatte.

„Denn dieser Blick wurde nicht zwischen zwei Menschen ausgetauscht. Könnte ich mir aber bis ins letzte die Eigenart jenes Blickes erklären, der wie durch die Glaswand eines Aquariums zwischen zwei Lebewesen getauscht wurde, die verschiedene Elemente bewohnen, so hätte ich damit auch das Wesen des großen Wahnsinns im Dritten Reich erklärt“ (Primo Levi über den KZ-Arzt Dr. Pannwitz).

Die Normierung des Blicks auf den Menschen; Selbstbestimmung als Zauberwort der Selektionspolitik und die Entstehung des Staatsterrorismus sind Themen des Buches, das Beiträge von Udo Sierck, Theresia Degener, Karl-Heinz Roth u.a. enthält.

ca. 200 S. ISBN 3-922611-29-X ca. 20 DM

## Missing Link - Eine internationale Versandbuchhandlung

Unser Schwerpunkt liegt im englischsprachigen Bereich.

- ☛ schnelle Auskunft über Preise und Lieferbarkeit
- ☛ i.d.R. Originalpreise, u. ab 100 DM portofrei
- ☛ Erstellung von Listen zu jedem Themengebiet (s.u.)



Beispiele bereits erstellter Listen:  
(gegen 1,80 in Briefmarken)

- ✓ Roots, Rasta, Reggae
- ✓ Afrika & Ökonomie
- ✓ Nordirland
- ✓ Migration
- ✓ Monty Python
- ✓ Rassismus (UK)
- ✓ Krimis & div. Belletristik
- ✓ u.v. mehr ...



Missing Link -

Weststr. 118; 2800 HB 1; Tel.: 0421-504348; Fax: -504316

# FIGHT RACISM

Tel. 0421/706444

Fax 0421/706445

**ANTI - RASSISMUS - BÜRO 28 BREMEN SIELWALL 38**


(Kt. Sparkasse Bremen, Weidner, BLZ 29050101 Nr.11080769)

## **Beratung \* Informationen \* Aktionen**

Das ANTI-RASSISMUS-BÜRO ist im Mai 1991 unter dem Eindruck zu befürchtender Massenabschiebungen von Flüchtlingen gegründet worden. Es ist eine von Parteien, Kirche und Verbänden unabhängige Initiative. Mit dem Inkrafttreten des AusländerInnengesetzes im Januar '91 und dem neuen Asylverfahrensgesetz im Juli '92 hat die Regierung Meilensteine für die Abschottung Deutschlands und Europas gesetzt. Dagegen haben wir uns zur Aufgabe gemacht, Flüchtlinge und MigrantInnen zu beraten, zu informieren und zu unterstützen. Mit Demonstrationen, Flugblättern, Aktionen und Veranstaltungen versuchen wir darüberhinaus einen antirassistischen und antifaschistischen Widerstand gegen die Politik der Ausgrenzung und Vertreibung zu entwickeln. Für diesen Kampf gegen Rassismus ist uns die Zusammenarbeit, Diskussion und der Austausch mit MigrantInnen wichtig, die Autonomie des "schwarzen Kampfes" stellen wir damit nicht in Frage.

Offene Grenzen - Bleiberecht für alle

### **Veröffentlichungen:**

DOKUMENTATION	<b>GEGENINFORMATIONEN</b>	<b>INFO</b> 
<p>'Protokolle'Einschätzungen 'Erfahrungsberichte über Folter und Polizeigewalt gegen Schwarzafrikaner und Kurden auf Bremer Polizeiwachen Preis: 3,- DM + Versand</p> <p><b>PRESSESPIEGEL</b> Preis: 7,- DM + Versand</p>		
	2. Flüchtlinge in HB	
	3. Rassismus hat viele Gesichter	Erscheint unregelmäßig
	4. Keine Lager, kein Polizeiterror	Für Flüchtlinge und Beratungsstellen
	Erscheint unregelmäßig und 4-seitig gegen Versandkosten	Tips und Tricks, Rechtsinfos, Aktionen 6-sprachig
		Nr 1: AsylVfG
		Nur Einzelex., 4 DM incl.